Mittwoch, 24. September 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

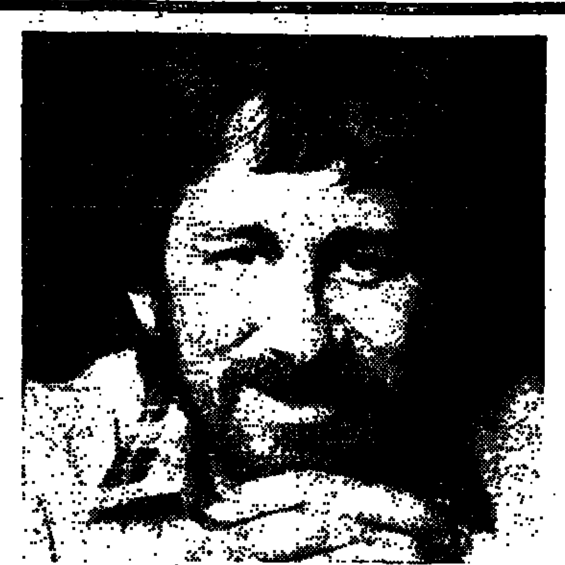
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 222 - 39.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



Steven Spielberg: Ich renne dem „Oscar" nicht hinterher

Steven Spielberg mit 38 Jahren einer der erfolgreichsten Regisseure Hollywoods („Der weiße Hai", „E.T."), hat sich der WELT zu einem großen Interview gestellt. Im letzten Teil lobt er deutsche Kollegen: „‚Paris, Texas' von Wim Wenders gefiel mir sehr gut . . . Faßbinder war ein mutiger Regisseur . . . Ich bin ein großer Fan von Wolfgang Petersen (‚Das Boot')". Für Spielberg, der Premieren und Kritiken verabscheut, ist der Beginn eines neuen Films „fast so, als würde ich mich verlieben." Zum Thema „Oscar": Ich renne ihm nicht hinterher. Seite 8

Cattenom: Wallmann drängt Lafontaine in die Defensive

Betreiber sagt niedrigere Werte verbindlich zu / Saarbrücken „schürt Angst"

ULRICH REITZ, Mainz

Die von der SPD-Landesregierung im Saarland forcierte Auseinandersetzung um das französische Kernkraftwerk Cattenom hat eine überraschende Wendung genommen. Der Betreiber des Atomkraftwerks, die Electricité de France (EdF), habe Paris im Vorfeld der Reaktorsicherheits-Konferenz in Wien „in rechtsverbindlicher Form" zugesichert, so Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU), niedrigere Grenzwerte als die genehmigten 15 Curie pro Block einzuhalten. Damit ist es Bonn und Mainz gelungen, durch Verhandlungen mit Frankreich Ministerpräsident Oskar Lafontaine, der mit seiner Klage gegen die Inbetriebnahme Cattenoms auch die deutschen Kernkraftwerke im Visier hat, in die Defensive zu drängen.

Die EdF wird nach eigenen Angaben drei Curie als Höchstwert für radioaktive Emissionen ansehen, „tatsächlich wird sie aber darunter bleiben", verkündete Wallmann in Mainz. Diese Zusage hatte Rheinland-Pfalz gefordert. Was wie ein unwichtiges technisches Detail anmutet, hat tatsächlich eine ganz andere Dimension: „Wir haben auf dem Verhandlungsweg erreicht, was ein zentraler Punkt der Klage (des Saarlandes, Luxemburgs und einiger Gemeinden) ist", resümierte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel. Und Wallmann, der deutlich machte, daß er die Klage nun für hinfällig hält, fügte hinzu: „Wir haben mit Kooperation mehr erreicht, als durch Konfrontation möglich gewesen wäre." Frankreich sei außerdem bereit,

SEITE 2:
Sicherheits-Partner

über die Einrichtung eines „roten Telefons" von Cattenom über Metz nach Mainz zu verhandeln, kündigte Vogel an.

Für den Bundesumweltminister hat die französische Zusage Bedeutung weit über Cattenom hinaus. Das Einvernehmen, das man mit Paris gefunden habe, „könnte ein Modell sein für Vereinbarungen bei der Konferenz über Reaktorsicherheit in Wien", sagte Wallmann, der sich gestern in die österreichische Hauptstadt begab. Daß Moskau Bereitschaft signalisiert habe, in die Diskussion über eine weltweite Vereinheitlichung von Grenzwerten einzusteigen, sei „ein gewaltiger Schritt nach vorn".

Wallmann meldete Zweifel an der Glaubwürdigkeit Lafontaines an, für den Cattenom nur ein Vehikel sei, „um die deutschen Kernkraftwerke dicht zu machen". Um dieses Ziel zu erreichen, „belastet Lafontaine sogar die deutsch-französischen Beziehungen". Paris sehe sich „verunglimpft", wenn man Cattenom eine „Zentrale des Todes" nenne und französische Atomkraftwerke mit Tschernobyl vergleiche. Die saarländische Landesregierung gehe nicht, wie die Bundesregierung, „auf die Angst der Bevölkerung ein, sondern schürt sie", erklärte Wallmann. Dies mache eine rationale Diskussion unmöglich und sei „unverantwortlich".

Saabrücken hält indes an der Klage fest. Regierungssprecherin Maria Zimmermann war bemüht, die Bedeutung der französischen Zusage herunterzuspielen: „In der Genehmigung stehen 15 Curie pro Block. Daran hat sich nichts geändert."

DER KOMMENTAR

Rau steuert um

HERBERT KREMP

Raus Programm ist als Sach-Stütze für einen Bewerber gedacht, der das Persönliche bevorzugt. Hierin unterscheidet sich der Kandidat von Schmidt, der gern Details ausbreitete. Menschlich betrachtet ist Rau eine Art Kohl mit Tremolo, sicher ein anziehender Gegner. Der ursprüngliche Ratschlag, im Wahlkampf einfach das Rheinisch-Bergische gegen das Rheinisch-Pfälzische zu setzen, wurde jedoch verworfen. Der Kandidat hat umgedacht und umgesteuert, vielleicht auch Berater umgeschichtet. Für einen reinen Schönheitswettbewerb reichen die zwei angeblichen Größen des Kohl-Malus und des Rau-Bonus nicht aus.

An die Sache hält er sich wie an ein Geländer – in freier Disputation gehen Doktor h.c. etwas unsicher einher. Das gilt nicht nur bei Fragen zur Neuen Heimat, die dem Kandidaten den Halt raubten, das gilt auch für Einzelheiten der Steuer-, Energie- und Sicherheitspolitik. Die Strategie der CDU/CDU, schlicht Amtsleistungen aufzuzählen und mit einem aufmunternden „Weiter so" zu versehen, forderte Rau zu einer Auffächerung der Alternative heraus. Das fällt jeder Opposition schwer, der SPD noch schwerer, weil die Mehrheit der Bürger mit den politischen Verhältnissen im Augenblick alles andere als unzufrieden ist. Der Satz, immer mehr Menschen wüßten oder spürten, „daß es so wie bisher nicht weitergehen kann und darf", trifft nicht zu.

Durch das „Weiter so" herausgelockt, stellt Rau sein Programm unter die Selbstanforderung des „Umsteuerns". Das Wort kommt in keinem Stil-Duden neuer Ausgabe vor, ersetzt aber den zugigen „Ausstieg", bei dem sich immer die unangenehme Assoziation des fahrenden Schnellzuges einstellt. Rau will auf vielen Gebieten umsteuern, was Vorsicht zumindest in der Werbung andeutet. Er spricht auch nicht mehr von absoluter Mehrheit, sondern von „Platz 1". Rau hat das Profil gesenkt. Das ist nicht unklug von einem Mann, der mit seinem Programm vermutlich noch mehrere Wahlkämpfe wird bestreiten müssen.

Bonn macht sich für Mieter stark

Schneider: Es bleibt bei der Sozialbindung der Neue-Heimat-Wohnungen / Rau verärgert

DIETHART GOOS, Bonn

Bei allen verbalen Attacken auf die DGB-Führung im Zusammenhang mit dem Verkauf der Neuen Heimat hat sich die Bundesregierung bemüht, das Vertrauen der Mieter nicht zu erschüttern. Damit zeichnete sich bereits gestern die Marschrichtung ab, die die Koalitionsfraktionen in der heutigen Aktuellen Stunde im Bundestag über den Konzernverkauf an den Brotfabrikanten Schiesser steuern werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl nannte gestern die Transaktion vor der in Berlin tagenden CDU/CSU-Bundestagesfraktion einen „Volksbetrug". Damit sei der DGB gegenüber seinen Mitgliedern und den Mietern der Neuen Heimat ganz und gar unglaubwürdig geworden.

Bundesbauminister Oscar Schneider hat sich mit Nachdruck hinter die Interessen der etwa eine Million Neue-Heimat-Mieter gestellt. Ihr Kündigungs- und Mieterschutz bleibe voll erhalten, versicherte Schneider. Nach Einschätzung des Mieterbundes stehen allerdings „auf längere Sicht Mieterhöhungen" an. Für alle Betroffenen richtet das Bauministerium einen telefonischen Beratungsdienst ein, der heute von 9.00 an Uhr unter den Bonner Rufnummern 02 28/33 77 78, 33 77 79 und 33 77 80 erreichbar ist. Außerdem kann beim

SEITEN 2 und 4:
Weitere Beiträge

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Pressereferat, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2, ein Faltblatt zum Thema „Mieterschutz beim Wohnungsverkauf" angefordert werden.

In der Aktuellen Stunde des Bundestages werden CDU/CSU und FDP heute ihre Angriffe vor allem gegen DGB-Chef Ernst Breit und seine Vorstandskollegen der Einzelgewerkschaften richten, die jahrelang Mitglieder im Aufsichtsrat der Neuen Heimat waren und deren Mißwirtschaft nicht verhindert haben. Der SPD wirft die Koalition vor, das Mißmanagement des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns allzulange gedeckt zu haben. Nordrhein-Westfalen ist offenbar über die Verkaufs-Modalitäten verärgert. Das Land brach die Gespräche mit der Neuen Heimat über den Erwerb von knapp 42 000 Wohnungen ab. Solange nicht bekannt sei, zu welchen Konditionen der Konzern verkauft worden sei, würden die Gespräche mit der nordrhein-westfälischen Regionalgesellschaft nicht weitergeführt, kündigte Ministerpräsident Rau an.

Für den Untersuchungsausschuß Neue Heimat stellt sich nach der Transaktion jetzt noch dringender die Frage der Haftung des DGB als bisherigen Eigentümer. Das erklärte der Ausschußvorsitzende Heinz Günther Hüsch (CDU) gestern der WELT. Außerdem gehe es um das Gesamtverhalten der DGB-Führung in diesem Skandal. Auch die neue Lage sei durch den Untersuchungsauftrag des Parlaments voll abgedeckt.

Die Spur der Attentäter von Paris führt nach Damaskus

Verbindungslinien der „action directe" nach Syrien

PETER RUGE, Paris

Für die Anti-Terror-Brigade in Paris wird es immer wahrscheinlicher, daß hinter den Bombenanschlägen in der französische Hauptstadt, bei denen neun Menschen starben, Syrien steht. Für diese Annahme spricht die logistische Unterstützung, welche der die Terroranschläge verübende Abdallah-Clan bekommt. Weitere Erkenntnisse stützen sich auf gefundene Waffen, deren Herkunft eindeutig auf den Warschauer Pakt weist.

Die syrische Spur ist heiß. Immer mehr Zeugen wollen die Brüder Abdallah bei den Attentaten einwandfrei erkannt haben, obwohl die Familie Abdallah in Nordlibanon ihre Unschuld beteuert. Ihr Bergdorf Kobayat steht unter syrischem Einfluß. Es ist für die Ermittlungsbehörden in Paris sicher, daß es zwischen den verschiedenen „Solidaritätskomitees", die die Anschläge zugeben, und der FARL, der „Libanesischen Militärischen Revolutionsbewegung", deren Führer Georg Ibrahim Abdallah in einem französischen Gefängnis sitzt, eine nahezu einwandfrei identifizierte Personengleichheit gibt. Die FARL wiederum, 1980 von den Abdallahs in Kobayat gegründet, wird aber als marxistische Zelle im Kampf um die Macht im Vorderen Orient von Syrien unterstützt. Als ein weiterer Ziehvater der Abdallahs gilt auch Georges Habasch.

Ein neues Indiz für die Verquikkung Syriens in die Bombenattentate läßt sich aus französischen Geheimdienstberichten ablesen: Danach reiste der Kopf der „action directe", Frédéric Ariach, nach dem er im März in Frankreich freigelassen worden war, *sofort nach* Damaskus. Dort soll er das „Gehirn" terroristischer Aktionen, einen hohen syrischen Armeegeneral, getroffen haben. Es besteht Grund zur Annahme für die Polizei, daß die „action directe" für die arabischen Bombenleger in Paris ebenfalls eine weitreichende logistische Basis anlegte.

Damaskus ist den französischen Vorwürfen entgegengetreten und hat Verbindungen zwischen Syrien und den jüngsten Attataten in Paris abgestritten. Der syrische Außenminister Farouk Chareh sprach in der Zeitung „Le Monde" von einer „anti-syrischen Kampagne" Franrkeichs.

Heute in der WELT

Ausblick in die deutsche Kommunalpolitik

Bruno Weinberger hat die deutsche Kommunalpolitik in den vergangenen drei Jahrzehnten mitgeprägt. Ende dieses Monats tritt das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages in den Ruhestand. Für die WELT hat der Verwaltungschef des Städtetages nach rund 27 Jahren kommunalpolitischer Arbeit einen Rück- und Ausblick unternommen. Sein Fazit: Der Zustand der deutschen Städte ist zufriedenstellend. Seite 6

POLITIK

Türkei: Ein Gericht hat den früheren Regierungschef Ecevit von dem Vorwurf freigesprochen, sich trotz eines ihm 1982 auferlegten Verbots aktiv politisch betätigt zu haben. Er hatte an einer Versammlung der Partei der Demokratischen Linken teilgenommen und dort eine Rede gehalten.

Unterstützung: Die US-Regierung erwägt offensichtlich, einigen Frontstaaten im südlichen Afrika eine Wirtschaftshilfe von insgesamt 500 Millionen Dollar zu gewähren. Die Hilfe wird als Teil eines neuen Maßnahmen-Pakets gegen Südafrika angesehen.

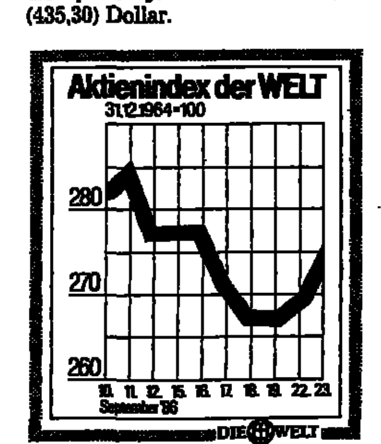
Flucht: Zum zweitenmal binnen Wochenfrist sind „DDR"-Flüchtlinge von Grenzsoldaten der CSSR beschossen worden. Zwei 22 Jahre alte Männer waren entdeckt, angerufen und dann sofort unter Feuer genommen worden. Trotzdem erreichten sie unverletzt bayerisches Gebiet.

Beschäftigung: Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit – 2,12 Millionen Menschen sind ohne Arbeit – wird für September erwartet. Arbeitsmarkt-Experten rechnen mit einer Abnahme um mindestens 65 000 gegenüber August. Das entspräche dem Rückgang im Vorjahr.

WIRTSCHAFT

Wirtschaftsförderung: Die Schaffung neuer und der Erhalt vorhandener Arbeitsplätze ist erstes Anliegen der Wirtschaftsförderung in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik und in Berlin – Thema eines zweiteiligen WELT-Reports. (S. 15 und 16)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern fest. Bei öffentlichen Anleihen ergaben sich Veränderungen zwischen plus 0,40 und minus 0,35 Mark. WELT-Aktienindex 275,77 (270,25). BHF-Rentenindex 107,068 (107,054). BHF-Performance-Index 107,094 (107,051). Dollarmittelkurs 2,0461 (2,0300) Mark. Goldpreis je Feinunze 435,15 (435,30) Dollar.



KULTUR

Bologna: Hier wird deutlich, warum sich Höfe und Mäzene im 16. und 17. Jahrhundert um die Maler der Emilia rissen, warum ihre Kunst wegweisend für ihr Zeitalter wurde. Amerikanisch-europäische Ausstellungen. (S. 25)

„Steirischer Herbst": Bloßer Fortschrittswahn scheint diesmal ein wenig außer Kurs zu sein, man versucht nur, durch neue Formelemente den Anspruch der Avantgarde zu wahren. Thema: „Sprache der Liebe". (S. 25)

SPORT

Fußball: Mit dem Debütanten Jürgen Kohler (20) aus Mannheim bestreitet die Nationalelf heute um 19 Uhr in Kopenhagen ihr Spiel gegen Dänemark. Er erhält den Vorzug vor Uwe Rahn. (S. 9)

Tennis: Die 29jährige Weltranglisten-Erste Martina Navratilova hat 1986 mit neun Turniersiegen 1 315 184 Dollar an Preisgeldern verdient. Steffi Graf kassierte dagegen „nur" 455 018 Dollar.

AUS ALLER WELT

Michael Jary: Das Karussell dreht sich immer rundherum, wenn sich zwei Herzen im Mai finden. Doch das kann einen Seemann nicht erschüttern; er weiß, daß einmal ein Wunder geschieht. Jary ist 80 Jahre alt. (S. 26)

Hilfe: 100 000 Gewalttaten müssen alljährlich registriert werden. Wer denkt an das betroffene Opfer und seine Situation, seine psychischen Belastungen? Der Weiße Ring, jetzt zehn Jahre alt, betreut und lindert Not. (S. 26)

Moskau über Reagan-Rede „enttäuscht"

Tass: US-Präsident sucht „einseitige Vorteile" / Washington bleibt optimistisch

BERNT CONRAD, New York

Die erste Reaktion der Sowjets auf die Rede Präsident Reagans vor der UNO-Vollversammlung und die darin enthaltenen amerikanischen Abrüstungsvorschläge war negativ. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Petrowski bezeichnete die Ansprache als „sehr enttäuschend". Sowohl Inhalt als auch Ton seien ausgesprochen negativ gewesen.

Die Moskauer Nachrichtenagentur Tass warf Reagan vor, „einseitige Vorteile für die Vereinigten Staaten" zu suchen. In New York galt es als sicher, daß Sowjetaußenminister Schewardnadse in seiner für den gestrigen Tag geplanten Rede vor den UNO-Delegierten ebenfalls kritische Töne anschlagen würde.

Trotzdem herrscht auf amerikanischer Seite weiterhin jene optimistische Grundstimmung, die sich in der Rede des Präsidenten vom Montag niedergeschlagen hatte und die er offensichtlich auch den Außenministern der NATO-Staaten und Japans bei einem Informationsgespräch vermittelt hat.

Nach dieser als streng vertraulich eingestuften Begegnung (der ersten ihrer Art am Rande der UNO-Vollversammlung) meinte ein Teilnehmer, er habe den Eindruck, daß die Lage sehr ermutigend sei, und zwar in bezug auf eine Reduzierung der Mittelstreckenwaffen und ein weltweites Verbot der chemischen Waffen. Genau den gleichen Eindruck hatte Reagan ver-

SEITE 2:
Besser, als man glaubt

mittelt, als er in der UNO-Vollversammlung feststellte, es habe in der Abrüstungsfrage eine erfreuliche „Bewegung" gegeben. Er hatte hinzugefügt: „Es könnte sehr wohl sein, daß unser Meinungsaustausch mit den Sowjets in diesem Sommer den Beginn seriöser, produktiver Verhandlungen über Waffenreduzierungen eingeleitet hat".

Die negativen sowjetischen Stellungnahmen zur Reagan-Rede waren vermutlich vor allem darauf zurückzuführen, daß der Präsident in aller Schärfe die Ausreise des als Spion festgehaltenen amerikanischen Journalisten Daniloff verlangt und dies mit entschiedener Kritik am Verhalten Moskaus verbunden hatte. Petrowski meinte dazu in New York, der Fall Daniloff könne „leicht gelöst" werden, nannte aber kein Einzelheiten. Schewardnadses Stellvertreter bedauerte, daß sich die „konstruktiven Diskussionen" in Washington vom vergangenen Wochenende nicht in der Ansprache des Präsidenten niedergeschlagen hätten.

Tass kritisierte, daß der US-Präsident den sowjetischen Vorschlag eines Moratoriums für Atomtests nicht erwähnt habe, und fügte hinzu, die ganze Welt erwarte, daß die Vereinigten Staaten sich dem sowjetischen Moratorium anschlössen. Die Agentur erwähnte nicht, daß Reagan seinerseits zum ersten Mal die Einbeziehung neuer Grenzen für solche Tests in ein Raketenreduzierungsabkommen angeregt hatte.

Gensher reist 1987 nach Polen

DW. New York

Außenminister Genscher wird im kommenden Jahr nach Warschau reisen. Bei dieser Gelegenheit sollen mögliche Besuche von Bundeskanzler Kohl und General Jaruzelski erörtert werden. Dies ist das Ergebnis einer Unterredung zwischen Genscher und seinem polnischen Amtskollegen Orzechowski am Rande der UNO-Vollversammlung in New York. Beide Außenminister waren sich über die Notwendigkeit eines sowjetisch-amerikanischen Gipfels einig.

Seite 10: Warschau zeigt Interesse

Rau benennt kein Schattenkabinett

gba. Bonn

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau will vor der Bundestagswahl im Januar kein „Schattenkabinett" benennen. Bei der Vorstellung seines „Regierungsprogrammes" für den Fall eines SPD-Wahlsieges – Rau betonte erneut, daß er auf eine „eigene Mehrheit" ohne Grüne setze – sagte der Kandidat in Bonn, er setze auf eine Entscheidung der Wähler zwischen dem Kanzler und dem Herausforderer. Er erwarte den seit Jahren „politischsten Wahlkampf".

Seite 10: Umdenken, Umsteuern

Der Fall Lecki wird zur Justizaffäre

breu./DW. Düsseldorf

Die Flucht des „Ausbrecherkönigs" Alfred Lecki aus der Bonner Universitätsklinik am Sonntagabend droht zu einem Justizskandal zu werden. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren wegen „Gefangenenbefreiung" gegen Bedienstete der Justizvollzugsanstalt eingeleitet. Davon betroffen ist jedoch auch das Personal der Universitätsklinik.

Aufsehen erregten die Äußerungen von zwei Bekannten Leckis. Diese hatten nach der Flucht erklärt, es sei ihnen möglich gewesen, unangemeldet und ohne durchsucht zu werden, Besuche im Krankenhaus abzustatten. „Ich hätte auch eine Waffe einschmuggeln können", hatte die Freundin Leckis, die anonym bleiben wollte, zu ihren Besuchen bei Lecki gesagt.

„So wie ich das erlebt habe, konnte man da mehr oder weniger ein- und ausgehen." Sie sei ohne Schwierigkeiten in das Krankenzimmer gegangen und dort von einem Beamten begrüßt worden. „Lecki hat mir dann den Platz neben seinem Bett angeboten und ich habe rund eine Dreiviertelstunde den Besuch gemacht." Weder seien ihre Personalien aufgenommen, noch sei sie durchsucht worden. Diese Bekannte Leckis zählt nicht zu den vier Personen, die der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek öffentlich als Besucher des Inhaftierten genannt hatte. Sie alle hätten sich stets eingehender Kontrollen unterziehen müssen.

Ein Ministeriumssprecher sagte dazu gestern, möglicherweise sei der Minister „fahrlässig unzutreffend" von den Verantwortlichen im Justizvollzug informiert worden. Man nehme die Äußerungen der Bekannten „äußerst ernst".

Der Justizminister hat bereits eine Überprüfung der Angelegenheit angeordnet und „erhebliche Konsequenzen" für den Fall in Aussicht gestellt, daß sich Berichte über eine unzureichende Bewachung des Gewaltverbrechers bestätigen sollten. Der Polizistenmörder hatte seinen Bewacher mit einer Pistole bedroht, ihn gefesselt und war dann mit dessen Auto geflohen. Drei Dezernenten des Ministeriums seien zur Untersuchung der Fluchtumstände zur Justizvollzugsanstalt Rheinbach, in der Lecki einsaß, beordert worden.

Wie aus dem Ministerium zu erfahren war, muß der Leiter der Justizvollzugsanstalt, Breitkreuz, mit Konsequenzen rechnen. Er habe offenbar immer geglaubt, jeden Häftling resozialisieren zu können, hieß es weiter.

Minister Krumsiek, der gern die Liberalität seines Strafvollzugs pries, wird jetzt möglicherweise an das Schicksal seiner Hamburger Kollegen Leithäuser und Lange denken. Beide hatten aufgrund des Falles Pinzner ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Nun ist in Nordrhein-Westfalen ein Häftling schwerbewaffnet auf der Flucht. Auf die Ergreifung Leckis sind 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Frau Aquino räumte Zweifel in den USA an ihrer Stärke aus

Herbe Kritik an der „Heuchelei" von UNO-Mitgliedern

DW. New York

Mit einer begeistert aufgenommenen Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York hat die philippinische Staatspräsidentin Corazon Aquino ihren neuntägigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten beendet. Ihr gelang es, die US-Regierung von ihrer Politik zu überzeugen und Kredite und Zusagen für Investitionspläne zu erhalten.

Bei ihrem ersten Auftritt vor der UNO riet Frau Aquino denjenigen, die für Freiheit und für Menschenrechte kämpfen, nicht auf die Hilfe der UNO zu zählen. Sie erinnerte statt dessen an die „Macht des Volkes", durch die Marcos gestürzt worden sei. Sie verurteilte die „Heuchelei" derjenigen, die in der UNO bestimmte Verhaltensweisen fordern, aber zu Hause andere anwenden.

In Washington war Frau Aquino von Präsident Reagan empfangen worden, der ihr seine „volle Unterstützung" versprach. Vor ihrer Reise hatten führende US-Regierungsbeamte Zweifel geäußert, ob die philippinische Präsidentin dem Aufstand der kommunistischen „Neuen Volksarmee" standhalten könne und stark genug sei, um eine wirksame Regierungspolitik zu führen. Eine finanzielle Hilfe der US-Regierung sagte Reagan indessen nicht zu, sondern forderte die US-Privatwirtschaft auf, von den „unglaublichen Gelegenheiten" auf den Philippinen in der Ära nach Marcos zu profitieren. Allerdings stimmte das Repräsentantenhaus nach einer Rede der Staatspräsidentin für eine 200 Millionen-Dollar-Soforthilfe. Senatsmitglieder kritisierten, daß die Kongreßabgeordneten eher „mit dem Herzen als mit dem Kopf" gestimmt hätten.

Mit amerikanischen Banken besprach Frau Aquino eine Neuverteilung der Zinszahlungen ihres Landes. Insgesamt sind die Philippinen bei 483 Banken mit mehr als 14 Milliarden Dollar verschuldet. Es herrschte allgemein die Auffassung vor, daß mit einem neuen 500-Millionen-Dollar-Standby-Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine gute Möglichkeit für eine Neufestsetzung der Fälligkeitsdaten gegeben sei.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sicherheits-Partner

Von Joachim Neander

Was zwischen Bonn, Mainz und Paris jetzt unter Nachbarn am Verhandlungstisch an Verbesserungen über Cattenom erreicht worden ist, mag den einen vielleicht zu wenig, den anderen als Wahlkampfhilfe erscheinen; solche Deutungen sind im Tagesstreit unvermeidlich. Es bleibt die beachtliche Tatsache, daß hier auf dem schwierigen Terrain der Atomenergie zum erstenmal über Grenzen hinweg Fortschritte erzielt wurden, obwohl durch gleichzeitige gerichtliche Klagen, Demonstrationen und eine erhitzte Diskussion auf dem offenen Markt die Atmosphäre für freundschaftliche Gespräche nicht gerade günstig war.

Damit kann es freilich nicht genug sein. Eine Kernenergie-Weltkarte, auf der der Grad der regionalen Ängste den jeweils regionalen Sicherheitsstandard anzeigt, ist keine beruhigende Vorstellung. Die Abmachungen über Cattenom müssen zum *Baustein einer weitweiten Übereinkunft werden.* Wenn Bundesumweltminister Wallmann bekennt, er sei inzwischen beeindruckt von dem ehrlichen Bemühen auch der Sowjetunion auf diesem Gebiet, dann ist das erfreulich; man hofft, daß Taten es bestätigen werden.

Dies allerdings durch einen neuen deutschen Weltbelehrungs- und Weltbeglückungsdrang fördern zu wollen, wäre ein Irrweg. Um Oskar Lafontaine sein schlimmes, das deutsch-französische Klima vergiftendes Wort von der „Zentrale des Todes" Cattenom zurückzugeben: Die Bundesrepublik darf *nicht* zu einer Zentrale der Todesangst werden. Die Betreiber dieser Zentrale handeln unverantwortlich. Wer sich (vielleicht aus Mangel an sonstigem Erfolg) auf den Export von Panik verlegt, inklusive Umsatzsteigerung mit jedem Störfall, der sollte einkalkulieren, daß ihm dies möglicherweise in einer gefährlichen Valuta heimgezahlt wird.

Die Sicherheitsqualität der deutschen Kernkraftwerke, zu deren wißbegierigsten Besuchern in aller Stille übrigens zur Zeit sowjetische Experten gehören, trägt wesentlich mehr zu einer weltweiten Sicherheitspartnerschaft (um das bei den Linken so strapazierte Wort einmal sinnvoll anzuwenden) auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei als aufgeregtes Geschrei und wilde Drohungen.

Uruguays Zeitbombe

Von Günter Friedländer

Während 92 Mitgliedstaaten des Gatt-Abkommens die Handelsprobleme der Welt in Uruguays Luxusbadeort Punta del Este zu lösen versuchten, erlitt in der benachbarten Hauptstadt Montevideo der Präsident Julio Maria Sanguinetti eine Niederlage: Eine Kommission des Parlaments lehnte seine Amnestie für Übergriffe der Angehörigen des Heeres unter der Militärregierung (1973–85) ab.

Sanguinetti sieht in der Amnestie die Vorbedingung für Uruguays sozialen Frieden. Die Opposition – die einst konservative „Weiße" Partei und die linke „Breite Front" – teilt Sanguinettis Meinung nicht. Seine liberale „Rote" Partei hat keine Mehrheit im Parlament. Das Problem läßt sich nicht mit dem argentinischen vergleichen, auch wenn in Buenos Aires beim Prozeß gegen Admiral Emilio Massera Verbindungen zwischen hohen argentinischen und uruguayischen Offizieren sichtbar wurden. In Argentinien ging es um viele Tausende Übergriffe, in Uruguay liegen den Gerichten nur um die 40 Strafanzeigen vor, die wegen ungeklärter Kompetenzfragen nicht behandelt werden können. Man nennt auch andere Zahlen: Eine Kommission des Parlaments spricht von 46 Offizieren, die in den Fällen von 164 „Desaparecidos" (Verschwundenen) ihre Hand im Spiel gehabt haben sollen.

(Ein verwandtes Thema ist der Aderlaß der Bevölkerung Uruguays: 300 000 Uruguayer sollen während der Militärdiktatur ausgewandert sein, wobei für die meisten jedoch wirtschaftliche, nicht politische Erwägungen maßgebend waren.)

Viele Offiziere wollen allerdings weder Prozesse noch Amnestie. Sie verlangen, *daß* mit Stillschweigen beendet wird, was sie „Kampf gegen die Subversion" nennen, und bezeichnen die Tatsache, daß ihr Kommandant, General Hugo Medina, das Wort Amnestie nicht zurückwies, als „Verrat" am Heer.

Sie finden Sympathie bei denen, die fragen, warum die Führer der Tupamaros amnestiert wurden, die Offiziere aber, die zum Kampf gegen sie gerufen wurden, nicht. Die Antwort ist einfach: Hier geht es nicht um Gerechtigkeit, sondern um ein politisches Manöver. Solche Konflikte werden zu Zeitbomben, die nur noch schwer zu entschärfen sind.

Genosse Argus

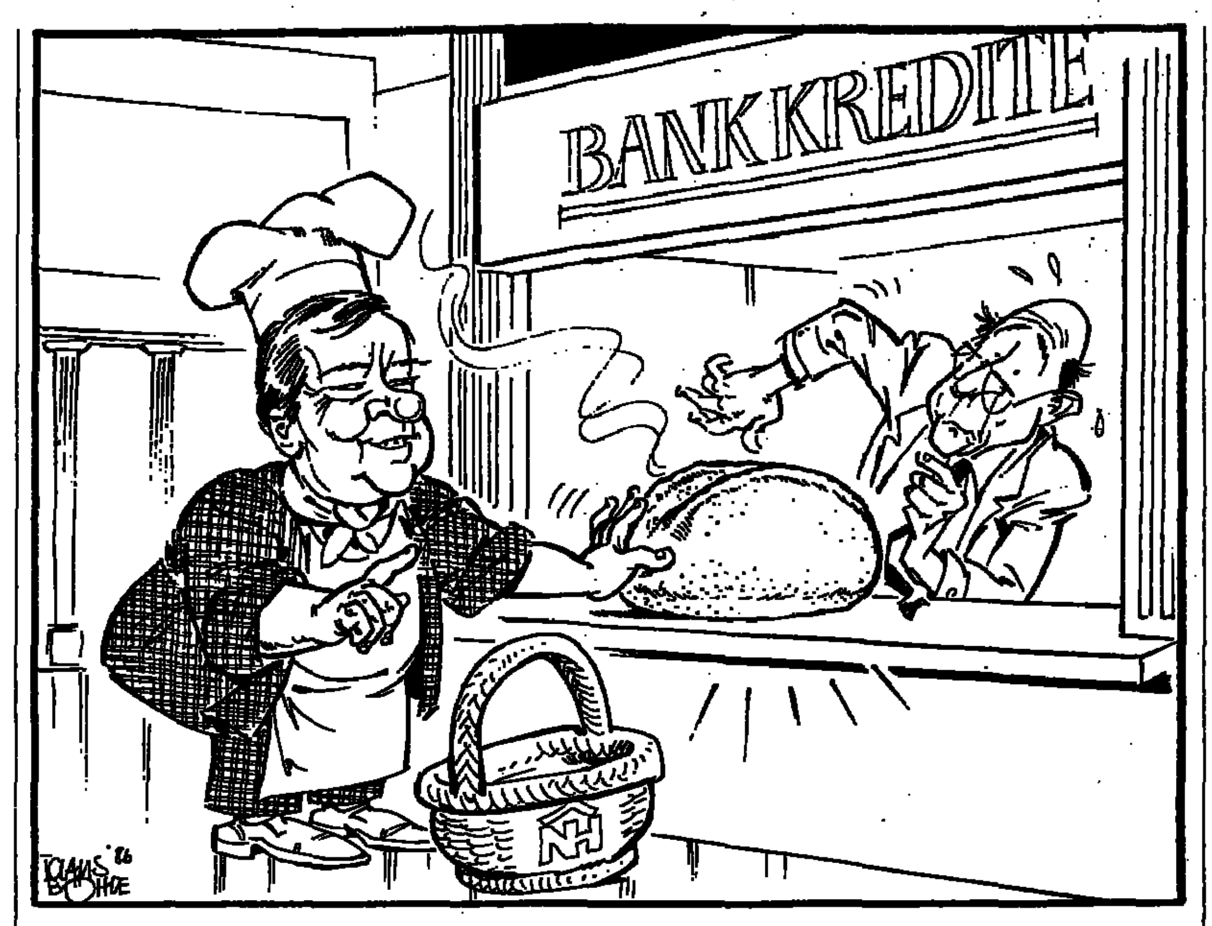
Von Uwe Bahnsen

Sieben Wochen vor der Hamburger Bürgerschaftswahl des 9. November hat die Sozialdemokraten in der Hansestadt der Verkauf der Neuen Heimat an den Brotfabrikanten Schiesser als ein besonderer Schock getroffen. Um zu retten, was noch zu retten ist, hat man über den Bausenator Eugen Wagner die Parole ausgegeben, der Senat werde „mit Argusaugen" darüber wachen, daß der Erwerber Schiesser sich peinlich genau an die gemeinnützlichkeitsrechtlichen Bestimmungen hält.

Das ist eine löbliche Absicht, gegen die niemand etwas haben kann. Insbesondere, wenn man Argusaugen hat. Argus Panoptes, der „Allesseher" der griechischen Mythologie, hatte Augen am ganzen Körper und hielt sie abwechselnd wach. Nun sollte auch Argus eine Art heiliger Kuh beobachten (die Kuh, in die Zeus' Geliebte Io verwandelt worden war). Nur: Er hat sie tatsächlich beobachtet, bis er von Hermes umgebracht wurde. Hier ist es umgekehrt. Der Argus Hanseaticus hielt seine Augen viele Jahre lang entweder geschlossen, oder er hatte nur eines, das zudem noch blinzelte.

Das jedenfalls ergibt sich aus dem sorgfältig zusammengetragenen und von allen Fraktionen der Bürgerschaft verabschiedeten Ermittlungsergebnis des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Neue Heimat. Detaillierter ist nirgendwo beschrieben worden, wie unzulänglich die Aufsichtsinstanzen des Hamburger Senats das Treiben der NH-Bosse und *ihrer Konfidenten* in der SPD und auch in dem von ihr gestellten Senat kontrolliert haben.

Die sozialdemokratische Mißwirtschaft war der Humus, auf dem dieser Fall wucherte. Nun ist die heilige Kuh an den Metzger verramscht, und als Opfer bleiben die Steuerzahler, die für die Subventionen aufkommen mußten, die Gewerkschaftsmitglieder, deren Beiträge in ein Faß ohne Boden flossen, die Mieter, die Angst um ihre Rechte haben, und die Banken, deren Vertrauen in den Kreditnehmer DGB ihnen nun damit vergolten werden soll, daß sie auch noch für dieses Täuschungsmanöver zahlen sollen. Und der Senat wird nun, wo es zu spät ist, mit Argusaugen wachen. Hermes, der Gott der ehrbaren Kaufleute, darf sich die Augen reiben.



Hypothekensicherung, ofenfrisch KLAUS BÖHLE

Tschernobyl ist nur drüben

Von Peter Krejsa

Die Einladungen zum Empfang *des Bundeskanzlers der Republik* Österreich anläßlich der 30. Generalkonferenz der IAEA (sie beginnt mit einer Sondersitzung über Tschernobyl und hat die Themen Frühwarnsysteme und Hilfeleistungen bei Strahlenunfällen) sind auf weißes Büttenpapier gedruckt, geschmückt wie immer mit dem Kaiseradler in Goldprägung, allerdings einköpfig geworden und, diesmal fällt es doch irgendwie auf, Hammer und Sichel in den Klauen – und er hat eine Kette gesprengt. Die UdSSR muß sich von den Werkzeugen geschmeichelt und von der Kette nicht betroffen fühlen, denn die Themen sind sehr allgemein gehalten; man will Moskau nicht verärgern. Eher fragt es sich, ob diese Konferenz eine energiepolitische Demontage einläuten soll. Wird damit der österreichische Weg des Ausstiegs aus Zwentendorf beispielhaft?

Dieser Weg allerdings bedeutete noch mehr Energie-Importe aus dem Ostblock, von unsicheren Kernkraftwerken, die – das Tschernobyl-Modell RBMK – gleichzeitig Plutonium für Atombomben produzieren. So finanziert Österreich seine eigene Bedrohung doppelt. Soll die Bundesrepublik Deutschland *diesem Beispiel folgen?*

Die Aussteiger behaupten mit Hinweis auf den Prototyp eines militärisch nutzbaren Reaktors, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie ihre Unschuld verloren habe. Demgegenüber müßte diese Konferenz klarstellen, daß Tschernobyl an der Sicherheit westlicher Kernkraftwerke nichts geändert hat, aber sie wird es aus Rücksicht auf die UdSSR nicht tun. Jede Aussage zu den Lehren von Tschernobyl aber ist Unsinn, solange man Äpfel und Birnen zu vergleichen sucht. Denn Tschernobyl war ein militärischer, kein ziviler Unfall.

Aber schon die Teilnehmer des IAEA-Hearings vom August in Wien waren tief gerührt ob der sowjetischen Offenheit, ohne sich darüber aufzuhalten, daß die Sowjets in stereotypen Phrasen redeten und eingeübte Antworten auf Fragen gaben. Die Analyse zeigt aber deutlich die Zielsetzung der sowjetischen Desinformationspolitik nach der ersten Phase des Lügens und Verschweigens – wo die meisten noch ahnungslos den „neuen Stil Gorbatschows" feiern.

Zunächst: Die Sowjets setzen die Zahl der zu erwartenden Toten hoch an. Wesentlich höher, als sie von westlichen Experten angesetzt wurden. Da der Osten immer gut im Beschönigen von Zahlen ist, *müßte auch den Gutgläubigen auffallen*, daß mit der Nennung von 26 000 Toten ein Ziel verfolgt wird. Es soll dazu dienen, Panik im Westen zu erzeugen. Man spekuliert darauf, daß kein frei gewählter westlicher Politiker es wagen kann, ein Energiesystem zu propagieren, das mit einem Schlag so viele Tote produziert.

Analysiert man diese Horrorzahl, die *sich auf 50 Jahre und 75 Millionen* Menschen bezieht, so kommt man auf 500 zusätzliche Todesfälle pro Jahr. Bei einem „normalen" Erwartungswert von 180 000 Krebstoten entspricht das einer Erhöhung um weniger als 0,3 Prozent und ist statistisch nicht faßbar (im Gegensatz zur Erhöhung der Todesfälle durch Schwefeldioxid).

Der zweite Punkt, den die sowjetische Seite hervorhob, war: menschliches Versagen. Auch hier eine eindeutige Zielsetzung. Die westlichen Kritiker müssen sich nicht mehr mit 3000 Reaktorbetriebsjahren auseinandersetzen, in denen es keine Todesfälle gegeben hat. Sie belegen einfach am sowjetischen Beispiel, daß menschliches Versagen nie auszuschließen sei. Damit erreicht die UdSSR nicht *nur Angstmache im Westen*, sondern lenkt von ihren RBMK-Reaktoren (Tschernobyl) ab.

GAST-KOMMENTAR



Der Physiker Peter Krejsa ist Geschäftsführer der Österreichischen Kerntechnischen Gesellschaft und Vertreter Wiens im Radioactive Waste Management Committee der OECD FOTO: DIE WELT

Was hier „menschliches Versagen" *genannt wird, ist in Wahrheit* etwas anderes: Sie sind unsteuerbar. Die UdSSR hat sich durch Spionage ein Reaktorenmodell besorgt, das in den USA entworfen und dann rasch verworfen wurde. Sie hat (das geht mit diesem Modell) den Kern so „aufgeblasen", daß 1000 Megawatt erreicht wurden; größere sind (waren?) geplant.

Der Nutzen besteht darin, daß *man mit diesem Modell militärisch* – für Atomwaffen – nutzbares Plutonium erzielen kann. Dafür hat man einen unkontrollierbaren Reaktor ohne Sicherheitseinrichtungen. Wegen der Anlagengröße verfügt er über kein Containment. Aber das ist eben die sowjetische Sicht: Was brauchen wir Materialprüfungen, ein Reaktor muß wie ein Traktor zu bauen sein. Tschernobyl ist also nicht überall, aber in der UdSSR zwanzigmal zu oft.

Die Konferenz muß sich darüber klar sein, daß die Energiebedarfsdeckung der Welt nicht vom Standpunkt der Saturierten aus gesehen werden kann. 75 Prozent der Weltbevölkerung leiden an Energiemangel, der ebenso zu bewerten ist wie Mangel an Nahrung und Medikamenten. Der Westen kann nicht die Sünden des Ostens auf sich laden. So, wie wir mit Afghanistan und dem Abschuß des KAL-Flugzeugs leben, leben wir mit der Bedrohung durch sowjetische Billig-Reaktoren. Dieser Bedrohung *kann man, wenn man den Mut dazu* hat, durch politischen Druck zu begegnen suchen – etwas mehr Druck, vielleicht, als man für die unglücklichen Afghanen aufbietet –, aber man kann ihr nicht durch eigene Abstinenz entgehen.

Die möglichen Einsparungen im Westen sind für das Weltszenario ohne Bedeutung. Von Bedeutung sind aber die Ausstiegsszenarien – *einschließlich der Schadstoffemis*sionen bei der Nutzung fossiler Brennstoffe, einschließlich der Problematik der Deponierung von Schadstoffen, die aus der Rauchgasreinigung stammen. Allein die Bundesrepublik verbraucht bereits heute bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe vierzigmal mehr Sauerstoff, als ihre Wälder und Grünflächen produzieren. Und wer von Elektroautos und Wasserstofftechnologie träumt, muß wissen, daß er auch dafür einen Primärenergieträger braucht, entweder Atom oder Kohle. Kurz: wer Ausstieg sagt, muß präzise sagen, wo er einsteigen *will und welche Konsequenzen* das hat.

IM GESPRÄCH Takako Doi

Mehr als Imagepflege

Von Fred de La Trobe



Aufstieg dank der Krise: Sozialistenführerin Doi FOTO: AP

Für Takako Doi war die tiefste Krise ihrer Partei der Startpunkt zum Aufstieg an die Spitze. Damit gelang es ihr, die festbegründete Männerherrschaft Japans anzuschlagen: Zum erstenmal hat eine große politische Partei des Landes eine Frau auf den Schild gehoben. Die größte Oppositionsgruppierung Japans, die Sozialistische Partei (SPJ), hat Frau Doi zu ihrer neuen Vorsitzenden berufen. Vorher war sie von 83 Prozent der eingeschriebenen Parteimitglieder mit haushohem Vorsprung vor ihrem (männlichen) Gegenkandidaten gewählt worden.

Frau Doi ersetzt den bisherigen Vorsitzenden der SPJ, Masashi Ishibashi, der die Verantwortung für die Schlappe der Sozialisten bei den Par*lamentswahlen im Juli auf sich nahm* und zurücktrat. Ihre Wahl signalisiert einen Fortschritt für Japans Frauen, die zwar mehr als die Hälfte der 87 Millionen Wähler des Landes stellen, im politischen Leben aber eine untergeordnete Rolle spielen. In beiden Häusern des Parlaments sind von insgesamt 764 Abgeordneten nur 29 weiblichen Geschlechts. In der Ministerrunde der neuen Regierung Nakasone *gibt* es *nur Männer.*

Mit dem Novum einer Frau an der Spitze will die SPJ ihr angeschlagenes Image wieder aufpolieren. Bei der Wahl im Juli verlor die zweitgrößte Partei Japans 27 Sitze im Unterhaus. Nach dem Schock der Niederlage suchte die Parteiführung nach Wegen aus der Krise. Dazu gehört auch das Bestreben, die japanischen Wählerinnen für sich zu gewinnen.

Frau Doi erklärte jedoch schon, daß es mit Imagepflege allein nicht getan sei. Tatsächlich ist die Kernfrage für die SPJ, ob es ihr gelingt, ihre marxistisch-leninistischen Dogmen über Bord zu werfen und sich an Formen und Erfahrungen des modernen Industriestaats anzupassen.

Die neue Vorsitzende beklagte, daß sich die Partei zu wenig um praktische Alltagsfragen kümmere, die das *Leben jedes Bürgers berühren.* Sie hat versprochen, auf die Sorgen der Bürger einzugehen und die Probleme pragmatisch anzupacken. Die Richtungskämpfe zwischen den linken und rechten Flügeln in der SPJ werden *es* ihr allerdings nicht leicht machen, die Partei auf einen Kurs zu leiten, der bei den Wählern besser ankommt als die Linie ihres Vorgängers.

Die siebenundfünfzigjährige Junggesellin gilt als Expertin in der Außenpolitik und in Sicherheitsfragen. Sie wirkte daran mit, die SPJ mehr nach den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas *hin* zu orientieren *und das vorher sehr gespannte* Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu entkrampfen.

Frau Dois Heimat ist die mitteljapanische Hafenstadt Kobe, wo sie als zweite Tochter eines Arztes aufwuchs. Sie studierte Anglistik und Jura an der Frauenuniversität in Kyoto. Später wurde sie Dozentin an der renommierten Universität Doshisha, wo sie sich auf Verfassungsfragen spezialisierte.

1969 kandidierte sie erstmals erfolgreich für das Unterhaus in ihrem heimatlichen Wahlkreis. Seither wurde sie sechsmal hintereinander wie*dergewählt.*

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Abendzeitung

Das Münchner Blatt liest dem DGB die Leviten:

Jeder Tag, der neue, im Grunde unfaßbare Details birgt, macht aus dem angeblich so pfiffigen Coup einen gigantischen, miesen Skandal. Sollten Neue Heimat und Deutscher Gewerkschaftsbund wirklich geglaubt haben, sie seien mit dem Verkauf auch das Problem los – sie haben sich gewaltig geirrt. Denn zum wirtschaftlichen Desaster kommt nun der politische Schaden. Der Rest an Glaubwürdigkeit ist für den DGB *dahin.*

Nordwest-Zeitung

Die Oldenburger Zeitung kommentiert die SPD-Präsidiumswahlen:

Hans Apel kandidierte in richtiger Einschätzung der Mehrheit im SPD-Vorstand erst gar nicht wieder. Hans Koschnick wagte die Probe aufs Exempel und verlor prompt. Koschnick hat seine politische Zukunft bereits hinter sich. Vor einigen Jahren verzichtete er auf den stellvertretenden SPD-Vorsitz, um sich ganz seinem Amt in Bremen zu widmen. Dann trat er als Bürgermeister zurück, um mit aller Kraft der Partei zu dienen. Die Partei indes bedient sich weiter links.

OFFENBACH-POST

Sie mahnt das Land Hessen:

Niemand hat mehr Grund als das Land Hessen, die Offenlegung aller Vereinbarungen zwischen DGB und *Schiesser zu fordern. Bevor das nicht* geschehen ist, sollte das Land keinen Gedanken an den Kauf der Regionalgesellschaft Südwest verschwenden. Es läuft sonst Gefahr, bei dem undurchsichtigen Handel zwischen Schiesser und dem DGB die Rolle des nützlichen Idioten zu spielen, der freiwillig 300 Millionen Mark dafür zahlt, daß er dem DGB mehr als eine Milliarde Mark Schulden und entsprechende Folgelasten abnimmt. Für eine ähnliche Aufgabe soll Schiesser schließlich noch Geld vom DGB dazu bekommen – vielleicht die hessischen Millionen?

Eßlinger Zeitung

Sie meint zu Klagen des Beamtenbundes:

Nun ist es ein alter Brauch in Demokratien, daß Interessengruppen vor wichtigen Wahlen mit dem Ent*zug von Wählerstimmen drohen,* um die solchen Entzugserscheinungen ausgesetzten Wahlkampfmanager zu raschen – und teuren – Versprechungen zu veranlassen. Solche Versuche haben allerdings nur dann einige Erfolgschancen, falls Klagen über eine Unzufriedenheit glaubwürdig klingen. Genau das darf man bezweifeln.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung bemerkt zur KVAE-Vereinbarung:

Die Abkommen über Inspektionen und Kontrollen stellen größere Zugeständnisse des Kremls dar. Sie verdeutlichen, wie er in beispielloser Weise seine früher starre Haltung zu Inspektionen vor Ort fallen ließ, und versprechen weitere Zugeständnisse bei den anstehenden Verhandlungen *für ein Abkommen* über chemische Waffen.

Es steht um die Abrüstung besser, als man glaubt

Einerseits Daniloff, andererseits mancherlei Annäherung / Von Bernt Conrad

Aus Präsident Reagans UNO-Rede ergeben sich die Konturen einer amerikanischen Doppelstrategie. Ihre Bestandteile sind: Härte im Fall Daniloff, aber Verhandlungsbereitschaft und sogar Optimismus bei der Abrüstung.

Mit anderen Worten: Gelänge es, den Fall Daniloff aus der Welt zu schaffen, so wären die Chancen für Abrüstung und Rüstungskontrolle (und damit für einen erfolgreichen zweiten Gipfel) wahrscheinlich größer, als dies bis vor kurzem vorstellbar erschien.

Der Präsident hat vor der UNO im wesentlichen jene Vorschläge ausgebreitet, die er Gorbatschow am 25. Juli übermittelt hatte. Und der Präsident hat seine Anregungen mit Komplimenten an die Sowjets garniert, die auf substantielle Annäherungen schließen lassen.

Dies gilt vor allem für die Mittelstreckenwaffen. *Moskau hat* offensichtlich darauf verzichtet, ein Reduzierungsabkommen in diesem Bereich weiterhin von amerikanischen Konzessionen bei SDI abhängig zu machen. Washington wiederum ist bereit zu einem Interimsabkommen, das eine drastische Verringerung auf beiden Seiten vorsieht, solange eine Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen noch nicht erreichbar ist.

Die Außenminister Shultz und *Schewardnadse haben ein solches* Abkommen in Washington übereinstimmend als möglich bezeichnet. Sein Grundprinzip muß lauten: Gleiche Obergrenzen auf beiden Seiten. Sollte das erreichbar sein – und im Augenblick deutet einiges darauf hin –, dann könnten vor allem die Europäer zufrieden sein. Denn die daraus resultierende größere Stabilität auf niedrigerem Niveau käme ihnen zugute, ohne daß westliche Vorleistungen, wie sie Sozialdemokraten und Grünen noch heute vorschweben, das Ergebnis verschlechtern.

Bei den strategischen Offensivwaffen hat Reagan den Sowjets ausdrücklich *Anerkennung dafür gezollt,* daß sie sich positiv zu der amerikanischen Idee radikaler Reduzierungen eingestellt hätten. Der Präsident erstrebt weiterhin eine fünfzigprozentige Reduktion, ist aber auch zu Zwischenlösungen bereit, die sowjetischen Interessen Rechnung tragen. Seine Bewertung „Es hat Bewegung gegeben" weist auch hier auf konkrete Chancen hin.

Komplizierter sieht es beim SDI-*Projekt aus. Gewiß bleibt es das Ziel* Gorbatschows, die Amerikaner zu einem Verzicht zu veranlassen. Und ebenso sicher will sich Reagan vom Grundsatz einer strategischen Verteidigung nicht abbringen lassen. Immerhin hat der Präsident aber einen Stufenplan vorgelegt, der darauf hinausläuft, daß zumindest für eine Zeitspanne von siebeneinhalb Jahren keine Weltraumwaffen aufgestellt werden sollen.

Im einzelnen stellt sich das so dar, daß die USA und die Sowjetunion die Verpflichtung eingehen sollen, sich bis 1991, entsprechend dem ABM-Vertrag, auf Erforschung, Entwick*lung und den Test strategischer De*fensivwaffen zu beschränken. In der zweiten Stufe soll ein neuer Vertrag sicherstellen, daß jede Seite, die nach 1991 ein Defensivsystem stationieren will, dem Vertragspartner einen Plan vorlegt, der diesem einen Anteil an den Vorteilen des Defensivsystems verschafft und gleichzeitig eine Beseitigung aller offensiven Raketen vorsieht.

Darüber soll dann zwei Jahre lang *verhandelt werden.* Führen diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis, könnte jede Seite nach einer weiteren Pause von sechs Monaten ein Defensivsystem stationieren.

Dieser Plan entspricht zwar nicht der Forderung Gorbatschows nach einem fünfzehnjährigen Moratorium bei der Aufstellung eines SDI-Systems, kommt dem aber mit siebeneinhalb Jahren auf halbem Wege entgegen und bietet *grundsätzlich* den Vorteil einer abgestimmten Regelung. Die Antwort Gorbatschows darauf scheint nicht ganz so negativ ausgefallen zu sein wie die Propaganda von Tass.

In der Frage eines atomaren Teststopps hat sich Reagan ebenfalls nicht die sowjetischen Moratoriumsvorschläge zu eigen gemacht. Doch er hat zum ersten Mal den Einschluß neuer Grenzen für atomare Tests in ein *Raketenreduzierungsabkommen* ins Auge gefaßt.

Dafür nannte er zwei Bedingungen: Erstens sollen die Sowjets zusätzlichen Verifikationen im Zusammenhang mit den beiden Testbegrenzungsabkommen von 1970 zustimmen, zweitens sollen sie ein Programm zur Reduzierung und am Ende zur Beseitigung der Atomwaffen akzeptieren. Dies stellt die Teststoppforderungen auf eine realistischere Basis.

Was die von Schewardnadse übergebene Antwort Gorbatschows auf alle diese Vorschläge enthält, steht noch in den Sternen. Mitarbeiter Reagans sprechen von einem „ernsthaften Vorschlag" des Sowjetführers, und der Präsident selbst hat eine „ernsthafte und sorgfältige Prüfung" zugesagt.

Danach könnte ein vorsichtiger Optimismus durchaus am Platze sein – falls Gorbatschow sich dazu durchringen könnte, den Fall Daniloff zu bereinigen.

Der Fall Reh: Ein Angeklagter in der Rolle des Opfers

„Wahnsinnige kamen und haben alles zerstört", klagt der Hauptangeklagte. Seit zwei Wochen steht Wolfgang Reh wegen Betrugs vor Gericht. Zerstört wurde sein Traum, im Immobilien-Geschäft zum „König von Sylt" aufzusteigen, als die Leitung der Volksbanken Kredite entzog, die zuvor leicht zu haben waren.

Von CHRISTIAN GEYER

Landgericht Essen, gestern um 9.15 Uhr: Im Saal 290 herrscht Verwirrung. „Wo ist Herr Reh?" Als Maximilian Selhorst, der Vorsitzende Richter der IV. Großen Strafkammer, merkt, daß der Hauptangeklagte noch nicht erschienen ist, verläßt er den Saal wieder.

9.21 Uhr. Der „König von Sylt" kommt durch die Hintertür. Das Gesicht des Wolfgang Reh (44) ist blaß, seine Haut eingefallen, der Blick finster. Und auch diesmal wiederholt sich das Zeremoniell der ersten Verhandlungstage: Reh schaut sich suchend unter den Prozeß-Besuchern und Journalisten um. Plötzlich erhellt sich seine Miene, für Sekunden huscht ein Lächeln über sein Gesicht. Frau Roswitha steht in rehbrauner Jacke draußen im Flur und winkt ihm durch die offene Tür zu. Ihre Blicke begegnen sich nur flüchtig.

Seit letzter Woche darf sie als möglicher Zeuge an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. Nur in den Pausen ist ihr ein kurzes Gespräch mit ihrem Mann erlaubt. Tiefe Ringe liegen unter ihren Augen. Noch einmal winkt sie, dann wird die Tür geschlossen. Wolfgang Reh nimmt wie versteinert auf der Anklagebank Platz. Richter Selhorst erscheint ein zweites Mal, diesmal bleibt er, die Verhandlung beginnt.

Wolfgang Reh wollte die Insel Sylt in ein „Mallorca des Nordens" verwandeln. Den Trip zu dem Nordsee-Eiland sollte sich auch „Kumpel Anton" aus dem Ruhrpott leisten können. „Tourismus mit der Brechstange" warfen Kritiker dem umtriebigen „Bettenkönig" aus Bottrop vor. Die Staatsanwaltschaft nennt es heute einen der „größten Fälle von Wirtschaftskriminalität in der Geschichte des Landes". Anstiftung zur Untreue in zwei besonders schweren Fällen und fortgesetzten Betrug „in mindestens 42 Teilakten" wirft sie dem ehemaligen Immobilienhändler vor.

Massenweise kaufte Reh Anfang der achtziger Jahre Feriendomizile und Hotels auf Sylt, wandelte sie in Appartements um und verkaufte sie zum doppelten und dreifachen Preis weiter. Die Reh-Consult-Unternehmensberatung mit ihrem ebenfalls angeklagten Geschäftsführer Rudolf Göckeler (40) köderte, so die Anklage, ihre Kunden mit einem einfachen Trick: Sie gab den Käufern phantastische Mietgarantien, die immer knapp über der jährlichen Belastung lagen. „Betrügerische Ertragsversprechungen" heißt es in der 250seitigen Anklageschrift dazu.

Die zumeist zahlungsunfähigen Reh-Kunden indes konnten ihrem Immobilien-Wohltäter nicht genug danken, als er ihnen auch noch die 100prozentige Finanzierung und den kompletten Kapitaldienst abnahm. „Rehbock oder Sündenbock?" Mit grünem Filzstift hat Reh die Frage auf den Deckel einer Akte geschrieben, die er schon am ersten Verhandlungstag den Journalisten zuspielte. Eine Art Verteidigungsschrift, die Reh in den „sage und schreibe 26 Monaten meiner U-Haft" erstellt hat. Er fühlt sich als Opfer der Volksbank Oberhausen, die ihm mit ihren ungesicherten Millionen-Krediten das Sylt-Geschäft erst möglich machte. „Die Volksbanken sind eine Gebärmaschinerie für Wirtschaftskriminalität", läßt Reh die Journalisten wissen. Sie hätten ihm die Kredite regelrecht „aufgeschwatzt". Doch seine Aufgabe sei es nicht, „die Banken zu bremsen und zu kontrollieren".

Der mitangeklagte ehemalige Oberhausener Bankdirektor Günter Flock (38) hatte Reh mit Geld geradezu gefüttert. Von Juli 1982 bis Februar 1984 machte er mit Billigung seines ebenfalls angeklagten Kollegen Günter Schulpig (64) rund 110 Millionen Mark locker. Die Buchhaltung war nach Ansicht der Staatsanwälte so manipuliert, daß bei den Prüfungen nichts auffiel. Zusammen mit den durch „Scheckreitereien" erwirkten Krediten entstand der Volksbank Oberhausen am Ende ein Schaden von 145 Millionen Mark.

Wolfgang Reh: Verführer oder Verführter? FOTO: DPA

Rehs Mund formt sich zu einem spöttischen Lächeln, als Günter Flock über die „besondere Unternehmensphilosophie" der Volksbank Oberhausen spricht. „Die Volksbanken haben eine ganz andere Interessenlage als die anderen Banken." Für diese Bemerkung Flocks hat Reh ein breites Grinsen parat. Hastig greift er zu seinem Stift und macht sich erstmals Aufzeichnungen in sein schwarzes Ringbuch, daß er an jedem Prozeßtag mit sich führt.

Richter Selhorst möchte etwas über die frühe Kindheit Flocks wissen. „Waren Sie ein Musterknabe, Herr Flock?" Die Frage wirkt peinlich, nicht nur für den Angeklagten.

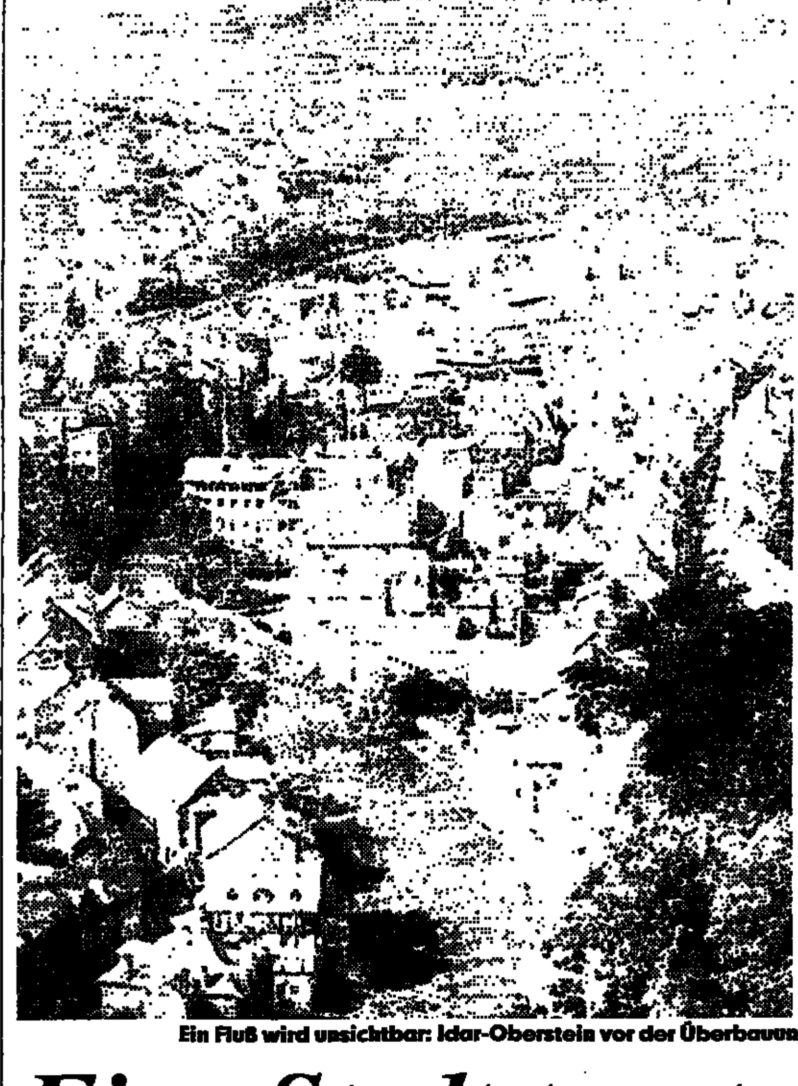
Fingerspitzengefühl scheint nicht gerade Selhorsts Stärke zu sein. Das wurde schon zu Beginn des Prozesses offenbar, als der Richter als erste Amtshandlung Reh ein Geständnis nahelegte. Gerade in Wirtschaftsprozessen könne ein rückhaltloses Geständnis strafmildernd sein – „abgesehen davon, daß es das Verfahren abkürzt". Der Antrag auf Befangenheit des Richters folgte auf dem Fuß: Die Verteidiger warfen ihm vor, die Angeklagten nicht über ihr Schweigerecht aufgeklärt zu haben. Statt dessen habe Selhorst so getan, als stehe nur der geständige Angeklagte auf dem Boden der Rechtsordnung. Die Kammer hatte den Antrag schließlich abgelehnt, nach drei Stunden und fünfzehn Minuten Beratungszeit.

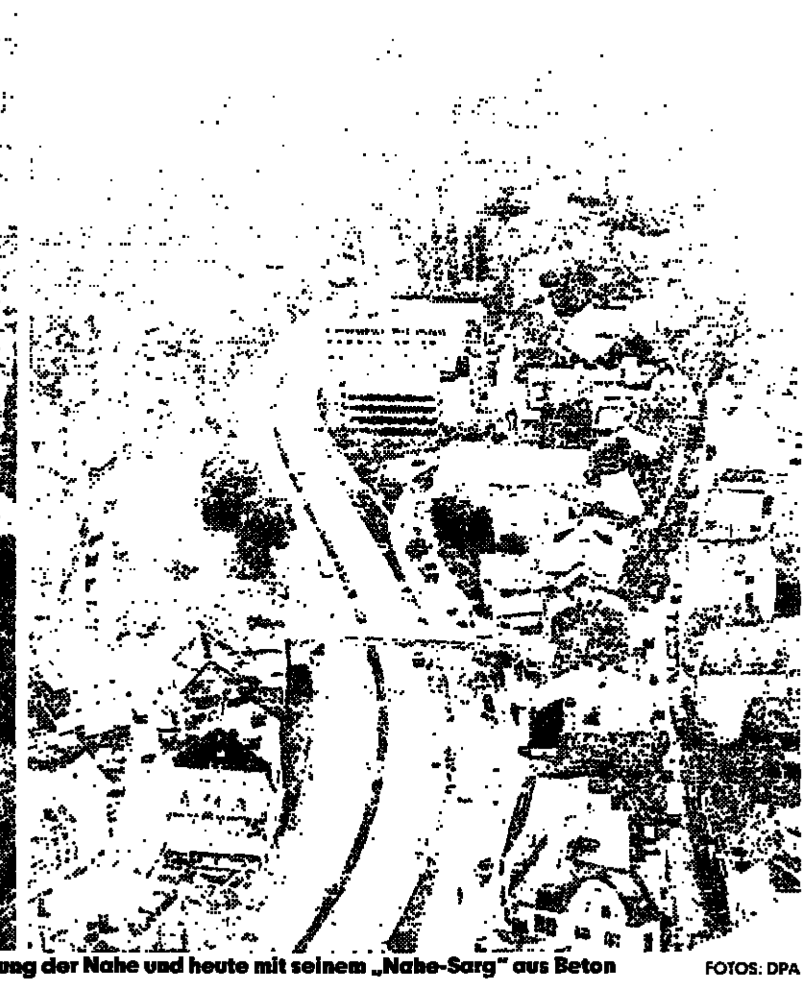
Die Frage nach dem „Musterknaben" hat Flock sichtlich irritiert. „Ein Musterknabe, Herr Vorsitzender? Nein, ich glaube nicht." Reh grinst. Selhorst stellt dieselbe Frage mit anderen Worten neu: „Sind Sie denn mal von zu Hause ausgerissen?" Und diesmal erfährt der Richter, was er wissen will: Flock kann sich nämlich nicht erinnern, jemals von zu Hause ausgerissen zu sein.

Mustergültig wirkt er auch auf der Anklagebank noch. „Ich bin hier in einer Situation, in die ich hoffentlich nie wieder kommen werde", sagt er. Akkurat trennt sein Scheitel das graumelierte Haar. Er sitzt aufrecht, die Hände hat er vor sich auf dem Tisch gefaltet. Hin und wieder rückt er seine dicke schwarze Hornbrille auf der Nase zurecht. Wenn er etwas sagen will, meldet er sich höflich, beinahe zaghaft zu Wort. Er spricht langsam, deutlich und bestimmt. „Gleichwohl", „vielfältig", „allenthalben" – Flock bevorzugt das Verwaltungsdeutsch, emotionale Einlassungen kennt er nicht. „Haben Sie denn mal eine Ehrenrunde in der Schule gedreht?" Bei dieser Frage wirkt Flock beinahe erschrocken. „Herr Vorsitzender, um Gottes willen, nein", ruft er aus. Sogleich fängt er sich wieder und fährt fort – korrekt und verbindlich wie bei einem Kundengespräch in der Volksbank.

Gestern versuchte er klarzustellen, daß sein Kredit-Engagement gar nicht so ungesichert war, wie die Staatsanwaltschaft annimmt. Allein 50 bis 60 Prozent seien durch den Kaufpreis von Rehs Bauobjekten gesichert gewesen. Der dafür von der Oberhausener Bank zugrunde gelegte Wert sei durchaus nicht unrealistisch gewesen. Bei vergleichbaren Objekten auf Sylt habe der Quadratmeter-Preis nämlich deutlich über den Volksbank-Schätzungen gelegen. Zweifel an Reh seien lange Zeit nicht aufgekommen. Der hohe Grundwert der Objekte und die gute Finanz- und Kapitallage der Reh-Unternehmen hätten den Vorstand damals beeindruckt.

Das will Reh ins Protokoll genommen wissen. Dieselbe Aussage habe er nämlich schon gemacht, „während ich in U-Haft schmorte" – doch habe das Gericht ihm bislang nicht geglaubt. Reh ist mißtrauisch geworden. Er weiß, daß er nicht mit den Mitangeklagten in einem Boot sitzt.





Ein Fluß wird unsichtbar: Idar-Oberstein vor der Überbauung der Nahe und heute mit seinem „Nahe-Sarg" aus Beton FOTOS: DPA

Eine Stadt tanzt um einen „Sarg"

Das Projekt ist einmalig, das Projekt ist umstritten, das Projekt ist fertig: Heute werden in Idar-Oberstein knapp zwei Kilometer Straße freigegeben, die die Nahe zudecken und das Stadtbild gründlich verändert haben. Für Landschaftsschützer ein Akt der Barbarei, doch in der Stadt selbst denken die meisten anders.

Von JOACHIM NEANDER

In Idar-Oberstein beginnt heute ein gewaltiges Fest. Drei Tage lang wird gefeiert, was andernorts als „exemplarischer Fall von Umweltbarbarei", ja sogar als „Mord an Idar-Oberstein" gebrandmarkt worden ist: die Überbauung der Nahe quer durch die Stadt. Der Fluß ist weg. Die Autos rollen.

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger war als Festredner angesagt. Er kommt nicht. Vielleicht sind's die Termine, vielleicht auch ein bißchen Rücksicht auf seinen Kollegen Umweltminister Wallmann. Oberbürgermeister Erwin Korb (SPD) ist ziemlich enttäuscht. Die Einweihung sei des Ministers wegen bereits vorverlegt worden. Dollingers Anwesenheit hätte ein deutliches Zeichen bedeutet. Wieder einmal zeigt sich: Der „Nahe-Sarg" ist ein gigantisches, von der großen Mehrheit der unmittelbar Betroffenen aus tiefster Seele herbeigesehntes Millionen-Bauwerk.

Aber das Thema bleibt heiß. Man verbrennt sich leicht die Finger daran. Ein Blick ins Archiv zeigt die Temperatur der Diskussionen an, die sich vor allem auf die Zeit gleich nach Baubeginn im Sommer 1980 konzentrierten. Ein paar Zitate und Schlagzeilen: „Vernichtung eines uralten, schönen historischen Stadtbildes" (der inzwischen verstorbene Städteplaner Professor Reichow); „ein nicht zumutbarer Eingriff" (Graf Lennart Bernadotte vom Deutschen Rat für Landespflege); „ein stadtbildzerstörendes, stadtzerschneidendes, fußgänger- und lebensfeindliches Vorhaben, das allen städtebaulichen, ökologischen und klimatischen Erkenntnissen widerspricht" (Werkbund Rheinland-Pfalz).

Es war und ist von „Mord an einer Stadt", von einem „Schildbürgerstreich für 250 Millionen" oder „Terrorismus der Straßenbauer" die Rede. Wer freilich als Reporter unter den rund 38 000 Einwohnern Idar-Obersteins nach Bestätigung dafür sucht, dem kann es so gehen: „Na los, gehen Sie doch durch die Stadt und suchen Sie jemand, der hier wohnt und gegen die Überbauung ist. Ich zahle Ihnen für jeden, den Sie anbringen, fünf Mark."

Die Stimmung ist gereizt. Man scheint es leid, noch länger zu reden. Die Meinung der Mehrheit ist eindeutig. Sie war es übrigens schon immer. Als 1966 der erste Beschluß im Stadtrat für das Projekt gefaßt wurde, gab es eine einzige Stimmenthaltung. Später scherte zeitweise ein FDP-Mann aus. Und zwei neugewählte DKP-Abgeordnete sahen im Protest die Riesenchance, überregional Aufsehen zu erregen. Die beiden großen Parteien SPD und CDU blieben hart.

Diese große Koalition hielt übrigens bis nach Bonn. Bundesverkehrsminister Volker Hauff (SPD), der heute für den Ausstieg aus der Kernenergie streitet, stand jahrelang ebenso unbeugsam zu dem Idar-Oberstein-Projekt wie nach ihm der CSU-Mann Dollinger, der für das Grußwort in der Hochglanz-Festbroschüre immerhin den Satz formulierte: „Ich bin sicher, daß spätestens mit der Verkehrsfreigabe der Nahe-Überbauung auch alle diejenigen, die in der Vergangenheit dieser Baumaßnahme kritisch gegenüberstanden, überzeugt sein werden ..."

Man wird es nur schwer feststellen können. Es gab vor ein paar Jahren auch in Idar-Oberstein selbst eine Bürgerinitiative gegen den „Nahe-Sarg". Sie brachte an die 2000 Unterschriften zusammen und führte 1969 bis 1973 einen Prozeß bis zum Bundesverwaltungsgericht – vergebens. In letzter Zeit ist es still um sie geworden. Denn im Grunde ist Idar-Oberstein nur ein Schlüsselwort für ein unlösbares Problem. Die letzte saubere Lösung, so formulieren es die Zyniker in der Landeshauptstadt Mainz, wäre gewesen, vor 700 Jahren die Besiedelung dieses idyllischen Fleckchens zu verbieten.

Die breite Talaue des Flusses Nahe wird an dieser Stelle plötzlich durch steilen Fels fast abgeriegelt. Der Nahe ergeht es hier fast wie einem Gebirgsfluß: Im Sommer oft nur ein kümmerliches Rinnsal, im Frühling nach der Schneeschmelze ein reißender Strom mit einer hundertfach größeren Wassermenge. Auf einer Breite von stellenweise nicht mehr als 150 Metern „keilen" sich hier das Flußbett, die Ortsbebauung, die Bundesstraße 41 (immerhin seit Jahrhunderten eine wichtige Verbindung zwischen Frankfurt und dem Saarland beziehungsweise Trier) und eine Bahnlinie um jeden Zentimeter.

Schon Anfang des vorigen Jahrhunderts, als hier nur Postkutschen verkehrten, heißt es in einer Petition Obersteiner Bürger an den Herzog von Oldenburg (dem damals diese „Kolonie" im Birkenfelder Land gehörte): „Die Straße ist derart, daß jeder Fremde mit Recht erstaunt und entrüstet ist ..." Mitunter müßten die Wagen stundenlang halten, ehe sie mit Bürgerhilfe aneinander vorbeikämen. Dennoch: Erst die Entdeckung der Achatfunde und die damit verbundene Entwicklung der 1933 zusammengeschlossenen Ortschaften Idar und Oberstein zu einer Industriestadt und zu einem durch Goldschmiede und Schmuckwaren (noch heute sind es 143 Betriebe mit über 2000 Mitarbeitern) attraktiv gewordenen Touristen-Zentrum hat das Problem unlösbar gemacht. Wer in den letzten Jahren durch Idar-Oberstein mußte, hatte unter Umständen Wartezeiten bis zu einer Stunde in Kauf zu nehmen. Die Anwohner sprachen von Terror. Es kam zu Auseinandersetzungen. Alternativpläne wie etwa eine weiträumige Umgehung über die Höhe schieden nach reiflicher Überlegung aus..

Nur 20 Prozent der pro 24 Stunden bis zu 25 000 Autos auf den beiden überlasteten Hauptstraßen sind Durchgangsverkehr. Der Rest wäre nicht ausgewichen. Nun ist auf genau 1875 Metern Länge und 25 Metern Breite der Fluß die Straße. 70 Firmen haben sechs Jahre an diesem „Sarg" gearbeitet; 26 Häuser mußten abgerissen werden, eins, das unter Denkmalschutz steht, wird wieder aufgebaut. Ein türkischer Arbeiter kam 1983 zu Tode. Von den Kosten (267 Millionen Mark plus weitere 20 Millionen für Zusatzarbeiten inklusive Begrünung mit 100 000 Gehölzen) trägt der Bund den Löwenanteil. Bis Ende 1987 sollen die jahrelang geplagten Anwohner der bisherigen Durchgangsstraße durch eine Fußgängerzone entschädigt werden.

„Mord", sagt Oberbürgermeister Korb, „Mord wäre gewesen, die Dinge so zu lassen, wie sie waren."

Nach der Hochschule Kassel hat jetzt Oldenburg einen „Fall Daxner"

CDU „verschlief" die Ernennung des umstrittenen Professors zum Uni-Präsidenten

MICHAEL JACH, Hannover

Nun, da das Kind im Brunnen liegt, muß es damit leben; es liegt nämlich rechtsgültig. Nach derart verquerer Formel hat sich offenbar die Bestallung des hochschulpolitisch ebenso *heftig wie wissenschaftlich umstrittenen* Didaktikprofessors Michael Daxner zum neuen Präsidenten der Universität Oldenburg (WELT v. 22. 9.) *vollzogen, die gestern* auf der Tagesordnung des niedersächsischen Landeskabinettsgleich obenan stand.

Peinliche Lage

Die Regierung Albrecht fand sich in der peinlichen Lage, eigentlich nur noch hinnehmen zu können, was Regierungsbeamte *und* CDU-Politiker im Land – bis hinauf zu Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens – nach Einschätzung von Verfahrensbeteiligten zum entscheidenden Zeitpunkt regelrecht verschlafen haben: daß nämlich der mit radikalsozialistischer „Systemkritik" namhaft gewordene Professor alles andere *als geeignet sei, den seit ihren* Gründungswehen in den siebziger Jahren mühsam zum Besseren gewendeten Ruf der Universität Oldenburg weiter zu heben.

Juristisch haltbare Gelegenheit zum Eingreifen wäre demnach gewesen, als das Ministerium in Hannover die Eignungsvoraussetzungen der Bewerber für die Kandidatur in Oldenburg zu prüfen hatte – mithin eini*ge Monate vor dem Wahlakt im Hoch*schulkonzil, der am 11. Juni erst im dritten Anlauf mit 46 zu 44 Stimmen für Daxner entschieden wurde. In dieser Phase indes waren, wie jetzt kleinlaut zugegeben wird, die Formaljuristen des Wissenschaftsministerium mit ihrem hochschulpolitischen Sachverstand sich selbst überlassen.

Pikanterweise merkte offenbar selbst der Minister nichts, der in jenen Tagen in seinem Wahlkreis Osnabrück Landtagswahlkampf führte. Professor Daxner lehrte bisher an der Uni Osnabrück. Derzeit übt das Haus Cassens sich intern im Schwarzer-Peter-Spiel.

Standespolitisch an die Brust schlagen sich jene vier Fünftel der Oldenburger Professorenschaft, die *Daxner nicht wollten, zugleich aber* einige wenige schwankende Kollegen im Uni-Konzil nicht dazu zu bewegen vermochten, die wahlrechtliche Hochschullehrer-Mehrheit demgemäß einzusetzen. Als man schließlich vor wenigen Wochen die Oldenburger CDU-Landtagsgruppe zum Griff nach der Notbremse einer regierungsamtlichen Ernennungsverweigerung bewog, war dies nur noch auf die *Gefahr einer verwaltungsgerichtlichen* Niederlage der Landesregierung hin möglich.

Die SPD-Landtagsopposition säumte nicht, es dem Gegner einzureiben: „Mit der Zulassung zur Bewerbung ist Daxner für das Amt geeignet," formulierte süffisant die *stellvertretende Fraktionsvorsitzende* Ursula Pistorius.

SPD schweigt

Alles andere sei „Einmischung in die Selbstverwaltung der Hochschule" und „politische Disziplinierung". Wobei die Solidaritätsfront für Daxner – SPD nebst Gewerkschaften – Schweigen gebreitet läßt über die Tatsache, daß nicht einmal Hessens Kultusminister Hans Krollmann *(SPD) den Professor 1980 als Chef der* Gesamthochschule Kassel haben wollte. In Hessen war's möglich: Krollmann drängte Daxner nach erfolgter Wahl zum Verzicht.

Bald Urteil im Spenden-Prozeß?

dpa, Bonn

Im Bonner Spenden-Prozeß gegen die angeklagten früheren Minister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs sowie den ehemaligen Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch kann voraussichtlich noch vor Weihnachten dieses Jahres ein Urteil gesprochen werden. Dies bestätigte gestern ein Sprecher des Bonner Landgerichts. Damit würde der Urteilsspruch noch vor Beginn der „heißen Phase" des Bundestags-Wahlkampfs liegen.

Ob dies möglich ist, hängt nicht zuletzt von der Aussage des CDU-Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep ab, gegen den die Staatsanwaltschaft noch ermittelt. Macht Kiep eine umfangreiche Aussage, *könnte sich das Gericht nach Ansicht* von Prozeßbeobachtern wahrscheinlich weitere Zeugenvernehmungen ersparen.

Rechtsbeugung von Position abhängig

dpa, Karlsruhe

Ein Amtsträger macht sich nur dann der Rechtsbeugung schuldig, wenn sein Aufgabenbereich und seine Stellung mit der eines Richters vergleichbar sind. Nicht jede unrichtige Rechtsanwendung, sondern nur die in entsprechend verantwortlicher Stellung erfolgte bewußte Beugung des Rechts ist nach Paragraph 336 Strafgesetzbuch ein Straftatbestand. Dies entschied der Bundesgerichtshof.

Im behandelten Fall hatte ein Stadtoberinspektor gegen Geldzahlungen widerrechtlich griechischen Staatsangehörigen Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Nach Auffassung der Karlsruher Richter war er jedoch nicht in einer sachlich so unabhängigen Stellung, *daß seine* Tätigkeit mit der eines Richters zu vergleichen war. (Aktenzeichen: 1 StR 330/86 vom 29. Juli 1986.)

SPD-Forderung an Asyl-Konferenz

AP, Bonn

Die Sozialdemokraten haben zwei Tage vor der von Bundeskanzler Kohl initiierten Gesprächsrunde über Maßnahmen zur Eindämmung des Asylantenstroms konkrete Forderungen gestellt. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) sagte gestern, seine Partei werde von den Beteiligten eine Zusage verlangen, Pläne zur Änderung des Grundgesetzes fallenzulassen. Die Bundesregierung, die auch mit einem entsprechenden Antrag im Bundestag konfrontiert werde, müsse auch „dahingehenden Absichten Dritter" entgegentreten. Vogel fügte allerdings hinzu, Vertreter der Opposition gingen nicht zu dem Gespräch beim Kanzler, „um prompt wieder wegzugehen".

Zu der Konferenz hat Kohl die Ministerpräsidenten der Länder und führende Politiker der Parteien (außer den Grünen) eingeladen.

„Ich guck' mal, was ich für Sie tun kann"

ULRICH REITZ, Bonn

Eine Landrats-Wahl im saarländischen Merzig-Wadern gibt Rätsel auf: Der Kreistag entscheidet sich zwar *wie vorgesehen für den bisherigen* Amtsinhaber, den CDU-Politiker Michael Kreiselmeyer. Aber von den 27 Mitgliedern des Kreistages stimmen nur 14 für Kreiselmeyer, 13 dagegen für den Gegenkandidaten der SPD, den Saarbrücker Rechtsanwalt Gert Wiebe. Dabei verfügen CDU und FDP, die sich vor dem Wahlgang verständigt hatten, gemeinsam für den christdemokratischen Kandidaten zu votieren, zusammen über 15 Stimmen. Einer ist Heckenschütze, schert aus der Verabredung der Koalition aus CDU und FDP aus. War dabei ein „Angebot" der SPD im Spiel?

Guido Neisius, seit 30 Jahren *FDP-Mitglied und Angehöriger* des Kreistages in Merzig-Wadern, will am Mittwoch, drei Tage vor der Landratswahl Ende August, einen Anruf bekommen haben. Am Ende der Leitung: SPD-Mitglied Alfred Holzwarth, seit kurzem Chef der Saar-Toto-Gesellschaft und nach Einschätzung von CDU- und FDP-Politikern im Saarland *ein enger Vertrauter von* Ministerpräsident Oskar Lafontaine.

„Verlockendes Angebot"

Er habe ihm, Neisius, bei einem anschließenden Mittagessen ein verlockendes Angebot gemacht, „wenn ich für den SPD-Kandidaten stimme", sagt der FDP-Politiker der WELT. Holzwarth habe ihm „zugesichert", der Neisius-Sohn, der gegenwärtig bei einer Baufirma beschäftigt *sei, werde „am 1. Dezember bei Saar-*Toto anfangen" können – Wohlverhalten bei der Wahl vorausgesetzt. Und: Über das Gehalt des Sohnes werde man reden können. Zweiter Teil der angeblichen Offerte: Holzwarth sei von Landes-Finanzminister Hans Kasper (SPD) „bevollmächtigt", schildert Neisius weiter, ihm auszurichten, daß seiner Beförderung – der FDP-Politiker ist Angestellter im Finanzbauamt – „nichts im Wege *stehe". Ad drei: Ein SPD-Landrat* werde ihm, Neisius, einen Aufgabenbereich als Beigeordnetem zuordnen, der mit einer „Aufwandsentschädigung" verbunden würde.

Neisius will Holzwarth gegenüber den Einwand gemacht haben, auch wenn er den SPD-Kandidaten wähl*te, fehlte eine Stimme.* Daraufhin habe Holzwarth dem FDP-Mann erwidert: „Wenn sie Wiebe wählen, wird er Landrat". Er habe daraus den Schluß gezogen, der SPD sei es gelungen, eine CDU-Stimme zu „kaufen", erklärte Neisius. Einen Tag später habe er Landrat Kreiselmeyer von dem „Angebot" unterrichtet. Der CDU-Politiker bestätigte dies gegenüber der WELT. Neisius versichert, bei der Wahl am Samstag zu der Absprache zwischen CDU und FDP gestanden zu haben. „Ich wäre doch sonst politisch tot gewesen".

Holzwarth gibt, konfrontiert mit den Angaben von Neisius, eine andere Darstellung des Vorgangs. „Neisius hat mich angesprochen, nicht ich ihn", erklärt er der WELT. Der FDP-Politiker habe ihm „sein Leid geklagt", von der „schlechten Behandlung durch die CDU" gesprochen und von seinem Sohn und dessen „unsicherer Stellung" bei besagter Baufirma. Holzwarth will Neisius bei die*sem Gespräch lediglich gesagt haben*: „Ich guck mal, was ich für Sie tun kann" – mehr nicht. „Konkrete Angebote habe ich nicht gemacht", und: „Ich hatte auch keinen Auftrag". Auch habe er „mit keinem von der CDU gesprochen", so Holzwarth, „ich kenne die Leute nicht". Christ- und Freidemokraten wollten „die Geschichte hochspielen", weil sie nach dem Verlust der Landtagswahl einen Einbruch auch im ländlichen Bereich *befürchteten.*

„Jemanden einkaufen"

Der Darstellung von Holzwarth widerspricht Toni Hoffmann, Erster Beigeordneter der Gemeinde Perl und CDU-Politiker. Bei einem Weinfest am Abend nach der Wahl in Perl habe er gehört, wie Holzwarth erzählte, er habe jemanden „einkaufen" wollen, sagte Hoffmann der WELT. Der Name Neisius sei aber nicht gefallen.

Eine Variante über das Verhalten von Neisius steuert Landrat Kreisel*meyer bei. Als der FDP-Politiker ihm* von dem „Angebot Holzwarths berichtete", habe er versucht, die CDU gegen die SPD auszuspielen. Kreiselmeyer zur WELT: „Er (Neisius) sagte mir, er könne an dem Angebot der SPD nicht vorbeigehen, es sei denn, ich würde dafür sorgen, daß sein Sohn bei einer Sparkasse unterkommt".

Als „ich ihm sagte, ich kann Ihren Wunsch nicht erfüllen, war das Gespräch beendet", so Kreiselmeyer. Er gehe „deshalb davon aus, daß die Stimme für Wiebe (den SPD-Kandidaten) von Neisius kam". Er könne „sich nicht vorstellen, daß es einer *von uns war", so der* CDU-Politiker. Doch das Rätsel um den Heckenschützen bleibt ungelöst.

Federn werden alle lassen müssen: Vom kleinsten Land bis zur feinsten Bank

Von FRANZ KUSCH

Die Hoffnungen, die die gewerkschaftlichen Eigentümer 1982 in die Berufung von Dr. Diether Hoffmann von ihrer Bank für Gemeinwirtschaft zum neuen Chef der angeschlagenen Neuen Heimat gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. Sein Optimismus, durch massive Wohnungsverkäufe das einstige *Flaggschiff* des gewerkschaftlichen Firmenimperiums stabilisieren zu können, scheiterte an den Realitäten auf dem Immobilienmarkt. Die Idee, *durch Wohnungsverkäufe die* Ertragslage des Unternehmens zu verbessern, war übrigens nicht neu. Aufsichtsratsprotokolle belegen, daß bereits ab 1977 unter Vietors Führung aus diesem Grund NH-Wohnungen verkauft wurden – ohne nennenswerten Erfolg. Das einzige, was Hoffmann erreichen konnte, war *1983* ein Stillhalteabkommen mit den Banken, die auf die Tilgung von 1,7 Milliarden Mark bis Ende 1986 verzichtet haben.

Die Zeit drängt. Deshalb hat die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), die Holding des DGB-Wirtschaftsimperiums, den ehemaligen Dresdner-Bank-Manager Manfred Meier-Preschany als Nothelfer engagiert. Bei seiner Bestandsaufnahme war Meier-Preschany auf die Daten der Neuen Heimat angewiesen. Und die sehen offenbar so aus:

Den Gesamtschulden in Höhe von 17,4 Milliarden Mark stehen Vermö*genswerte von 20,5 Milliarden Mark* gegenüber.

Von den Schulden sind 12,1 Milliarden Mark grundbuchmäßig gesichert. Weitere 5,3 Milliarden Mark sind „kritisch". Davon wiederum sind 1,7 Milliarden Mark bis Ende dieses Jahres fällig. Da dies vermutlich nicht möglich sein wird, muß Meier-Preschany auf eine Verlängerung des *Moratoriums hinarbeiten.* Bei dem „kritischen" Block von 5,3 Milliarden Mark handelt es sich offenbar ausschließlich um Mittel zur *Unternehmensfinanzierung,* die wegen fehlenden Eigenkapitals aufgenommen werden mußten und die nicht hinreichend abgesichert sind.

Das Vermögen der Neuen Heimat besteht aus nicht verwerteten Grundstücken in Höhe von 1,2 Milliarden Mark, aus noch nicht verkauften Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen im Wert von *600* Millionen Mark, aus 260 000 Mietwohnungen im Buchwert von 14 Milliarden Mark und Reservepotential in Form von Mietwohnungen aller Regionalgesellschaften, das noch zusätzlich mobilisiert wer*den könnte.* So addiert die Neue Heimat ihr Vermögen auf insgesamt 20,5 Milliarden Mark.

WELT-Serie

NH

Das Ende eines Konzerns

Die Sache hat allerdings einen Schönheitsfehler: Woher haben Krisenhelfer Manfred Meier-Preschany und die NH-Gläubiger die Gewißheit, daß diese Angaben auch dem tatsächlichen Realwert entsprechen? Nachdem die Neue Heimat und BGAG ihre am 5. Februar 1986 in Bonn gegebene Zusage, Schulden- und Vermögensstruktur durch die neutrale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit AG begutachten zu lassen, sechs Wochen später überraschend widerrufen hatten, bleibt ein Rest von Unbehagen. Wie, wenn zum Beispiel der Buchwert für *Grundstücke, Gebäude* und Wohnungen angesichts des darniederliegenden Immobilienmarktes zu hoch veranschlagt wurde? Die Prüfer der Treuarbeit *AG sind für ihre strengen* Maßstäbe bekannt (und manchmal gefürchtet). Die Neue Heimat wiederum muß ein Interesse daran ha*ben, sich optimal* darzustellen.

Ob mit oder ohne Gutachten – Meier-Preschanys Bemühungen können nicht auf Sanierung, sondern nur auf eine möglichst geräuschlose Auflösung der Neuen *Heimat aus sein.* Dabei werden alle Beteiligten Federn lassen müssen. Die Banken, die einst dem kapitalkräftigen DGB vertraut haben, sehen sich doppelt getäuscht. Zum einen, weil die gewerkschaftlichen *Eigentümer mit* 1,5 Milliarden Mark nur den gewinnorientierten Teil der Neuen Heimat gerettet und dabei gleichzeitig ihrer eigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) geholfen haben. Deren Gläubigeranteil wurde nämlich von einst 1,1 Milliarden zu Ende der siebziger Jahre auf 400 Millionen Mark zu Anfang 1986 verringert. *Zum anderen, weil die* Gewerkschaften bisher nichts für den gemeinnützigen Teil der NH getan haben.

Da das Bankgeheimnis hierzulande immer noch fast so gut ist wie das Beichtgeheimnis, ist man auch beim NH-Engagement der Banken auf Vermutungen angewiesen. Die Deutsche Pfandbriefanstalt soll mit einer Milliarde Mark drinhängen. Bei der WestLB, Nordrhein-Westfalens Staatsbank, dürften es knapp 700 Millionen Mark sein. Die Wohnungsbauförderungsanstalt NRW hat 995 Millionen Mark in die Neue Heimat gesteckt und ist nur letztrangig gesichert. Es folgen alle guten Adressen des deutschen Kreditgewerbes.

Natürlich möchten die Banken möglichst viel von ihrem Geld wie*dersehen. Ihre Haltung* ist uneinheitlich, je nach der Qualität der Sicherheiten. Insofern werden sie nicht zu einem linearen Verzicht auf Zinsanteile und zu gleich hohen Wertberichtigungen bereit sein. Außerdem erwarten sie Opfer von den öffentlichen Händen und vor allem von den gewerkschaftlichen Eigentümern, die durchaus noch einen Teil *ihres* Milliardenvermögens einsetzen können. Zwar gibt es entgegenstehende Beschlüsse von Gewerkschaftskongressen. Aber Beschlüsse sind interpretierbar. Wer wüßte das besser als Gewerkschaftsführer?

Unterdessen hat sich die Situation *verändert. Durch* das Geschäft mit Horst Schiesser hat der DGB vor aller Welt einen moralischen Offenbarungseid geleistet. Manfred Meier-Preschany zog die Konsequenzen und gab seinen Auftrag zurück. Selbst die Freunde in der SPD haben Mühe, das Davonschleichen der Gewerkschaften aus ihrer Ver*antwortung zu erklären. Schließlich* sind ja auch die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit ihren Neue-Heimat-Wohnungen betroffen, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes.

Morgen lesen Sie:
Folge IV: Der DGB steigt aus

Minister Schneider beruhigt die Mieter der Neuen Heimat

DW. Bonn

Für die Mieter der Neuen Heimat *gibt es auch nach dem aufsehenerre*genden Verkauf von 190 000 NH-Wohnungen an den Berliner Unternehmer Schiesser keinen Grund zur Sorge vor den Verlust der Wohnung oder überzogene Mieterhöhungen. Dies versichert Bundesbauminister Oscar Schneider in einem offenen Brief.

An der Gemeinnützigkeit des Vermieters habe sich nichts geändert. Es bleibe bei dem Grundsatz: „Kauf bricht nicht Miete".

Wohnungsbauminister Schneider verweist in diesem Zusammenhang auf ein Faltblatt, das vom Bundesbauministerium herausgegeben worden sei und zu allen Fragen des Mieterschutzes umfassend Auskunft erteile.

Der offene Brief an die Mieter der Neuen Heimat, den das Wohnungsbauministerium gestern in Bonn veröffentlichte, hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Mieterinnen und Mieter!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das Wohnungsunternehmen ‚Neue Heimat' an einen Privatunternehmer verkauft.

Ich bedauere es, daß sich damit der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften ihrer Verantwortung für Sie, die Mieter und für die Mitarbeiter des Unternehmens entzogen haben.

Gemeinnützigkeit bleibt

Die anderen stets als beispielhaft dargestellten Grundsätze der Gemeinwirtschaft gelten offenbar für den Deutschen Gewerkschaftsbund selbst nichts mehr.

Sie *wollen und müssen wissen,* was dieser Kauf für Sie bedeutet, ob und welche Folgen er haben könnte. Für die Mieter der Neuen Heimat besteht kein Grund, sich zu ängstigen.

Es gibt keinen Grund zur Angst vor einem Verlust der Wohnung oder vor überzogenen Mieterhöhungen.

Der neue Eigentümer hat die gemeinnützige ‚Neue Heimat Wohnungsbaugesellschaft' insgesamt erworben. Diese Gesellschaft bleibt deshalb nach wie vor der Vermieter Ihrer Wohnung. Damit hat sich an der Gemeinnützigkeit Ihres Vermieters nichts geändert.

Es bleibt auch bei der Bindung an die Kostenmiete des Gemeinnützigkeitsrechts.

Selbst bei einem nicht auszuschließenden, späteren Verkauf von Gebäuden oder Wohnungen an Dritte bleiben Sie als Mieter voll geschützt.

Schutz bleibt erhalten

Das geltende Mietrecht gewährt Ihnen gegenüber dem Erwerber denselben Schutz wie gegenüber dem jetzigen Eigentümer. Der Erwerber tritt mit allen Rechten aber auch mit allen Pflichten Ihnen gegenüber in das bestehende Mietverhältnis ein.

Es bleibt bei dem Grundsatz: ‚Kauf bricht nicht Miete'.

Durch den Verkauf wird weder Ihr Kündigungsschutz noch Ihr *Schutz vor überzogenen Erhöhun*gen der Miete verringert.

Die Stellung des Mieters ist heute bei uns so günstig wie noch nie. Dafür sorgt neben den Mieterschutzrechten auch das inzwischen erreichte, hohe Angebot an Mietwohnungen.

Entscheidend ist, daß Sie als Mieter Ihre Rechte genau kennen. Nur dann können Sie davon Gebrauch machen. Nur dann werden Sie sich sicher fühlen.

Um Ihnen diese Informationen an die Hand zu geben, hat das Bundesbauministerium ein Faltblatt erarbeitet, das zu allen Fragen des Mieterschutzes *beim Wohnungsverkauf* eingehend Auskunft gibt.

Fordern Sie dieses kostenlose Faltblatt beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in Bonn 2, Deichmannsaue, an oder schreiben Sie mir direkt, wenn Sie ganz konkrete Probleme und Sorgen haben.

Mit freundlichen Grüßen Dr. Oscar Schneider"

Unruhe an der Basis: DGB trägt die Verantwortung

RALPH LORENZ, Bonn

Die Affäre um den gewerkschaftseigenen Baukonzern Neue Heimat (NH) hat dem Ansehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der eigenen Mitgliederschaft offensichtlich mehr geschadet als bislang erkennbar war. Darauf deutet eine Reihe ungewöhnlich scharf formulierter Anträge hin, die im Blick auf den am 19. Oktober beginnenden 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg eingereicht wurden. Die Anträge wurden noch vor Bekanntwerden des spektakulären *NH-Verkaufes an den Berliner Brot*fabrikanten Schiesser formuliert.

So heißt es im Antrag der IG Metall-Verwaltungsstelle Leverkusen, durch ihre Geschäftspraktiken hätten die gemeinnützigen Unternehmen für die Gewerkschaftsmitglieder „mehr Schaden als Nutzen gebracht". Das beste Beispiel hierfür sei die Neue Heimat, „die zum Teil mit kriminellen Handlungen der Gewerkschaftsbewegung auf Jahrzehnte" geschadet habe. Die IG Metaller *in Leverkusen schlagen deshalb* vor, daß der DGB sich „von allen gemeinnützigen Unternehmen" trennen solle.

Kritik an Verkäufen

Von der IG-Metall-Unterorganisation in Würzburg kommt ein deutlicher Hinweis auf die Verantwortlichkeit: „Die Sanierung des Konzerns ist vom DGB-Bundesvorstand politisch zu verantworten und darf sich *nicht als Entscheidung von Vor*stand und Aufsichtsrat der Neuen Heimat" darstellen. Bei anstehenden Verkäufen seien die Gewerkschaften rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Die Konzernleitung wird in dem Papier umgehend aufgefordert, „die bisher geübte Verkaufspraxis von Wohnungen zu beenden". *Einem Hilferuf gleich kommt* der Antrag der Augsburger IG Metaller: „Die Skandale und Veröffentlichungen um den gewerkschaftseigenen Baukonzern Neue Heimat stören unsere gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben und in der Öffentlichkeit auf das empfindlichste. Es ist deshalb von den Verantwortlichen in den Aufsichtsgremien und den Vorständen der Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß solches zukünftig nicht mehr möglich ist." Der gewerkschaftseigene Baukonzern Neue Heimat – so schreiben die Augsburger Genossen, nichtwissend, daß der DGB just zu diesem Zeitpunkt den Konzern dem Berliner Großbäcker Schiesser für nur 50 Millionen Mark feilbot – sei deshalb zukünftig nach den gewerkschaftlichen Handlungsgrundsätzen und der sich daraus ergebenden „moralischen Verantwortung" zu gestalten.

„Großer Schaden"

Wie ein Nachruf auf abhanden gekommene Grundsätze liest sich der Satz: „Zukünftig müssen erstellte Projekte unserer gewerkschaftseigenen Baugesellschaften Vorzeigeobjekte sein, die die Demonstration unserer gewerkschaftlichen Handlungsweise und die moralische Verpflichtung eines Gewerkschaftsunternehmens ermöglichen."

Die Formulierung, daß der Neue-Heimat-Skandal den Gewerkschaf*ten und somit der Arbeiterbewegung* „großen Schaden zugefügt" habe, ist durchgängig in vielen Variationen in den Anträgen der IG-Metall-Basis zu finden. Aus Velbert kommt die durch den Schiesser-Kauf gegenstandslos gewordene Forderung, daß „Sozialwohnungen nicht privatisiert werden dürfen".

Der Genossen-Frust kommt auch im Ludwigsburger Antrag zum Ausdruck: Aus Mitgliedsbeiträgen dürfe keine weitere finanzielle Unterstützung für die Neue Heimat geleistet werden. Die Volksfürsorge, die Bank für Gemeinwirtschaft oder andere gewerkschaftliche Einrichtungen dürften nicht zugunsten der Neuen Heimat veräußert werden.

Und es folgt ein Satz, der so auch aus dem Lager der Union stammen könnte: „Gewerkschaftliche Unternehmen müssen aus eigener Kraft ihre Probleme lösen."

Paris sucht Hilfe im Ausland

BKA-Spezialisten in Frankreich ? / Terrorismus zwingt zum Umdenken in Nahostpolitik

PETER RUGE, Paris

Noch wagt die politische Führung Frankreichs nicht das Eingeständnis, das ihre jüngsten Schritte in der Nahostpolitik in die Irre führten, nämlich sich mit pro-arabischen Gesten den Terrorismus vom Leib zu halten. Die 5. Republik steht nun zwischen zwei Feuern: Sie sieht sich einerseits des Verrats an gegebenen Versprechungen auf Freilassung von arabischen Häftlingen bezichtigt – dies ist die Version der Abdallah-Familie, die damit die von „ihren Freunden" gelegten Bomben in Paris begründet. Andererseits muß Paris die bittere Erfahrung machen, daß die historischen Bindungen gerade zu Libanon durch diese Politik fast in nichts aufgelöst wurden und seine letzten Einheiten nahezu hilflos den Angriffen schiitischer Milizen ausgeliefert sind.

Das ist die Vorgeschichte: Im März 1985 wird der Direktor des Kulturzentrums in Tripolis, Gilles Sidney Peyroles, von Freunden des FARL-Revoluzzers George Ibrahim Abdallah entführt. Dieser sitzt wegen Mittäterschaft an Morden, begangen 1982 am amerikanischen Militärattaché und einem israelischen Diplomaten in einem französischen Gefängnis. Der Austausch wird heimlich von Paris in die Wege geleitet – das gehörte zu den politischen Gepflogenheiten der damaligen sozialistischen Führung – Peyroles ist bereits frei, da findet sich die Mordwaffe, die Abdallah gehört. Die Amerikaner legen nun Protest gegen eine vorzeitige Haftbefreiung für Abdallah ein, die französische Justiz verlangt den Prozeß: die Regierung Fabius schwenkt um. Auch die Regierung Chirac erklärt heute, sie werde sich einer Erpressung nicht beugen.

Aber auch die Gaullisten glaubten nach dem Machtwechsel im März zunächst, sich mit Entgegenkommen an arabische Wünsche den inneren Frieden, aber auch ihre Stellung in Nahost erkaufen zu können. Neun Geiseln in der Hand fanatischer pro-iranischer Terror-Gruppen im Libanon lasteten dabei auf den Schultern des Premiers. Um die Gespräche, die nie direkt mit den Terroristen geführt wurden, nicht zu gefährden, sperrte sich Frankreich im Frühjahr gegen die von den Amerikanern erbetenen Überflugrechte bei dem Gegenschlag auf Khadhafi und begann vor den Forderungen Teherans in die Knie zu gehen.

Die Bombenserie hat nun Regierung und Polizei in Frankreich aus


Fordert schärferes Vorgehen und die Todesstrafe: Le Pen FOTO: AP

einem Traum gerissen, das Umdenken ist beachtlich, es setzt spät ein, aber mit Entschiedenheit: Frankreich gibt seine bisher im Namen der Unabhängigkeit ausgeübte Reserve gegenüber einer Mitarbeit in internationalen Gremien zur Terror-Bekämpfung auf. Die bislang mehr als vernachlässigte Anti-Terror-Gruppe wird entschlossen ausgebaut. Die bisher vielbelächelten Maßnahmen des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden – mit Rasterfahndung und Computereinsatz – gelten in Paris auf einmal als Empfehlungen. BKA-Spezialisten sollen bereits in der französischen Hauptstadt eingetroffen sein. Und Paris konzentriert auch seinen diplomatischen Apparat auf die Möglichkeiten gemeinsamen internationalen Vorgehens gegen den Terrorismus. In westlichen Hauptstädten und im Nahen Osten werden französische Diplomaten vorstellig, um gemeinsame Schritte zu beraten. Auf Initiative von Premier Chirac und Bundeskanzler Kohl treffen die für Terrorismusbekämpfung zuständigen Fachminister der EG morgen in London zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen.

In Frankreich selbst wird der Ruf nach einer entschiedeneren Terrorismus-Abwehr vor allem von dem Führer der Nationalen Front, Jean Marie Le Pen, erhoben. Bei einer von der Regierung verbotenen aber friedlich verlaufenen Demonstration in Paris forderten die Anhänger Le Pens lautstark die Wiedereinführung der Todesstrafe und ein härteres Vorgehen gegen die Regierungen in Damaskus und Teheran, die man hinter den Attentaten und Entführungen vermutet.

Schrille Töne und Warnungen in Südlibanon

lim. Bonn

Im Süden Libanons herrscht Alarmstimmung, seit Israel an der Grenze Truppen und schwere Artillerie konzentriert hat und Verteidigungsminister Rabin die schiitischen Milizverbände mehrfach vor weiteren Angriffen auf die Südlibanesische Armee des Generals Lachad warnte. Die schiitischen Milizionäre befinden sich in Alarmbereitschaft, das Kabinett in Beirut beschloss, wegen der „explosiven Lage" den Sicherheitsrat anzurufen. Auch der syrische Präsident Assad schlägt wieder schrillere Töne an. In Damaskus drohte er nach Informationen aus Beirut Vergeltung für den Fall an, daß Israel erneut in den Süden Libanons einmarschiere.

Die israelischen Truppenbewegungen sind die massivsten seit dem Abzug im Sommer des vergangenen Jahres. Die Kämpfe forderten in den letzten Wochen mehr als hundert Tote. Auf schiitischer Seite kämpften nach zuverlässigen Berichten aus Beirut und Jerusalem auch Freiwillige aus dem Iran. Diese „schiitischen Fremdenlegionäre" hätten die Aufgabe, den Verbänden der Hisbollahs zur Vorherrschaft unter den Schiiten zu verhelfen. Die Hisbollahs gelten als Instrument des iranischen Regimes, das im Libanon eine zweite islamische Republik errichten wolle. Die Hisbollah seien auch in der Bekaa-Ebene und in Beirut in Vormachtkämpfe unter den Schiiten verwikkelt. Angesichts dieser verworrenen und nicht absehbaren militärischen und politischen Verhältnisse unter den Schiiten sei es sinnlos, so ein Berater des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel, mit der einen oder anderen Gruppe zu verhandeln. Keine könne den Schutz der noch verbliebenen französischen UNO-Verbände garantieren. Nur die Militärmacht Israels sei in der Lage, diese Truppen zu schützen und somit ihre Präsenz, die vor allem politisch wichtig sei, zu erhalten. Hier deckten sich die Interessen Israels mit denen Frankreichs.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Grenzvorfälle belasten Verhältnis Prag-Wien

Österreicher stundenlang verhört / Professor Einreise verweigert

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwei schwere Zwischenfälle an der Grenze haben in Wien die Frage aufkommen lassen, ob in den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen eine neue Eiszeit bevorsteht.

Nur wenige Stunden, nachdem CSSR-Grenzpolizisten einen Deutschen auf dem Territorium der Bundesrepublik angeschossen und den tödlich Verletzten in die Tschechoslowakei geschleppt hatten, wurde in Niederösterreich bei Gmünd auf ähnliche Weise ein Mann beim Pilzesammeln von tschechoslowakischen Grenzsoldaten, die die Grenze widerrechtlich überschritten hatten, gewaltsam in die Tschechoslowakei gebracht.

Als der österreichische Rentner sich weigerte, den tschechischen Soldaten zu folgen, hetzten diese ihren Wachhund auf ihn, der den Rentner durch Bisse verletzte. Sieben Stunden lang wurde der Österreicher in der CSSR verhört. Erst als er ein „Schuldbekenntnis" unterzeichnet hatte, wonach er tschechoslowakisches Gebiet betreten habe, wurde er entlassen.

Die österreichischen Grenzbehörden haben inzwischen anhand der Schleifspuren festgestellt, daß der Österreicher sich etwa 35 Meter entfernt von der Grenze auf österreichischem Boden befand, als ihn die Tschechen festnahmen. Da es sich bei dem Mann um einen Einheimischen handelt, der mit dem Grenzverlauf seit Jahren vertraut ist, erscheint auch ein Irrtum seinerseits ausgeschlossen.

Ein zweiter unerfreulicher Vorfall ereignete sich am Grenzübergang Drasenhofen. Hier wurde der Wiener Universitätsprofessor Richard Plaschka, Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte, von CSSR-Organen angehalten und an der Weiterreise nach Prag gehindert.

Aufklärung gefordert

Ironischerweise wollte Plaschka mit anderen Wiener Professoren ein Abkommen über wissenschaftlichen Austausch und Zusammenarbeit mit der Prager Karls-Universität unterzeichnen. Als die Tschechen ihm mit der Begründung, er sei „Persona non grata", die Einreise verweigerten – wobei auch stundenlange Telefonate mit vorgesetzten Dienststellen nichts halfen –, kehrte die österreichische Universitäts-Delegation um.

Es genüge, wie aus Wiener politischen Kreisen zu hören ist, nicht, wenn die CSSR dem Professor einmalig eine Einreisegenehmigung für eine solche Delegationsreise erteilte. Vielmehr müßten die tschechischen Behörden klipp und klar erklären, was gegen den prominenten Wiener Wissenschaftler – der bis vor kurzem Rektor der Universität war und entscheidenden Anteil an der jährlichen Verleihung der Herder-Preise an Wissenschaftler aus Osteuropa hatte – wirklich vorliege.

Uneinige KP-Führung?

In Wien fragt man sich, ob die CSSR-Grenzpolizei aus noch unbekannten Gründen jetzt schärfere Instruktionen erhalten habe. Außerdem wird neuerdings wieder über die „Zwei-Firmen-Theorie" gesprochen, wonach sich in der Tschechoslowakei zwei Gruppen in der KP-Führung gegenseitig konterkarieren.

Die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen sind bis heute problematisch. Das hat historische Gründe, hängt aber auch mit dem Charakter des CSSR-Regimes seit der Sowjetischen Intervention 1968 zusammen. Erst in diesem Jahr waren mehrere hohe CSSR-Funktionäre nacheinander in Wien, um hier gut Wetter zu machen – so Außenminister Chnoupek, aber auch die als Stalinisten bekannten Politbüro-Mitglieder Alois Indra und Vasil Bilak.

Die Funktionäre gaben freundliche Erklärungen ab – was allerdings die CSSR-Behörden nicht daran hinderte, dem Prager Weihbischof Cajetan Matusek und dem apostolischen Administrator von Königgrätz, Karel Otcenasek, die Ausreise nach Wien zur Teilnahme an der Inthronisierung des neuen Wiener Erzbischofs zu verweigern. Die tschechoslowakischen Bischöfe waren die einzigen katholischen Würdenträger aus Osteuropa, die nicht teilnehmen durften.

Die oft widersprüchlich und aus heiterem Himmel verhängten Einreiseverweigerungen für Geistliche, Journalisten und jetzt auch für Wissenschaftler könnten eine ganze Liste füllen. Prag, so glaubt man, möchte auf der oberen Ebene die Entspannungsfassade wahren, sich nach unten aber möglichst abschotten.

„Polens Elite stellt negative Auswahl dar"

J. G. G. Bonn

In einem Leitartikel in der Warschauer KP-Wochenzeitung „Polityka" hat die Pädagogik-Professorin und Vizepräsidentin der Nationalen Front (PRON), Anna Przeclawska, die Nomenklatura in Polen als eine „geschlossene Gruppe" und als das Ergebnis einer „negativen Auswahl" bezeichnet.

„Die Kritik an den bisherigen Grundsätzen bei der Auswahl der Führungskader – und dies auf allen Ebenen – nimmt an Intensität zu", schreibt sie. Bei der polnischen jungen Generation trete immer mehr „ein Mangel an Führungsaspiration auf". Insofern werde die Auswahl in Zukunft noch schwerer werden, heißt es.

Persönliche Werte, nämlich Sachkompetenz, Ehrlichkeit, Engagement und Tüchtigkeit, sollten stärker berücksichtigt werden, unterstreicht die Autorin. Bei der Auswahl neuer Führungskräfte sollte man auch Berufsvertreter anhören und den Berufs- sowie Moralkompetenzen von Bewerbern mehr Beachtung als ihrem KP-Ausweis schenken. „All dies sollte darüber entscheiden, wem man einen verantwortungsvollen Posten anvertraut", heißt es in dem Leitartikel weiter.

Der Kreis der Anonymität müsse durchbrochen werden, fordert die Pädagogik-Professorin weiter. Für die Schaffung einer intellektuellen Elite in Polen seien allerdings die „freie Diskussion und freier Meinungsaustausch" dringend erforderlich. Nur dann könne die bisherige Situation besser werden.

Gespräche zwischen Peking und Jerusalem

rtr, Jerusalem

Israel und China planen offenbar, politische Kontakte aufzunehmen. Ein Regierungssprecher teilte gestern in Jerusalem mit, daß der Büroleiter von Israels Ministerpräsident Shimon Peres, Avraham Tamir, sich in der vergangenen Woche in Paris mit Vertretern der Volksrepublik getroffen habe. Die Initiative hängt nach Ansicht politischer Beobachter mit den ägyptisch-israelischen Plänen zusammen, eine internationale Nahost-Konferenz unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats in die Wege zu leiten.

China gehört dem Gremium an, unterhält aber ebenso wie die UdSSR keine formalen Kontakte zu Israel. Ohne diplomatische Beziehungen könnte China nicht an einer Nahost-Konferenz mitwirken, sagte Peres.

Die Sowjetunion und Israel hatten erst kürzlich kurze Gespräche über konsularische Kontakte geführt. Ein israelischer Regierungsvertreter mutmaßte, China wolle nicht hinter der UdSSR zurückstehen, obwohl bei der israelisch-sowjetischen Unterredung keine konkreten Ergebnisse erzielt worden waren. Radio Israel berichtete jetzt, Regierungsvertreter würden bald in China ein Abkommen über Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und der Energieversorgung unterzeichnen.

Peres zeigt sich zufrieden nach Treffen mit Schewardnadse

„Allmähliche Normalisierung" / Keine Zugeständnisse

lav/DW. Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Peres und der sowjetische Außenminister Schewardnadse haben eine „allmähliche Normalisierung" der bilateralen Beziehungen vereinbart. Das erklärte Peres gestern in Tel Aviv nach seiner Rückkehr aus New York, wo er am Vortag ein einstündiges Gespräch mit Schewardnadse geführt hatte. Er sei mit Schewardnadse übereingekommen, die bilateralen Kontakte fortzusetzen. Peres: „Wir haben einen Riß in einer gewaltigen Mauer gemacht".

Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen beider Länder, die Moskau 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg abgebrochen hatte, steht nach den Worten von Peres vorerst nicht zur Diskussion. Peres bezeichnete die Unterredung als „pragmatisch und klar". Schewardnadse erklärte seinerseits, er habe mit Peres „sehr ernste bilaterale und Nahost-Fragen" erörtert. Unter Hinweis auf die Einigung bei der Stockholmer Konferenz (KVAE) schlug er einen ähnlichen Prozeß auch für den Nahen Osten vor.

Der israelische Rundfunk berichtete ausführlich und mit Zitaten über das Gespräch. Im Bezug auf das Palästinenser-Problem und die Räumung der von Israel besetzten Gebiete soll Peres gesagt haben: „In vielen Teilen der Westbank und des Gaza-Streifens gibt es jüdische Siedlungen. Das sind Tatsachen, die nicht rückgängig gemacht werden können." Schewardnadse: „Vielleicht doch?" Peres: „Man kann doch nicht ein Omelette wieder in ein Ei zurückverwandeln". Schewardnadse: „Präsident Reagan kann mit seiner fortgeschrittenen Technologie da wohl Abhilfe schaffen."

In Israel wurde mit Genugtuung vor allem in Kreisen des Koalitionspartners Likud vermerkt, daß Peres, der als Gegner der Besiedlung des Westjordanlandes bekannt ist, an der Linie festhielt, die mit dem Koalitionspartner vereinbart worden war. Er habe Schewardnadse weder in diesem Punkt noch in der Frage einer internationalen Nahost-Konferenz unhaltbare Hoffnungen gemacht.

Die Begegnung in New York war das erste sowjetisch-israelische Gespräch auf so hoher Ebene seit dem Abbruch der Beziehungen. Ein Ansatz zu einer Verständigung war im vergangenen Monat in Helsinki gefunden worden, dann aber ergebnislos abgebrochen worden. Peres erklärte, er habe alle Kontakte mit der Sowjetunion mit der amerikanischen Regierung abgestimmt. Der nächste Schritt müsse jetzt von sowjetischer Seite aus erfolgen.

Weizsäcker besucht Norwegen, das sich den Deutschen nur zögernd nähert

HANS-JOACHIM SCHILDE, Oslo

Zwei Filmserien haben in diesem Jahr das norwegische Fernsehpublikum in den Bann gezogen: Vierzig Jahre nach Kriegsende wurde zum erstenmal in einer vierteiligen Serie gezeigt, wie deutsche Soldaten die Finnmark abbrennen, den an der russische Grenze gelegenen Landesteils des Königreichs Norwegen.

Prompt gewann der Film beim Filmfestival im Herbst den norwegischen Oscar für den Dokumentarfilmbereich. Deutsche Kriegsverbrechen in Bild und Ton waren sicherlich nicht nur Vergangenheitsbewältigung, sondern auch ein Stück Erneuerung einer schmerzlichen Geschichte, die bis heute in Norwegen nicht vergessen ist. Die andere Serie, vom Norddeutschen Rundfunk übernommen, befaßte sich mit dem Thema Baader-Meinhof. Beide Filmserien, ausgestrahlt zur besten Sendezeit, stellen die Frage nach dem Charakter der Deutschen.

So komplex auch die Antworten ausfallen mögen, so einfach, aufrichtig und ohne Zögern wird Bundespräsident Richard von Weizsäcker durch seinen heute in Oslo beginnenden Besuch diese Frage beantworten können – zweifelsohne zum Wohl der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Sicherheitspolitik im Visier

Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland wird neben König Olav V. Hauptgesprächspartnerin des Bundespräsidenten sein. Sie verteidigt eine Politik, die außer einem Totalembargo gegen Südafrika auch den Fortgang im Nord-Süd-Dialog fordert. Sie ist gegen SDI, und einer stärkeren Präsenz der USA im Nordmeer steht sie skeptisch gegenüber. Als sie bei den soeben zu Ende gegangenen NATO-Manövern der Teilnahme amerikanischer F-111-Bomber eine Absage erteilte, mußte sie scharfe Kritik der USA und anderer NATO-Partner hinnehmen. Staatssekretär Würzbach, der sich gerade in Norwegen aufhielt, sprach von einer Kehrtwendung der norwegischen Sicherheitspolitik um 180 Grad.

Sechzehn Jahre ist es her, daß der evangelische Christ und Exbundespräsident Gustav Heinemann Norwegen besuchte. Daß Richard von Weizsäcker in der gleichen Tradition steht zeigt schon sein Besuchsprogramm, das eine Bibelausstellung mit beinhaltet. In Norwegen ist die lutherische Kirche Staatskirche und König Olav V. ihr erster Bischof.

König Olav V., im Volksmund nur „uns Olav" genannt, läßt es sich trotz seiner 83 Jahre nicht nehmen, mit seinem deutschen Gast die Gedenkstätte des großen norwegischen Kirchenführers Bischof Eivind Bergerav aufzusuchen, der während der deutschen Besatzung in einzigartiger Weise die Kirche zum Kampf gegen die Unterdrücker herausgefordert hat.

Allerdings war er auch der erste, der dem Volke Martin Luthers die Bruderhand reichte. In Nürnberg war er Entlastungszeuge für Weizsäckers Vater, der als deutscher Diplomat in Oslo von 1931–1933 tätig war. Für den Bischof, der selbst in deutscher Haft war, war der Vater des Bundespräsidenten „ein Bruder im gemeinsame Glauben".

Bis heute ist es ein Problem für viele Norweger, die Deutschen aufgrund der Kriegsereignisse wieder wie vor dem Kriege zu respektieren. Immerhin war seinerzeit Deutsch die erste Fremdsprache. Und obwohl 50 000 Norweger der Nationalen Sammlung von Vidkund Quisling angehörten, haben die Norweger erbitterten Widerstand gegen den Faschismus geleistet.

Wenn heute Richard von Weizsäcker auf der Festung Akershus mit der sozialdemokratischen Regierung zusammentrifft, wird die Erinnerung an die Partisanen wach, die eben auf dieser Festung, dem Hauptquartier der deutschen Wehrmacht gefoltert und teilweise gnadenlos erschossen wurden. Erst aus der Rückbesinnung wird es verständlich, daß durch die Person des Bundespräsidenten ein blutiges Kapitel einen historischen Abschluß finden kann.

Reger Handel

„Meine Hoffnung", so sagt der Grandseigneur skandinavischer Außenpolitik, Außenminister Knut Frydenlund der WELT, „ist es, daß Richard von Weizsäcker als Vertreter des europäischen Humanismus das Verhältnis beider Völker zueinander weiterhin positiv stimuliert".

Die Bundesrepublik Deutschland ist Norwegens zweitgrößter Handelspartner. Im 1. Halbjahr 1985 wurde für fast zehn Milliarden Kronen importiert, für fast 13 Milliarden exportiert. Die Zahlen drücken ein neues wirtschaftliches Engagement aus, das durch das Gasgeschäft am deutlichsten zum Ausduck kommt. Nicht von ungefähr hat der deutsche Industrielle Klaus Liesen durch ein umfassendes Stipendienprogramm alte Fäden der akademischen Ausbildung in der Bundesrepublik wieder angeknüpft. Nicht von ungefähr ist erst in diesem Jahr eine deutsch-norwegische Handelskammer eröffnet worden.

Nach eineinhalbjähriger Vakanz hat Bonn jetzt mit Harald Hofmann einen dynamischen Botschafter nach Oslo geschickt. Und schließlich ist mit dem 54jährigen Admiral Klaus Jürgen Steinhoff die Bundeswehr zum erstenmal mit einem Offizier als Stabschef im Hauptquartier der NATO Nord vertreten.

VON BRUNO WEINBERGER

„Zustand der deutschen Städte ist zufriedenstellend“

Die Zeitspanne von 1960 bis 1986 ist neben der unmittelbaren Nachkriegszeit eine der interessantesten Epochen unserer jüngsten Geschichte. Wenn man eine der schönsten Aufgaben dieser Republik beendet, fragt man sich, was hat man bewirkt? Was ist heute anders als damals? Wie läuft der Trend für die deutschen Städte? Vor allem fragt man sich, ob man mit gutem Gewissen aussteigen kann. Ich glaube, der Zustand der deutschen Städte ist zufriedenstellend.

Niemand kann sich dies allein zuschreiben, schon die geschichtliche Entwicklung führte zu einer breit gefächerten Städtelandschaft und vermied riesige Zentren und die dazu gehörenden Slums. *Das 19.* Jahrhundert brachte den deutschen Städten doppeltes Glück: Zu Beginn die von Freiherr vom Stein wiederbelebte städtische Selbstverwaltung und die von Johannes von Miquel durch ein modernes Gemeindesteuersystem geschaffene Finanzautonomie.

So gerüstet sind die Städte ins 20. Jahrhundert gegangen, das sie allerdings in ungeheurer Weise forderte. 1945 lagen die Städte in Schutt und Asche. Was zwischen damals und heute liegt, ist ein erregendes Kapitel deutscher Kommunalpolitik. Der Wiederaufbau ist gewiß zunächst ein Erfolg unserer Wirtschaftsentwicklung. Daß sich aber diese so schnell in Entwicklung der Städte umsetzen konnte, dies ist vor allem der städtischen Selbstverwaltung deutscher Prägung und der weitgehenden Finanzautonomie zu danken. Es mußte allerdings einiges dafür getan werden, um diese Werte zu erhalten, und obendrein bereitet das Ergebnis manchmal auch noch Probleme.

Ein Beispiel ist der Verkehrsausbau der Städte. Als die Verkehrsnot immer unerträglicher und das Fehlen eines modernen öffentlichen Personennahverkehrs immer offensichtlicher geworden ist, gelang es dem Deutschen Städtetag, Mitte der sechziger Jahre Bund und Länder für den Aufbau einer Finanzierung des innerstädtischen Verkehrsausbaus mit Hilfe der Mineralölsteuer zu gewinnen. Damit begann der fällige Verkehrsumbau der Städte sowie der Bau von U- und S-Bahnen. Fünf Jahre brauchten wir, um diese Verkehrsfinanzierung, die allein von 1967 bis 1983 31 Milliarden Mark aus der Mineralölsteuer in die Kassen der Kommunen brachte, zu erkämpfen.

Heute hat der Verkehr in den Städten einen bemerkenswerten Wandel in der Beurteilung erfahren. Daß der ÖPNV Vorrang erhalten hat, ist verständlich. Daß aber die Funktionen unserer Städte heute nicht ohne Auto



Bruno Weinberger zählt zu den Gestaltern der deutschen Kommunalpolitik. Ende dieses Monats tritt das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages in den Ruhestand. 1960 hatte er seine Arbeit bei dem kommunalen Spitzenverband begonnen, 1968 wurde er Chef der Verwaltung des Städtetages in Köln. Nach rund 27 Jahren kommunalpolitischer Arbeit unternimmt er für die WELT einen Rück- und Ausblick.
FOTO: HELMUT STAHL

voll erfüllt werden können, muß ebenso einsichtig bleiben. Was sich im Verkehrsausbau allerdings ändert, das sind die technischen Lösungen. Gefragt sind zum Beispiel unter Umwelt- und Sanierungsbedürfnissen neben dem Weiterbau von U- und S-Bahnen teure Straßenlösungen, auch solche der zweiten Ebene, also Tunnel. Sie sind teuer, aber wenn die Städte resignieren, nimmt ihnen der Bund die Mittel ab, die Bundesbahn wartet nur darauf.

Auch die Gemeindefinanzreform, die 1969 gelang, zeigt den Wandel der Zeit. Damals ging es sowohl um die Qualität wie vor allem um die Quantität der Gemeindefinanzen. Die Finanzreform brachte durch einen Tausch eines Teiles der Gewerbesteuer gegen eine Einkommensteuerbeteiligung den Gemeinden erhebliche Mehreinnahmen, die aber leider durch die nachfolgenden Personalkostenerhöhungen und Preissteigerungen Anfang der siebziger Jahre völlig aufgezehrt worden sind. In qualitativer Hinsicht brachte der Tausch eine Verschlechterung des Gemeindesteuersystems.

Welch beträchtliche Verschiebungen durch die Finanzreform eingetreten sind, zeigt sich in der gewaltigen Veränderung der Verschuldungssituation. 1972 hatte die jährliche Netto-Kreditaufnahme der Kommunen mit 8,04 Milliarden Mark ihren Höhepunkt erreicht; 1985 betrug die Nettokreditaufnahme nur noch 1,2 Milliarden Mark. Der Schuldenstand betrug 1970 beim Bund 34 Milliarden Mark, bei den Ländern 19 Milliarden Mark und bei den Kommunen 39 Milliarden Mark. 1984 hatten der Bund 354 Milliarden Mark, die Länder 224 Milliarden Mark und die Kommunen „nur“ 100 Milliarden Mark Schulden.

Gerade aus dieser positiven Entwicklung *erwächst den Städten* eine Gefahr. Als zu Beginn der achziger Jahre die Konsolidierungspolitik einsetzte, waren die Städte und Gemeinden die ersten und, wie auch der Sachverständigenrat im Jahresgutachten feststellt, Spitzenreiter der mittelfristigen Konsolidierung. Dieser Erfolg hatte seinen Preis, nämlich einen restriktiven personalwirtschaftlichen Kurs und, vor allem, einen radikalen Investitionsverfall mit entsprechenden Auswirkungen in der Bauwirtschaft. Als dann auch noch mit dem „Reichrechnen“ der Städte eine völlig falsche Wertung der kommunalen Finanzpolitik einsetzte, bemühte sich der Städtetag von Mitte 1984 an, den weiteren Rückgang der Investitionen aufzuhalten.

Dies war eine schwierige kommunalpolitische Operation, auch in den eigenen Reihen des Städtetages gab es zunächst Widerstand. Schließlich wurde aber der doppelte Sinn der Operation erkannt, nämlich zum einen zu verhindern, daß die Städte durch „Reichrechnen“ für die Finanzreformvorbereitungen in die falsche Ecke gestellt werden, und zum anderen, daß die Investitionen der Städte aus kommunal- und wirtschaftspolitischen Erwägungen wieder auf Normalstand gebracht werden müssen.

Die Investitionsbelebung gelang, freilich nicht alle Städte konnten mitmachen. Die Durchschnittszahlen verdecken die großen finanziellen Schwierigkeiten der strukturschwachen Städte, zumal diese nicht nur bei den Steuereinnahmen, sondern auch bei den Ausgaben (z. B. steigende Sozialausgaben) Leidtragende ihrer Struktur sind. Die Probleme der strukturschwachen Städte werden eine schwierige Aufgabe bleiben.

Die Selbstverwaltung den Städten zu erhalten und gegen An- und Eingriffe zu verteidigen, war und ist die wichtigste Aufgabe des Deutschen Städtetages. Nicht bei allen Politikern kann man das grundsätzliche Verständnis für die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung voraussetzen; manchmal bestimmen Egoismus und Interessenabhängigkeit das politische Handeln.

Tragisch wird die Entwicklung, wenn sich der Staat durch einen Griff in die Gemeindekassen bedient. Dies geschieht zum Beispiel in NRW: in den letzten fünf Jahren wurden bereits rund sieben Milliarden Mark von den Gemeinden zum Land verlagert. Die Tragik besteht darin, daß auf der einen Seite vor allem die strukturschwachen Städte und Gemeinden keinen Pfennig entbehren können und andererseits das Land in eine schier ausweglose Finanzsituation geraten ist.

Wenn das Spannungsfeld zwischen Staat und Selbstverwaltung besonders stark spürbar wird, dann fragt man manchmal nach dem Sinn der Politik. Die Kommunalpolitik nimmt ja in der modernen Gesellschaftspolitik eine starke Stellung ein, und Kommunalpolitik ist aus mehreren Gründen für die Parteien wichtig. Leider wird diese Erkenntnis vor den Wahlen meist verdrängt und erst nach einer verlorenen Wahl wortreich beklagt. Dabei hätten es die Parteien verhältnismäßig leicht, denn in den kommunalen Spitzenverbänden, nicht zuletzt im Deutschen Städtetag, stehen Staat und Parteien fachkundige Institutionen zur Verfügung.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Forschung und Datenschutz

„Sieben Siegel vor Archiven?"; WELT vom 12. September

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

Ihre Kritik am Protest des Historikerverbandes ist nicht ganz überzeugend. Selbstverständlich sollten für Historiker, wie für jeden anderen Menschen auch, gewisse Anstandsregeln gelten, die freilich in vielen Fällen verletzt werden, deren Beachtung aber – wie auch sonst bei Anstandsregeln – nicht rechtlich erzwingbar und durchsetzbar ist. Und zugegebenermaßen ist Archivschnüffelei nach Munition für politischen Tageskampf, der auch von „Zeitgeschichtlern" betrieben wird, widerlich.

Aber der Datenschutz führt – jedenfalls unter den Bedingungen des Meldegesetzes von Nordrhein-Westfalen vom 13. Juli 1982 – zu abstrusen Konsequenzen, die man nur als forschungsfeindlich bezeichnen kann, wie das folgende konkrete Beispiel lehrt.

Einer meiner Doktoranden ist dabei, das Wahlverhalten einer nordrhein-westfälischen Großstadt zwischen 1919 und 1933 bei allen kommunalen und politischen Wahlen sowie Volksabstimmungen zu untersuchen, und zwar auf der Basis der – in diesem Falle glücklicherweise erhaltenen – Abstimmungsergebnisse jedes der einzelnen Wahllokale. Mit dieser sehr arbeitsaufwendigen Methode lassen sich die Wählerwanderungen am konkretesten ermitteln.

Die Stadt, um die es sich handelt, ist protestantisch; der wichtigste Faktor für die Wählerentscheidung in der Weimarer Zeit, die Konfessionalität der Wählerschaft, ist daher in diesem Falle unerheblich. Um so mehr Gewicht kommt – vermutlich – den sozialen Faktoren zu. Die zu untersuchende Stadt besitzt Adreßbücher mit Berufsangaben, deren Zuverlässigkeit natürlich nur bedingt ist; die Stadtverwaltung besitzt aber noch alle Akten des Einwohnermeldeamtes.

Der Antrag auf Einsicht in diese Akten – mit dem Ziel: die Sozialstruktur von drei ausgewählten, typischen Wahlbezirken zu rekonstruieren – ist von der Stadtverwaltung wegen des oben genannten Gesetzes abgelehnt worden. Der Widerspruch gegen diesen Bescheid wurde vom Regierungspräsidenten in Detmold zurückgewiesen (25. September 1984).

Ich habe meinem Doktoranden geraten, gegen diesen Widerspruchsbescheid nicht beim Verwaltungsgericht Klage zu erheben; denn wie können er oder ich übersehen, was dabei herauskommen würde – ganz abgesehen von der Frage, wer die Prozeßkosten tragen soll.

Fazit: das Einwohnermelderecht bewirkt wissenschaftsfeindliche Konsequenzen. Daß dagegen in der Öffentlichkeit Sturm gelaufen wird, ist nicht nur legitim, sondern zu begrüßen. Der wissenschaftliche Alltag sieht offenkundig anders aus als die gerade in diesen Tagen häufigen und blumigen Festreden.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Konrad Repgen,
Ippendorf

Zweierlei Maß

„Frankreich ist im Krieg"; WELT vom 16. September und „Bonn ermittelt gegen Militärattaché"; WELT vom 11. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

von einem fast dreijährigen Aufenthalt in Chile zurückgekehrt, erlaube ich mir folgende Feststellung: In Frankreich spricht die Regierung von einer inneren Mobilmachung: „Wir werden jeden Terroristen zum Sprechen bringen, und dann Gnade Gott denen, die diese Verbrechen unterstützen. Sie werden büßen, wer immer es auch sei, aus welchem Land sie kommen."

In Chile sagte der Präsident dem Terrorismus den Krieg an. Aber bei uns wird gegen den Militärattaché in Santiago, der sich keinen Maulkorb umhängen ließ, ermittelt, nur weil er die – auch einem Herrn Dr. Heiner Geißler – nicht passende Wahrheit aussprach.

Die demokratische Opposition in Chile hat sich immer von Terror und Gewalt distanziert. In unseren Medien wird aber diese Opposition mit dem Terrorismus in einen Topf geworfen. Dies so vermittelte Bild und die Reaktionen der chilenischen Regierung entsprechen dann natürlich dem „gewünschten" Bild einer Diktatur.

Werner G. F. Zahn,
Kressbronn

Allen offen

„Warum eine Schule in Dormagen geschlossen blieb"; WELT vom 15. September

Irrtümlich spricht die WELT in ihrem Beitrag: „Warum eine Schule in Dormagen geschlossen blieb" von einem „katholischen Zentrum". Die Präambel des Grundsatzprogramms der Deutschen Zentrumspartei stellt ausdrücklich fest: „Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei. Es steht allen offen, die sich zum politischen Programm der Partei bekennen."

Richtig sagt Helmut Breuer in seinem Beitrag, daß der „Schulkrieg" Dormagens von den Eltern gewonnen wurde und die beiden Zentrums-Ratsherren den „unerträglichen Zustand in Dormagen" mit Rücksicht auf die Eltern und Kinder beendeten. „Das Zentrum ist die Partei des Elternrechts ... Der Wille der Eltern ist maßgebend für den Charakter der Schule, die ihre Kinder besuchen." (Aus dem Grundsatzprogramm der Deutschen Zentrumspartei)

Adelgunde Mertensacker,
1. Bundesvorsitzende der Deutschen Zentrumspartei,
Liesborn

Zusammenspiel

„DDR" läßt Asylanten ohne Visum nicht mehr passieren"; WELT vom 19. September

Die Erklärung Ost-Berlins bezüglich der Asylantenfrage schlägt für die SPD zwei Fliegen mit einer Klappe:

- Der SPD ist nicht nur ein ihr unangenehmes, die Wahlentscheidung des Bürgers mitbestimmendes Thema für die Bundestagswahl 1987 abgenommen worden, und
- sie kann dieses als einen Erfolg ihrer „berüchtigten" Außenpolitik darstellen.

Der Bürger jedoch sollte wissen, daß das „DDR"-Regime keine Wahlgeschenke ohne politische Hintergedanken vergibt. Zweifellos verbindet die Ostberliner Führung damit die Hoffnung, eine ihr genehmere Regierung im nächsten Jahr an der Macht zu wissen.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Kalisch,
Löhne 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Das ist der Geist, der stets das *Böse will und stets das Gute schafft*", könnte man mit Goethe angesichts der von der SED ihrer sozialistischen Bruderpartei in der Bundesrepublik gewährten Wahlhilfe, durch die Art und Weise, wie die Asylantenfrage quasi an der Bundesregierung vorbei gemanagt wird, sagen. Es war aber auch höchste Zeit, daß sich die sozialistische Bruderpartei in der DDR dazu bequemte, der SPD unter die Arme zu greifen. Schließlich gibt sich die SPD seit geraumer Zeit die größte Mühe, deutlich zu machen, daß ihr das kollektivistische „rote Hemd" wesentlich näher steht als der „schwarze Rock" der sozialen Marktwirtschaft.

Es ist geradezu widerlich, wie unsere *öffentlich-rechtlichen Medien* dieses politische Spiel mitmachen.

Mit freundlichem Gruß
Christoph Rassek,
Göttingen

Wort des Tages

» Um verlorenes Geld und Gut werden die aufrichtigsten Tränen geweint. «

Decimus Junius Juvenal, römischer Autor (67–127 n. Chr.)

An der Rampe

„Als Ingenieurin im luftleeren Raum"; WELT vom 16. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach meiner Erfahrung kann keine Rede davon sein, daß „Frauen im Ingenieurwesen ... im Abwind" liegen. Nach meinen Erfahrungen stehen sie eher an den Startrampen!

Als wir, der Vorbereitungsausschuß für den zweiten Kongreß des EWMD (European Women's Management Development Network), uns über die VDI kürzlich an seine 500 weiblichen Mitglieder wandten und sie zu unserem Kongreß vom 5. bis 7. November einluden, antwortete spontan jede vierte und bekundete damit Interesse an einer Karriere in der Wirtschaft. Solche qualifizierten und motivierten Frauen werden angesichts des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik bald Mangelware sein. Ingenieurinnen im luftleeren Raum? Nein: Auch hier sind Frauen im Aufwind.

Dr. Helga Stödter,
Präsidentin des EWMD,
Wentorf bei Hamburg

Personen

BUCHPREMIERE

„Wie wir leben wollen. Grundsätze einer Politik von morgen" heißt ein Buch, das Ministerpräsident Dr. **Bernhard Vogel** (Rheinland-Pfalz) als Herausgeber präsentieren wird. Morgen stellen Vogel und der Verlag Bonn-Aktuell im Bonner Presseclub *das Werk vor. Ein Freundeskreis um* den Ministerpräsidenten hat sich zu Werkstattgesprächen zusammengefunden. Zu den Themen „über den Tag hinaus" gehören Familien- und Frauenpolitik, Fortschrittsdenken und Friedensordnung, Umwelt und neue Technologien. In ganz persönlicher Sicht werden Zukunftsgedanken geäußert. Zu den weiteren Autoren zählen **Alois Glück**, er ist Mitglied der CDU im Bayerischen Landtag und Experte für Umweltfragen, außerdem der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Friedrich Kronenberg**, der niedersächsische CDU-Umweltminister Dr. **Werner Remmers** und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Stuttgart, **Erwin Teufel**, der sich in einem Beitrag unter anderem damit befaßt, welche Bedeutung das „C" in der Union noch haben soll.

BERUFUNG

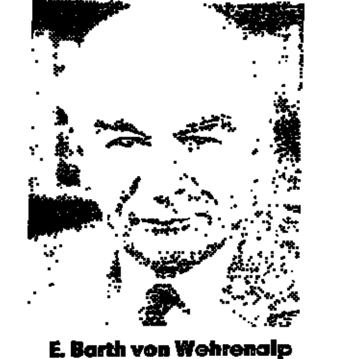
Zum neuen Direktor des Universitätsmuseums für Kunst- und Kulturgeschichte in Marburg ist Dr. **Jürgen Wittstock** vom Museum für Kunst- und Kulturgeschichte in Bremen berufen worden. Dr. Wittstock wird sein neues Amt bereits am 1. Oktober als Nachfolger des im März 1986 in den Ruhestand getretenen Dr. **Carl Graepler** antreten. Dr. Graepler ist in Würdigung seiner Verdienste um das Marburger Museum jetzt mit der Goethe-Plakette des Landes Hessen ausgezeichnet worden.

UNIVERSITÄT

Mit dem Ablauf des Sommersemesters 1986 wurde Professor Dr. **Andreas Flach** von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen emeritiert. Professor Flach hatte seit 1971 den damals neugegründeten Lehrstuhl für Kinderchirurgie in Tübingen inne. Professor Flach gehörte nie zu den Lauten. Trotzdem war sein Einfluß auf die Entwicklung der Kinderchirurgie in Deutschland groß. Er hat in den vielen Jahren seiner kinderchirurgischen Tätigkeit viel Erfolg gehabt, viele beglückende Erlebnisse des Gelingens. Das interessierte ihn aber nicht wesentlich. Ihn interessierten die Ursachen von Fehlschlägen: ihn interessierte das Unbekannte, Ungelöste. Und noch ein Unschätzbares zeichnete ihn aus. Er konnte bei der klinischen und wissenschaftlichen Arbeit seinen Mitarbeitern einen Raum *der Entfaltung freihalten*, wie das nur ganz wenige Chefs je fertiggebracht haben. Seine große Stärke war die beglückende Kombination hoher fachlicher Kompetenz mit einer ganz starken emotionalen Bindung an seine kleinen Patienten.

GEBURTSTAG

Wegen seines großen Engagements für das Sachbuch wird er in der Branche nicht selten „Mr. Sachbuch" genannt: **Erwin Barth von Wehrenalp**, einer der großen alten Männer im Verlagswesen der Bundesrepublik Deutschland, feiert morgen seinen 75. Geburtstag.



E. Barth von Wehrenalp

Verleger von Geburt? Seine Vita zeigt ihn zunächst in anderen Rollen: Lehrer, Dramaturg, Journalist und Fachbuchautor. Sein 1938 erschienenes Buch „Chemie erobert die Welt" wurde in zehn Sprachen übersetzt. Die ganz große Karriere als Verleger begann 1950 mit der Gründung des Econ-Verlages. Sein Partner war Dr. **Friedrich Vogel**, Herausgeber des „Handelsblattes", 10 000 Mark das bescheidene Startkapital. Barth von Wehrenalp baute ihn zu einem der bekanntesten Sachbuchverlage aus. Mit der Übernahme der Verlage Claassen und Marion von Schröder Ende der 60er Jahre konnte er auch seine literarischen Neigungen im eigenen Haus pflegen. Bemerkenswert ist der stets persönliche Kontakt Barth von Wehrenalps zu seinen Autoren. Rund 65 Prozent der Produktion der Econ-Verlagsgruppe stützt sich auf deutschsprachige Autoren und etwa 35 Prozent auf Übersetzungen, überwiegend aus dem anglo-amerikanischen Schrifttum.

VERANSTALTUNG

Der 23. Deutsche Soziologentag, ein Kongreß der deutschsprachigen Soziologen, findet vom 29. September bis 2. Oktober im Hamburger Congreß-Zentrum statt. Der Kongreß wird durch Vorträge des Bundesministers für Forschung und Technologie, Dr. **Heinz Riesenhuber**, des Ersten Bürgermeisters der Freien Hansestadt Hamburg, Dr. **Klaus von Dohnanyi**, sowie des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Professor Dr. **Burkart Lutz**, eröffnet. Der Kongreß, der alle zwei Jahre stattfindet, tagt zum ersten Mal in Hamburg. Es werden rund 1500 Teilnehmer erwartet. Unter dem Tagungsthema „Technik und sozialer Wandel" werden mehr als 400 Referenten in verschiedenen Veranstaltungen die sozialen Folgen neuer Technologien erörtern.

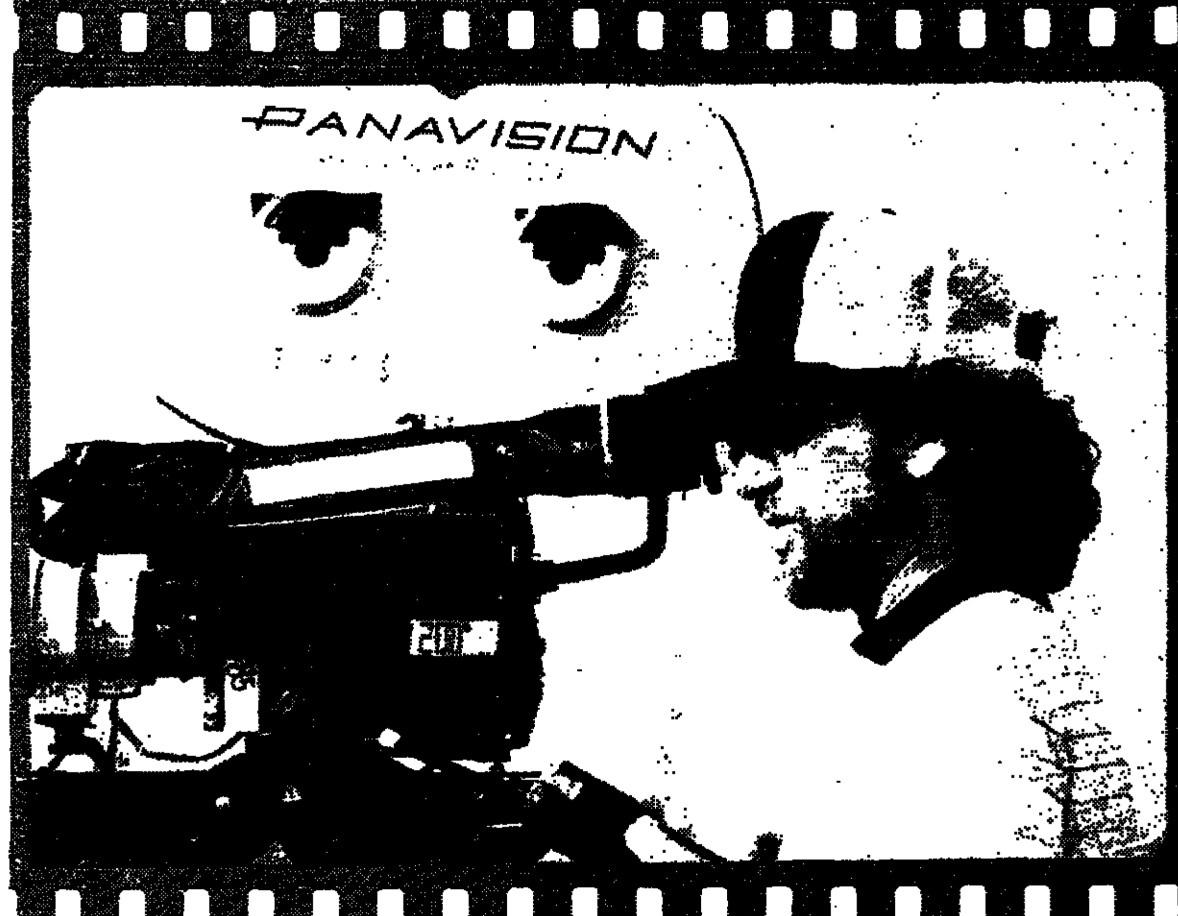
EHRUNG

Karl Weishäupl, seit 22 Jahren Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK), wurde für seine Tätigkeit in diesem Amt mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Als zweimal verwundeter Kriegsteilnehmer kehrte der gebürtige Rosenheimer 1945 in seine Heimatstadt zurück. Noch im selben Jahr gründete er dort die erste Beratungsstelle für Kriegsopfer. Sie war die Keimzelle für den VdK, der gegenwärtig die Interessen von rund 1,2 Millionen Mitgliedern vertritt.

GESTORBEN

Christopher Butler, ehemaliger Benediktiner-Abt und Weihbischof in Westminster ist im Alter von 84 Jahren gestorben. International bekannt wurde Butler durch seine Mitarbeit während des Zweiten Vatikanischen Konzils, an dem er als Präsident der Englischen Benediktinischen Kongregation teilgenommen hatte.

François Truffaut, der Spielberg während der Dreharbeiten zu „Unheimliche Begegnung" sehr gut kennenlernte, riet dem Regisseur, einen Film mit Kindern zu drehen, „denn Sie sind selbst ein Kind." „E.T." ist der erste Film, der mehr über seinen Schöpfer preisgibt als all die anderen, die Spielberg zuvor gemacht hat. Schon als Kind, so erzählte Spielberg einmal, habe er sich einen Freund wie E. T. gewünscht, einen Freund, dem er alles anvertrauen könnte. Zum Beispiel seine Angst um die Ehe der Eltern, in der es jahrelang gekriselt hatte. Spielberg kam übrigens auf Umwegen zum Film, denn die Filmhochschule, an der seine Freunde Coppola, Lucas und Carpenter studierten, lehnte ihn ab. Das Gespräch mit dem Regisseur, das wir heute abschließen, führte Rainer Nolden.



Liest keine Kritiken, auch nicht die guten: Regisseur Spielberg

„Ein neuer Film – das ist fast so, als würde man sich verlieben"

Steven Spielberg und die großen Gefühle des Kinos

WELT: Ist es nicht eigentlich sehr traurig, daß der kleine Junge, der einen Freund sucht, ihn nur in einem außerirdischen Wesen finden kann?

Spielberg: *Sicherlich ist das traurig,* aber dahinter steckt ein praktischer Pessimismus. Schauen Sie sich doch die Situation in Amerika an: Die Scheidungsrate liegt bei fast 60 Prozent, das ist die höchste Scheidungsrate der Welt. Ich wollte einen Film machen über einen Elternteil, der versucht, eine Familie zu ersetzen. Es ging nicht so sehr um die Mutter; es war nur sehr wichtig, daß Elliott keinen Vater hat. Ich glaube, jedes Kind braucht Mutter und Vater. Kinder, die nur von einem Elternteil erzogen werden, suchen sich den anderen oft in einem Freund, in den Eltern des Freundes oder im Geliebten der Mutter bzw. der Geliebten des Vaters. Kinder brauchen das, aber Elliott war zu stolz, um den Vaterersatz in den Freunden der Mutter zu suchen – aber Elliott konnte sich diesen Wunsch ja auf andere Weise erfüllen.

WELT: Apropos E.T.: Sind Sie ein gefühlvoller Mensch?

Spielberg: Ja. Manchmal bin ich mir sogar etwas zu sentimental. In diesem Land werde ich sogar häufig angeklagt, zu emotional oder leidenschaftlich zu sein. Man warf mir vor, ich hätte die Leute zuviel zum Weinen gebracht. Einige bezichtigten mich sogar der „emotionalen Manipulierung" des Publikums, womit ich überhaupt nicht einverstanden bin.

WELT: In Ihren Filmen vermisse ich die großen Gefühle des Kinos: da gibt es weder Haß noch Leidenschaft, Liebe noch Sex. Gehen Ihre Filme damit nicht am „wahren Leben" vorbei? Fehlt ihnen damit nicht eine wesentliche Dimension, die das Kino jahrzehntelang am Leben erhalten hat?

Spielberg: Ich habe eigentlich immer geglaubt, daß meine Filme voll sind von Leidenschaft und Liebe, obwohl es in ihnen keine Schuld und keinen Zorn gibt. Ich glaube sogar, daß ich mir in den meisten meiner Filme das Herz herausgerissen und offen zur Schau getragen habe.

Steven Spielberg und die deutschen Filmemacher

WELT: Ihre Karriere bei den „Universal Studios" begann etwas ungewöhnlich. Sie nisteten sich in einem leeren Raum ein und warteten darauf, daß Ihnen jemand Arbeit gäbe.

Spielberg: Ich habe nicht auf Angebote gewartet. Ich hatte von den Pförtnern einen Wochenpaß bekommen, und als der abgelaufen war, bin ich einfach weiterhin aufs Gelände gegangen. Ich habe zugesehen, wie die Fernsehshows gemacht wurden und wie in den Synchronstudios gearbeitet wurde. In den Schneideräumen von „Universal" habe ich während meiner inoffiziellen Lehrzeit am meisten gelernt.

WELT: Welche Regisseure haben Sie am meisten beeindruckt?

Spielberg: So viele, daß die Namensliste mindestens genauso lang wäre wie die Liste Ihrer Fragen. Ich bin zum Eklektiker geworden mit meiner Bewunderung für Filmregisseure aller Art. Ich habe noch nie einen Film gesehen, in dem mir nicht irgendetwas, und sei es auch nur eine Kleinigkeit, gefallen hätte. Das liegt natürlich auch daran, daß es so schwer ist, einen Film zu drehen. Jedem, der einen 100-Minuten-Film dreht, muß man Anerkennung zollen, denn er hat etwas geleistet, wovon ich aus eigener Erfahrung sagen kann, daß es verdammt harte Arbeit ist – härter als alles, was ich mir vorstellen kann. Selbst hinter einigen der schlimmsten Produkte in der amerikanischen Filmgeschichte steht ja ursprünglich der Wunsch, etwas aussagen, eine Botschaft vermitteln zu wollen. Was ich nicht mag ist Pornographie, und ich bin gegen Filme, die Gewalt verherrlichen.

WELT: Welchen Ihrer Filme halten Sie für den besten?

Spielberg: Wenn Sie mehrere Kinder haben, können Sie dann sagen, welches Ihnen am liebsten ist? Ich müßte sehr lange über die Antwort nachdenken, und ich bezweifle, ob sie ehrlich ausfiele.

WELT: Was halten Sie vom deutschen Film? Hat Sie da etwas nachhaltig beeindruckt?

Spielberg: „Paris, Texas" von Wim Wenders gefiel mir sehr gut. Ich glaube, es war einer der besten Filme, die ich im letzten Jahr gesehen habe. Ich mag Fassbinder. Er war ein sehr mutiger Regisseur, einer der mutigsten von allen in der Welt. Ich bin ein großer Fan von Wolfgang Petersen. „Das Boot" ist der beste Film über Klaustrophobie, den ich kenne. Er machte einem Todesangst, aber er vermittelte auf sehr eindrucksvolle Weise, wie es in einem U-Boot während des Krieges zuging. Es war mehr eine Dokumentation als ein Spielfilm.

Wenn Sie die erste Folge dieses Interviews versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54/ 10 15 41. Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

*

In Erinnerung an den eigenen steinigen Weg, den er zurücklegen mußte, ehe er im Filmgeschäft akzeptiert wurde und die Chance erhielt, sein Können unter Beweis zu stellen, ist Spielberg jederzeit bereit, Filme von Neulingen zu begutachten. Außerdem ist er eifrig bemüht, das „Hollywood-System" zu ändern. Einige junge Filmemacher verdanken Spielberg ihren ersten Job. Darüber hinaus hat er mit einer halben Million Dollar ein Film-Studio der University of Southern California unterstützt. Spielberg ist in guter Gesellschaft: Sein Freund George Lucas steuerte 4,7 Millionen, Jack Nicholson und der Regisseur Robert Wise insgesamt sieben Millionen zu dem Projekt bei.

*

WELT: In den letzten Jahren haben Sie sich auch als Talent-Sucher einen Namen gemacht. Was muß jemand mitbringen, um Ihre Aufmerksamkeit zu erregen?

Spielberg: Einen guten Film, den ich noch nicht kannte. Bei mir bekommt keiner eine Chance, ehe ich nicht einiges von ihm oder ihr gesehen habe. Es ist unmöglich, zu jemandem zu sagen, ich sehe es deinen Augen an, daß du über ein phantastisches Talent verfügst – hier hast du Geld. Das macht keiner.

WELT: Wenn Sie ein neues Projekt in Angriff nehmen, denken Sie da auch an den finanziellen Erfolg?

Spielberg: Sie werden es vielleicht nicht glauben, aber ich habe mir nie Gedanken um den möglichen finanziellen Erfolg eines der Filme gemacht, die ich gedreht habe. Die erste Frage, die ich mir stelle, ist: Magst du denn Film so sehr, daß du bereit bist, ein oder zwei Jahre deines Lebens ausschließlich damit zu verbringen? Es ist fast ein bißchen so, als würde man sich verlieben. Man fragt sich ja dann auch, liebst du den Partner so sehr, daß du dich nur noch auf ihn konzentrierst? Wenn der Film dann ein Erfolg wird, ist das immer eine große Überraschung.

WELT: Ärgert Sie negative Kritik?

Spielberg: Ich lese keine negativen Kritiken. Ich habe das früher, bei meinen ersten Filmen getan, aber dann habe ich mir gesagt, warum setzt du dich dem aus? Jetzt ist sowieso alles zu spät. Ich lasse mir doch von den Filmkritikern nicht vorschreiben, wie mein nächster Film aussehen soll. Wenn ich mich davon beeinflussen lasse, mache ich womöglich die Filme, die sie mögen, die mir aber nicht gefallen. Und da ich, wie jeder, leicht zu beeinflussen bin, ziehe ich mich zurück, wenn ein Film Premiere hat. Ich verlasse Los Angeles und lese keine Kritiken – auch nicht die guten, um gerecht zu sein.

WELT: Ihr Film „Die Farbe Lila" basiert auf einem „Emanzipationsroman". Warum haben Sie das Thema überhaupt aufgegriffen, das ja atypisch für Ihre Arbeiten ist?

Spielberg: Der Film handelt von Frauen und Leibeigenschaft. Einer Leibeigenschaft, die überwunden wird – nicht von „den Menschen", sondern von einem Individuum, einer Frau, und zwar nicht, weil sie eine Schwarze ist, sondern weil sie so ist, wie sie ist. Ich bin in einem Frauenhaushalt aufgewachsen; ich habe drei jüngere Schwestern, und deshalb habe ich immer schon eine Schwäche für Geschichten über Frauen gehabt. Und als ich das Buch gelesen habe, habe ich mich ganz einfach in die Geschichte von Celia und ihrer Schwester verliebt.

Steven Spielberg und das Warten auf den „Oscar"

Der von Spielberg produzierte Film „Zurück in die Zukunft" (Regie: Robert Zemecki) wurde vom amerikanischen Filmverband im März dieses Jahres zum „besten Film des Jahres 1985" gewählt (Einnahmen: 119 Millionen Dollar). Gleichzeitig erhielt er für „Die Farbe Lila" den Titel bester Regisseur. Die Auszeichnung, so vermuteten Insider, war eine Reaktion auf die Oscar-Vorauswahl, bei der „Die Farbe Lila" in der Kategorie „Regie" nicht berücksichtigt worden war. In elf anderen Sparten wurde der Film zwar für den Akademie-Preis nominiert; bei der eigentlichen Preisverleihung ging der Film dann leer aus.

*

WELT: Die meisten Ihrer Filme waren finanziell überaus erfolgreich. Einen „Academy Award" haben Sie bisher nicht bekommen. Hat man in Hollywood etwas gegen Sie oder gegen finanziell erfolgreiche Streifen?

Spielberg: Wissen Sie, ich bin zwar schon lange im Geschäft, aber ich bin auch noch nicht so furchtbar alt. Im Dezember werde ich 39, und ich habe vor, noch einige Jahre in der Branche zu bleiben. Ich habe also noch eine Menge Zeit. Ich renne dem „Oscar" nicht hinterher. Aber wenn ich eines Tages einen bekommen sollte, wäre das natürlich wundervoll. Ich rechne aber nicht Jahr für Jahr mit dieser Auszeichnung, und ich habe bisher auch noch keine Konzessionen gemacht, um ihn eventuell doch zu bekommen.

WELT: Regisseur sein hieß früher, Macht über Schauspieler zu haben, sie tyrannisieren zu können. Haben Sie beim Regieführen auch das Gefühl, eine Machtposition zu haben?

Spielberg: Nein. Ich bin weder von Stroheim noch Otto Preminger.

WELT: Wenn Sie eine Liste der 10 besten Filme aller Zeiten zu machen hätten – wie sähe die aus?

Spielberg: Nach dieser Liste hat man mich schon oft gefragt. Ich werde sie nie zusammenstellen, weil es ab Nr. 11 unfair würde.

WELT: Gibt es einen Film, den Sie gerne gedreht hätten?

Spielberg: Da gibt es viele. Ich hätte zum Beispiel gerne Capras „It's A Wonderful Life" gemacht – obwohl es kein Klassiker geworden wäre, wenn ich ihn gedreht hätte –, ich hätte gerne „Kramer gegen Kramer" gedreht. Ich hätte auch sehr gerne John Fords „The Informer" gemacht.

WELT: Gehen Sie oft ins Kino?

Spielberg: Etwa zweimal pro Woche.

WELT: Und welche Filme sehen Sie sich an?

Spielberg: Alle. Nicht aus beruflichen Gründen. Ich bin eine Kinofan. Meine Frau Amy und ich gehen zweimal die Woche ins Kino, stehen Schlange an der Kasse, bezahlen die Karten und ...

WELT: ... werden oft erkannt?

Spielberg: Das passiert oft. Aber nur die, die unmittelbar vor und hinter mir stehen, erkennen mich. Das finde ich auch besser.

Steven Spielberg und das Goldene Zeitalter des Kinos

WELT: Wie denken Sie über das frühe amerikanische Kino – etwa die Zeit zwischen von Stroheim und Lubitsch?

Spielberg: Es war das beste. Von *Stroheim und Lubitsch* waren Genies. Die Regisseure, die aus Europa kamen – Billy Wilder, Douglas Sirk, Alfred Hitchcock und nicht zu vergessen Charlie Chaplin – sogen das amerikanische Element auf und schufen eine ganz besondere Synthese – eben das amerikanische Kino, das ohne Europa nicht das geworden wäre, was es heute ist. Es war wirklich das Goldene Zeitalter des Kinos. So viele verschiedene Filme wurden in diesen frühen Jahren gedreht. Das Fernsehen hat mittlerweile den Platz für B-Filme eingenommen. Heute werden nur noch die Filme produziert, von denen die Studiobosse glauben, daß Millionen von Leuten sie sehen wollen. Manchmal drehen sie – sozusagen als Alibi – den kleinen, „wertvollen" Film, also Kunst, womit die Studios glauben, intelligent zu wirken, wenn sie ein paar von diesen esoterischen, intellektuellen Filmen machen. Dann können sie nämlich hinterher wieder neun „Ghostbusters" auf den Markt werfen. Mir gefällt das überhaupt nicht, aber so hat sich die Situation nun mal entwickelt.

WELT: John Wayne und Frank Sinatra, um nur zwei Stars zu nennen, haben sich für die republikanische Seite stark gemacht. Würden Sie sich auch vor einen Karren spannen lassen?

Spielberg: Wenn ich den richtigen Kandidaten fände, von dem ich das Gefühl habe, er könnte die Dinge zum Besseren führen, dann stünde ich voll hinter ihm. Da spielt es auch keine Rolle, ob der nun der demokratischen oder der republikanischen Partei angehört. Hauptsache, er macht endlich Schluß mit der Aufrüstung zum Krieg der Sterne, findet eine Alternative zur Atomenergie, die ich für sehr gefährlich halte, und erreicht endlich mit den Sowjets einen gegenseitig Abbau der Waffen.

WELT: Bei einer Auktion von Original-Filmrequisiten haben Sie 1982 in New York den Schlitten „Rosebud" aus „Citizen Kane" ersteigert. Der Schlitten wird aber doch gegen Ende des Films ins Feuer geworfen und verbrennt...

Spielberg: Richtig. Er verbrennt total, und alles, was übrig bleibt, ist ein Haufen Asche.

WELT: Was haben Sie denn dann eigentlich ersteigert?

Spielberg: Den Reserve-Schlitten!

ENDE


Gespräch unterm Baum: Regisseur Steven Spielberg und Rainer Nolden FOTOS: JEFF SLOCOMB, WARNER BROS.

An den lieben Gott

Der Briefroman „Die Farbe Lila" von Alice Walker, die für dieses Werk den Pulitzer-Preis erhielt, liegt Spielbergs jüngstem Film zugrunde, der in den USA bereits 18 Millionen, in der Bundesrepublik seit seiner Erstaufführung vor einem Monat annähernd 300 000 Zuschauer in die Kinos lockte. Die Handlung, in der bis auf eine Ausnahme ausschließlich Schwarze spielen, erstreckt sich über drei Jahrzehnte. Sie beginnt 1906 in einer Kleinstadt in Georgia, als die junge Celie (Whoopi Goldberg) zwei Kinder zur Welt bringt, die ihr sofort weggenommen werden. Der Mann, den sie „Pa" nennt (und der auch der Vater ihrer Kinder ist), zwingt sie zur Ehe mit einem Mann, den sie nur „Mister" nennt. Die Hölle, die sie in ihrer Ehe erlebt, schildert sie anschließend in Briefen, *die sie erst an den* lieben Gott, schließlich an ihre Schwester Nettie, die Missionarin in Afrika geworden ist, adressiert. „Beim Lesen des Buches habe ich gelacht und geweint", erinnert sich Spielberg.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesken, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

FORMEL 1

Renault zieht sich zurück

dpa/sid, Paris

Der staatliche französische Konzern Renault zieht sich endgültig aus der Formel-1-Weltmeisterschaft zurück. Schon vor Monaten hatte er auf einen eigenen Rennstall verzichtet. Nun wird der Konzern am Ende dieser Saison der Formel 1 auch keine Rennmotoren mehr liefern.

Mit diesem totalen Rückzug hat Renault einer Entscheidung vorausgegriffen, die am 3. Oktober in Paris getroffen wird. Dann beschließt der Automobilsport-Weltverband FISA ein neues Reglement und die Zukunft des Grand-Prix-Zirkus. Die Kernfrage lautet: Turbo-Motoren oder Rückkehr zum konventionellen Sauger? Die Gründe sind die Kostenexplosion in Millionen-Dollar-Höhe, kaum noch zu bändigende Leistungsentfaltung und das auseinanderklaffende Zweiklassensystem in reiche und arme Teams.

Vier Möglichkeiten werden erwogen: Erstens eine Reduzierung des Hubraumes der Turbo-Motoren von 1500 Kubikzentimeter auf 1000. Dazu zweitens die Beschränkung des Ladedrucks und des Lufteinlasses. Drittens eine Beibehaltung der Motoren und Leistungsbegrenzung durch die beiden vorgenannten Einschränkungen. Oder viertens ein Verbot der Turbos und statt dessen die Einführung der Saugmotoren mit maximal 3,5 Liter Hubraum.

Nach dem 3. Oktober will auch Renault über ein neues Sportprogramm nachdenken. Patrick Faure, Renaults Sport-Präsident, sagte in Paris: „Wir werden 1987 nicht in der Formel 1 sein, aber wir werden ein kleines Rallye-Programm bestreiten." Sollte wieder ein Saugmotor eingeführt werden, schließt auch Renault nicht aus, für ausgewählte Formel-1-Teams Motoren zu liefern. Faure: „Unser Engagement in der Formel 1 hatte nur einen Grund: Wir wollten gewinnen."

Der Rückzug von Renault, das auf der Suche nach einem Spitzenteam mit McLaren nicht einig wurde, läßt die Lage auf dem Motorensektor noch mißlicher erscheinen. Kehrt auch BMW wie beabsichtigt der Formel 1 den Rücken, ist dies auch bei Porsche nicht auszuschließen.

FUSSBALL

Feldkamp nach Köln?

DW. Köln

Der 1. FC Köln wird vorläufig von dem jüngsten Trainer der Fußball-Bundesliga betreut: Christoph Daum, 32 Jahre alt, bisher Assistent des entlassenen Georg Keßler (die WELT berichtete in einem Teil ihrer Auflage), soll die Mannschaft vom Tabellenende wegführen. Wie lange Daum im Amt bleibt, ist nicht bekannt. „Bis ein gestandener Mann" zur Verfügung stehe, sagte Geschäftsführer Michael Meier gestern.

Um diesen „gestandenen Mann" blühen jetzt die Spekulationen. Drei Namen tauchen immer wieder auf: Pal Csernai, der sich von Borussia Dortmund am Ende der letzten Saison vorzeitig trennte, Uwe Klimaschefski, der vom Absteiger 1. FC Saarbrücken in die Schweiz wechselte, und Karl-Heinz Feldkamp, der seinen Vertrag bei Bayer Uerdingen über das Saisonende hinaus nicht verlängern will.

Mit Klimaschefski sollen Kölner Vertreter bereits geredet haben, als Keßler vor drei Wochen zum ersten Mal massiv ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war. Gegen Csernai ist offensichtlich Vizepräsident Karl-Heinz Thielen: „Er hat bisher überall Schwierigkeiten gehabt." Und mit Feldkamp will angeblich noch niemand im Verein gesprochen haben. Geschäftsführer Meier: „Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß solch ein Mann mitten im Fluß die Pferde wechselt." Eine Auffassung, die Feldkampf selbst gestern mit den Worten stützte: „Ich stehe in Uerdingen bis Saisonende unter Vertrag. Ich breche keine Verträge, es sei denn, man schmeißt mich raus."

Christoph Daum ist seit zehn Jahren beim 1. FC Köln. Er war Verteidiger der Amateur-Mannschaft, wurde nach dem Ende seiner aktiven Laufbahn Jugendtrainer und dann 1984 Assistent von Hannes Löhr, nach dessen Entlassung im Februar dieses Jahres Georg Keßler verpflichtet worden war.

Keßler („ich wünsche der Mannschaft viel Glück") soll für die Trennung „im beiderseitigen Einvernehmen" eine Abfindung in Höhe von 150 000 Mark erhalten.

LÄNDERSPIEL / Erster Test nach der WM gegen Dänemark gleich mit dem Neuling Jürgen Kohler

● Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft bestreitet heute ihr 528. Länderspiel seit dem Jahre 1908. Es gab bislang 298 Siege, 92 Unentschieden und 135 Niederlagen. Gegen Dänemark gewann das Team achtmal, verlor fünf Spiele und erzielte zwei Unentschieden. In Kopenhagen spielte die deutsche Auswahl zuletzt 1971. Zum 3:1-Sieg trug damals auch der jetzige Teamchef Franz Beckenbauer als Torschütze bei. Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt ab 18.55 Uhr live aus dem Idraetspark.

Schumacher
(32 Jahre/74 Länderspiele/1. FC Köln)

Berthold (21/18/Frankfurt) – **Buchwald** (25/7/Stuttgart) – **Kohler** (20/-/Mannheim) – **Frontzeck** (22/9/M'gladbach)

Augenthaler (28/13/München) – **Matthäus** (25/48/München) – **Rolff** (26/19/Leverkusen) – **Thon** (20/10/Schalke)

Völler (26/37/Bremen) – **K. Allofs** (29/47/Köln)

Dänemark: Rasmussen (25/18) – M. Olsen (37/84) – Sivebaek (24/39), Nielsen (24/5), Andersen (21/10) – Bertelsen (34/62), Berggreen (28/36), Simonson (33/55), J. Olsen (25/30) – Laudrup (22/35), Elkjaer-Larsen (31/60). – **Schiedsrichter:** Frederiksson (Schweden)

● Dänemarks Trainer Sepp Piontek betrachtet das Spiel „keineswegs als WM-Revanche, sondern nur als wichtige Vorbereitungsstation für die EM-Qualifikation". Sein Kapitän Morton Olsen, Libero beim 1. FC Köln, spricht immerhin von „einem Spiel gegen den großen Bruder, das immer etwas Besonderes darstellt". Ärger gab es im dänischen Lager wegen der Absage des angeblich verletzten Jan Mölby vom FC Liverpool. Sein Klub habe ihn nicht freigeben wollen, vermutet Piontek.

Neuer Anfang mit alten Ideen und Problemen: Verstärkte Abwehr, ein wieder enttäuschter Rahn

ULRICH DOST, Kopenhagen

Ein Neubeginn soll es heute sein, wenn die deutsche Fußballnationalmannschaft ihr erstes Länderspiel nach der WM in Mexiko in Kopenhagen gegen Dänemark bestreitet. Gleich sechs WM-Fahrer (Magath, Jakobs, Stein, Briegel, Eder, Rummenigge) haben ihre internationale Karriere beendet. Aber ist die Neubildung des Teams auch die Hinwendung zum schönen, offensiven, attraktiven Fußball, bei dem Wert auf technische und spielerische Fähigkeiten gelegt wird? Oder findet nur die Fortsetzung des deutschen Stils von Mexiko mit Disziplin und Ordnung, aber ohne Intuition und Brillanz statt?

Teamchef Franz Beckenbauer glaubt, daß es jetzt spielerisch besser in seiner Mannschaft ausschaut als noch in Mexiko. Beckenbauer: „Bei der WM haben wir mit Disziplin und Ordnung das Maximale mit der Teilnahme am Finale erreicht. Es wird sich immer die Mannschaft durchsetzen, die einen konsequenten Fußball spielt." Diesen Weg, den der Teamchef bei der WM eingeschlagen hat, wird er zumindest heute in Kopenhagen fortsetzen. Die deutschen Tugenden sind weiterhin gefragt: Kampfkraft und totale Hingabe.

Vor dem Kölner Torhüter Harald Schumacher steht wieder ein Bollwerk aus Kämpfertypen, die ihre Aufgabe darin sehen, das Spiel des Gegners zu zerstören. Der Auftritt des Klaus Augenthaler (München) mit seinen Befreiungsschlägen ist ja inzwischen hinreichend bekannt. Der Stuttgarter Guido Buchwald, auch ein harter Knochen, soll sich um den gefährlichen Stürmer Laudrup kümmern. Und dem Neuling Jürgen Kohler von Waldhof Mannheim kommt die Aufgabe zu, mit Preben Elkjaer-Larsen einen der besten Stürmer der Welt auszuschalten.

Angst hat der 21 Jahre alte Abwehrspieler, der sich über die Jugend- und Juniorenauswahl bis in die Nationalmannschaft hochgearbeitet hat, vor seinem Debüt nicht. Kohler: „Etwas nervös bin ich schon, aber noch hat der Larsen ja kein Tor geschossen." Seinen Gegenspieler kennt er bisher nur vom Fernsehen. Beckenbauer wiederum hat seinen Debütanten noch nicht spielen sehen. Beckenbauer: „Aber meine Kollegen haben mir gesagt, daß er in guter Verfassung ist. Er macht auch hier beim Training in Kopenhagen einen guten Eindruck." Seine Stärken sieht Kohler im Abwehrverhalten und bei Kopfbällen. Seine Schwächen? Dazu sagt er selbst: „Ich muß noch meine Technik verbessern." Um Nationalspieler zu werden, reicht das offenbar heute schon.

Wieder einmal durchs Sieb gefallen ist der Mönchengladbacher Uwe Rahn. In Mexiko waren seine Trainingsleistungen beeindruckend, aber er spielte nicht. Nun fehlen mit Magath, Briegel und Brehme drei Leute im Mittelfeld, aber Rahn ist immer noch nicht dabei. Es spielen Matthäus, Thon und Rolff. Gegen diese taktische Einstellung hat der Mönchengladbacher, der von seiner Nichtberücksichtigung erst durch die Journalisten erfuhr, nichts einzuwenden. Sehr enttäuscht ist er aber darüber, daß er nicht auf der Position von Olaf Thon spielt, der in der Bundesliga in dieser Saison wirklich noch nicht überzeugen konnte.

„Wenn wir ein Heimspiel gehabt hätten", sagt Franz Beckenbauer zu der Entscheidung, Uwe Rahn draußen zu lassen, „dann hätte ich ihn als zusätzlichen offensiven Mann gebracht. Aber in Dänemark spiele ich nicht offensiv." Das kommt einem alles bekannt vor, die Sätze sind noch aus Mexiko im Ohr.

Das einzige, worin der Teamchef sein Urteil geändert hat, liegt in der Beurteilung der Dänen. Hat er ihren Fußball nach dem WM-Finale noch als „primitiv und einfach" bezeichnet, so hört sich das heute alles ganz anders an. Die Dänen, so Franz Beckenbauer, würden in Europa zum Besten zählen, was es derzeit gibt. In Mexiko hätten sie dies auch schon unter Beweis gestellt (schließlich haben sie ja 2:0 gegen Deutschland gewonnen). Die Tatsache, daß mit Sören Lerby (Beckenbauer: „Er ist derzeit lange nicht so stark wie zu seiner Zeit bei Bayern München"), Frank Arnesen, Ivan Nielsen und Jan Mölby vier Stammspieler fehlen, tut Beckenbauers Beurteilung keinen Abbruch: „Sie haben so viele gute Spieler. Sie haben Riesenfußballer und sind in meinen Augen klarer Favorit für das heutige Spiel."

Er selbst und sein Trainer Horst Köppel wollen den Neubeginn „nicht mit allzuviel Hektik" angehen. Beckenbauer: „Nach wie vor dürfen nur elf Mann spielen." Daß mit Jürgen Kohler zunächst nur ein Neuling eingesetzt wird, muß erst einmal ausreichen. Auf jeden Fall will der Teamchef im Laufe des Spiels sehen, wie sich der Nürnberger Dieter Eckstein international aus der Affäre ziehen kann. Und mit Wolfram Wuttke darf ein dritter Neuling hoffen, eingewechselt zu werden. Beckenbauer: „Wir geben schon den jungen Spielern die Möglichkeit zu spielen."

Was für Franz Beckenbauer nach wie vor das wichtigste ist, bleibt das Resultat. Offenbar scheint es ihn weiterhin nicht sehr zu interessieren, wie seine Mannschaft spielt, sondern was unter dem Strich steht, zählt für ihn. „Wir brauchen beim Neubeginn Ruhe und Geduld", fordert der neue Mannschaftsführer Harald Schumacher, „die Medien und die Öffentlichkeit dürfen uns nicht gleich zerreißen, wenn es auf Anhieb noch nicht klappt."

NACHRICHTEN

Becker auf Rang vier

Düsseldorf (sid) – Wimbledonsieger Boris Becker ist nach seinem Ausscheiden in Runde eins der Internationalen Deutschen Meisterschaften auf Rang vier der Weltrangliste abgerutscht. Vor ihm liegen Ivan Lendl (ČSSR) und die beiden Schweden Mats Wilander und Stefan Edberg.

Wähling verlängert

Hannover (dpa) – Hannover 96, Tabellenführer der zweiten Fußball-Bundesliga, hat den Vertrag mit Trainer Jürgen Wähling, der nach 12jähriger Tätigkeit bei dänischen Erstliga-Klubs zu Saisonbeginn nach Hannover gekommen war, um zwei Jahre bis Juni 1989 verlängert. Gleichzeitig unterschrieb der 26jährige Stürmer Frank Hartmann vom deutschen Meister FC Bayern München in Hannover einen Zweijahresvertrag. Hartmann ist von Freitag an spielberechtigt.

Briegel muß pausieren

Genua (dpa) – Hans-Peter Briegel (31), Fußball-Profi beim italienischen Erstliga-Klub FC Sampdoria Genua, muß mindestens 40 Tage pausieren. Im Spiel gegen den AC Florenz hatte er am Sonntag eine schwere Schulterverletzung erlitten.

Luton ausgeschlossen

London (dpa) – Der englische Fußball-Erstliga-Klub FC Luton Town, der im Kampf gegen das Rowdytum im vereinseigenen Stadion Ausweise für die Fans eingeführt hat, ist vom Verband aus dem Ligapokal ausgeschlossen worden. Die Vereine müssen bei Pokalspielen 25 Prozent der Eintrittskarten an den Gastklub abgeben. Luton hatte dies abgelehnt.

Länderspiel verlegt

Frankfurt (sid) – Der Deutsche Fußball-Bund hat das erste EM-Qualifikationsspiel der Junioren „U 21" gegen Bulgarien am 29. Oktober von Darmstadt nach Koblenz verlegt.

Sieg für Indurain

Turin (sid) – Der Spanier Miguel Indurain gewann in Turin die für Profis und Amateure offene Radrundfahrt Tour de l'Avenir. Nach 14 Etappen lag er vor dem Franzosen Patrice Esnault und Alexi Grewal (USA).

STAND ● PUNKT / *Sportliche Wegwerfgesellschaft – der FC Köln ist nur ein Beispiel von vielen*

Alles fließt, oder: Der Wechsel allein ist das Beständige. Philosophenworte. Hier aber untauglich für achselzuckende Entschuldigungen eines Vereins, der sich wieder einmal einreiht in die sportliche Ex-und-hopp-Gesellschaft: der Trainer, ein hochbezahlter Facharbeiter, als Konservendose – Inhalt zum alsbaldigen Verzehr, die Hülle auf den Müll. Wer sich an diese Lebensweise gewöhnt, findet am Ende nichts mehr dabei, auch noch ganz andere Dinge wegzuwerfen. Vertrauen zum Beispiel.

Der 1. FC Köln wirkt, als sei er Schnittmusterbogen fürs gesamte Geschäft: Ein Trainer (Löhr) wird entlassen, ein anderer (Georg Keßler) verpflichtet, nur weil er sich gerade auf der Geschäftsstelle zeigte. Nachdenken ist zu zeitraubend.

Keßler ändert nichts, fordert dann Spieler, erhält, wen er will (für 3,5 Millionen), die Mannschaft verliert weiter. Der Trainer spricht von der Ruhe, die er zur Arbeit brauche, läßt der Mannschaft aber keine, fuhrwerkt in ihr herum wie Rumpelstilzchen: Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich – auch nichts Neues weiß. Wer gestern Stammspieler war, sitzt heute auf der Tribüne. Hilflosigkeit als Taktik verkauft.

Keßlers Ablösung wird offen diskutiert, der Vizepräsident Karl-Heinz Thielen, Schatzmeister und starker Mann im Klub, will ihn nicht mehr, wird aber überstimmt und verkündet seine und des Klubs endgültige Entscheidung: „Keßler bleibt unser Mann." Thielen am Montag abend, eine Woche später: „Ein Blick auf die Tabelle ließ uns leider keine andere Wahl." Es ist eben so, daß „endgültige Entschlüsse" in einem sehr vergänglichen Gemütszustand gefaßt werden. Ex und hopp.

So ist es, so wird es bleiben in dieser sportlichen Wegwerfgesellschaft. Interessant beim 1. FC Köln bleibt nur die Rolle, die der Sportmediziner Heinz Liesen, Arzt der deutschen Nationalmannschaft und Professor an der Deutschen Sporthochschule, beim Sinneswandel im Verein gespielt hat. Er wurde von Harald Schumacher angegriffen wegen angeblich fehlender Nachsorge nach der medikamentösen Aufrüstung bei der WM in Mexiko. Da schoß Liesen zurück, sprach von einem Verein, bei dem völlig falsch trainiert wird, nannte dabei zwar nicht die Kölner, aber beschrieb ihr anachronistisches Training mit zehn Läufen über 700 m und 15 über 100 m ohne ausreichende Pause. Er soll auch schon vor seinen Studenten darüber doziert haben, wie und womit er Schumacher fitgespritzt habe. Ein Arzt als Plaudertasche, als Stichwortgeber und kompetenter Ausredenbeschaffer für einen Trainerrausschmiß?

Das mag neu sein, zeigt aber nur die Branche, in der Trainer sich genüßlich „Sir" nennen lassen, Spieler alles besser wissen, aber selten Verantwortung übernehmen, Präsidenten auftreten wie Graf Koks von der Gasanstalt, Ärzte den Mund vollnehmen, wo Schweigen Pflicht wäre. Hier reiten Eitelkeiten auf hohen Wellen. Ehe sie stranden – siehe Köln, das jüngste Beispiel.

Der Wechsel allein ist das Beständige? Das gilt hier nicht: Sie treten in ihrer nervtötenden Tabellenmoral immer nur auf der Stelle, viel zu gedankenlos, um sich selbst ändern zu können.

que.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Barcelona (225 000 Dollar), erste Runde: Muster (Österreich) – Nyström (Schweden) 6:2, 7:5, Osterthun (Bundesrepublik Deutschland) – Dickson (USA) 6:2, 6:4, Arrese (Spanien) – Schwaier 6:2, 6:1, Maurer (beide Bundesrepublik Deutschland) – Champion 6:7, 6:0, 6:0, Benhabiles (beide Frankreich) – Purcell (USA) 6:4, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 626 111,50 Mark, 2: 93 070,60, 3: 4785,00, 4: 100,10, 5: 8,50. **Rennquintett:** Rennen A: 1: 1150,10 Mark, 2: 166,40, Rennen B: 1: 843,40, 2: 112,90, Kombinationsgewinn: unbesetzt. Jackpot: 61 696,80. **6 aus 45:** 1: unbesetzt, 2: 74 422,80 Mark, 3: 5980,40, 4: 131,90, 5: 10,70. **Elferwette:** 1: 444,50 Mark, 2: 28,20, 3: 5,10. **Spiel 77:** 1: unbesetzt, Jackpot: 1 326 220,90 Mark. (Ohne Gewähr).

Warschau zeigt Interesse an Wissenschaftsvertrag

Orzechowski sagt Prüfung von Aussiedleranträgen zu

BERNT CONRAD, New York

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein polnischer Amtskollege Marian Orzechowski bekundeten nach ihrem dreistündigen Gespräch am Rande der UNO-Vollversammlung in New York übereinstimmend die Absicht, die deutsch-polnischen Beziehungen weiterzuentwickeln. Die Warschauer Regierung ist besonders am Abschluß eines Vertrages über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit interessiert. Ein entsprechender deutscher Vertragsentwurf liegt in Warschau vor. Darüber hinaus soll geklärt werden, wie konkrete Projekte, etwa eine Verstärkung des Jugendaustausches und von Städtepartnerschaften, realisiert werden können.

Genscher begrüßte die von der polnischen Regierung verfügte Freilassung politischer Gefangener, mahnte aber auch an, daß mehr Deutschen die Ausreise aus Polen gestattet werden sollte. Orzechowski sagte dazu, Warschau wolle Fälle, in denen es um humanitäre Gründe gehe, wohlwollend prüfen. In dem Gespräch kamen auch die Schwierigkeiten beim Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Sprache. Sie resultieren *daraus, daß Polen mit seinen im Rahmen* der Umschuldung fälligen Zahlungen in Rückstand geraten ist und deshalb die von Bonn zugesagten Hermes-Bürgschaften in Höhe von 100 Millionen Mark noch nicht in Anspruch nehmen konnte.

Freundlich war die Atmosphäre bei einer Begegnung Genschers mit dem chinesischen Außenminister Wu Xuequian. Beide Seiten zeigten großes Interesse an zahlreichen Konsultationen. Der chinesische Außenminister will möglichst bald, wahrscheinlich im ersten Halbjahr 1987, die Bundesrepublik Deutschland besuchen. Er bezeichnete das Verhältnis zu Bonn als beispielhaft. Beide Gesprächspartner Genschers zeigten sich zufrieden mit dem Abschluß der KVAE-Konferenz. Wu Xuequian berichtete, daß Besuche des SED-Chefs Honecker und des polnischen Regierungschefs Jaruzelski in Peking vorbereitet würden. Genscher meinte dazu, das könne zur Stabilität zwischen West und Ost beitragen.

Jaruzelski klopft als erster in Peking an. Moskau führt im Hintergrund Regie

Warschau ließ Besuch vor Honecker-Reise einschieben / China macht diplomatisches Spiel mit

JOCHEN HEHN, Hongkong

Mit der Aufnahme von Parteibeziehungen wollen die Volksrepublik China und die Warschauer-Pakt-Staaten ihr Verhältnis wieder völlig normalisieren. Der erste konkrete Hinweis darauf wurde jetzt beim Besuch einer Delegation der ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in Peking gegeben. (WELT v. 22. 9.)

Allerdings wird es nicht Ungarn sein, das als erster Alliierter Moskaus – mit Ausnahme Rumäniens freilich, *das sich vor 25 Jahren weigerte*, wegen des sowjetisch-chinesischen Zerwürfnisses mit Peking zu brechen – seine Beziehungen zum Drachenthron normalisiert. Ausgerechnet Polen, zu dem China nicht gerade die allerherzlichsten Beziehungen pflegt, wird den Anfang machen – und das wohl nicht zur reinsten Freude der chinesischen Führung, denn Moskau scheint hier mit Regie geführt zu haben.

Der schon vor Monatsfrist angekündigte Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Chefs Erich Honecker sollte eigentlich in der zweiten Oktoberhälfte den Auftakt der Normalisierungswelle bilden; nicht zuletzt deswegen, weil den Generalsekretär der chinesischen KP, Hu Yaobang, und Honecker, die beide in den 50er Jahren Vorsitzende der Jugendverbände ihrer Parteien waren, eine langjährige freundschaftliche Beziehung verbindet. Zur Überraschung Pekings und gewiß auch der Ostberliner Diplomaten mußte nun aber kurzfristig die bescheiden als „Arbeitsbesuch" deklarierte Visite des polnischen KP-Chefs, General Jaruzelski, vorgezogen werden.

Die Einladung an Jaruzelski, der vor seinem am Sonntag beginnenden dreitägigen Besuch der chinesischen Hauptstadt die mongolische Volksrepublik und Nordkorea bereist, kam nämlich, wie jetzt in Peking verlautet, auf ausdrücklichen Wunsch Warschaus zustande und wurde erst Mitte vergangener Woche, lange also nach der Ankündigung der später stattfindenden Honecker-Reise, offiziell bestätigt. Daß Moskau hier im Hintergrund die Fäden spannt, wird vor allem deshalb vermutet, weil durch den publikumswirksamen China-Besuch das international ramponierte Image des polnischen KP-Chefs aufgebessert werden könnte. China wiederum mußte auf das diplomatische Spiel wohl oder übel *eingehen*, *wollte* es nicht seine gesamte Normalisierungsaktion mit den Warschauer-Pakt-Staaten verzögern oder gar gefährden.

Nach Jaruzelski und Honecker werden sich auch die Parteichefs Ungarns, der Tschechoslowakei und Bulgariens auf den Weg nach Peking machen. Zur Vorbereitung dieser Besuche *weilt eine chinesische* Delegation derzeit in Osteuropa. Offizielle Parteikontakte mit den Warschauer-Pakt-Staaten haben jedoch nicht automatisch auch eine umfassende Bereinigung des Verhältnisses Peking-Moskau zur Folge. Trotz des sowjetischen Wunsches nach einer „drastischen Verbesserung" der Beziehungen zu China, so der erste stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Talyzin, werden Parteibeziehungen zwischen Moskau und Peking so lange gekappt bleiben, bis die Sowjetunion einen „ernsthaften Beitrag" zur Lösung des Kambodscha-Konflikts geleistet hat.

Umdenken, Umsteuern – das Programm der SPD

Rau setzt sich für einen „aktiv handelnden Staat" ein

GÜNTHER BADING, Bonn

Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Johannes Rau hat den Kampf *gegen die Massenarbeitslosigkeit*, ein Umdenken in der Sicherheitspolitik und den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie in den Mittelpunkt seines „Regierungsprogramms" gestellt. Bei einem Auftritt vor der Bonner Presse sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, dieses Programm unter dem Motto „Zukunft für alle – Arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden" sei eine „verläßliche Kursbestimmung" sozialdemokratischer Regierungspolitik im Falle eines Wahlsiegs im Januar.

Kurswechsel

Der Kandidat der SPD gab in seinem Programm zwar dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eindeutige Priorität, nannte aber als wichtige Ziele unter dem Stichwort „Umdenken und Umsteuern" zunächst einen Kurswechsel in Richtung auf Frieden und Abrüstung und dann das „Umsteuern hin zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft".

Die Massenarbeitslosigkeit will er in einer „großen nationalen und internationalen Kraftanstrengung zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung unserer Industriegesell*schaft" beseitigen*.

Zwar setzte Rau sich hierbei für einen „aktiv handelnden Staat" ein, griff jedoch den von dem Deutschen Gewerkschaftsbund favorisierten Gedanken eines staatlichen Beschäftigungsprogramms – der DGB fordert ein Volumen von 50 Milliarden Mark – nicht auf. Statt dessen setzt der SPD-Politiker „auf eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die Investitio*nen und Innovationen so fördert*, daß neue Arbeitsplätze entstehen". Dabei sprach sich Rau für eine „gerechtere Verteilung der Arbeit" durch Verkürzung der Arbeitszeit des einzelnen Beschäftigten aus und sicherte den Gewerkschaften seine Unterstützung beim Kampf um die 35-Stunden-Woche zu, „ohne andere Formen der Arbeitszeitverkürzung auszuschließen". Im Einklang mit den Gewerkschaften befand sich Rau mit seiner Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung.

Er sehe keinen Zusammenhang zwischen der Mitbestimmung und dem Skandal um die gewerkschaftseigene Neue Heimat, sagte Rau auf zahlreiche Fragen in der Pressekonferenz. Er könne sich sogar vorstellen, daß durch mehr Mitbestimmung in anderen großen Unternehmen Vorgänge wie in dem Gewerkschaftskonzern verhindert werden könnten.

Zwar versicherte Rau in seinen Erläuterungen zu dem „Regierungsprogramm", daß er eine positive Haltung zur unternehmerischen Leistung habe und besonders Selbständige, Freiberufler und Handwerker sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern wolle. Aber er forderte gleichzeitig eine „bessere Kontrolle wirtschaftlicher Macht, vor allem von Banken und Versicherungen".

Unter dem Stichwort „gerechtes Steuersystem" sprach sich Rau für zusätzliche steuerliche Belastung der Gutverdienenden aus: „Wir werden starken Schultern mehr zumuten als schwachen." In dem 64 Seiten starken Programm, das auf einem Sonderparteitag am 25. Oktober verabschiedet werden soll, werden als konkrete Steuerhöhungen unter anderem eine „Ergänzungsabgabe" von fünf Prozent der Lohn- und Einkommensteuerschuld für Bürger mit einem Einkommen von mehr als 60 000 Mark im Jahr angekündigt. Die Antwort *auf die Frage, ob eine derart* leistungsfeindliche Zusatzbesteuerung nicht einen konjunkturbremsenden Effekt habe und sogar zu einer Kapitalflucht – wie in der Anfangszeit der sozialistischen Regierung in Frankreich – führen könne, blieb Rau trotz mehrerer Nachfragen schuldig.

Neues NATO-Konzept

Ungenau blieb seine Antwort auf Fragen nach seiner Ankündigung, er wolle eine „zweite Phase der Entspannungspolitik", eine Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses und die Einrichtung atom- und chemiewaffenfreier Zonen in Mitteleuropa. Für die Bundeswehr und deren Rolle in der NATO kündigte er ein neues Strukturkonzept an; schließlich sei der die heutige NATO-Konzeption begründende Harmel-Bericht schon 20 Jahre alt.

„Wir tolerieren die SPD"

Was sich die Grünen für 1987 erhoffen / Bundeskongreß

D. G. Bonn

Der Vorstand der Grünen lehnt eine Koalition mit der SPD nach der Bundestagswahl weiterhin ab. Sollten CDU/CSU und FDP am 25. Januar 1987 ihre bisherige Regierungsmehrheit verlieren, will die Parteiführung bei Erfüllung politischer Zugeständnisse der Sozialdemokraten die Tolerierung einer Minderheitenregierung anbieten. Diese Ankündigung machte gestern Bundesvorstandsmitglied Rainer Trampert, der nahezu zeitgleich mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau in Bonn die Strategie der Grünen für die Bundestagswahl erläuterte.

Ihre Unterstützung für Rau wollen die Grünen von der Erfüllung grundsätzlicher Forderungen abhängig machen. Nach Darstellung von Trampert und seines Vorstandskollegen Beckmann gehören dazu der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ohne jede zeitliche Verzögerung und der Abzug aller amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik.

Die Bündnisfrage steht im Mittelpunkt des am Freitag beginnenden Bundeskongresses der Grünen. Dazu liegen mehr als 20 Anträge vor, die von Koalitionsbereitschaft mit bedingungsloser Wahl des SPD-Kanzlerkandidaten bis zur kategorischen Ablehnung jeder Verhandlung reichen. Die Spitzenfunktionäre der Grünen rechnen damit, daß der Parteitag eine an die Erfüllung fester Bedingungen geknüpfte Tolerierung beschließen wird. Während auf dem Kongreß zum Thema Asyl kaum Kontroversen erwartet werden, wird mit heftigen Auseinandersetzungen über die Frage gerechnet, ob die Grünen nach dem Vorbild der anderen Parteien eine Stiftung mit öffentlichen Mitteln gründen sollen.

Mußte Karmal Residenz räumen?

DW. Kabul

In der afghanischen Hauptstadt Kabul deutet sich eine weitere Entmachtung des früheren Parteichefs Babrak Karmal an. Westliche Diplomaten in Neu-Delhi berichteten unter Berufung auf diplomatische Kreise in Kabul, er habe seine bisherige Residenz im Königspalast möglicherweise für seinen Nachfolger räumen müssen. Karmal war am 4. Mai durch den 39jährigen Paschtunen Nadschibullah als Parteichef ersetzt worden und ist jetzt nur noch Staatspräsident.

Wie es weiter hieß, seien Porträt-Fotos von Karmal bereits aus einigen Amtsstuben in Regierungsgebäuden entfernt worden.

Einer der engen vertrauten Karmals, Vize-Premierminister Majid Sirboland, wurde nach Darstellung von Diplomaten vergangene Woche zum Botschafter „degradiert".

Caesium: Wirkung nicht nachzuweisen

rtr, New York

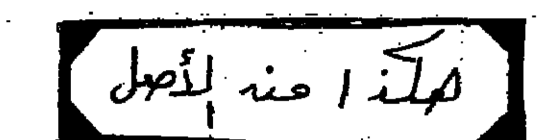
Bei dem Unglück im Atomreaktor von Tschernobyl ist nach einem Bericht der „New York Times" mehr Radioaktivität freigesetzt worden als bei allen Atomwaffentests und bei dem Abwurf von zwei Atombomben zusammengenommen. Unter Berufung auf eine Studie des kalifornischen Lawrence Livermore National Laboratory schrieb die Zeitung, bei dem Unglück am 26. April dieses Jahres könnte bis zu 50 Prozent mehr radioaktives Caesium ausgetreten sein. Caesium hat eine Halbwertzeit von 100 Jahren. Nach Ansicht des amerikanischen Wissenschaftlers Lynn Anspaugh, der Biophysiker am Lawrence Livermore Laboratory bei San Francisco ist, ist die Wirkung von Caesium 137 auf die Gesundheit des Menschen nicht nachzuweisen. Bei früheren Atomexplosionen sei ebenfalls Caesium freigesetzt worden, so der US-Experte.

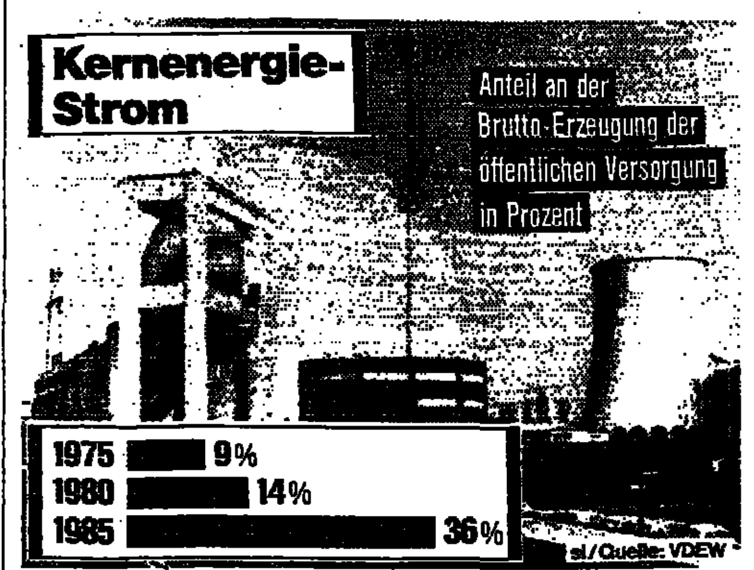
Bonn und Paris für „Kulturkanal"

pr. *Paris*

Frankreich und die Bundesrepublik werden am 3. Oktober in Bonn in Gespräche über einen gemeinsamen Fernseh-Kulturkanal eintreten. Dieses Thema war beim zweiten Expertentreffen zur Vorbereitung des Ende Oktober stattfindenden „Kulturgipfels" während der zweitägigen Konferenz in Paris ausgeklammert. Gefordert wurde, den seit dem Elysee-Vertrag 1963 begonnenen Kulturaustausch allmählich in eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit münden zu lassen.

Vorbild sind die Theater von Straßburg und Karlsruhe, die Spielplanung, Besetzung und Inszenierungen als Koproduktionen verstehen. Eine Anlaufstelle soll Auskunft darüber geben, wer im Kulturbereich wo und wie zu finden ist. Ein Datenaustausch soll auch über die beiden Nationalbibliotheken in Paris und Frankfurt begonnen werden.





Der Anteil der Kernenergie an der Erzeugung der öffentlichen Versorgung wurde seit 1975 mehr als verdreifacht. Ende 1985 gab es in der Bundesrepublik 13 Kernkraftwerke mit einer Brutto-Leistung von zusammen 16 921 Megawatt. FOTO: VDEW

WELTWIRTSCHAFT

Osthandel: Moskau will das *Außenhandelsmonopol lockern.* Vom nächsten Jahr an sollen mehr als 20 Ministerien und 70 Großunternehmen zu direkten Im- und Exportgeschäften auch mit westlichen Ländern berechtigt sein.

Österreich: Die Notenbank hat die Abschaffung von Devisenregelungen im Reiseverkehr und die *Zulassung von Kreditaufnahmen* im Ausland angekündigt. (S. 12)

Polen: Das Land benötigt neue Kredite, um seine Schulden von 31,3 Mrd. Dollar bei westlichen Gläubigern tilgen zu können. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Regierung in Auftrag gegebener Expertenbericht.

MÄRKTE & POLITIK

USA: Die Verbraucherpreise sind im August saisonbereinigt gegenüber Juli um 0,2 Prozent gestiegen.

Insolvenzen: Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche wird nach Ansicht der Wirtschaftsauskunftei Bürgel in diesem Jahr um 4,5 Prozent auf rund 17 000 steigen. Der Verband der Vereine Creditreform teilte gleichzeitig mit, daß die ihre Zahl bis Ende August um 3,1 Prozent zugenommen habe. (S. 12)

Schulung: Auch Ersatzmitglieder eines Betriebsrates können auf Kosten des Unternehmens zu gewerkschaftlichen Schulungen geschickt werden. Allerdings ist dies nach einem Urteil des Bundesarbeitsgericht nur in Ausnahmefällen möglich. (Az: 6 ABR 64/83.)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	22. 9. 86	19. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	165,00	167,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	119,50	118,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	74,50	72,50	51,00	139,00	29,00

FÜR DEN ANLEGER

Goldkurs
Londoner Vormittags-Fixing
Hoch: 22.9.1986 - 442,75$ je Feinunze
Tief: 3.1.1986 - 326,00$
$ 440 420 400
10. 11. 12. 15. 16. 17. 18. 19. 22. 23.
September '86
DIE WELT

Währungspolitik: Frankreich will den angekündigten Abbau der Devisenkontrollen erst Ende September, nach der IWF-Jahreskonferenz, vornehmen.

Liquiditätshilfe: Die Bundesbank hat den Kreditinstituten Wertpapierpensionen für 4,8 Mrd. DM für 28 Tage zum Zins von 4,35 Prozent zugeteilt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 275,77 (270,25); Chemie: 162,66 (160,71); Elektro: 326,20 (319,77); Auto: 729,89 (712,72); Maschinenbau: 153,29 (152,25); Versorgung: 156,83 (153,75); Banken: 412,57 (400,23); Warenhäuser: 173,43 (167,18); Bauwirtschaft: 533,17 (530,26); Konsumgüter: 182,69 (179,62); Versicherung: 1447,85 (1421,69); Stahl: 178,65 (148,63).

Kursgewinner:	DM
Arbed S.A.	112,30
Fiat NA Vz.	14,95
Horten	230,80
Philips	47,50
KLM	41,60

Kursverlierer:	DM
Schiess	330,00
Nichii Co. Ltd.	20,00
Sumitomo Heavy	3,00
Sanden Corp.	8,40
Kalichemie (Frankfurter Werte)	400,00

Nachbörse: Freundlich.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Fiat: Der italienische Automobilkonzern wird von Libyen die rund 15prozentige Beteiligung an dem Unternehmen zurückkaufen. Das kündigte Verteidigungsminister Giovanni Spadolini an. (S. 12)

Philips: Der europäische Marktzweite will mit seinem US-Gegenpart Whirlpool bei Haushaltsgroßgeräten zusammengehen.

Dinkelacker: Die Stuttgarter Brauerei übernimmt von der Familie Zinser die Adler Brauerei, Ebersbach/Fils, die die Produktion einstellt.

Avon: Der US-Kosmetikkonzern erwartet nach vierjähriger Talfahrt 1986 wieder Umsatzzuwachs und positives Ergebnis. (S. 14)

Stahl: Der amerikanische Konzern USX wird nicht verkauft, sondern umstrukturiert.

WER SAGT'S DENN?

Der Besitz interessiert mich überhaupt nicht. Was mich interessiert, ist das Verfügungsrecht über den Besitz

Heinz Oskar Vetter

Spekulation um den Dollar-Kurs weckt die Börsen-Phantasie

Die Auswirkungen von Gleneagles nehmen den Aufwertungsdruck von der D-Mark

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Spekulation auf europäisch-amerikanische Absprachen zum Auf*fangen eines zu stark abrutschenden* Dollarkurses bestimmten auch gestern das Geschehen an den Finanzmärkten. Der Dollar zog zur amtlichen Notiz weiter von 2, 0300 auf 2, 0461 DM an, und an der deutschen Aktienbörse stellten sich, auch als Reaktion auf die Kurssteigerungen an der New Yorker Montagsbörse, kräftige Kursgewinne ein, die den WELT-Index um gut zwei Prozent von 270,25 auf 275,77 Punkte steigen ließen. Als weiterer Grund für die gestrige Dollarerholung wurden vereinzelt auch Spekulationen genannt, der Zentralbankrat könnte morgen eventuell eine Zinssenkung beschließen; derartige Versionen waren hier und da aufgekommen, weil Bundesbankpräsident Pöhl morgen entgegen der ursprünglichen Planung noch die Sitzung des Zentralbankrates leitet und erst danach zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Washington fliegt, wo die europäische Besorgnis wegen der Dollarschwäche ein wichtiger Diskussionspunkt bei den Gesprächen hinter den Kulissensein wird. Gegenüber den Zinssenkungsspekulationen ist am Markt aber auch viel Skepsis zuhören; man verweist auf die jüngsten Äußerungen Pöhls und auch darauf, daß die Frage einer Zinssenkung wegen der Dollarerholung überhaupt *nicht akut sei. Die Chan*cen für konzertierte transatlantische Interventionen zur Stabilisierung eines zu stark unter Druck geratenden Dollarkurses werden in Expertenkreisen derzeit nicht allzu hoch eingeschätzt, weil Washington, soweit bekannt ist, bisher keinerlei Bereitschaft zur Beteiligung signalisiert hat. Wichtige europäische Notenbanken sind an Absprachen über Interventionen vor allem deshalb interessiert, weil auf diese Weise der Aufwertungsdruck auf die Mark gemildert werden kann, der zu Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) führt. In der letzten Zeit wurden der französische Franc und die dänische Krone öfter gestützt, nachdem ihre Kurse gegenüber der Mark an die unteren Schwankungsgrenzen im EWS herangekommen waren. Die Mark ist mit ihrer seit Ende Mai ein*getretenen kräftigen Aufwertung ge*genüber dem Dollar, die allein schon aus der technischen Konstellation herrührt -die Mark ist nach dem Dollar die wichtigste Transaktions-und Anlagewährung, in deren steigendem Kurs sich die Dollarschwäche widerspiegelt – inzwischen auch im EWS wieder die mit Abstand stärkste Währung geworden. Sie hatte sich lediglich einige Wochen nach der März-Wechselkurskorrektur deutlich abgeschwächt, als aus der Bundesrepublik Kapital in Hochzinsländer abfloß, in denen damals kein Wechselkursrisiko gesehen wurde.

Die Spannungen, die es während der letzten Tage im Zusammenhang mit der Dollarschwäche im EWS gegeben hatte, haben sich mit der Erholung des Dollars über die Marke von zwei Mark wieder gelegt. Sie könnten aber im Zusammenhang mit der IWF-Tagung wieder aufbrechen, fürchtet man am Devisenmarkt. Es wird jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß der Dollar neuerlich unter Druck gerät, wenn sich im Laufe der Washingtoner Währungstagung herausstellen sollte, daß es zu keiner europäisch-amerikanischen Interventionsvereinbarung kommt.

Der Außenwert der D-Mark

Durchschnitt 1986	£	US-$	100 FF	100 Y	100 SF
Januar	3,482	2,44	32,59	1,22	118,15
Februar	3,336	2,33	32,58	1,26	119,40
März	3,320	2,27	32,51	1,26	118,76
April	3,402	2,27	31,55	1,30	119,52
Mai	3,388	2,23	31,39	1,33	120,28
Juni	3,369	2,24	31,37	1,33	121,40
Juli	3,251	2,15	31,07	1,35	123,36
August	3,067	2,06	30,68	1,34	124,15
23. September	**2,955**	**2,05**	**30,54**	**1,33**	**123,89**

Quelle: Deutsche Bundesbank

Wall Street tippt auf alten Geldkurs

Teurer Dollar verscheucht Inflationsfurcht – Offen-Markt-Komitee beriet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Zum Wochenanfang ist an den US-Aktienmärkten die Stimmung wieder umgeschlagen – der Bulle, das Zeichen für die Hausse, setzte zu einem neuen Spurt an. Die Erholung erfolgte auf breiter Front; bei allerdings gebremsten Umsätzen schoß der Dow-Jones-Industrie-Index um nahezu 31 auf 1793,45 Punkte. Nach Börsenschluß am Montag lag er nur noch um rund sieben Prozent unter seinem letzten Jahreshoch.

Die Wall Street reagierte zunächst auf die Absprache der EG-Finanzminister, eine weitere Abwertung des Dollar durch vereinte Interventionen am Devisenmarkt zu verhindern. In der Kälte stand plötzlich US-Finanzminister James Baker, der die amerikanische Währung in den vergangenen Wochen mehrfach heruntergeredet hatte.

Folgerichtig zog der „Greenback" dann auch an – mit dem Ergebnis, daß die Sorge, die Inflation könne sich wegen der höheren Importpreise wie ein Steppenbrand ausbreiten, rasch verflog.

Auch die am Freitag noch umgehende Furcht, der immer schwächere Dollar stelle eine Bedrohung für ausländische Investment-Engagements in den USA dar, war am Montag verschwunden. Dies führte an den US-Rentenmärkten zu kräftig steigenden Notierungen. Mit dieser Entwicklung waren schlagartig die Hindernisse beseitigt, die Amerikas Notenbank von einer Fortsetzung der neutralen Geldpolitik hätte abhalten können.

Obwohl „Kurzschlüsse" häufiger als Treffer sind, ist man deshalb an der Wall Street überzeugt, daß das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve System in seiner Sitzung am Dienstag in Washington keine Änderung des monetären Kurses für die kommenden Wochen beschlossen hat. Im Klartext: Die in letzter Zeit häufiger vorausgesagte Geldverknappung findet nicht statt; vielmehr bemüht man sich, die kurzfristigen Zinsen stabil zu halten. Damit macht die US-Notenbank zunächst eine Pause – vermutlich, um die verschlechterten inflationären Erwartungen, die sich an den verteuerten industriellen Vormaterialien und den höheren Renditen für langfristige Schuldverschreibungen ablesen lassen, zu dämpfen.

Die Märkte glauben auch, was der neue stellvertretende Vorsitzende des Federal Reserve Board, Manuel Johnson, vergangene Woche durchblicken ließ: Daß Amerikas künftiger Geldkurs vom Wirtschaftswachstum im dritten Quartal abhängt. Demnach wird sich die Notenbank dann wieder zu einer stimulierenden Geldpolitik entschließen, wenn die Rate nur knapp über dem Resultat der April-Juni-Periode liegt.

Folgt man diesem Szenarium, dann handelt der Offen-Markt-Ausschuß erst am 5. November oder 16. Dezember, wodurch vielleicht ein Schlagabtausch zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland sowie Japan auf der bevorstehenden Währungstagung vermieden würde.

Immer mehr schadstoffarme Autos zugelassen

dpa/VWD, **Flensburg**

Über 60 Prozent der rund 183 000 neuen Personenwagen, die im August dieses Jahres in der Bundesrepublik zugelassen wurden, gelten als schadstoffarm oder bedingt schadstoffreduziert. Im August 1985 waren es zehn Prozent, teilte das Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, gestern mit. Von den 60 Prozent schadstoffarmen Autos waren rund 63 000 Benzin- und etwa 47 000 Dieselfahrzeuge.

Jeder sechste (18 371) Wagen hatte einen Katalysator, erfüllt also die strengere US-Norm. Damit erreichten „Kat"-Personenwagen im August einen Anteil von zehn Prozent an den Neuzulassungen. Im bisherigen Jahresdurchschnitt (Januar bis August) beträgt dieser Anteil 8,4 Prozent.

Die Gesamtzahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge hat im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 15,7 Prozent zugenommen. Bei den Personenwagen allein betrug der Anstieg sogar 22 Prozent. Die Neuzulassungen lagen über dem bisherigen August-Rekord von 1984. Im vorigen Monat kamen 200 000 Kraftfahrzeuge in den Verkehr.

AUF EIN WORT



„Ein Drittel aller Neugründungen wird nicht älter als drei Jahre. Nicht nur die Gründer sind zu leichtfertig, auch die Kreditinstitute begegnen neuen Firmen mit zuviel Arglosigkeit."

Wolfgang Fuchs, Aufsichtsratsvorsitzender der Organisation der Vereinigten Auskunfteien Bürgel, Aachen.
FOTO: DIE WELT

BDI: Zu klein für Rolle der Lokomotive

dpa/VWD, **Köln**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die konjunkturellen Schwächesymptome in wichtigen Partnerländern und besonders in den USA als Risiken für Wachstum und Beschäftigung in der Bundesrepublik bezeichnet.

Gleichzeitig betonte der industrielle Spitzenverband am Dienstag in Köln jedoch, daß die Bundesrepublik „schon aufgrund der Größenordnungen nicht die Rolle einer Lokomotive für die Weltwirtschaft übernehmen" könne. Er warnte die USA vor der Errichtung neuer Handelsschranken, die zu einer tödlichen Gefahr für die Weltwirtschaft werden könnten.

In seiner Presseerklärung nahm der BDI indirekt Stellung zu amerikanischen Vorwürfen, die Bundesrepublik unternehme nicht genügend Anstrengungen zur Belebung der Weltwirtschaft: Wenn die Bundesrepublik auch nicht Lokomotive für die Weltwirtschaft sein könne, so trage sie „durch überproportional steigende Importe bereits spürbar zum Wachstum bei", heißt es.

Bedenkliche Manöver

JB. – Der Vorgang ist einmalig. Im Hamburger Hafen haben Seeleute der konkurrierenden Reedereien Hamburg-Süd und Hapag-Lloyd gemeinsam ein unter Libe*ria-Flagge fahrendes Schiff besetzt* und dessen Auslaufen in Richtung Südamerika verzögert. Der solidarische Protest richtet sich gegen Deutschlands größte Reederei, die Hapag-Lloyd AG, die mit gecharterter Tonnage und unter Billigflagge in das traditionelle Südamerika-Fahrtgebiet der Hamburg-Süd eindringen will.

Die Besetzung der „Pampa" hat zwei Aspekte. Das ist einmal die Angst der Seeleute um ihre Arbeitsplätze. Hapag-Lloyd hat angekündigt, daß die Reederei acht bis zehn ihrer eigenen Schiffe verkaufen und statt dessen mit gecharterter Tonnage unter Billigflagge fahren werde. Die Folge: 300 Arbeitsplätze gehen verloren. Für die Seeleute ist das sicher schmerzlich, wundern aber dürfen sie sich nicht. Ihre Gewerkschaft hat erst im Frühjahr dieses Jahres von den Reedern Tariferhöhungen von durchschnittlich knapp 10 Prozent erstreikt. Wundern darf man sich auf der anderen Seite über das Verhalten von Hapag-Lloyd. Mit ihrem Versuch, in das Linienfahrtgebiet Südamerika einzudrin*gen, übernimmt sie Geschäftsprak*tiken, die sie in eigenen Linien lautstark beklagt. Sie schlüpft in die Rolle der Outsider, die über den Preis den klassischen Linienreedereien die Ladung wegschnappen.

Nachdem die Hapag-Lloyd-Kapitäne in den letzten Jahren vor allem damit beschäftigt waren, ihr Schiff überhaupt wieder flott zu bekommen, üben sie sich nunmehr offenbar in riskanten Kursmanövern. Die deutsche Schiffahrt hat schon Mühe genug, die internationale Konkurrent abzuwettern, Raten-Kämpfe untereinander in den wenigen Fahrtgebieten, die noch auskömmlich sind, kann sie am allerwenigsten gebrauchen. In diesem Sinne *protestieren die Seeleute zu Recht.*

Alternativen

Von HEINZ HECK

Seit Jahren ist in der Bundesrepublik viel von alternativen Energiequellen die Rede. In einem anderen – politischen – Sinne haben wir sie jetzt. Die Parteien in der Bundesrepublik bieten eine Alternative: Union und FDP halten – bei allen Nuancen im jeweiligen Parteienspektrum – an der friedlichen Nutzung der Kernenergie fest, wie auch der heute zu verabschiedende Energiebericht der Bundesregierung zeigt.

Das gilt mit der Einschränkung: solange es keinen kostengünstigeren und umweltfreundlicheren Ersatz gibt. Dieser Hinweis ist seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl zwar häufiger zu hören als vorher. Aber er ist darum nicht weniger selbstverständlich als in der Vergangenheit, als Energieträger immer wieder durch andere verdrängt wurden.

Der Energiebericht der Bundesregierung bietet eine klare Kursbestimmung. Damit werden auch die Unterschiede zu den Bonner Oppositionsparteien deutlicher als bisher.

Die Positionen beider Bonner Regierungsparteien sind klar gegen einen wie auch immer befristeten Ausstieg, wie dies für die CDU ihr energiepolitischer Sprecher Gerstein noch in der letzten Woche verdeutlicht hat. Und Genscher hat für die FDP erst am Montag erklärt: „Ein festes Datum für den Ersatz der Kernenergie zu versprechen, etwa 1995, ist nach heutigen Erkenntnissen keine verantwortliche Politik. Dieses von der SPD in die Welt gesetzte Datum ist opportunistische Anpassung an die Grünen."

Dagegen fordern beide Bonner Oppositionsparteien – mit unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit – den Verzicht auf einen Energieträger, der über ein Drittel zur Stromproduktion der Bundesrepublik beiträgt. Auf die Frage nach dem Ersatz offeriert die SPD auch „gefahrlose Energiequellen", bleibt dem erstaunten Beobachter allerdings eine Erklärung für dieses Kunststück schuldig.

Die Positionen der beiden politischen Lager sind weit auseinander. Ein parteiübergreifender Konsens zur Kernenergie ist nicht in Sicht, auch wenn Bonns Umweltminister Wallmann sich immer noch darum bemühen will. Der Dissens ist zwar nicht neu. Er hat sich aber verlagert und vertieft.

Einigkeit herrschte noch, als die Ölkrise 1973 die Verringerung der Ölabhängigkeit (damals über 50 Prozent Versorgungsbeitrag zur Primärenergie) erzwang und der damalige Bundeskanzler Brandt die Regierungschefs der Länder aufforderte, sie sollten bitte Standorte für Kernkraftwerke ausweisen.

Aber schon 1979 wollte Stoltenbergs Herausforderer Matthiesen (SPD) die schleswig-holsteinische Landtagswahl zum Volksentscheid für oder gegen Brokdorf ummünzen. Oder man denke an die Zeit, als die SPD mit Schmidt und Eppler für und gegen Kernenergie stritt. Der Unterschied ist, daß die SPD sich *ohne* Schmidt geschlossener darbietet (zum Beispiel auch in der Verteidigungspolitik), dafür aber von den Bonner Regierungsparteien wegbewegt hat. Damit werden die Alternativen – auch für den Wähler – deutlich.

Es ist daher nur realistisch, sich bis auf weiteres auf einen Dissens einzustellen. Man mag das bedauern; gefährlicher wäre es aber, ihn mit einem faulen Kompromiß zu überdecken. Energiepolitische Entscheidungen sind langfristiger Natur und brauchen klare Vorgaben der Politik. Im Umweltschutz und in der Verbreiterung des Energieangebots (auch mit Blick auf die Entlastung der Dritten Welt), um nur diese beiden Themen zu nennen, kommen Riesenaufgaben auf Politik und Wirtschaft zu.

Darüber darf auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß es zum Beispiel um die Waldschäden in letzter Zeit sehr still geworden ist. Das ändert sich schlagartig, wenn neue Erhebungen eine „katastrophale Situation" ausweisen, wie *jetzt in Hessen. Energiepolitik darf* nicht Tagesereignissen nachjagen. Sie muß bei aller Berücksichtigung neuer Entwicklungen langfristig belastbar bleiben.

Niemand ist so stumpf, Tschernobyl nicht zur Kenntnis zu nehmen, wie die SPD-Bezichtigung „Augen zu und durch" an die Adresse der Bundesregierung suggerieren soll. Vollends unterhalb der Gürtellinie bewegen sich die Vorwürfe von Öko-„Wissenschaftlern", alle Kernkraftwerksbetreiber seien „Terroristen", auch wenn Wirtschaftsminister Bangemann sich den Rat des Öko-Instituts etwas kosten läßt.

Zwar hat gestern eine Bonner Staatssekretärsrunde der ominösen Tischvorlage zum „künftigen Beitrag der Kernenergie" noch letzten Schliff gegeben, bevor die Minister heute selbst Hand anlegen. Aber nach allem, was bis jetzt aus den Ministerien bekannt wurde, ist der Bundesregierung die notwendige Kursbestimmung gelungen.

Auskunftei Bürgel erwartet Pleitenrekord

Py. Düsseldorf

Die Wirtschaftsauskunftei Bürgel, Aachen, Nummer zwei auf dem Markt der Auskunfteien und Inkassounternehmen in der Bundesrepublik, erwartet für 1986 einen neuen Pleitenrekord. *Aufsichtsratsvorsitzender* Wolfgang Fuchs bezifferte die Zahl der zu erwartenden Insolvenzen auf 19 750 (18 876), darunter sind allein rund 17 000 Unternehmen.

Während sich die verbesserte Auftragslage günstig auf die Insolvenzzahlen im Baugewerbe (minus 2,3 Prozent auf 1679 im ersten Halbjahr 1986) auswirkte, wird das Dienstleistungsgewerbe 1986 den größten Anteil am Pleitenrekord (plus 6,7 Prozent auf fast 2000 im ersten Halbjahr) haben. Auch im Handel (plus 6,4 Porzent auf 1739) sieht die Bilanz schlecht aus. Leicht erholt hat sich das verarbeitende Gewerbe. Deutlich erkennbar ist auch das Nord-Süd-Gefälle bei den Insolvenzen. Vorn liegen Bremen, Berlin und Hamburg, wesentlich günstiger schneiden Bayern und Baden-Württemberg ab.

Die Organisation der Vereinigten Auskunfteien Bürgel wird mit 72 von *selbständigen Kaufleuten geleiteten* Niederlassungen und rund 1000 Mitarbeitern 1986 an einen Honorar-Umsatz von 100 (89) Mill. DM heranreichen. Über 80 Prozent davon entfallen auf den Auskunftei-, der Rest auf den Inkassobereich. Ein gutes Drittel des Umsatzes stammt aus dem Auslandsgeschäft. Die 1885 gegründete Organisation bearbeitete 1985 in rund 2,5 Mill. Anfragen ein Kreditvolumen von mehr als 90 Mrd. DM.

Breuel: Steuerrecht vereinfachen

dos, Bad Harzburg

Eine genaue Analyse der Auswirkungen der amerikanischen Steuerreform fordert die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel. Auf der Fachtagung des Steuerberater-Verbandes in Bad Harzburg erklärte Frau Breuel, nicht nur wirtschaftliche Gesichtspunkte sollten dabei eine Rolle spielen. Die Reform in den USA biete im Hinblick auf die bevorstehende Steuerreform in der Bundesrepublik einen „diskussionswürdigen Ansatz zur Steuervereinfachung".

Die angestrebten niedrigen Gewinnsteuersätze sorgten dafür, daß das Steuersystem transparenter und kalkulierbarer werde. Auch in der Bundesrepublik habe der Leitgedanke einer jeden Steuerstrukturreform zu lauten: Besser mäßige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen.

OECD: Die Arbeitslosigkeit bleibt unverändert hoch

Ein Wunderrezept gibt es nicht – Nur Nordamerika und die Bundesrepublik können künftig Fortschritte erzielen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Trotz eines inzwischen vierjährigen Wirtschaftsaufschwungs, der durch den Ölpreisverfall zusätzliche Impulse empfangen hat, dürfte die Arbeitslosigkeit immer noch nicht zurückgehen, meint die OECD in ihrem Bericht über die Beschäftigungsperspektiven. Alle westlichen Industriestaaten zusammen (OECD-Zone) werden danach Ende nächsten Jahres ebenso viele Arbeitslose zählen wie heute, nämlich 31 Millionen. Das wären weiterhin 8¼ Prozent der aktiven Bevölkerung (*Arbeitslosenquote*).

Obwohl sich das Wirtschaftswachstum der OECD-Zone auf 3¼ (drei) Prozent zu beschleunigen verspricht, verharrt der Beschäftigungszuwachs (neue Arbeitsplätze) bei nur 1¼ Prozent. Über diesem Durchschnitt liegen weiterhin mit zwei Prozent praktisch nur die Vereinigten Staaten, deren Arbeitslosenquote auf 6¾ (sieben) Prozent zurückgehen dürfte, was vor allem ihrer größeren Arbeitsflexibilität zu verdanken ist. In den beiden nordamerikanischen Ländern zusammen werden dann 9,3 (9,5) Millionen Menschen arbeitslos sein.

In Westeuropa dagegen ist bei einem Beschäftigungszuwachs von nur ¾ (½) Prozent mit unverändert 19 Millionen Arbeitslosen und einer konstanten Quote von elf Prozent zu rechnen. Zu den wenigen Ländern, die Fortschritte erzielen könnten, gehört die Bundesrepublik, deren Arbeitslosenquote auf 7¼ Prozent veranschlagt wird, nach acht Prozent 1986 und 8,3 Prozent 1985. Frankreich *hat unverändert 10¼ Prozent zu erwarten*, Italien 11½ (11) Prozent und Großbritannien 11¾ (12) Prozent. Zum ersten Mal wird auch in Japan die Arbeitslosigkeit zunehmen, mit drei (2¾) Prozent aber noch ziemlich bescheiden bleiben.

Allgemein zeigt der Arbeitsmarkt gegenüber der Konjunkturentwicklung ein großes Beharrungsvermögen, stellt die OECD in ihrem Bericht fest. Sie erinnert daran, daß auch in den Krisenjahren – unter umgekehrten Vorzeichen – erst mit Verspätung Reaktionen eintraten. Im übrigen treten immer noch sehr geburtenstarke Jahrgänge an den Arbeitsmarkt. Letztlich aber fehlt es an Beschäftigungswachstum.

Um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren hält es die OECD für notwendig, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung fortsetzt und möglichst verstärkt. Zumindest müßte die Beschäftigung stärker als die Produktion steigen. Wichtigste Voraussetzung dafür sei die Mäßigung des *Lohnanstiegs. Zu diesem Zweck wird* empfohlen, den sozialen Konsensus zu verbessern und insbesondere die Lohn-Preisindexierung abzubauen. Dadurch würde die Investitionstätigkeit am besten gefördert. Vor allem in Europa bestünde noch ein Mißverhältnis zwischen Arbeits- und Kapitalkosten.

Große Sorgen bereitet nach wie vor die Jugendarbeitslosigkeit. Obwohl sich ihre Quote in den erfaßten zwölf größten Industriestaaten von 17,7 Prozent 1983 auf 16,8 1984 und 16,4 Prozent 1985 etwas abgeschwächt hat und bis Ende nächsten Jahres auf 16 Prozent zurückgehen dürfte, hält sie die OECD immer noch für „unakzeptabel".

Besonders düster aber sind die Aussichten für die Langzeitarbeitslosen, für die mit Ausnahme Nordamerikas, Australiens und einiger nordeuropäischer Länder kurzfristig keinerlei Besserung zu erwarten ist, weil mit zunehmender Arbeitslosendauer die Bereitschaft zur Wiedereingliederung in das Berufsleben abnimmt.

Zusammenfassend heißt es in dem OECD-Bericht, daß das Arbeitslosenproblem nur dann gelöst werden könne, wenn die traditionellen Attitüden hinsichtlich des Berufslebens, der Freizeitgestaltung und – nicht zuletzt – der Entlohnung revidiert würden. Dies setzt einen gemeinsamen politischen Willen der Regierungen und der Sozialpartner voraus. Ein Wunderrezept gäbe es dagegen nicht.

Libyen gibt Fiat-Anteil zurück

Vereinbarung erfolgte in gegenseitigem Einvernehmen

ds, Mailand

Die Libyen Arab Foreign Investment Company hat ihren 15,9-Prozent-Anteil am Kapital des Fiat-Konzerns an den Turiner Partner zurückgegeben. Das hat der italienische Verteidigungsminister Giovanni Spadolini im italienischen Fernsehen mitgeteilt, wobei er *darauf hinwies, daß die* Vereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen erfolgte. An den Finanzmärkten verdichten sich Vermutungen, daß die Deutsche Bank dieses Paket in der Größenordnung von rund drei Mrd. DM plazieren wird.

Über den Verkauf des libyschen Kapitalanteils waren zwischen Fiat und der Holding der Agnelli-Familie, IFI, einerseits sowie der Libyen Arab Foreign Investment Company seit Monaten Verhandlungen erfolgt. Pressionen zum Rückkauf dieses Anteils waren vor allem von der US-Administration ausgegangen, die dies als Bedingung dafür ansah, um den Fiat-Konzern massiv an den Rüstungs- und Verteidigungsprogrammen der USA zu beteiligen. Fiat-Konzernchef Giovanni Agnelli hatte bei verschiedenen *Gelegenheiten stets* betont, daß sich die libyschen Anteilseigener, die die Fiat-Kapitalquote im Jahre 1976 erworben hatten, stets korrekt verhalten hatten.

Über die Einzelheiten des Übergangs der Kapitalquote und dessen Finanzierung ist noch nichts bekannt. Wie aus Mailänder Börsenkreisen verlautet, soll sich der Preis der Fiat-Stammaktien, zu dem Fiat den Anteil zurückgekauft hat, auf 18 000 bis 20 000 Lire belaufen. *Das sind* insgesamt über 5000 Milliarden Lire.

Noch vor einigen Wochen hatten sich die Libyer beharrlich geweigert, ihr Paket an die Familie Agnelli zu verkaufen. Finanzexperten in Turin gehen davon aus, daß sich die Libyer höchstwahrscheinlich aus akuter Devisennot zu diesem Verkauf entschlossen haben. Angeblich soll sich der US-Computerhersteller für das Paket interessieren.

Internationale Finanzen

Banken: Die Bank of New York Co., die über eine Bilanzsumme von 18,4 *Mrd. Dollar* verfügt, *kauft* die North American Bank Corporation für 300 Mill. Dollar von der Banca Commerciale Italiana. Der Verkauf bedarf jedoch der Zustimmung der Federal Reserve.

Midland International: Die Midland International Financial Services begibt sechsprozentige Eurobonds über 200 Mill. DM mit Fälligkeit 9. Oktober 1996 zu Pari, teilte der Konsortialführer Trinkhaus und Burghardt mit.

Bank Mees: Die niederländische Bank Mees en Hope begibt eine sechsprozentige fünfjährige 100-Mill.-Gulden-Anleihe auf dem einheimischen Markt. Der Emissionskurs soll am 25. September festgelegt werden. Die Tilgung ist für den *15. Oktober 1991* vorgesehen. *Eine* vorzeitige Tilgung ist nicht gestattet.

Carter: Die Carter Holt Harvey Finance hat den Kupon für ihre Bonds über 200 Mill. sfr mit Warrants zum Kauf von Aktien (Fälligkeit 2001) von 5,75 auf 5,25 und das indizierte Ausübungsaufgeld von 15 auf 20 Prozent erhöht. Die endgültigen Konditionen für die Bonds sollen am Donnerstag festgelegt werden.

Schatzwechselauktion: Zum Ausgleich der 6,25prozentigen Steuer, die die italienische Regierung auf Staatspapiere erhebt, hat das Finanzministerium für die Auktion der ersten zu versteuernden Schatzwechsel die Renditen erhöht.

Bonds: Der kanadische Goldproduzent Echo Bay Mines ltd. begibt zehnjährige Bonds im Mindestvolumen von 75 Mill. sfr. mit fünfjährigen Warrents zum Kauf von Gold.

Ford Credit Canada: Die Ford Credit Canada Ltd. begibt 4,875prozentige Anleihen mit Fälligkeit 28. Oktober *1993* zu pari im Wert von *116 Mill.* sfr, teilte die Schweizerische Kreditanstalt als Konsortialführer mit.

(lok.)

Starke Ertragsschwankungen

Geldbach spürt Verfall der Ölpreise und des Dollars

Py. Gelsenkirchen

Die Wilhelm Geldbach GmbH & Co. KG, Gelsenkirchen, einer der führenden europäischen Hersteller von Stahlflanschen, Stahlfittings und Stahlrohrbogen, befindet sich wieder in einem Wechselbad von starken Umsatz- und Ertragsschwankungen. Während 1985 dank guter Auftragsentwicklung und günstiger Wechselkurse zum US- und Kanada-Dollar eine Umsatzsteigerung um 21,3 Prozent auf 125 Mill. DM brachte, wobei der Exportanteil auf 49,3 (42,2) Prozent kletterte, rechnet der alleinige Geschäftsführer Manfred Geldbach für das laufende Jahr mit einem Absinken des Umsatzes auf 100 bis 105 Mill. DM, das bedeutet auf den Stand von 1984.

Damit würde auch die Ertragslage *statt* mit „*vollbefriedigend*" (*1985*) nur als „ausreichend" zu bezeichnen sein, und dies mit weiter fallender Tendenz. Neben der 1903 gegründeten Stammfirma in Gelsenkirchen hat die Wilhelm Geldbach GmbH & Co. *KG Tochtergesellschaften im In- und* Ausland. In der Gruppe erhöhte sich der Umsatz 1985 auf 260 (200) Mill. DM. Damit hatten die Tochterfirmen erstmals einen höheren Umsatz als die Muttergesellschaft.

Das reine Familienunternehmen hat seine Abnehmer überwiegend in der Petrochemie, in der Chemie im Off-shore-Geschäft, im Rohrleitungs- und Apparatebau sowie – in geringerem Umfang – in Heizungsbau und Sanitärbereich. Gerade Ölpreis- und Dollarkursverfall haben zur Streichung oder Verschiebung vieler Projekte im Ölbereich geführt. Dies traf vor allem den Export nach Übersee, aber auch nach England. Die Inlandsnachfrage, gerade im Bereich der Kraftwerks-Entschwefelung, blieb *konstant*.

Das Unternehmen investierte 1985/86 rund 20 Mill. DM. Im Jahresdurchschnitt waren 575 (528) Menschen beschäftigt.

Kernkraftwerk für China

2,5-Milliarden-Auftrag an Frankreich und Großbritannien

J. Sch. Paris

*Die zweite chinesische Kernkraft*werkszentrale soll unter französischer Leitung in Daya Bay bei Hongkong mit einer Leistung von zweimal 1000 Megawatt erstellt und 1992 in Betrieb genommen werden. Der dazu von Peking nach achtjährigen schwierigen Verhandlungen Mitte März erteilten Absichtserklärung folgte gestern der definitive Vertragsabschluß. Auftraggeber ist die gemischtwirtschaftliche Gesellschaft Guangdong Nuclear Power.

Dieser größte Auftrag, den die Volksrepublik China jemals westlichen Unternehmen erteilt hat, bezieht sich auf 2,5 Mrd. Dollar. Davon entfällt ein Viertel auf Großbritannien, das zusammen mit General Electric die klassischen Installationen (*Turbinen usw.*) *liefert*.

Der Löwenanteil von rund zehn Mrd. Francs geht aber an die französische Industrie. Die beiden Kernreaktoren liefert Framatome für etwa sechs Mrd. Francs. Es handelt sich *dabei um* ihr neuestes Modell „M 310". Für die von der Cogema gelieferten nuklearen Brennelemente sind eine Mrd. Francs zu bezahlen. Das Engineering der Electricité de France wird mit zwei Mrd. Francs bewertet. Der Rest entfällt auf sonstige Zulieferungen.

Weitere Kernkraftwerke will China aber entgegen französischen Hoffnungen vorerst nicht erstellen. Es verweist auf seine wirtschaftlichen Probleme. Das Handelsbilanzdefizit erreichte letztes *Jahr* den Rekordbetrag von 14,9 Mrd. Dollar. So wurde auch das Nuklearprojekt von Sunnan bei Schanghai annulliert.

Der chinesische Markt, der von Paris deshalb als besonders erfolgver*sprechend angesehen wurde*, weil er gegenüber den Anti-Nuklearbewegungen sehr unempfindlich ist, bietet damit Frankreich zunächst keine weiteren Absatzchancen.

Liberalisierung des österreichischen Finanzsystems

Notenbank: Keine Beschränkung von Auslandskrediten für Investitionen – Devisenregelung im Reiseverkehr aufheben

WOLFGANG FREISLEBEN, **Wien**

Rasch geantwortet hat die österreichische Nationalbank auf die Rügen der OECD in deren letztem Länderbericht hinsichtlich des österreichischen Finanzsystems. Darin hieß es u.a., daß das Finanzsystem als Ganzes nicht sicherstelle, daß die finanziellen Mittel auch effizient von den Sparern zu den Investoren geleitet würden; überdies sei das System wenig transparent; weiter werde der Vermittlungsprozeß auf Grund der Dominanz der Kreditinstitute unnötig kompliziert; und so nebenbei seien *auch die hohen steuerlichen Kosten* zur Förderung des Risikokapitals nicht angebracht.

Außerdem mokiert sich die OECD darüber, daß „der österreichische Anleihemarkt von einem Personenkreis ähnlich wie ein privater Club geführt" wird. Und bezüglich des Kapitaltransfers über die Landesgrenzen hinweg *meldete die Organisation* gleich 13 Vorbehalte an.

Sichtlich unter Zeitdruck hat jetzt die Notenbank in Wien einige Änderungen avisiert, die teilweise schon am ersten November dieses Jahres in Kraft treten sollen. Der Zeitdruck betrifft beispielsweise die Regelung der Zahlungen mit Kreditkarten, weil innerhalb der OECD vereinbart wurde, daß Kreditkarten im Ausland für touristische Zwecke jeweils in unbegrenzter Höhe verwendet werden *dürfen. Sollte ein Land dem aber den*noch nicht zustimmen wollen, so ist ein entsprechender Vorbehalt schriftlich bis Ende September bei der OECD-Zentrale anzumelden.

Mit der Bestimmung, wonach Österreicher bei Auslandsreisen pro Kopf jeweils nur 26 000 Schilling in Devisen umwechseln dürfen, wird *die Nationalbank ein Relikt* beseitigen, das von der Realität schon längst überholt wurde. Die Bewilligungspflicht für Summen darüber existierte wohl nur mehr in der Theorie. Bleiben wird, daß die Banken jede Umwechselung von mehr als 50 000 *Schilling pro Person und Reise* der Nationalbank melden müssen.

Für die österreichische Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung wird eine Liberalisierung bei der Aufnahme von Fremdwährungskrediten für Investitionen sein. An die Stelle der Beschränkung auf den Produktionsbereich und die Hotellerie gilt nunmehr die generelle Bewilligung für alle Wirtschaftszweige. Nicht freigegeben wird dagegen der österreichische Kapitalmarkt für ausländische Emittenten; Emissionen von Inländern im Ausland bleiben auch weiterhin be*willigungspflichtig*.

Eher von untergeordneter Bedeutung ist die neue Regelung, daß Österreicher fortan generell Grundstücke im Ausmaß von jeweils bis zu 5000 Quadratmeter ohne Einschrän*kung im Ausland kaufen dürfen*. Nicht genehmigungspflichtig ist künftig auch der Kauf von ausländischen Wertpapieren, die nicht an einer Börse notieren, dennoch aber im Sinne eines Sekundärmarktes regelmäßig gehandelt werden (over the Counter Securities). Eher krämerhaft wirkt schließlich die Anhebung der Bagatellgrenze von 2000 auf 5000 Schilling für „unbegründete" Überweisungen ins Ausland, für die seitens der Bank kein Zahlungsgrund angeführt werden muß.

Rettung für die Fischbestände

EG: Größere Maschenweiten – W. von Geldern zufrieden

Ha. Brüssel

Die EG will wirksame Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände in der Nordsee und in den europäischen Küstengewässern treffen. Nach mühsamen Beratungen verständigten sich die Regierungen gestern mehrheitlich auf größere Maschenweiten und Fangverbote für Fahrzeuge, die *eine bestimmte Motorstärke* oder Länge überschreiten.

Eingeschränkt werden soll vor allem der Fang mit Baumkurren und Scherbrettnetzen, um die Bestände an Plattfischen (Schollen und Seezungen) zu schonen. Sie sind durch Überfischung stark gefährdet.

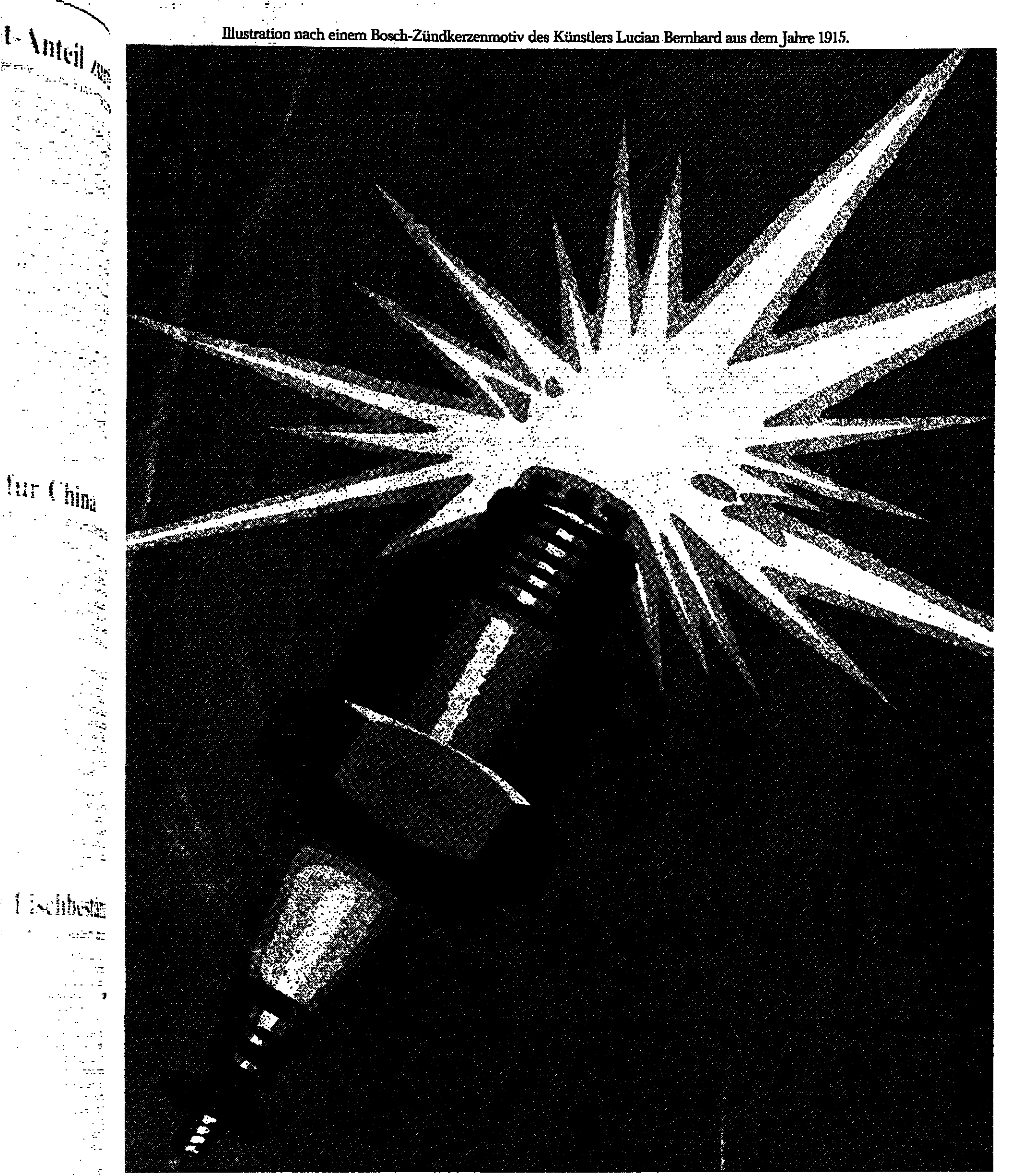
Die Vereinbarung geht vornehmlich zu Lasten der holländischen und irischen Fischer. Beide Regierungen haben ihr deshalb auch noch nicht zugestimmt. An dem Kompromiß soll jedoch nicht mehr gerüttelt werden. Notfalls will der Rat im Oktober Den Haag und Dublin überstimmen.

Für die Bundesregierung äußerte sich Staatssekretär Wolfgang von Geldern außerordentlich zufrieden. Das Ergebnis habe die deutschen Zielsetzungen teilweise noch übertroffen. Die EG leiste nunmehr einen ernsthaften Beitrag zur gerechteren *Verteilung der Fischressourcen*.

Der Kompromiß sieht vor, daß innerhalb der Zwölfmeilenzone Fahrzeuge mit Baumkurren von über acht Metern Länge, einer Motorleistung von über 400 PS und einer Gesamtlänge von über 24 Metern nicht mehr zugelassen werden. Ausgenommen sind Fahrzeuge, die überwiegend Krabbenfang betreiben.

In der Nordsee soll die zusätzliche Maschenweite stufenweise von 80 auf 90 mm erhöht werden. Auch hier gelten eine Reihe von Ausnahmen.

Illustration nach einem Bosch-Zündkerzenmotiv des Künstlers Lucian Bernhard aus dem Jahre 1915.



Der zündende Funke.

Am 15. November 1886 eröffnete Robert Bosch mit einem Gesellen und einem Lehrjungen seine erste Werkstatt. Kurz darauf bekam er den Auftrag, für einen stationären Gasmotor eine Niederspannungs-Magnetzündung zu bauen.

Sie war die Initialzündung für vieles, was später kam.

Denn aus dem Gasmotor wurde der Benzinmotor für das Kraftfahrzeug. Und der hatte höhere Drehzahlen.

1897 schuf Robert Bosch auch dafür die geeignete Zündung.

Die Fachwelt horchte auf, und bald belieferte Bosch fast alle Automobilhersteller der damaligen Zeit.

Trotz dieses Erfolges und des zunehmenden Absatzes der Niederspannungs-Magnetzündung war Robert Bosch noch nicht zufrieden. Er wollte den Motorenherstellern ein in sich geschlossenes System anbieten, dessen Einbau problemlos war.

Sein Mitarbeiter Gottlob Honold entwickelte die Hochspannungs-Magnetzündung und die ersten Bosch-Zündkerzen. Sie machten Bosch weltberühmt.

Kein Wunder, daß dieser Funke unser Engagement für das Automobil erst richtig entfacht hat.

Es folgten Lichtmaschinen, Scheinwerfer, Anlasser, das Bosch-Horn, Winker und elektrische Scheibenwischermotoren.

Und die ersten serienreifen Einspritzpumpen für den Dieselmotor, der seitdem auch im Kraftfahrzeug verwendet werden kann.

Doch der Funke sprang bald auch in andere Bereiche über.

1929 beteiligte sich Bosch an der Gründung der Fernseh AG und damit an der Entwicklung des Fernsehens.

Bosch konstruierte Elektrowerkzeuge und kam 1932 mit dem Bosch-Hammer auf den Markt.

Seit 1933 zählt auch Blaupunkt, das die ersten Autoradios herstellte, zu unserem Unternehmen.

Im gleichen Jahr präsentierten wir erstmals den preiswerten elektrischen Haushalts-Kühlschrank.

In den siebziger Jahren dann gelang es uns, die Mikroelektronik für das Automobil nutzbar zu machen.

Als erstes Unternehmen bauten wir elektronische Einspritz- und Regelsysteme wie Jetronic und Motronic, entwickelten das Anti-Blockier-System (ABS) und die Lambda-Regelung.

Denn auch als Unternehmen kann man zündender Funke sein.

Und das vor allem wollen wir bleiben.

100 Jahre Bosch Ideen.





„Erfreuliche“ Entwicklung bei der BHF-Bank

adh. **Frankfurt**

Zufrieden mit der Entwicklung der BHF-Bank, Frankfurt, zeigt sich nach den ersten acht Monaten dieses Jahres Klaus Subjetzki, einer der fünf Geschäftsinhaber. Zwar mochte Subjetzki noch keine Dividendenprognose geben – für 1985 war die Barausschüttung auf 12 (i. V. 10,50) DM aufgestockt worden –, er erinnerte jedoch an die immer „aktionärsfreundliche Politik“ der Bank.

Davon wolle man nicht abrücken. Die „sehr erfreuliche Entwicklung, insbesondere bei der Ertragslage“, schlägt sich nach den ersten acht Monaten dieses Jahres für die BHF-Bank in einer erneuten Steigerung des Teilbetriebsergebnisses um 28 Prozent gegenüber dem zeitanteiligen Vorjahreswert auf 116 Mill. DM nieder. Das gesamte Betriebsergebnis weist eine noch höhere Zunahme aus, da die BHF-Bank die Eigenhandelsgewinne kräftig steigerte, vor allem im Wertpapiergeschäft.

Der Provisionsüberschuß liegt nach den ersten acht Monaten um 30 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit erreichen die Erträge aus dem Dienstleistungsbereich, den die Bank seit Jahren gezielt forciert, gut 60 Prozent des um acht Prozent gestiegenen Zinsüberschusses. Die Zinsspanne ist dabei leicht gesunken, der Rückgang wurde jedoch durch die Ausweitung des Bilanzvolumens (per Ende August plus fünf Prozent auf 13 Mrd. DM) überkompensiert.

Die „hervorragende Position an den Effektenmärkten“ will die Bank möglichst halten. Auch in diesem Jahr wurde die Mitarbeiterzahl weiter um sieben Prozent auf knapp 2200 Beschäftigte aufgestockt, dies, sowie gezielte Investitionen in Büro- und Informationstechnik ließen den Verwaltungsaufwand bis Ende August um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen.

Avon hat seine Lebenskraft wiedergewonnen

Finanzanalysten erwarten deutliches Plus bei Umsatz und Reingewinn – Deutschland wichtigster Markt in Europa

DANKWARD SEITZ, **New York**

Zu einem Jahr der „Wiedergeburt“ scheint 1986 für den weltweit bekannten amerikanischen Kosmetikkonzern Avon Products Inc. zu werden. Ja, „es verspricht“, so Präsident John S. Chamberlin, „nach den bisherigen Daten zum besten der letzten fünf Jahre zu werden“. Und man kann verstehen, daß sich am Firmensitz an der Fifth Avenue in New York in diesen Wochen schon Hoch- und sogar Siegesstimmung breitmacht, nachdem der Umsatz seit 1981 von fast 2,73 Mrd. Dollar kontinuierlich auf 2,47 (2,6) Mrd. Dollar gefallen ist und zuletzt gar ein Verlust von knapp 60 Mill. Dollar ausgewiesen werden mußte, nachdem noch 1981 ein Reingewinn von 217 Mill. und 1984 von 182 Mill. Dollar angefallen war.

Mit Planzahlen für 1986 hält sich Chamberlin zwar noch bedeckt. Doch erscheinen auch ihm Schätzungen von Finanzanalysten der Wall Street „nicht unbegründet“, die von einem deutlichen Plus bei Umsatz und Reingewinn sowie einer Dividende von 2,20 oder 2,30 Dollar (nach je 2 Dollar für 1983 bis 1985) ausgehen. Auf jeden Fall habe man heute schon mit einem Avon-Aktienkurs von über 32 Dollar das 1984 gesteckte Ziel, den Kurs von 20 Dollar bis Ende 1988 auf 45 Dollar zu bringen, zur Hälfte erreicht.

Damit hat die Börse bereits die 1984 eingeleiteten Umstrukturierungen und Dezentralisierung des Konzerns (Chamberlin: „Bis 1984 hatte Avon keine richtige Strategie“) honoriert. Da wurden das exklusive Juweliergeschäft Tiffany's und das Pharmaunternehmen Mallinckrodt verkauft, weil sie zu langsam wuchsen und zu kapitalintensiv waren. Übernommen wurden dafür die auf dem Gesundheitspflegesektor tätigen Firmen Forster Medical und Mediplex.

Allein dadurch, so Chamberlin, stieg der Umsatz im Konzernbereich „Gesundheitspflege“ innerhalb von gut drei Jahren von Null auf fast 400 Millionen Dollar und dürfte sich bis Ende der 80er Jahre nochmals verdoppeln. Ausgebaut wurde auch der Direktversand (unter anderem Kleider, Schmuck), dessen Umsatz 1985 bei über 200 Mill. Dollar lag.

Am stärksten von der Reorganisation aber war die Kosmetiksparte – mit einem Umsatzanteil von 65 Prozent die wichtigste im Konzern – betroffen, die 1984 „ernste Probleme“ hatte. Zuletzt wurden hier 1,6 (1983: 1,9) Mrd. Dollar weltweit umgesetzt. Mit erheblichen finanziellen Anstrengungen wurden neue Produkte auf den Markt gebracht, der Verkauf und das Sortiment umstrukturiert. Vor allem aber gelang es, so James E. Preston, Leiter des Kosmetikbereichs, den Rückgang der Kundenberaterinnen um 25 Prozent bis Mitte 1985 zu stoppen und wieder um acht Prozent aufzustocken. Weltweit sind für Avon etwa 1,4 Mill. Beraterinnen tätig, davon rund 400 000 in den USA und 100 000 in der Bundesrepublik.

Wenn Preston jetzt von „wiedergewonnener Lebenskraft“ spricht, dann aber auch, weil man in den USA über die Beraterinnen seit einiger Zeit zunehmend die Frauen an ihrem Arbeitsplatz und nicht mehr nur zu Hause anspricht. Ungefähr 25 Prozent aller Umsätze würden inzwischen auf diese Weise getätigt.

Ansprechen konnte Avon jetzt auch die Frauen der UdSSR. Ende 1985 wurde mit der Sowjetunion ein Vertrag über die Lieferung von Kosmetika im Wert von 4 Mill. Dollar unterzeichnet. Doch die größten Auslandsmärkte für Avon – 1985 wurden außerhalb der USA 890 (966) Mill. Dollar umgesetzt – werden Mexiko, Japan, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland bleiben. Um Deutschland als den „wichtigsten Markt in Europa“ weiter auszubauen, wird Avon jetzt hier mit einem umfangreichen Verbrauchsforschungs-, Marketing- und Ausbildungsprogramm beginnen.

1985 dagegen war für die deutsche Avon „kein gutes Jahr“. Ihr Umsatz sank noch einmal um 17 (4) Prozent auf knapp 303 Mill. DM, dabei im Inland um 13 Prozent auf 230 Mill. DM und im Export (wegen der Schließungen in Belgien und Holland) um knapp 29 Prozent auf 73 Mill. DM. Unter dem Strich verblieb diesmal sogar ein Verlust von 24,8 Mill. DM.

Die Schäden nehmen wieder zu

LVM-Versicherung meldet verhaltenere Zuwachsraten

KARL-HEINZ STEFAN, **Münster**

Bei der LVM-Versicherungsgruppe zeigt man sich mit den im ersten Halbjahr 1986 erzielten Ergebnissen „insgesamt zufrieden“. Dabei bestimmten, so Generaldirektor Karl-Adolf Loskant, etwas verhaltenere Zuwachsraten bei Beiträgen und Verträgen das Geschehen. Bei der Muttergesellschaft, der Landwirtschaftliche Versicherungsverein Münster a. G. (LVM), wuchs der Vertragsbestand um 3,9 (4,8) Prozent auf 2,9 Millionen Verträge, während die Beitragseinnahmen um 3,8 Prozent auf 1,05 Mrd. DM expandierten.

„Damit sind wir“, so Loskant, „im Ganzen zufrieden“, auch wenn es der Unternehmensgruppe nicht gelang, die von der Prämienanhebung im Kfz-Bereich begünstigte zweistellige Wachstumsrate des Vorjahres zu erreichen. Um 10,4 (9,0) Prozent stiegen im Berichtszeitraum die Schadenmeldungen, woraufhin man beim Vorstand für 1986 insgesamt mit höheren Aufwendungen als im Vorjahr für die Schäden rechnet.

Das nicht versicherungstechnische Geschäft entwickelte sich weiter erfolgreich. Die Kapitalerträge lagen mit 74,1 Mill. DM um 18,6 Prozent über dem Vorjahresresultat.

Darüber hinaus betonte Loskant, daß auch das Geschäftsjahr 1985 der von ihm geleiteten Unternehmensgruppe als insgesamt erfolgreich bezeichnet werden könne. Der Konzern erreichte die Beitragseinnahmen von rund 1,3 Mrd. DM.

Mit einem Beitragszuwachs um 12,9 (8,9) Prozent auf 1,13 Mrd. DM konnte die Muttergesellschaft LVM auch in ihrem 90. Geschäftsjahr ein über dem Branchendurchschnitt (7,5 Prozent) liegendes Prämienwachstum erzielen. Allerdings muß man hierbei berücksichtigen, daß sich darin vor allem die Anhebung der Beiträge in der Kfz-Haftpflichtversicherung zum 1. Januar 1985 beim LVM als drittgrößtem Kraftfahrtversicherer in der Bundesrepublik Deutschland niedergeschlagen hat.

Etwas verhaltener als im Vorjahr entwickelte sich beim LVM der um 4,1 Prozent auf 2,85 Millionen Verträge gesunkene Vertragsbestand, nachdem für 1984 noch eine Steigerung um 5,7 Prozent verzeichnet werden konnte. Die Zahl der gemeldeten Schäden stieg im Berichtsjahr um 7,5 Prozent, nachdem sie sich 1984 (nach Einführung der Selbstbeteiligung in Teilkasko) um 1,8 Prozent verringert hat. Für Versicherungsfälle wird ein bereinigter Bruttoaufwand von 894 (810) Mill. DM ausgewiesen. Die bereinigte Schadenquote (-Anteil der Schadenaufwendungen an den im Geschäftsjahr verdienten Beiträgen) lag mit 79,6 Prozent um 1,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahrswert.

Aufgrund des guten Verlaufs im Kraftfahrt-Haftpflichtgeschäft konnten die für die Rückvergütung an Versicherungsnehmer vorgesehenen Beträge von 35,7 (1984) auf die Rekordmarke von 63,7 Mill. DM angehoben werden.

Erfreulich verlief erneut das nichtversicherungstechnische Geschäft wobei die Vermögensanlagen um 15,2 Prozent auf 1,53 Mrd. DM und die Kapitalerträge – bei einer Durchschnittsrendite von 7,9 (7,7) Prozent – um 15,8 Prozent auf 134,3 Mill. DM expandierten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neuer Besitzer

Zürich (dpa) – Die im Maschinen-, Pumpen- und Getriebebau tätige Maag-Gruppe, Zürich, hat eine Beteiligung von 74 Prozent an der deutschen SH-Sinterholding GmbH, Radevormwald, erworben. Das deutsche Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 1985/86 vor allem mit der europäischen Autoindustrie einen Umsatz von 134 Mill. DM.

Motoren nach Kanada

Kiel (dpa/VWD) – Einen Auftrag in Höhe von rund 20 Mill. DM hat der Kieler Motorenhersteller Krupp MaK Maschinenbau GmbH von der kanadischen Werft Versatile Davie Inc. erhalten. Die Firma solle ein Motorenpaket für das Fährschiff „Caribou“ liefern.

Umstrukturierung?

Bonn (lok.) – Entgegen anderslautenden Gerüchten wird die USX, die Holding des amerikanischen Stahlkonzerns US-Steel nicht verkauft. Gesucht wird jetzt nach Umstrukturierungsalternativen. In letzter Zeit waren Gerüchte über einer Übernahme durch namhafte Finanziers aufgetaucht, die zu massiven Spekulationen an der Börse führten.

KHD baut Triebwerk

Paris (AFP) – Die Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD), Köln, hat über den Bereich Luftfahrttechnik mit dem französischen Triebwerkhersteller Snecma einen Kooperationsvertrag zum Bau des französisch-amerikanische Triebwerk CFM-56-5 abgeschlosssen, das unter anderem für der Airbus A-320 vorgesehen ist. KHD ist nach der belgischen Fabrique Nationale und der norwegischen Kongsberg Vapenfabrikk die dritte europäische Gesellschaft, die sich dem amerikanisch-französischen Projekt anschließt. Snecma und KHD haben bereits bei der Herstellung des Larzac-Antriebs für den deutsch-französischen Düsenjäger Alphajet zusammengearbeitet.

„Glas '86“ beginnt

Düsseldorf (dpa/VWD) – Verhalten optimistisch beurteilt die deutsche Glasindustrie derzeit ihre konjunkturellen Aussichten. Dies wurde anläßlich der „Glas '86“ - 9. Internationale Fachmesse für Anwendung, Maschinen, Ausrüstung - gestern in Düsseldorf deutlich. Vom 24. bis 27. September zeigen 416 Aussteller aus 23 Ländern auf dem weltweit größten Branchenereignis Innovationen auf dem Gebiet der Glasbe- und -verarbeitung sowie neue Anwendungen.

Renault-Verluste

Paris (dpa/VWD) – Der staatliche französische Automobilkonzern Renault will in diesem Jahr seine konsolidierten Verluste auf die Hälfte verringern. Damit würden die Verluste noch etwa 5 Mrd. F (rund 1,6 Mrd. DM) betragen (1985: 10,9 Mrd. F oder 8,9 Prozent des Umsatzes). Der Schuldendienst wird auf 6 Mrd. F (2 Mrd. DM) veranschlagt.

Stellenabbau

Koblenz (dpa/VWD) – Der größte deutsche Warenhauskonzern, die Karstadt AG, Essen, plant nach Angaben der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in diesem Jahr im Verkaufsbereich fast 900 Vollzeitarbeitsplätze abzubauen.

„Beispielhaftes Lebenswerk“

Bundespräsident von Weizsäcker zum Bosch-Jubiläum

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Daß kooperative Lösungen besser sind als solche, die auf Konfrontation aufbauen, beweist nach Ansicht von Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Beispiel von Robert Bosch und seines Lebenswerks. Von Weizsäcker, der in Stuttgart auf der Jubiläumsfeier anläßlich des 100jährigen Bestehens des Hauses Bosch und des 125. Geburtstages von Robert Bosch d. Ä. ein Grußwort sprach, bezeichnete für den Firmengründer und sein Werk als prägend „die Einbringung wirtschaftlicher Ziele in einen Rahmen tatkräftiger Humanität“. Der Ruf des Hauses Bosch gehöre zu dem Besten und Beständigsten, was man sich in der Welt von Deutschland vorstelle.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann stellte heraus, daß Bosch, obwohl er Vorreiter in der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen gewesen sei, es verstanden habe, die Flexibilität zu erhalten, die ein Unternehmen zum Gedeihen nötig habe. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hob den Symbolcharakter des Namens Bosch hervor, der die Verbindung von Weltoffenheit und Bodenständigkeit, ferner die Fähigkeit, den Menschen im Arbeitsprozeß auch als Menschen zu sehen und letztlich auch allgemeine gesellschaftspolitische Verantwortung beinhalte.

Hans L. Merkle, Aufsichtsratsvorsitzender der Robert Bosch GmbH, stellte in seiner Festansprache fest, Bosch könne für sich in Anspruch nehmen, das Automobil der Anfangsjahre verläßlicher, später noch sicherer, sauberer und sparsamer gemacht zu haben. In diesem Zusammenhang unterstrich er den Beitrag des Hauses Bosch zur Entwicklung der Kraftfahrzeug-Elektronik. Schon früh habe sich das Unternehmen „im Banne der Elektronen“ bewegt. Mitte der zwanziger Jahre begann es Radioteile herzustellen, 1929 beteiligte es sich an der Gründung der Deutsche Fernseh AG und 1933 wurde die Blaupunkt-Vorgängerin erworben. Bereits 1958 erfolgte der erste Serieneinsatz eines Bosch-Halbleiterelements für die Kfz-Elektronik.

Von da an folgten – so Merkle – im Serienabstand Entwicklungs- und Serienanläufe elektronischer Bauelemente und elektronischer Geräte. Darunter vor allem 1967 der Serienanlauf der elektronisch gesteuerten Benzineinspritzung, ein Jahr später die Freigabe des Baus eines Halbleiterwerks in Reutlingen, 1973 der Beginn der Vorentwicklung digitaler Elektronikgeräte und 1978 der Serienanlauf des Antiblockiersystems.

Der gesamte „Elektronikumsatz“ von Bosch erreiche in diesem Jahr fast 10 Mrd. DM, das sind 45 Prozent des konsolidierten Weltumsatzes, erarbeitet von etwa 59 000 Mitarbeitern (ohne die Zahlen der Gesellschaften, an denen Bosch eine Beteiligung von 50 Prozent oder weniger hält). Insgesamt beschäftigt die Firmengruppe im Konsolidierungskreis etwa 100 000 Mitarbeiter in der Bundesrepublik und weitere 50 000 im Ausland.

> ***„So sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, das zu ernten, was wir gestern gesät haben, sondern zu säen, was wir morgen ernten.“***
>
> HANS L. MERKLE

Dem Verantwortungsbewußtsein des Gründers fürs Ganze, das sich nicht mit der Hingabe von Geld allein beruhigte, sei die Entstehung der Robert Bosch Stiftung zu verdanken, die rund 90 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH hält und die ihren Schwerpunkt in der Betreuung kranker Menschen sieht. Anläßlich des Jubiläums hat das Unternehmen beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft einen Fonds begründet, der der Förderung der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen soll.

PERSONALIEN

Rechtsanwalt Dr. **Martin Hirsch**, Stuttgart, ist in den Aufsichtsrat der Maizena GmbH, Hamburg, eingetreten. Er ist Nachfolger von Dr. **Hellmut Kruse**. Die Geschäftsführer **Horst G. Esslinger** und Dr. **Hans Ulrich Wölk**, treten zum Jahresende 1986 in den Ruhestand und Dr. **Klaus Alfred Schroeter** scheidet auf eigenen Wunsch aus der Geschäftsführung aus. Zu Nachfolgern und Geschäftsführern wurden Dr. **Peter Stahl** und Dr. **Karl Friedrich Weisser** bestellt.

Horst Eickhoff, Dinslaken, ist zum Stellvertetenden Vorsitzenden des Deutsche Holz- und Bautenschutzverbandes e. V. (DHBV), Fulda, gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Hermann Behrens**, Hamburg.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Vilbel: BADIA Im- u. Export Handelsges. mbH; **Bonn:** R & S Ges. f. technische Ver- und Entsorgung mbH; **Braunschweig:** DIR Dach- und Fassadenbau, Malerei GmbH; **Essen:** Peter Massier, Juwelier; **Esslingen:** Helmut Dressel; **Homberg:** Günter Schnegelsiepen, Kaufm.; **Kaiserslautern:** Karl Scheifling, Bauunternehmer, Eisenberg; **Köln:** Marion Erkens; **Mühldorf:** Fean Textilhandels GmbH Import Export, Töging; **Neustadt:** Erot GmbH, Garbsen 4; **Neu-Ulm:** Helmut Robl, Malermeister, Thannhausen; **Niebüll:** Jochen Schörck; **Nordhorn:** Nachl. d. Arnold Alferink, Klausheide; **Syke:** Volkssport-Verlag GmbH, Bruchhausen-Vilsen; **Wuppertal:** Nachl. d. Dr. med. Wolfgang Skrobek.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Herbert Heinze GmbH + Co. KG, Fellbach-Oeffingen.

Vergleich beantragt: Bocholt: Rebo-Bedachungen GmbH, Reken; **Bonn:** Wandermagazin-Verlag GmbH.

Das beste Argument sind die neuen Arbeitsplätze

Ist Wirtschaftsförderung nur eine Unart von Subventionitis? Auf diese Frage spitzt sich in den letzten Jahren – angesichts wachsender protektionistischer Bestrebungen – die Kritik über die Form regionaler Förderung zu. Unschuldig ist da keiner mehr in Europa, wie ein prägnanter, oft diskutierter Fall der jüngsten Zeit in der Bundesrepublik zeigt.

Da wird eines der reichsten deutschen Unternehmen beim Aufbau eines neuen Montagewerks mit rund 140 Millionen Mark durch die zuständige Landesregierung unterstützt. Und selbst der verantwortliche Landeswirtschaftsminister spricht danach von einer „ordnungspolitischen Gratwanderung", die durch die einzelbetrieblichen Maßnahmen einer intensiven Mittelstands- und Technologieförderung eingeschlagen wurde. Die Rede ist vom Daimler-Benz-Werk Rastatt und von Baden-Württembergs Minister Martin Herzog. Für ihn ist dies keine Subventionierung des Unternehmens, sondern eine Infra*strukturhilfe für die Kommune.*

Für die Regionalförderung gibt es gute Gründe. Der beste und wichtigste ist die Schaffung neuer und der Erhalt vorhandener Arbeitsplätze. So hat die Bundesregierung in diesen Tagen herausgehoben, daß als Ziel des 15. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum von 1986 bis 1990 gilt, 274 600 Arbeitsplätze zu sichern und 251 500 neue einzurichten.

Staatlich gefördert wird in diesen vier Jahren ein privates Investitionsvolumen von 60,4 Milliarden Mark. Verbessert werden soll damit auch die regionale Struktur, forciert werden soll der technologische Fortschritt.

Gegen die Förderung spricht auch einiges – vor allem die Kirchturmspolitik der Begünstigten und Nicht-Begünstigten. So hebt das Gerangel unter den Länderministern auf der einen Seite und dem Bundeswirtschaftsminister auf der anderen Seite bei jeder neuen Fortschreibung des Rahmenplans immer wieder aufs neue an. Die am meisten gehörten Kritikpunkte sind die Unausgewogenheit der regionalen Aufteilung, ein Schwergewicht bei den ländlichen Gebieten oder eine Benachteiligung der Gebiete mit alten Industrien, die sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel befinden. Dagegen spricht sicherlich auch, daß dieses Instrument Züge einer Planwirtschaft zeigt, die nicht immer nur Erfolg verspricht.

Und dann gibt es mit der Europäischen Gemeinschaft auch noch eine größere Region, die ihre Ansprüche an die Regierungen der Mitgliedsstaaten stellt. Von dort kommen also Forderungen an Bonn, die sich naturgemäß nicht mit denen der Bundesländer dekken. Die Eingriffe der Europäischen Kommission in die deutsche Regionalpolitik mehren sich deshalb – zum Teil werden sie vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt. Bei allem Streit untereinander – in der Abwehr von Fremdbestimmung deutscher Regionalpolitik durch Brüssel zeigen sich die Bundesländer einig. Bleibt die Frage: wie einig? (ews.)

Bayern nimmt einen Spitzenplatz ein

Aus dem ursprünglichen Agrarland wurde in nur drei Jahrzehnten die Region für zukunftsträchtige Industrien

„Bayern ist einer der besten Industriestandorte der Welt." Eigenlob eines eitlen Landesministers? Nein, dieses Urteil stammt vielmehr von einem Mann, der dies aus eigener Tagesarbeit besser und emotionsfreier beurteilen kann und zudem noch über jeden Zweifel erhaben ist: Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender des weltweit operierenden Siemens-Konzerns.

Einen der wesentlichsten Standortvorteile sieht er in dem ausgewogenen Verständnis der bayerischen Regierung und Administration für industrielle Belange. Dies sei auch der Grund dafür, daß sich die internationale Marktposition der bayerischen Industrie heute insgesamt so günstig darstelle.

Daß in Bayern tatsächlich manches anders ist, zeigt ein Blick zurück: Ein überdurchschnittliches Wachstum in guten Jahren und mehr Widerstandskraft in schwierigen Zeiten haben dazu beigetragen, daß Bayern heute in der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesländer einen Spitzenplatz einnimmt. Aus dem einst klassischen Agrarland ist in 30 Jahren eine Region geworden, in der insbesondere zukunftsträchtige Industrien angesiedelt sind: Elektronik, Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt sowie alle Bereiche der theoretischen und angewandten Forschung.

Früh- und rechtzeitig hatte man erkannt, wie es der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann formuliert: „Es gibt nur einen Weg zur Sicherung der Zukunft: Wir müssen uns mit dem Strukturwandel verbünden."

Ohne beträchtliche staatliche finanzielle Hilfen ist diese Politik allerdings nicht denkbar. Das CSU-regierte Land zog und lockt noch immer Unternehmen mit umfangreichen Förderungsprogrammen an.

Allein in den letzten vier Jahren wurden mit dem Einsatz verschiedenster öffentlicher Finanzierungshilfen 200 Betriebe im weiß-blauen Freistaat angesiedelt, wodurch rund 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind.

Mit sichtlichem Stolz kann dann Jaumann auch verkünden, daß sich Bayerns Industrieansiedlungspolitik voll bewährt habe und unter allen Bundesländern damit eine führende Position einnehme.

Um die Voraussetzungen für eine moderne und leistungsfähige Wirtschaft in Bayern zu schaffen, stellt das Land erhebliche Mittel zur Verfügung. So wurden im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung allein von 1975 bis heute in strukturschwachen Gebieten in über 10 600 Fällen mit Zuschüssen und Darlehen von zusammen bald sechs Milliarden Mark Investitionen von weit über 20 Milliarden Mark mitfinanziert.

38 000 neue Arbeitsplätze

Davon wurden allein seit 1982 fast 2,1 Milliarden an Darlehen und über 480 Millionen Mark an Zuschüssen für Investitionsvorhaben in Höhe von knapp zehn Milliarden Mark gewährt.

Insgesamt entstanden dadurch 38 000 neue Arbeitsplätze. Zusätzlich wurden in diesem Zeitraum zur Verbesserung der Infrastruktur Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 1,3 Milliarden Mark mit 475 Millionen Mark bezuschußt und 200 Millionen Mark Darlehen bewilligt.

Eine weitere zentrale Bedeutung kommt dem Mittelstandskreditprogramm zu, das seit 1961 existiert. Nach anfangs 800 Förderfällen mit einem Darlehensvolumen von 26 Millionen Mark wurden im vergangenen Jahr für fast 5000 Fälle etwa 400 Millionen Mark aufgebracht.

Insgesamt wurden in diesem Vierteljahrhundert mehr als 80 000 Investitionsvorhaben mittelständischer Unternehmen mit einer Darlehenssumme von 4,6 Milliarden Mark gefördert.

Neben diesen beiden Hauptprogrammen gibt es noch eine Vielzahl verschiedenster Finanzierungshilfen, so daß fast jedes Unternehmen unter gegebenen Voraussetzungen in den Genuß irgendeiner staatlichen Hilfe kommen kann. Genannt seien hier nur noch zwei:

- Das Technologieprogramm, über das seit 1979 für 82 überwiegend dezentrale Projekte mit Entwicklungskosten von rund 75 Millionen Mark öffentliche Fördermittel in Höh von 37 Millionen Mark ausgegeben wurden.
- Das andere ist das Technologie-Einführungsprogramm für neue Produkte und Verfahren, das kleinen Betrieben helfen soll, die schwierige Phase zwischen Entwicklung und Produktionsaufnahme zu überwinden.

Schon im ersten Jahr 1985 konnten damit Projekte mit Gesamtkosten von 12,6 Millionen Mark mit 3,2 Millionen Mark gefördert werden. Langfristig konnte dieser Programmetat auf 30 Millionen Mark aufgestockt werden.

Weitgehend sollen alle Gelder, die der Freistaat zur Förderung der Industrie aufwendet, möglichst mittelständischen Unternehmen zugute kommen. Ebenso ist man stets darauf bedacht, daß sich die Neueinrichtungen breitgefächert über das ganze Land erstrecken und damit auch ländliche Gebiete erfassen.

In Bayern soll nicht nur im „Wasserkopf München" investiert werden. Dabei ist die bayerische Industriepolitik darauf bedacht, in der „Provinz" großindustrielle Fixpunkte zu schaffen, die mit ihrem Multiplikatoreffekt weitere neue Betriebe anlocken und einen kräftigen Schub zusätzlicher Kaufkraft schaffen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Beste Beispiele dafür aus jüngster Zeit sind die BMW-Werke in Landshut, Dingolfing und Regensburg. Eine ähnliche Funktion und Wirkung erhofft man sich von der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf.

Auf ganz entschiedenen Widerspruch wird im Wirtschaftsministerium jedermann stoßen, der diese staatlichen Hilfen als „Subventionen" bezeichnet. Es ist vielmehr „Ordnungspolitik". Und berücksichtigt werden müsse dabei auch, daß im Grunde genommen der Förderaufwand in Bayern im Vergleich zu anderen Ländern nur „minimal" sei.

Die Wirtschaft, so Jaumann, müsse schließlich selbst die Leistung bringen. Staatliche Hilfen dürften die marktwirtschaftlichen Mechanismen nicht stören, sondern nur gewährt werden, um Ungleichgewichte zu beseitigen und soziale Härten auszugleichen. Der Staat könne einem Unternehmen nicht das Risiko abnehmen. Man sei schließlich kein Rückversicherer, sondern gewähre nur Hilfe zur Selbsthilfe. ULRIKE HEMER

Bonn stellt Millionen bereit

Der Sinn einer regionalen Strukturpolitik der Bundesregierung besteht zum einen darin, die regionalen Einkommensunterschiede und Unterschiede bei der Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen zu vermindern. Damit wird *ein Beitrag zur Annäherung der Le*bensverhältnisse der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet geleistet. Außerdem sollen Wachstumsreserven in strukturschwachen Gebieten mobilisiert und einseitige Wirtschaftsstrukturen aufgelockert werden.

Fördergebiete sind das Zonenrandgebiet (die Förderung Berlins erfolgt außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe nach dem Berlinförderungsgesetz), Regionen, deren Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, und Gebiete mit besonders schwerwiegenden sektoralen Anpassungsproblemen.

Die Förderung erfolgt einmal durch Investitionszuschüsse, die je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden. 1986 wurden dafür rund 590 Millionen Mark aufgewendet. Ein weiteres Förderinstrument ist die Investitionszulage (Steuerermäßigung). Die Investitionszulage beträgt im Zonenrandgebiet zehn Prozent der förderfähigen Investitionen, sonst 8,75 Prozent. Bund, Länder und Gemeinden verzichteten durch die Gewährung dieser Zulage im vergangenen Jahr auf Steuereinnahmen von etwa 700 Millionen Mark. Bei der Förderung bevorzugt sind innerhalb der Fördergebiete sogenannte Schwerpunktorte (zur Zeit etwa 260).

Die Förderhöchstsätze für Industrieansiedlungen in Schwerpunktorten betragen bis zu 25 Prozent im Zonenrandgebiet, sonst bis zu 20 Prozent. Das Investitionsrisiko bleibt also eindeutig bei dem investierenden *Unternehmen. Betriebe, die sich in* den geförderten Regionen ansiedeln wollen, müssen zusätzliche Dauerarbeitsplätze schaffen und überwiegend ihre Güter und Dienstleistungen überregional absetzen. Parallel dazu wird die Ansiedlung kleiner und mittlerer gewerblicher Unternehmen in Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgaben durch die Vergabe langfristiger zinsgünstiger Darlehen (Höchstbetrag 300 000 Mark, Laufzeiten bis zu zehn beziehungsweise 15 Jahren) aus dem ERP-Regionalprogramm gefördert.

Das ERP-Sondervermögen – entstanden aus den US-Nachkriegshilfen (Marshall-Plan und Folgeprogramme) – ist heute ein bedeutendes Instrument der Wirtschaftsförderung, das vom Bundeswirtschaftsministerium in Bonn verwaltet wird. Für das ERP-Regionalprogramm stehen eine Milliarde Mark pro Jahr zur Verfügung.

Neben der Industrieansiedlung fördert die Bundesregierung in besonderem Maße Existenzgründungen. Die Markwirtschaft bleibt nur funktionsfähig und effizient, wenn ständig junge Unternehmen nachwachsen.

So werden mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums Existenzgründern zusätzliche risikotragende Mittel zur Aufstockung des Eigenkapitals zur Verfügung gestellt; das heißt vorhandene Eigenmittel von in der Regel mindestens zwölf Prozent des Vorhabens werden auf bis zu 40 Prozent durch die Eigenkapitalhilfe aufgestockt (Laufzeit 20 Jahre, Höchstbetrag 300 000 Mark, günstige Zinsen und Tilgung).

Langfristige zinsgünstige Darlehen stehen Existenzgründern auch aus dem ERP-Existenzgründungsprogramm zur Verfügung (Laufzeit zehn beziehungsweise 15 Jahre; Höchstbetrag 300 000 Mark).

VOLKER FRANZEN

Den Rückstand inzwischen weitgehend aufgeholt

Wie Rheinland-Pfalz neue Betriebsansiedlungen fördert

Wirtschaftsminister Rudi Geil weiß, daß er mit den betroffenen Landräten nicht immer einig ist, wenn er es als Erfolg vermeldet: Seit kurzem sind nur noch 65 Prozent von Rheinland-Pfalz (mit etwa 44 Prozent der Landesbevölkerung) als Förderflächen im Sinne der Bundes-Gemeinschaftsaufgabe-Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur eingestuft. Bisher waren es noch 72 Prozent der Landesfläche mit etwa der Hälfte der Bevölkerung.

Im Klartext heißt das, daß fortan einige Kommunen weniger den Zugriff auf die von den Bundesländern gemeinsam finanzierten Subventionstöpfe zur Förderung von Industrieansiedlungen haben werden – im Einzelfall gewiß ein schmerzlicher Verlust an Finanzierungsmöglichkeiten. Für das Land insgesamt aber ist der kleine neue Schritt heraus aus dem Status der Hilfsbedürftigkeit zweifellos ein Erfolg.

Man erinnere sich: Eifel, Hunsrück, Westerwald – noch lange Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg galten diese Namen geradezu als Inbegriffe wirtschaftlicher und auch sozialer Rückständigkeit. Der Rückstand war auch an der Statistik ablesbar. 1950 arbeiteten noch 36 Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft, im Bund waren es nur 25 Prozent. Im produzierenden Gewerbe verdienten sich damals erst 36 Prozent der Erwerbstätigen ihr Brot – im Bund waren es schon 43 Prozent. Und auch bei den Dienstleistungen lag Rheinland-Pfalz mit 28 (Bund: 32) Prozent ein ganzes Stück zurück.

Inzwischen ist der Rückstand weitgehend aufgeholt: Mit fünf Prozent von insgesamt 1,5 Millionen Arbeitsplätzen (von denen schon jeder dritte vom Export abhängt) in der Landwirtschaft, 42 Prozent im produzierenden Bereich und 53 Prozent im Dienstleistungs-Bereich liegt Rheinland-Pfalz durchweg etwa auf Bundesniveau. Zudem erfreut sich das Land einer recht ausgewogenen Regionalstruktur ohne allzu schwergewichtige Ballungsräume.

Daraus, daß das Land nur wenige eigene Groß- und Größtunternehmen (wie etwa Schott in Mainz oder die BASF in Ludwigshafen) vorweisen kann, zieht Wirtschaftsminister Geil die einzig richtige Konsequenz: „Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz muß Mittelstandspolitik sein." Die Statistik unterstreicht diese Notwendigkeit. In Rheinland-Pfalz arbeitet immerhin jeder zweite der etwa 385 000 Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in einem kleinen oder mittleren Betrieb; hinzu kommen noch die rund 110 000 Selbständigen.

Rund 33 000 Existenzgründungen zählten die Mainzer allein in den beiden Jahren 1984 und 1985. Ihnen standen in der gleichen Zeit 22 000 Gewerbeabmeldungen (dazu gehören auch die Insolvenzen) gegenüber. Per saldo ist das Verhältnis aber günstiger als im Bund, wo 600 000 Neugründungen gegen 520 000 Schließungen aufzurechnen waren.

So angenehm das Image eines Weinlandes auch ist (vor allem, wenn man den Tourismus im Visier hat), so abträglich kann es sich auswirken, wenn es um die Industrieansiedlung geht. Die Pfälzer Wirtschaftsförderer legen darum zunehmend größeren Wert darauf, auch die High-Tech-Betriebe des Landes vorzuweisen und demonstrativ neue heranzuziehen.

JOACHIM WEBER

Nord-Süd-Gefälle soll jetzt beseitigt werden

Hessen: Rhein-Main-Gebiet ist optimal entwickelt

Der größte Teil der wirtschaftlichen Stärke Hessens ist auf seinen Süden konzentriert, auf das Rhein-Main-Gebiet. Entlang des Mains, zwischen Hanau und Wiesbaden (und mittendrin liegt Frankfurt) erstreckt sich ein Industriegürtel sondergleichen, angefüllt mit „High Technology" und naturwissenschaftlichem Know-how.

Ob Elektronik, Maschinenbau oder Chemie, Ingenieurgesellschaften oder Autoindustrie – hier fehlt kaum eine jener Branchen, denen auch für die nächsten Jahrzehnte große Wachstumspotentiale prophezeit werden. Hoechst, Opel, Lurgi, Degussa, Linde, Messer-Griesheim, Heraeus, Nukem, Metallgesellschaft, Schenck, Linotype – das sind nur einige der klingenden Namen aus diesem Streifen.

Daß es mit der industriellen Prominenz allein nicht getan ist, weiß auch Landeswirtschaftsminister Ulrich Steger: „Die Qualität Hessens liegt auch in der Vielfalt seiner innovationsorientierten Industriestruktur aus überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen, die rasch und flexibel auf weltweite Marktveränderungen reagieren", lobte er unlängst den Mittelstand.

Seiner historischen Rolle als Handelszentrum (von der sowohl die Messe als auch die Börse zeugen) und seiner Nachkriegserrungenschaft eines Welt-Flughafens – dieser allein eine Veranstaltung mit 34 000 Arbeitsplätzen – verdanken Frankfurt und das Umland eine enorme Dichte von Handels- und Dienstleistungs-Unternehmen. Dazu zählen allen voran die Banken.

Nennenswerte Industriepotentiale gibt es zwar noch im Raum Gießen–Wetzlar, wo sowohl die Fotoindustrie (Leitz, Minox) als auch die Eisengießereien (Buderus) ihre Strukturprobleme inzwischen weitgehend bewältigt haben, und im Gebiet um Kassel.

Doch der gesamte osthessische Raum entlang der Zonengrenze und nahezu die gesamte nördliche Hälfte des Bundeslandes könnten noch einiges an zusätzlicher Industrie gebrauchen. Selbst das alte Industrierevier um Kassel herum hat sich im Laufe der letzten Jahre nach einigen Betriebsschließungen und -reduzierungen beinahe zum Notstandsgebiet entwickelt, Folge nicht zuletzt des Strukturmankos, daß Großbetriebe hier durchweg Zweigwerke von Konzernen und nicht (mehr) ortsstämmige Unternehmen sind.

Der Wirtschaftsminister sieht es so: „Außerhalb des südhessischen Ballungsraums gilt es jetzt, auch das vorhandene Potential der übrigen Regionen zu mobilisieren."

Besonders hapert es bei der Verkehrs-Infrastruktur. Die Autobahnanbindungen an die großen Wirtschaftsräume Westdeutschlands sind immer noch unzulänglich, und Kassel als nordhessisches Oberzentrum wird vom Intercity-Verkehr der Bahn nach wie vor weitgehend ausgespart.

„Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß restriktive Politik, etwa auf den Gebieten der Medien-, Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik, und ein von vielen als wenig wirtschaftsfreundlich angesehenes Klima den Standort Hessen unattraktiv machen könnte", warnt der Kasseler Handelskammer-Präsident Christian Decken, der mit einer Aktion „pro Nordhessen" die Initiative ergriffen hat, die Region aus eigener Kraft aus der Misere zu bringen. J. W.

Das Musterbeispiel ist die Region Braunschweig

Niedersachsen: Das Land will mehr Geld aus Bonn

Auch an Niedersachsen ist der konjunkturelle Aufschwung nicht vorübergegangen. In welchem Umfang aber die Besserungstendenzen auf Eigeninitiativen des Landes zurückzuführen sind, bleibt zumindest umstritten. Ganz besonders extrem ist die unterschiedliche Beurteilung dessen, was im Lande getan oder unterlassen wurde, um die wirtschaftlichen Strukturen zu verbessern.

Niedersachsen konzentriert sich bei seiner Förderpolitik zielgerichtet auf so zukunftsträchtige Felder wie Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnik oder Meß- und Regeltechnik. Über die stärkere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft soll vor allem die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen gestärkt werden.

Paradebeispiel niedersächsischer Wirtschaftsförderung ist die Region Braunschweig. Die dort angesiedelten wissenschaftlichen Einrichtungen, darunter die Institute für Angewandte Mikroelektronik und für Biotechnologie, erzielten eine erfreuliche Sogwirkung auf Industrieunternehmen. Neben dem seit 1980 ansässigen Computer-Hersteller Commodore ist auch der japanische Elektronikkonzern Toshiba in Braunschweig heimisch geworden. Der US-amerikanische Halbleiter-Hersteller LSI Logic wird im kommenden Frühjahr die Produktion aufnehmen.

Die Neuorientierung der Wirtschaftsförderung in Niedersachsen schließt Fehlgriffe allerdings nicht aus. So engagierte sich das Land über Gebühr, als der Unilever-Konzern die Fischfabrik „Seeadler" in Cuxhaven schließen wollte. Um die Hochseefischerei stärker an Niedersachsen zu binden, kam es schließlich unter der Ägide des Landes zur Gründung der Fangunion. Die Rettungsversuche der Wilhelmshavener Erdölraffinerie, die stillgelegt wurde, hinterlassen einen unangenehmen Beigeschmack.

Verstärkte Bemühungen gelten der Inanspruchnahme von Bundesmitteln für die Bereiche Forschung und Technologie. Lange genug hat die Förderpolitik des Bundes nach Auffassung der niedersächsichen Landesregierung die regionale Entwicklung eher konterkariert: Die Länder, die bereits über starke Aktivitäten verfügten, erhielten die meisten Mittel. So war Niedersachsen an den Forschungsausgaben des Bundes 1984 lediglich mit knapp 6,8 Prozent beteiligt. Die angestrebte Quote von 11,5 Prozent liegt in weiter Ferne.

Günstiger stellt sich die Position des Landes bei der Vergabe von Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe dar. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung entfielen auf Niedersachsen lange Jahre 20 Prozent dieser Mittel. Inzwischen hat sich der Anteil auf 24 Prozent erhöht.

Das Land selbst stellt trotz der Grenzen, die der Haushalt und der Sparwille setzt, erhebliche Beträge zur Verfügung. Allein für das Technologieprogramm im Rahmen des Wirtschaftsförderfonds sind 1985 rund 80 Millionen Mark geflossen.

Als ein besonders „angemessenes Mittel der Wirtschaftsförderung" bewertet die Landesregierung den Ausbau der Infrastruktur. Auf dem Gebiet der Verkehrsanbindung sollen die letzten Lücken geschlossen werden. Dazu zählen das Emsland und der ostfriesische Raum, die in die Überlegungen um einen Anschluß an das Autobahnnetz einbezogen wurden. DOMINIK SCHMIDT

Der Wandel vollzog sich in aller Stille

Schleswig-Holstein: „Speckgürtel" des Bundeslandes liegt im Süden – Viel Platz für neue Betriebe ist vorhanden

Gehen in Schleswig-Holstein die Lichter aus? Die negativen Schlagzeilen über den Niedergang der Werften im nördlichsten Bundesland lassen den Schluß zu, daß der Raum zwischen Hamburg und Flensburg den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet zu verlieren droht.

Kein Wort wird darüber verloren, daß das Land, das vor dem Zweiten Weltkrieg vor allem landwirtschaftlich orientiert war, einen Wandel durchgemacht hat, der sich in aller Stille vollzog. So konnte etwa Schleswig-Holstein als einziges Bundesland im norddeutschen Raum seinen Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebietes erhöhen. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes stieg von 1970 bis 1984 real um 43 Prozent, eine Steigerung, die nur von Bayern mit einem Zuwachs von 49 Prozent übertroffen werden konnte.

Parallel zu dieser Entwicklung vollzog sich ein deutlicher Wandel in der Wirtschaft des Landes, ablesbar vor allem an der Veränderung in der Beschäftigungsstruktur. Während der Maschinenbau, die Chemie und die Elektrotechnik ihre Positionen ausbauten, sank der Anteil der Beschäftigten in der Textilindustrie in den vergangenen 25 Jahren von sechs auf ein Prozent und im Schiffbau von 16 auf acht Prozent. Als Vorteil erwies sich nicht nur die Struktur des Landes, die im wesentlichen durch kleinere und mittlere Betriebe geprägt ist. Auch das Grundverständnis Schleswig-Holsteins, das sich als Brücke zwischen den Industriezentren der Mitte Europas und den skandinavischen Ländern versteht, trug zu der wirtschaftlichen Entwicklung dank der günstigen Verkehrsverbindungen über Straße, See und Schiene bei. Als Sprungbrett zum skandinavischen Raum dienen vor allem die Häfen Lübeck und Kiel oder die Grenzbahnhöfe Flensburg und Puttgarden, die in das Intercargo-Schnellbahnsystem der Deutschen Bundesbahn eingebunden sind.

Als eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen in der Bundesrepublik Deutschland entpuppte sich das Gebiet südliches Schleswig-Holstein, das sich mit den Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg wie ein Halbkreis um das Tor zur Welt, die Hansestadt Hamburg, legt. *Dank der günstigen Infrastruktur* – Knotenpunkt für Schiffe, Flugzeuge, Züge und Lkws sowie Börsen- und Bankplatz – entwickelte sich der Raum mit seinen freien Gewerbeflächen zum „Speckgürtel" des Bundeslandes. Angesichts des Nachholbedarfs, dem sich Schleswig-Holstein nach 1945 ausgesetzt sah, wirbt denn auch das Land mit den Worten: „Schleswig-Holstein hat genügend Platz für neue Betriebe".

Motor der Entwicklung war dabei auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Sitz in Kiel. Dank günstiger Förderungsbedingungen wie steuerfreie Investitionszulagen, Investitionszuschüsse, Sonderabschreibungen, steuerfreie Rücklagen, Zinszuschüsse und zinsgünstige Darlehen *konnte sie in den vergangenen zwei* Jahren fast 60 Unternehmen für Schleswig-Holstein als Standort gewinnen. Bei den produzierenden Unternehmen reichte dabei die Branchenskala von der Elektronik über die Kunststoffertigung, den Maschinenbau und die Druckerei bis zur Medizintechnik.

Förderungsschwerpunkte sind die Räume Flensburg, Rendsburg, Kiel, Neumünster, Lübeck, Mölln und Lauenburg im südlichen Hamburg, die mit einem Höchstsatz von 25 Prozent gefördert werden. Wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Hilfen ist die Zonenrandförderung, die in fast allen Gebieten des Landes in Anspruch genommen werden kann.

Mittelständische Unternehmen in den Wirtschaftsbereichen Handwerk, Industrie, Handel und sonstiges Dienstleistungsgewerbe sowie freie Berufe, die für die gewerbliche Wirtschaft arbeiten, werden bei Investitionsvorhaben grundsätzlich unterstützt. Außerdem gewährt das Land den Unternehmen Zuschüsse bis zu 13 Prozent, bei langfristigen Baudarlehen bis zu einer Höhe von 600 000 Mark. Voraussetzung ist, daß die Wirtschaftsstruktur und die Versorgung der Bevölkerung mit Hilfsgütern und Dienstleistungen verbessert werden.

Zinsgünstige Kredite aus dem ERP-Sondervermögen können dabei für Investitionsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen und für Maßnahmen zum Umweltschutz gewährt werden. Das Angebot erstreckt sich vor allem auf das Regionalprogramm, das Standortprogramm, das Existenzgründungsprogramm (EGP) und das Programm für Umweltschutz, Abwasserreinigung, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung. Die Investitionszuschüsse im Rahmen des EGP-Programms belaufen sich auf bis zu 15 Prozent der förderungsfähigen Aufwendungen von maximal 600 000 Mark.

Ansprechpartner ist dabei die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Unternehmen bei Standort- und Investitionsentscheidungen zu beraten.

GEORG BAUER

Berlin: Es geht weiter aufwärts

„Existenzgründungen in Berlin sind interessant, Gründungswissen ist begehrt und gefragt." So motiviert der Berliner Senator für Wirtschaft und Arbeit, Elmar Pieroth, die „Gründertage Berlin", die im Internationalen Congress-Center stattfanden. Waren bei der ersten Veranstaltung rund 1200 Teilnehmer registriert worden, so wurden diesmal 1400 Besucher gezählt, die sich auf dem branchenübergreifenden Beratungs- und Informationsforum einen umfassenden Überblick über die verschiedenen staatlichen und privaten Möglichkeiten beim Schritt in die Selbständigkeit verschaffen wollten.

„Auch Berlin hat sich von der bundesweit zu beobachtenden Gründungswelle der letzten Jahre mittragen lassen", erklärte Hans-Joachim Kierey, Staatssekretär beim Senator für Wirtschaft und Arbeit. Allerdings dürfe der Senat in seinen Anstrengungen nicht nachlassen, meint er weiter. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen in der Stadt sei weiterhin kontinuierlich steigend – von 11 300 im Jahre 1981 auf 15 300 im vergangenen Jahr.

„Existenzsicherung ist häufig schwieriger als Existenzgründung" – auf diesen Aspekt verwiesen die Berliner Wirtschaftsjunioren während der Gründertage im ICC. Denn der Erfolg einer Neugründung lasse sich in aller Regel erst nach fünf Jahren feststellen. Untersuchungen der Kreditauskunftei Schimmelpfeng haben ergeben, daß fast jeder zweite neue Gewerbebetrieb in der besonders risikoreichen Gründungs- und Aufbauphase *aufgebe, weil die erforderliche* Rentabilität nicht erreicht wird.

Die Bedeutung von umfangreicher Information für potentielle Gründer von Unternehmen wurde auch in der Auswertung der Gründertage 1986, die übrigens erst einmal in Köln kopiert wurden, jedoch noch andere Nachahmer finden sollten, deutlich. 64 Prozent begrüßten die Themenvielfalt und 79 Prozent beurteilten die Qualität der Vorträge gut und zufriedenstellend.

ERWIN SCHNEIDER

Neue Impulse aus dem Medical Park

Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels der letzten 15 Jahre, von dem Hannover hart getroffen wurde und der sich besonders in der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zeigt, hat sich die Stadt eine grundlegende Verbesserung der Wirtschaftsstruktur zur Aufgabe gestellt.

Ein Beispiel gelungener Strukturpolitik ist das gemeinsam vom Land Niedersachsen und der Stadt getragene Projekt „Medical Park Hannover", welches auf der Grundlage von drei Potentialfaktoren entwickelt worden ist:

- In den Wirtschaftsbereichen Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmazie sind in den letzten Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt worden; sie dürften in den Folgejahren noch kräftiger ausfallen. Daraus folgernd kann von einer hohen Anzahl neuer, hochqualifizierter Arbeitsplätze ausgegangen werden.
- In Hannover ist eine starke Konzentration wissenschaftlicher Einrichtungen vorhanden, die für die genannten Bereiche von großer Bedeutung sind: die Medizinische Hochschule Hannover, die Tierärztliche Hochschule sowie die Universität mit ihren technischen Zweigen.
- Durch gezielte Ansiedlungspolitik hat die Stadt in *unmittelbarer* Nachbarschaft der Medizinischen Hochschule ein 25 Hektar großes Areal für Forschung und Entwicklung ausgewiesen.

Erste Vorstellungen auf Fachmessen haben das internationale Interesse auf das Projekt gelenkt. Anfang *kommenden Jahres* wird sich das US-Unternehmen Invitron mit dem weltweit größten biotechnologischen Labor für Forschung und Produktion von Zellkulturen zur medizinischen Nutzung im Medical Park Hannover ansiedeln.

Mit dem Projekt haben Hannover und das Land Niedersachsen die Chance, ein bedeutendes internationales Zentrum mit positiver Ausstrahlung auf die gesamte Region zu schaffen.

PETER W. FISCHER

Hamburg zieht die gesamte Region mit

Begriffe wie Werften- und Schiffbaukrise, beschäftigungswirksame Anpassungsprozesse in der Mineralölindustrie, Strukturprobleme und das Süd-Nord-Gefälle bestimmen vielfach die Diskussion über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung des Stadtstaates Hamburg.

Das Wirtschaftswachstum in Hamburg liegt mit real zwei Prozent p. a. in den zurückliegenden eineinhalb Jahren nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt – trotz des gravierenden Strukturwandels, der mit Stagnation und Wachstumseinbußen in Bereichen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie verbunden war.

Die Wachstumsimpulse der Hamburger Wirtschaft resultieren, neben überdurchschnittlichen Zuwachsraten im Finanzierungs- und Dienstleistungssektor, aus einem kräftigen Aufschwung insbesondere der Investitionsgüterindustrie.

Hamburgs wirtschaftliche Basis ist vielfältig und zeigt eine gesunde Struktur dynamischer Unternehmen – anerkannt und führend in den Bereichen Luft- und Raumfahrttechnik, Elektrotechnik und Elektronik, Feinmechanik und Optik, Medizin- und Pharmatechnik sowie der Kommunikations- und Medientechnik.

Hier setzt auch die Arbeit der HWF (Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH) an. Die Realisierung und Beschleunigung des technologischen Strukturwandels ist eines der wichtigsten Ziele der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Schwerpunkte werden in den Bereichen der Automatisierungstechniken, der *Informationstechnik*, Umwelttechniken und Bio-Technologien gesetzt. Gerade auf dem Gebiet der besonders zukunftsträchtigen Bio-Technologie hat Hamburg bereits sehr beachtliche Forschungsschwerpunkte aufzuweisen: Molekularbiologie, molekulare Neurobiologie, Bio-Verfahrenstechnik und Bio-Sensorik. Der Ausbau zu einem führenden Bio-Technologie-Zentrum hat einen hohen Stellenwert bei der Arbeit der HWF.

URDA MARTENS-JEEBE

Das Telebrief-Netz

Telefax für alle – überall hin, sogar in über 40 Länder.

Endlich kann jeder telefaxen. Wer selbst kein Telefaxgerät hat, geht einfach zur Post – genauer gesagt zu einem Telebrief-Postamt und schickt dort seine Fernkopie auf die Reise, den telebrief „Telebrief". Das Original erhalten Sie zurück. Die Kopie kann Ihr Geschäftspartner direkt empfangen, wenn er ein Telefaxgerät hat. Ansonsten wird der Telebrief im verschlossenen Umschlag zugestellt. Auf Wunsch als Eilbrief, noch am gleichen Tag. Und er kann selbstverständlich auch beim Telebrief-Postamt des Empfängers abgeholt werden. Wenn Sie also Briefe, Dokumente, Verträge, Urkunden, Zeichnungen, Pläne oder andere Vorlagen (bis zum Format DIN A4) blitzschnell übermitteln wollen: per Telebrief.

Fragen Sie bei Ihrer Post nach der Anschrift des nächsten Telebrief-Postamtes.

LINTAS 6.651

Post

Hausse in Deutsche Bank

VW-Aktien setzten die Aufwärtsbewegung fort

DW. – Auf dem deutschen Aktienmarkt kam es am Dienstag zu einem überraschend deutlichen Anstieg der Kurse. Dabei standen die Aktien der Deutschen Bank und des Volkswagenwerks im Vordergrund. Aber auch andere Standardwerte wurden zu steigenden Kursen erworben.

Den Anstoß zur Beschleunigung der Aufwärtsbewegung gab die vorangegangene feste Tendenz an der New Yorker Börse. An den Käufen in den deutschen Börsensälen waren erkennbar auch Ausländer beteiligt.

Mit der besseren Börsenstimmung begann auch wieder die Gerüchteküche zu brodeln. So wird die Hausse in den Aktien der Deutschen Bank auf die angebliche Placierung des Fiat-Paketes zurückgeführt, das sich bisher im Besitz von Libyen befunden hat. Der weitere Anstieg der VW-Aktien und des Bezugsrechts auf die Vorzugsaktien um drei auf 29,50 DM sollen nicht zuletzt im Zusammenhang von Nachrichten stehen, nach denen die vom Bund und Land Niedersachsen nicht bezogenen Vorzugsaktien weitgehend in London placiert werden konnten. Wieder aufgelebt ist das Interesse für Spezialwerte des Elektromarktes, wie PKI, SEL und Nixdorf. Auch im Chemiebereich gab es interessante Kursbewegungen, so vor allem bei Henkels. Auslandskäufe will man ferner bei Linde beobachtet haben. Kräftig erholt auch die meisten Einzelhandelswerte.

Nachbörse: freundlich

DW-Ak.Idx.: 275,77 (270,25)
DW-Ums.Idx.: 4836 (4418)
Adv.-decline-Zahl: 144 (139)
38-Tg-Linie: 277,17 (276,48)
200-Tg-Linie: 278,33 (278,18)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		23.9.	22.9.
H	Aach M Bet. 12,5	2460	2375
H	Aach. M. Vers. 7	1946	1929
D	Aach. Rück. 9	2600T	2510bG
D	Asoag *4	390T	385T
M	Ack-Gögg. 8	166	162
H	Adca 5	183	184
D	Adler 12-16	290G	290G
F	AEG 0	315	309
D	AEG KABEL 9	425G	430
S	Aesculap 9	425	425
F	AGAB 5	162	160
D	Agrippina *0	3800	3730G
D	Colonia Vers. 6	695	700
D	Commerzb. 8	340	334,5
D	Cobk.Reste*0 RM	15,3T	15,3T
F	Cobk.Genußsch.	120,25	120,5
D	Conc. Chem. 4,5	255G	260B
B	Conc. Spinne *0	629	610T
D	Contigas 8	345	345bG
D	Conti Gummi 5	322,5	315,5
D	Dahlb. St. 7,75	261G	263
D	dgl. Vz. 14,75	400G	400G
S	Daimler 12+2,5	1262	1235
M	Deckel AG 6	224,5	225,5
F	DG Bank Gen. 8,5%	–	–
D	Dt. Atl. Tel. 10	760G	760
D	Dt. Babcock St. 3	197,5	197,5

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Singapur

[illegible]

Oslo

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

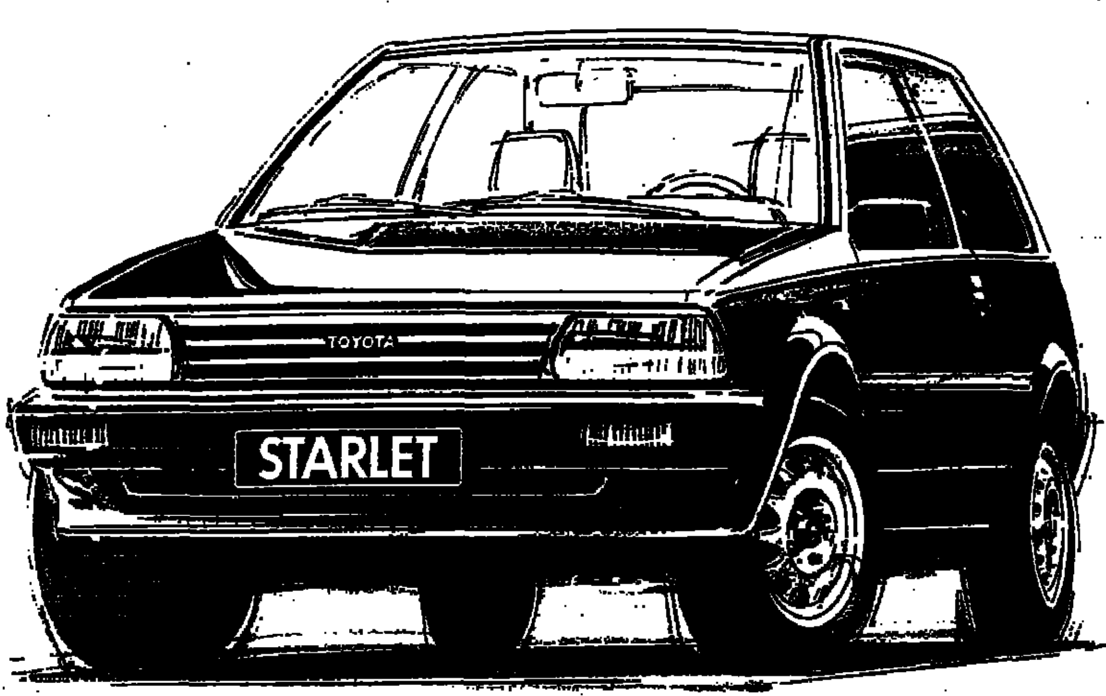
Ab 1. 10. 86 treten die strengeren Abgas-Normen in Kraft.

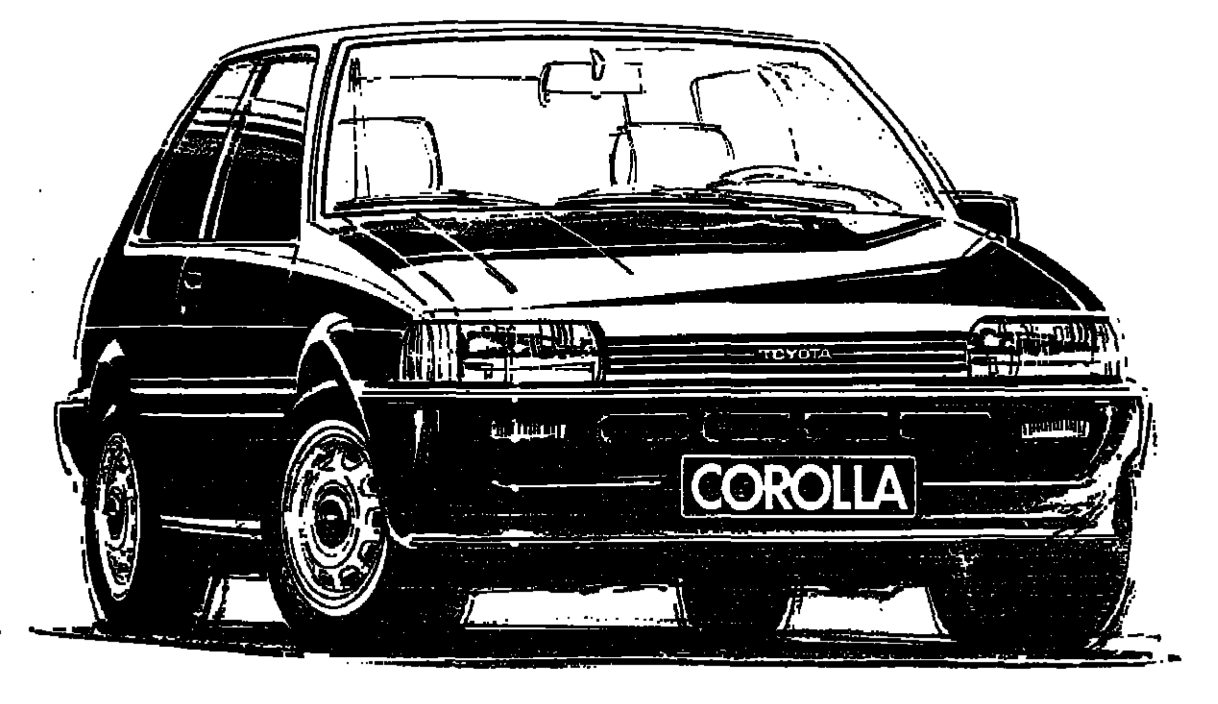
DIE ANTWORT: TOYOTA EURO-KAT.

Eigentlich keine Überraschung: Jedesmal, wenn die Abgas-Normen verschärft werden, hat Toyota die passende Antwort parat. So auch jetzt: Rechtzeitig zum 1. 10. bietet Ihnen Toyota eine weitere Möglichkeit, in Zukunft sauber Steuern zu sparen. Mit dem neuen Toyota Euro-Kat. Einem Oxydations-Katalysator, der die Umwelt entlastet. Dank der wirksamen und sauberen Verbrennung durch die Toyota 12-Ventil-Motoren mit 1,3 *l* Hubraum erfüllt er die strengeren Normen auf besonders kostengünstige Weise. Bei nur DM 280,- (unverbindliche Preisempfehlung) Investition sorgt er für eine Steuer-Ersparnis bis zu DM 750,- in 2 Jahren, 8 Monaten! Fragen Sie jetzt Ihren Toyota-Händler nach den aktuellen Steuersparern. Zum Beispiel mit dem schicken Kraftpaket Starlet S. Einem 12-Ventiler mit 74 PS/55 kW, Euro-Kat und attraktiver Ausstattung. Ab DM 15.770,-*. Auch den sportiven 1,3-*l*-Corolla Compact SR sollten Sie sich unbedingt anschauen. Einen dynamischen 12-Ventiler mit Toyota Euro-Kat und vielen Extras serienmäßig. Ab DM 15.720,-*. Nicht minder sehenswert: das exklusive Sondermodell Corolla Liftback XL. Zum Steuernsparen auf die elegante Art. Ab DM 17.340,-* (limitierte Auflage). Und wenn Sie lieber mit Diesel oder 3-Wege-Katalysator fahren? Fragen Sie. Ihr Toyota-Händler bleibt Ihnen keine Antwort schuldig. Unser attraktives Finanzierungsangebot: **3,33 %** effektiver Jahreszins. Anzahlung nur 33 %. Laufzeiten 12, 24 und 33 Monate über Absatzkreditbank. Toyota Btx *40063 #.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich







* Unverbindliche Preisempfehlung + Überführung.

Inlandszertifikate

	Ausg. 23.9.	Rückn. 23.9.	Rückn. 22.9.
AAR-UNIV.F.I	168,30	158,77	156,77
Adifonds	68,91	65,65	64,68
Adirenta	23,90	23,20	23,19
Adiropa	106,08	102,99	103,23
Adirec	108,44	105,20	102,64
Adiverba	179,83	171,27	169,60
Aegis Eink.-Fds.	39,48	37,59	37,59
Aegis Wachst.-Fds.	68,40	65,13	64,81
AGI Fonds	172,71	164,79	164,79
Akkumula	204,60	194,82	195,82
Albingia Rendite Fds.	52,45	50,35	50,31
Alte Kapital Fds.	38,41	35,71	35,07
Allianz-Rentenfonds	127,57	124,45	124,46
Analytik Fonds	52,10	29,85	29,25
Aro-Rendit.	60,15	58,86	58,12
AriDeka	57,65	55,34	54,72
Ascoverg I	87,82	87,38	87,38
Austr. Pazifik	44,89	45,52	44,36
Berenberg-U-Fonds	412,39	408,38	395,20
Berenberg-U.-Ert.-F.	52,58	51,85	50,54
Berenberg-U-Renten	174,96	121,91	171,48
BW-Renta-Univ.	55,17	53,82	53,64
BW-Wartberg-Univ.	138,56	133,55	130,81
Colonia Rentenfonds	52,23	50,45	50,43
Concentra	38,75	37,79	37,17
dbi-Fonds V I	–	60,04	60,04
DekaFonds	55,92	53,15	52,29
DekaRent	33,12	32,16	32,07
DekaSpezial	243,56	231,39	228,24
DekaTresor	62,69	61,16	61,14
DespaFonds	85,48	81,40	81,40
DEVIF-Invest	107,40	104,19	102,89
DEVIF-Rent	56,20	54,49	54,43
DIFA-Fonds	180,50	171,40	171,40
DIFA GRUND	106,25	100,94	100,94
DIT Fonds f. Verm.	68,97	67,29	66,53
DIT Rohstoffonds	70,05	67,99	67,27
DIT Pazifikfonds	124,09	120,48	120,35
DIT Spezial	75,24	73,05	72,29
DIT Technologiefonds	78,76	74,47	75,21
DIT Wachstumsfonds	73,02	70,89	69,54
DIT Fds.f Wdl.u.Opt.A	131,82	127,82	126,72
DL Rentenfonds	86,68	84,50	84,94
DL Vermögensb. Fds. A	40,82	38,88	38,28
dgl. I	55,29	50,75	50,09
dgl. R	28,45	27,42	27,61
DWS Bayern Spezial	99,35	94,60	94,04
DWS Energiefonds	87,08	84,85	84,17
DWS Provesta	86,10	82,00	81,19
DWS Rohstoff Fds.	80,20	78,21	76,90
DWS Technologie Fds.	85,50	83,41	82,40
Fondak	74,52	70,97	69,90
Fondirent	79,26	74,95	76,82
Fondis	64,45	62,35	61,74
Fondra	113,69	108,28	106,99
FT Accuzins	138,84	134,80	134,45
FT Am Dynamik	23,18	21,21	20,76
FT Frankf. Eff. F	145,79	138,50	137,89
FT Interspezial I	28,95	26,47	26,27
FT Interspezial II	33,60	30,74	30,51
FT Interzins	46,70	45,34	45,36
FT Nippon Dynamik	102,79	94,85	93,15
FT Re-Spezial	195,44	185,67	185,49
Gerling Dynamik	70,92	67,87	67,12
Gerling Rendite	57,41	55,74	55,09
GKD-Fonds	76,20	73,25	72,55
Gotharent	96,50	93,15	93,16
Grundbesitz-Invest.	75,00	71,35	71,35
Grundwert-Fonds	134,95	127,91	127,91
Hbg.-M. Rentenfonds	60,51	58,18	58,19
Hansainternational	50,29	48,59	48,45
Hansarenta	50,15	48,45	48,46
Hansasecur	67,17	65,97	65,05
Hansazins	58,99	49,27	49,27
Haus-Invest	69,80	66,40	66,40
iii-Fonds Nr. 1	117,60	111,90	111,90
dgl. Nr. 2	76,20	72,50	72,50
Industria	63,59	61,74	61,36
INKA-Global	85,80	81,60	81,40
INKA-Rent	52,90	51,30	51,30
INKA-Re-Invest	138,30	134,20	134,10
Inventa	76,48	73,54	73,56
Interglobal	154,81	150,50	149,54
Inter-Renta	39,45	38,47	38,35
Intervest	100,90	96,89	95,00
Interkapital	28,00	26,30	26,90
Int. Rentenfonds	80,95	78,98	79,04
Investa	72,20	68,76	67,68
Investors Fds.	14,55	13,53	13,35
Iverafonds	64,19	57,77	57,12
Japan-Pazifik-Fds.	81,21	78,84	78,15
Kapitall. Spezial	143,19	132,45	138,95
Magdeb. W.-Fd.DIT	84,09	80,09	79,61
Medico-Invest	119,64	111,80	110,90
Mertur I	20,62	20,62	20,62
NB Rent	57,98	56,21	56,25
Nordcumula	76,53	74,38	73,57
Nordrenta Int.	57,06	55,40	54,89
Nordstern-F. RK	52,57	50,70	50,75
Nürnberger Rentenfds.	50,45	48,44	48,38
Oppenh. Int. Rent.	104,16	101,12	101,09
Oppenh. Priva-Rent	115,85	112,47	112,39
Oppenheim-Privat	57,37	54,65	54,49
Oppenheim-Spez. I	127,15	125,44	123,25
Oppenheim-Spez. II	100,29	95,50	94,75
Plusfonds	78,89	75,13	73,70
Privatfonds	68,70	65,39	64,94
Re-Investa	168,70	164,56	163,92
Renditdeka	36,18	33,13	35,18
Rentak	166,95	158,58	158,40
Rentex	112,59	109,20	109,16
Rentensparfonds	59,11	57,39	57,34
Ring Aktien-Fds. DWS	49,45	47,25	46,68
Ring Renten-Fds. DWS	48,50	46,30	46,26
[illegible]-U-Fonds	180,17	174,92	179,15
SMH-Rentenfonds	54,01	52,44	52,55
Südinvest I	65,07	61,97	60,94
dgl. II	78,44	74,70	73,60
dgl. III	27,77	26,96	26,96
dgl. IV	80,97	77,86	76,86
Thesaurent	64,22	62,65	62,67
Thesaurus	240,25	234,39	230,30
Transatlanta	29,09	28,24	28,01
Unifonds	34,10	32,40	31,91
Uniglobal	94,10	89,62	88,47
Unikapital	85,10	83,01	82,91
Unirak	84,10	81,96	81,24
Unirenta	41,40	40,16	39,79
Unispezial I	–	67,68	65,66
Universal-Eff.-F.	98,54	96,61	96,61
Unizins	116,90	113,49	113,41
Verm.-Aufbau-F.	122,42	116,59	115,45
Verm.-Ertrag-F.	97,64	95,84	95,84
VICTORIA Rent-Adig	72,33	69,88	69,88

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,45	31,60	31,55
Bond Valor DM	113,52	111,41	111,45
Convert Fund A DM	35,50	33,50	33,60
Convert Fund B DM	105,60	100,50	100,70
CS Money Market DM	1097,56	1097,56	1097,44
Eurinvest DM	93,70	89,80	89,10
Euronion DM	185,61	171,00	170,88
Formular Sel. DM	80,94	75,60	75,60
GT Inv. Fund DM	62,90	59,50	57,80
Intempor DM	unerh.	unerh.	unerh.
Japan Sel. DM	438,90	410,35	410,35
Unico DM	77,20	74,09	74,40
Amerika-Valor sfr.	420,50	406,75	394,25
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	321,35
Automation sfr.	128,50	11,50	112,50
Bond-Invest sfr.	63,50	62,80	unerh.
Bond Valor Yen	11104,00	10898,00	10870,00
Bond Valor $	128,20	125,82	125,86
Bond Valor sfr.	109,50	107,45	107,45
Bond Valor Sterl.	107,86	105,88	107,37
CSF-Bonds sfr.	78,50	75,75	75,75
CS Gold Valor $	118,85	115,61	112,54
CS Money Market $	1166,71	1166,70	1166,53
CS Money Market Ster.	1135,27	1135,26	1134,99
CS Money Market Yen	104229,0	104228,0	104228,0
Convert Valor sfr.	140,10	137,45	137,45
Convert Valor $	154,81	151,94	152,06
Dreyfus $*	unerh.	unerh.	unerh.
Dreyfus Internat. $*	50,05	47,06	46,74
Dreyfus Intercont. $*	49,35	46,39	46,39
Dreyfus Leverage $*	22,73	20,80	20,68
Energie-Valor DM	179,03	170,02	170,27
Europa Valor sfr.	189,50	180,50	180,25
Fonsa sfr.	192,50	188,00	unerh.
Founders Growth $*	9,50	9,60	9,40
Founders Mutual $*	10,86	10,86	10,69
Goldmines Ml.	–	214,00	218,00
Intercont. Tr. sfr.	–	332,75	325,75
Interswiss sfr.	173,00	146,50	146,50
Intervalor sfr.	78,75	76,00	74,25
Japan Portfolio sfr.	1460,75	1412,50	1386,25
Kemper Growth $*	14,31	13,17	12,97
Pacific-Valor sfr.	195,75	181,75	181,00
Pharmafonds sfr.	322,00	300,50	298,50
Pioneer Fund $*	24,96	22,84	22,71
dgl. II $*	20,45	18,71	18,62
Schweizeraktien sfr.	485,50	460,25	457,75
Siat-Imm. sfr.	1720,00B	1710,00G	1720,00G
Siat 63 sfr.	1350,00B	1340,00G	1340,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2525,00	2500,00	2500,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1345,00	1280,00	1280,00
Swissvalor sfr.	408,50	396,75	394,75
Technology $*	14,39	13,17	12,97
Technogrowth Fd.	94,00	88,69	88,69
Templeton Growth $*	13,54	12,39	12,33
Universal B.S sfr.	78,00	75,50	75,80
Universal Fund sfr.	117,32	114,61	108,95
Ussec	723,00	697,00	695,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 23. 9. 1986
1629 Optionen = 85 308 (91 308) Aktien,
davon 237 Verkaufsoptionen = 12 150 Aktien.

Kaufoptionen: ABB 10-300/14G; 320/6,9; 330/3B; 340/2B; 1-320/22; 340/16B; 360/13B; 380/10B; 400/7B; [illegible]

Rentenoptionen

Frankfurt: 23. 9. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-108/1,2G; 110/0,7; [illegible]

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-110/2G; [illegible]

Junge Aktien

Berlin: Hermes 805G, VAB 240,0B. Düsseldorf: Allianz Vers. 2340, BMW 589, Goldschm. 242, IKB 276, Lehnkering 215G, O & K 132. Frankfurt: Allianz Vers. 2378, BMW 592, Frankona Vz. 635, Fuchs St. 175, Fuchs Vz. 161G, Goldschm. 248bG, IKB 275,1, Magdeburger Feuer NA 799, Magdeburger Feuer 1250B, [illegible] 490, Mercedes 1070, Ymos Vz. 187. Hamburg: –. München: Mercedes 1075, Stumpf 125B, VAB 241B.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Akzo 0,48bG, Thüga 90, VW 29,5. Frankfurt: Thüga 89, VW 29,5. München: Thüga 90, VW 29,5. Stuttgart: Sp. [illegible] ausl.

Devisenmärkte

Die Kursentwicklung des Dollar wurde am 23. September von weiteren Bedeckungen vorhandener Shortpositionen beeinflußt. Nachdem die USA keine „Kriegserklärung" an die EG sandten, war man nicht bereit, gegen den Dollar zu handeln. Der Kurs zog von 2,031 zu Beginn bei lebhaftem Geschäft kontinuierlich an und wurde bis fast 2,05 bezahlt. Nach einer Notiz von 2,0461 und einem Zwischentief von 2,043 kletterte der Kurs wieder auf 2,048. Der Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter, in der neuesten Statistik mit einem Minus von 2,6 Prozent angegeben, enttäuschte zwar, blieb aber ohne sichtbare Auswirkung. Wenige Währungen mußten einen Teil ihres Vortagsgewinns wieder hergeben, darunter auch das Britische Pfund. Fest lag der Japanische Yen mit 1,326. US-Dollar in: Amsterdam 2,3125; Brüssel 42,41; Paris 6,70; Mailand 1413,00; Wien 14,365; Zürich 1,6515; Ir. Pfund/DM 2,742; Pfund/Dollar 1,4442; Pfund/DM 2,955.

Devisen und Sorten

23.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Ank.-Kurs[4]	Wechs. Sorten* Ankauf	Wechs. Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0421	2,0501	2,0272	1,99	2,09
London[2]	10,0	2,948	2,962	2,901	2,88	3,03
Dublin[2]	14,5	2,735	2,749	2,702	2,66	2,81
Montreal[1]	8,58	1,4715	1,4795	1,4527	1,42	1,52
Amsterd.	5,00	88,39	88,61	88,35	87,60	89,35
Zürich	4,00	123,79	123,99	123,95	122,50	125,25
Brüssel	8,00	4,815	4,835	4,788	4,68	4,86
Paris	9,50	30,46	30,62	30,265	29,70	31,35
Kopenh.	7,00	26,455	26,575	26,24	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,67	27,79	27,00	26,75	28,50
Stockh.	8,00	29,39	29,55	29,04	28,50	30,25
Mailand[3]**	12,8	1,4435	1,4535	1,423	1,41	1,49
Wien	4,00	14,205	14,243	14,185	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,516	1,526	1,487	1,46	1,58
Lissabon**	14,5	1,372	1,392	1,345	1,12	1,67
Tokio	3,50	1,3245	1,3275	1,3205	1,28	1,34
Helsinki	8,50	41,40	41,60	40,565	40,25	42,25
Belgrad* **	–	–	–	–	0,25	0,65
Budap.* **	–	–	–	–	2,40	4,10
Athen* **	28,5	1,478	1,532	–	1,00	1,75
Ankara* **	–	–	–	–	0,20	0,39
Sydney*	–	1,281	1,30	–	1,22	1,34
Johannesbg.*	10,5	0,895	0,927	–	0,72	0,97
Hongkong*	–	26,06	26,34	–	23,00	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.









Rentenmarkt stabilisiert

Auf Basis der am Vortag stärker zurückgenommenen Notierungen hat sich der Markt für öffentliche Anleihen stabilisiert. Im längeren Laufzeitbereich wurden Kursbesserungen bis zu 0,20 Prozentpunkte registriert. Kleinere Abschläge bildeten die Ausnahmen. Die zurückgenommene Widerstandskraft steht offenbar im Zusammenhang mit dem vorangegangenen leichten Renditerückgang am US-Bondsmarkt. Die Inflationsfurcht in den USA scheint zunächst einmal ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft ruhig. Die Kurse änderten sich kaum.

F	5¼ dgl. 85 o. O.	97,5	98
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.$	355G	355G
F	4½ dgl. 78 o. O. $	99	98,6
F	6¼ dgl. 83 m. O.	265T	265T
F	6¼ dgl. 83 o. O.	96,5	95,3G
F	3¾ dgl. 83 m. O.	233,5G	238,75bG
F	3¾ dgl. 83 o. O.	93,5T	93,75
F	6¼ dgl. 86 m. O.	139bG	137,5bG
F	6¼ dgl. 86 o. O.	99,85	99,7bG
F	3¼ Didier 85 m. O.	132,5	132,3bG
F	3¼ Didier 85 o. O.	80,75G	80,50G
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	193G	190G
F	4 dgl. o. O.	96bG	96,5
F	8 dgl. 84 m. O.	219G	218G

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	23.9.	22.9.
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	101,5	102,5T
10 dgl. 82/89	109,3G	109,7G
8 dgl. 84/91	105,5G	105,5G
9 Air Canada 82/92	110,5bG	110
7¾ dgl. 85/95	106,5G	106,75
9¾ Akzo 82/89	104,5bB	104,65
7½ Allied Chem. 84/94	103,85T	103,85
8¼ AMCA Ltd. 83/91	102,75	102,75G
8¾ E.D.F. 82/92	107,5G	107,75
8⅝ dgl. 83/93	110,1G	110
7 Elektrobras 77/87	101	101,1
7 dgl. 79/87	100bG	100G
5¼ ELF Aquit. 78/88	99,65	99,6
6¾ Enhart Corp. 85/95	102,25T	102
6¾ Ericsson LM 72/87	100,55	100,55
6¾ Escom 72/87	99,6	99,1
7 dgl. 73/88	101,5	101,75
9¾ dgl. 80/87	102bB	102,5bB
9½ dgl. 82/90	100,5bG	101,5bB
8¾ dgl. 85/90	98,75	98,5
8 dgl. 84/92	94,3	93,9
8¼ dgl. 84/92	96bB	95,75

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Silber aus dem Markt. Größere Verluste verzeichneten Kupfer und Kakao. Uneinheitlich notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	22.9.	19.9.
Dez.	257,50-257,00	261,75-262,00
März	253,50	256,75
Mai	240,50	-

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	197,63	199,55
Am. Durum	195,41	197,31

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	95,90	98,10
Dez.	97,00	97,50
März	98,10	98,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	78,70	79,50
Dez.	77,10	76,80
März	77,50	77,60

HAFER Chicago (c/bush)		
Okt.	126,00	-
März	128,00	128,50
Mai	125,00	-

MAIS Chicago (c/bush)		
Okt.	166,00-166,50	-
März	177,00-177,25	175,75-175,50
Mai	183,50	-

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	83,80	83,40-83,70
Dez.	81,60	81,10-81,30
März	83,00	82,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	22.9.	19.9.
Sept.	202,35-202,45	208,05
Dez.	213,90-214,00	212,90-213,10
März	206,50-206,60	206,70-206,75

KAKAO New York ($/t)	22.9.	19.9.
Dez.	2018-2025	2147-2158
März	2064-2070	2180-2195
Mai	2126	2214
Umsatz	6379	4068

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Okt.	4,75-4,80	4,79-4,82
Jan.	5,30-5,35	5,40-5,47
März	5,85-5,87	5,97-5,98
Mai	6,11-6,12	6,23
Juni	6,31-6,32	6,43-6,45
Umsatz	12531	7831

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,49	4,58

KAFFEE London (£/t) Robusta	22.9.	19.9.
Sept.	2470-2480	2455-2465
Nov.	2505-2510	2480-2485
Jan.	2455-2458	2421-2423
Umsatz	4460	2245

KAKAO London (£/t)		
Sept.	1493-1494	1535-1538
Dez.	1530-1532	1582-1583
März	1576-1577	1618-1621
Umsatz	4757	3178

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	22.9.	19.9.
Okt.	105,60-105,80	107,00-107,40
Dez.	119,20-119,60	120,40-121,00
März	132,20-132,40	134,20-134,40
Umsatz	1585	1852

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	23.9.	22.9.
schw. Saraw.spez.	920,00	915,00
weiß.Saraw.	1375,00	-
weiß.Munt.	1390,00	-

ORANGENSAFT New York (c/lb)	22.9.	19.9.
Nov.	107,00-107,25	104,75-105,00
Jan.	108,20-108,35	106,80
März	108,75-108,95	107,40-107,50
Mai	109,00	108,50-109,00
Juli	109,40	108,40-108,50
Umsatz	1000	350

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	22.9.	19.9.
	27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	17,00	17,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	14,29-14,30	14,28-14,10
Dez.	14,88-14,89	14,67-14,80
Jan.	15,00	14,90
März	15,28-15,30	15,25-15,30
Mai	15,50-15,55	15,40-15,50
Juli	15,70-15,75	15,60-15,65
Aug.	15,70	-

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	13,50	13,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	14,00	14,80
Choise white hog 4 % fr. F.	10,00	10,00

TALG New York (c/lb)		
top white	11,25	11,25
fancy	10,75	10,75
bleichf.	10,50	10,50
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	54,90-54,90	56,45-56,35
Dez.	54,27-54,27	55,77-55,80
Febr.	52,67-52,67	54,12-54,20

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	75,42-75,42	77,30-77,55
März	74,00	76,10-75,90
Mai	72,85-72,85	74,80-74,90

HÄUTE Chicago (c/lb)	22.9.	19.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,50-65,00	64,00-64,50
Kühe einh. schwere River Northern	58,00-59,00	57,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	486,3-486,8	487,0-486,0
Jan.	494,5-495,0	495,0-494,5
März	502,75-502,5	505,0-502,75
Mai	509,25	508,5
Juli	511,75-511,5	510,0
Aug.	510,5-510,75	508,5
Sept.	507,0	-

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	150,3-150,4	151,3-151,4
Dez.	151,5-151,6	152,8-153,0
Jan.	152,2-152,0	153,5-153,8
März	152,8-153,0	154,3-154,0
Mai	154,0-154,2	155,5-155,0
Juli	154,2	155,5-155,0
Aug.	155,0-155,5	-

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	22.9.	19.9.
Okt.	236,80	236,6
Dez.	240,20	240,4-241,0
März	248,50	248,4

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	22.9.	19.9.
	10,50	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	23.9.	22.9.
cif	532,00	532,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	385,00	390,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	220,00	215,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	68,00	66,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	260,00	245,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	189,00	189,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	22.9.	19.9.
Okt.	46,30	44,30
Dez.	47,10	45,10
März	48,15	46,15
Mai	48,90	46,90
Juli	49,40	47,40
Okt.	50,35	48,35

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	46,25	46,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	23.9.	22.9.
Okt.	550-575	570-575
Dez.	554-555	540-556
Jan.	561-554	550-554
Umsatz	2502	2491

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	23.9.	22.9.
Okt.	34,00-41,50	34,00-41,50
Dez.	-	-
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	23.9.	22.9.
Okt.	621,00-630,00	621,00-640,00
März	-	-
Mai	-	-
Umsatz	2	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23.9.	22.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	23.9.	22.9.
Okt.	geschl.	12000
Nov.	geschl.	12076

KAUTSCHUK London (p/kg)	22.9.	19.9.
spot	55,50-67,50	65,00-67,00
RSS 1 Okt.	65,00-66,00	64,50-65,50
RSS 2 Okt.	64,00-65,00	63,50-64,50
RSS 3 Okt.	63,00-64,00	62,50-63,50
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	23.9.	22.9.
Okt.	230,50-233,00	232,00-234,00
Nov.	231,50-234,00	233,00-235,00
Nr. 2 Okt.	228,00-229,00	229,00-230,00
Nr. 3 Okt.	224,00-225,00	225,00-226,00
Nr. 4 Okt.	219,50-220,50	220,50-221,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	23.9.	22.9.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	23.9.	22.9.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	252,66-252,95	252,37-252,66
dritt. M.	242,44-242,59	242,27-242,42
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	82,05-82,34	82,54-82,69
dritt. M.	83,38-83,53	83,73-83,87
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	765,68-767,16	752,64-754,13
dritt. M.	780,78-781,08	764,52-765,41
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	170,32-173,28	170,72-173,69
Prod.-Pr.	188,00	187,13
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	23.9.	22.9.
	14,19	14,26

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23.9.	22.9.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	280,50-282,58	284,23-286,51
BLEI in Kabeln	89,75-90,75	90,25-91,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Randb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller

Messingnotierungen

	23.9.	22.9.
MS 58, 1.VS	272	273-275
MS 58, 2.VS	317-325	320-327
MS 63	298-302	301-305

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	23.9.	22.9.
Leg. 225	275-285	275-285
Leg. 226	277-287	277-287
Leg. 231	312-317	312-317
Leg. 233	322-327	322-327

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	23.9.	22.9.
PLATIN (DM/g)	42,258	41,858
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	33060	33288
Rückn.-Pr.	28200	28300
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	29228	29550
Rückn.-Pr.	28430	28750
verarbeitet	30650B	31000B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	28670	29000
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	402,00	404,20
Rückn.-Pr.	389,70	391,80
verarbeitet	419,60B	421,90B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	23.9.	22.9.
10.30	435,15	442,75
15.00	435,00	435,50
Zürich mitt.	435,00-436,00	438,00-441,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	92050	92150
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	411,90	413,15
3 Mon.	421,95	423,15
6 Mon.	432,70	433,70
12 Mon.	452,30	453,90
PLATIN (£/Feinunze) London	22.9.	19.9.
fr. Markt	411,10	394,85
PALLADIUM (£/Feinunze) London	22.9.	19.9.
f. Händl.-Pr.	99,20	97,35

New Yorker Metallbörse

	22.9.	19.9.
GOLD H & H Ankauf	435,50	430,00
SILBER H & H Ankauf	600,00	594,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	561,50-564,00	561,50-564,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	143,00-147,00	142,00-145,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Sept.	440,40	436,00
Okt.	441,00-441,50	436,00-437,00
Dez.	443,40	439,20
Febr.	444,50-444,60	440,50-441,50
Apr.	448,00-449,50	444,00-446,00
Umsatz	65000	85000
SILBER (c/Feinunze)		
Sept.	598,60	599,50
Okt.	600,00	601,00
Dez.	605,00-605,50	605,00-608,00
Jan.	608,70	609,70
März	615,00	614,00-618,50
Mai	520,50	623,00-624,00
Juli	628,50-629,00	629,20
Umsatz	18000	30000

KUPFER (c/lb)	22.9.	19.9.
Sept.	61,50	61,90
Okt.	61,05	61,90
Dez.	61,50-61,60	62,30-62,50
Jan.	61,65	62,50
März	61,80-61,85	62,60-62,70
Mai	62,15	62,90
Juli	62,40	63,20
Umsatz	4200	4500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	23.9.	22.9.
mitt. Kasse	853,00-854,00	850,00-851,00
3 Mon.	818,50-819,00	816,50-817,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	277,00-278,00	278,00-278,50
3 Mon.	281,50-282,00	282,00-282,25
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	928,50-929,00	939,50-940,00
3 Monate	951,00-951,50	961,00-961,50
ab. Kasse	–	940,00-941,00
3 Monate	–	961,50-962,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	903,00-904,00	914,00-916,00
3 Monate	928,00-929,00	938,00-939,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	600,00-600,50	602,00-603,00
3 Monate	603,00-604,00	605,50-606,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	125-135
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	42-50

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	22.9.	19.9.
Okt.	39,80-39,90	40,40-40,50
Nov.	40,90-41,10	41,70-41,90
Dez.	42,10-42,25	42,90-43,10
Jan.	43,80	43,75-43,90

GASÖL – London ($/t)	22.9.	19.9.
Okt.	121,75-122,00	123,00-125,00
Nov.	125,75-126,00	128,00-128,25
Dez.	–130,50	132,00-132,25
Jan.	–132,75	134,25-134,50
Febr.	–132,50	134,00-136,00
März	117,00-125,00	121,00-125,00
Mai	115,00–	–130,00
Juni	114,00-131,00	120,00-130,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	22.9.	19.9.
Okt.	39,95	40,75
Nov.	39,50-39,55	40,25-40,40
Dez.	39,40-39,50	40,10-40,25
Jan.	39,40	40,07
Febr.	39,35	40,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)	22.9.	19.9.
Nov.	14,28-14,30	14,70-14,78
Dez.	14,40-14,44	14,75-14,84
Jan.	14,33	14,68-14,70
Febr.	14,24	14,50
März	14,07-14,10	–

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	22.9.	19.9.
Arabian Lg.	11,80	11,75
Arabian Hv.	11,57	11,47
Iran Lg.	13,50N	13,50N
Forties	13,60	13,90
North Brent	13,80	14,05
Bonny Light	14,00N	14,05

Kartoffeln

London (£/t)	22.9.	19.9.
Nov.	111,50	115,00
Febr.	126,00	132,50
April	178,50	188,50
Mai	194,80	204,50
New York (c/lb)	22.9.	19.9.
Nov.	3,94-3,95	3,88-3,90
März	4,59	4,45
Mai	5,43	5,35
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	22.9.	19.9.
Nov.	167,00-167,90	170,40
Jan.	163,30-163,70	164,50-165,00
März	163,40-163,10	164,30-165,00
Mai	165,00-165,40	166,00

Devisenterminmarkt

Am 23. 9. notierten die Terminkurse unverändert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,84-0,74	1,55-1,35
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,50-1,47	3,03-2,98
Pfund/DM	2,00-0,60	4,80-3,40	9,00-7,60
FF/DM	18-2	37-21	59-43

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23.9.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 23.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23.9.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6-6⅛	4½-4¾	4⅜-4⅝
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	4⅜-4⅝
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	4⅜-4⅝
12 Monate	6⅛-6⅜	4½-4¾	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 23.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 23.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	203,00	259,92	36,26
20 ffr. Napoleon	5,8070	163,00	214,32	36,91
20 sfr Vreneli	5,8070	185,00	239,40	41,23
½ Sovereign (E.II)	3,6610	104,00	141,36	38,61
1 Sovereign Neu	7,3220	195,00	250,80	34,25
1 Sovereign Alt	7,3220	203,00	259,92	35,50
100 Kronen Öster.	30,4880	820,00	1003,20	32,90
20 Kronen Öster.	6,0980	163,00	208,42	34,21
10 Kronen Öster.	3,0480	84,00	111,72	36,65
4 Dukaten Öster.	13,7700	387,00	475,38	34,52
1 Dukaten Öster.	3,4420	86,00	118,56	34,45
10 Rubel Tscherw.	7,7423	205,00	262,20	33,87
Krügerrand 1 Uz	31,1035	873,00	1035,12	33,28
Krügerrand ½ Uz	15,5517	454,00	540,36	34,75
2 Rand Südafrika	7,3220	195,00	248,52	33,94
1 Rand Südafrika	3,6610	90,00	125,40	34,25
50 C.$ MaplL.1 Uz	31,1035	903,00	1069,32	34,38
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1105	92,00	116,28	37,39
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1035,00	1328,10	44,13
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1270,00	1504,80	48,38
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	129,00	164,16	52,78

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 23.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,493	6,30
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,50	6,93
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	139,00	9,19
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,53	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,13	5,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,01	6,55
Hbg. Ldbk. A.7	100,00	15.8.96	53,20	6,59
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,56	6,59
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,36	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,08	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,07	7,00
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,94	6,90
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,57	7,02
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,52	6,75
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,35	6,58
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,15	6,50
WestLB 605	100,00	1.6.01	37,50	6,91
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,20	6,98
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,80	4,26
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,90	5,05
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,15	5,36
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,90	5,56
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,50	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	117,90	6,92
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	126,15	9,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	131,25	8,58
Prud Realty	$ 100	15.1.99	68,15	9,13
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,00	8,02
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,00	8,66
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,50	10,47
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	63,875	8,67
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,5	9,01
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,625	8,41
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,5	9,39
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,5	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,5	9,02
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,25	9,05
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,625	8,64

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,82 (4,80)	100,4	102,0	103,9	105,8	107,6	109,5
3	5,14 (5,10)	99,60	102,1	104,8	107,5	110,2	112,9
4	5,55 (5,52)	97,75	101,2	104,7	108,2	111,7	115,2
5	5,80 (5,79)	96,20	100,9	104,7	108,9	113,1	117,3
6	6,00 (6,00)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,25 (6,25)	92,55	98,60	103,6	109,1	114,6	120,2
8	6,55 (6,55)	90,00	96,05	102,1	108,2	114,3	120,3
9	6,77 (6,75)	87,75	94,30	101,5	107,4	114,0	120,5
10	6,81 (6,80)	86,55	93,60	101,4	107,7	114,8	121,8
15	7,05 (7,05)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,781 - (112,832)
Performance-Rentenindex: 247,491 (247,518)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	22. Sept.	5,875-5,819
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,80
	60–270 Tage	5,675
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,80
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,70
	2 Monate	5,70
	3 Monate	5,70
	6 Monate	5,75
	12 Monate	5,90
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,25
	26 Wochen	5,39
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,78
	30 Jahre	7,68
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	8. Sept.	695,5 Mrd. $ (+2,5 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	134,80	132,80
März	135,40	133,50

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	22.9.	19.9.
9¾ EEC 90	105,375	105,75
11½ dgl. 90	110,25	110,5
10¾ EIB 93	109,375	109,25
11 dgl. 91	112,625	112,625
11½ dgl. 90	113,5	113,625
11⅝ dgl. 93	120,375	120,375
12 dgl. 95	122,625	122,875
12⅛ dgl. 90	115,625	115,5
12⅞ dgl. 95	127,625	127,75
13 dgl. 96	119,25	119,5
10⅜ Wld Bk 95	112,375	112,75
10⅝ dgl. 88	105,125	105,375
10¾ dgl. 90	109,875	110
10⅞ dgl. 93	115,25	115,5
11 dgl. 92	114	114,25
11⅛ dgl. 88	108,25	108,375
11⅜ dgl. 90	112,625	112,75
11⅜ dgl. 89	109	109,125
11⅝ dgl. 90	112,75	112,875
12 dgl. 93	120,875	121
12¼ dgl. 94	125,375	125,625
12⅜ dgl. 94	128,375	128,75
6½ Sears 91	103,5	103,5
6⅛ Swed.Ex.91	102	102
7 TRW 94	101,125	101,125
6⅜ Un.Tech.92	101,625	101,75
6⅝ W.Disn.96	101,625	101,875
6⅞ World Bk96	103,625	104,125
6⅝ dgl. 90	103,375	103,375
6⅜ dgl. 94	104,5	104,75
7 dgl. 94	106,5	106,625

Euro-Yen

	22.9.	19.9.
6⅛ Al.Corp 91	101,75	101,5
6⅞ Al.Sign93	101,625	101,375
7⅛ ADB 94	108,25	108,375
7 Austria 95	107	107
7 BP 92	105,375	105,5
6⅜ Denmark 92	103,75	103,875
7 Denm.Bk. 92	104	104,125
7 Dow Chem.94	101,25	101,375
6⅜ EDF 95	106,125	106,125
6½ Eurofima95	103	103,125
6⅛ dgl. 92	102,625	102,25
6⅜ dgl. 95	102,625	102,25
7⅛ dgl. 94	105,625	105,25
6⅞ Forsmis 92	105	105,125
6⅞ Finl.Rep90	103,75	103,875
6⅛ GMAC 90	101,375	101,625
7⅛ Goodyear95	102,25	102,375
6⅛ dgl. 94	101	101,125
6⅞ ITT 92	102,125	102,125
6⅛ McDonal.92	101,125	101,25
6⅜ Montreal95	103	103
6⅞ NordLB 95	102	102,375
6 NIB 91	100,75	100,875
7 dgl. 92	105,75	105,875
7 Pac.Gas 94	102,75	103
6⅜ Penney 92	101,125	101,5
6⅜ Procter 92	102,75	102,625
6⅜ Sallie 92	103,5	103,5

Lux. Franc Bonds

	22.9.	19.9.
9⅞ Alcoa 87	100	100
9⅜ Asea 89	100,5	100,5
6⅞ Asian Dv87	99	99
10⅛ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	107	107
10⅜ Caca 94	106	106
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101,25	101,25
8⅞ Conseil 95	105	105
12⅛ dgl. 92	105	105
8 Capital 88	100,25	100,25
8¼ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105,75	105,75
7½ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅞ EEC 95	105	105
8⅝ Euratom 89	105	105
10⅜ dgl. 96	111	111
11 dgl. 95	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106,25	106,25
10 dgl. 91	105	105
10 dgl. 94	106,5	106,5
11⅜ dgl. 89	–	–
8 EIB 91	100	100
8⅞ dgl. 93	105	105
9⅞ dgl. 95	107,5	107,5
9⅜ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	106	106
10⅜ dgl. 94	110,5	110,5
11⅜ dgl. 88	101,75	101,75
12⅜ dgl. 90	107	107
8⅞ Goodyear95	103,25	103,25
9⅜ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9⅜ Hypo Bk.88	101,75	101,75
11 Kredlet.93	104	104
7⅜ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	104,75	104,75
11⅜ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅜ dgl. 87	99,75	99,75
8⅜ Met.Chic92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105	105
10⅜ N.Lx.Al97	–	–
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8⅜ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10⅜ Paribas89	105,75	105,75
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅜ Renault 88	99,75	99,75
7⅜ Sogenal 91	100	100
9⅜ dgl. 92	106	106
10⅜ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9⅜ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9⅜ dgl. 90	104,25	104,25
10⅜ dgl. 89	104,25	104,25

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	22.9.	19.9.
8⅜ Cop City91	99,75	99,75
12⅜ dgl. 92	105	105
8⅜ CCA 91	99,75	99,75
11⅛ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅜ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅜ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	22.9.	19.9.
9⅜ ABN 92	105,5	105,75
All Nippon 95	106,25	106,625
9⅜ ANZ 92	106,125	106,25
10⅜ Austria95	112,125	112,375
10 BNDA 92	105,5	105,75
8⅜ B.d.Roma93	100,125	100,25
9 M.+Hope 92	104	103,875
9 Bk.Helv.96	104,375	104,625
7⅜ BNP 93	98,125	98,375
8⅜ dgl. 95	105,5	106,125
8⅜ Bay.Vbk.88	101	101,125
8⅜ BFCE 93	101,625	101,875
9⅜ dgl. 92	107,25	107,625
9⅜ dgl. 95	107,25	107,375
9⅜ Bull 92	103,75	104
9⅜ CNT 92	107,25	107,5
9⅜ dgl. 95	107,25	107,875
8⅜ Cargill 95	103,25	104
10⅜ Caca 89	107,125	107,375
9 Chrysl. 92	101,5	101,5
9⅜ dgl. 94	102	102,375
9 ClubMed 88	101,75	101,875
9 Colgate 91	101,125	101,5
9 Cop City 95	103,125	103,25
9⅜ CCF 95	106,625	106,875
9⅜ CrdNord 91	106,5	106,875
11⅜ CrdFonc90	107,5	107,875
11⅜ dgl. 90	108,5	108,625
6⅞ CrdLyon 92	92,875	93,125
8⅜ CrdNat 96	106,375	106,875
10⅜ dgl. 94	112,75	112,75
8⅜ Crdanst.94	105	105,25
9⅜ Credito 92	105	105,25
7⅜ Denmark 96	98,5	98,75
9 EDF 97	106,25	106,75
8⅜ EEC 93	104,75	105,125
8⅜ ELFAqu. 88	100,875	101,25
9 Ermo Gut 91	102,25	102,375
9⅜ dgl. 93	102,25	102,5
10 Euratom 97	108,625	109
9⅜ Eurofima95	103,25	103,625
8⅜ EIB 90	103,375	103,625
8⅜ dgl. 93	104,75	105,125
8⅜ dgl. 92	103,625	103,75
9⅜ dgl. 95	111,375	111,75
10⅜ dgl. 94	112,25	112,5
10⅜ dgl. 94	110,75	111
10⅜ dgl. 90	109,5	107,625
11⅜ dgl. 92	111,125	111,375
9 Eutelsat 93	105	105,25
6⅜ EDC 96	92,375	92,875
8⅜ Fiat 90	101,875	102
9 IIKFinnl 95	102,5	102,75
8⅜ Ford C.95	104	104,5
7 Giroz. 93	95,375	95,75
10⅜ dgl. 93	111	111,125
10 IADB 93	110,75	110,75
8⅜ IBM 90	104,125	104,125
6⅜ Iceland 96	91	91
8⅜ IKB 93	102,25	102,25
9 Imatran 96	103,25	103,25
9⅜ Italia 89	103	103,25
10⅜ dgl. 92	111,25	111,25
9⅜ Kansall 92	107	107
9⅜ KbRom 92	105	105
6⅜ KBWbl 95	91,75	92
10⅜ Megal 95	106,375	106
8⅜ Mits.Tr.95	104	103,875
9 MoetHen.91	104	104,25
9⅜ Mol 90	101,75	101,75
8⅜ Morgan 90	102,75	102,75
8⅜ Motorola92	104,25	104,25
9 Neste 95	103,875	104
8⅜ N.S.Wal.95	104,125	104,125
9⅜ N.Zeal. 90	104,125	104,25
9⅜ N.Zeal.92	105,75	105,75
9 Ostkbk. 89	102,625	102,625
8⅜ Olivetti95	103,625	103,625
8⅜ Parbel 89	101,25	101,25
10 Pechin.90	104,625	104,5
9 Petroc.95	100,625	100,625
9⅜ Peugeot 90	105,625	105,625
8⅜ Phibro 96	101,75	101,75
9 Philips 93	103,125	103,125
9⅜ Piba 92	104,5	104,5
10 Prvbk. 92	105,5	105,375
10⅜ RATP 92	–	–
7⅜ Robobk. 96	99,75	99,875
9⅜ dgl. 95	–	–
8⅜ Reynolds91	102,75	102,75
9 SAS 95	104,625	104,5
9 Sanwa 95	106,125	106,125
8⅜ Secpac 90	102	101,875
9 SNCI 95	103,875	103,875
8⅜ Sumitomo92	106	105,875
9⅜ dgl. 93	106,125	106,375
9 dgl. 93	105,5	105,625
6⅜ Schweden96	93	93
9 Unbk.Nor95	104,5	104,375
8⅜ Vict. 90	103,25	103,125
8⅜ WaldD. 94	103,25	103,25
9⅜ dgl. 95	105,375	105,375
8⅜ Westpac.96	104,625	104,625
9⅜ Westpac92	106,75	106,75
8⅜ Worldbk.95	104,625	104,625
8⅜ dgl. 93	104	104
9⅜ dgl. 92	108,25	108,25
10⅜ dgl. 89	106,5	106,5
10⅜ dgl. 94	111,375	111,375
11 dgl. 93	110,25	110,25
8⅜ Xerox 90	102,125	102,125

ECU-Tageswerte

	22.9.	19.9.
Dollar	1,05181	1,05005
Bfr	43,5825	43,5714
DM	2,09196	2,09071
hfl	2,36463	2,36212
£	0,708601	0,710853
Dkr	7,90067	7,91855
FF	6,84903	6,8493
Lira	1444,97	1445,28
I-£	0,763149	0,763888
Sfr	1,68674	1,68969
öS	14,6997	14,6912
Peseta	137,795	138,068
Skr	7,11091	7,15338
Nkr	7,54857	7,58927
Kan-$	1,45064	1,45977
Esc	151,147	151,837
Fmk	5,05146	5,07422
Yen	158,209	159,968
Drachme	139,135	139,938

SZR-Wert

	22.9.	19.9.
Dollar	1,21285	1,22268
DM	2,46209	2,43925

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Kanada – Kooperation

Als bedeutender deutscher Hersteller unterhalten wir in Kanada eine schlagkräftige Vertriebsorganisation. Mit den kanadischen Verhältnissen sind wir bestens vertraut.

An einem bevorzugten Standort westlich Toronto stehen aus einer Erweiterung Räumlichkeiten für Fertigung/Montage/Büro zur Verfügung. Qualifiziertes, deutschsprachiges Personal ist vorhanden.

Nutzen Sie unsere Erfahrungen für den Vertrieb Ihrer Produkte in kanada/USA; nutzen Sie unser Know-how in industrieller Fertigung für die Herstellung Ihrer Produkte in Kanada.

Vermietung von Produktions- und Bürofläche wäre ebenfalls möglich.

Kontaktaufnahme erbeten unter Y 5355 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für den Neuaufbau einer bundesweiten *Außendienst-Organisation* einschl. West-Berlin suchen wir für die einzelnen Bundesländer qualifizierte

Verkaufsleiter

Die Bewerber müssen in der Lage sein, im Regionalbereich eine Verkaufsorganisation aufzubauen. Erforderliches Eigenkapital DM 6000,- (Gebietsschutz). Wir bieten konkurrenzloses Verkaufsangebot.

Vorabinformation: Tel. 0 69 / 63 70 55

Importeur sucht für attr. Design-Uhrenprogramm und neuartige Geschenk-/Haushaltsartikel

Vertriebspartner

in allen Bundesländern, die beim Uhren-Haushalts-/Geschenkartikel-Handel gut eingeführt sind.

Zuschr. unter Z 5334 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen freie Kapazitäten

Langfristige Geschäftsverbindung

Arbeitsgebiet:
Maschinenbau – Einzelfertigung

Maschinenkapazitäten:
- Drehen
- Bohren
- Bohrwerk
- Fräsen

Montagekapazitäten:
Zusammenbau von Baugruppen und Maschinen

Teilegewicht:
1 – 50 kg

Maschinengewicht:
500 – 1500 kg

Konstruktions- und Arbeitsvorbereitungsbetreuung erforderlich.

Angebote unter W 5353 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**

Je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigar Str. 49, 4300 Essen 15

Da wir expandieren wollen, suchen wir finanzielle Unterstützung. Lukrative Geldanlage im Textileinzelhandel bis zu 25% Verzinsung. Zuschriften erb. u. A 5335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenzgründer oder Werbeagentur. TOP-Verlagsobjekt (Autoratgeber) mit allen Druckunterlagen und Know-how für DM 5000,– zu verkaufen. Besonders geeignet für nebenberufl. Einstieg oder als Zusatzservice. Teilw. Kunden vorhanden. Exklusiv für PLZ ab 300Tsd. Einwohner. Zuschriften erbeten unter B 5336 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Möchten Sie mehr für Ihr Geld und gleichzeitig mehr Sicherheit für Ihr Kapital?

Melden Sie sich bitte unter H 5342 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir bieten viel mehr von beidem!

Eine große seltene Chance für Sie

Können Sie neue Märkte erobern? Verbindungen zu Großabnehmern herstellen? Dann sind Sie unser Mann. Interessante, schöne und (auch) wertvolle Geschenkartikel suchen ihren Mann – evtl. Frau.

Zuschr. unt. H 5386 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in München

Vermittlungen, Sekretariats-Full-Service.

Fa. Tel. 0 89 / 3 11 32 18

Vertriebsgruppen gesucht!

Wir bieten
- interessante Fondskonzeption
- zuverlässige Abwicklung
- attraktive Provisionen

Rufen Sie uns ab Montag an:
Tel. 0 42 21 / 1 41 54

Besond. Chance für qualifiz. Vertreter

Vertrieb konkurrenzl., preisw. Orga-System m. Klein-EDV für Apotheken; große Resonanz d. Fachveröffentl. u. Werbung; hohes Einkommen, wenig Reiseaufwand, Schulung u. Verkaufshilfe; Kontaktaufn. bitte m. Info üb. derzeit Tätigkeit:

Thermox KG, Reesendamm 3, 2000 Hamburg 1

Damit Sie keinen Fehlstart haben!

Wenn Sie sich als ausländisches Unternehmen in Westdeutschland und England niederlassen wollen und nicht wissen, wie Sie den Anfang richtig meistern sollen –

Wir geben Ihnen die nötige Starthilfe!

Von der Beschaffung der Büroräume, über gewerbliche Anmeldung, Personalberatung, Aussuchen von Rechtsbeiständen und Steuerberatern bis hin zur Anmeldung von Telefon, Telex, Telefax übernehmen wir sämtliche Firmengründungsformalitäten für Sie.

Rufen Sie gleich an!
Tel. 0 61 04 / 53 46

Schweizer Gesellschaft

mit besten Referenzen empfiehlt sich für Beratung und Abwicklung Ihrer internationalen Handelstransaktionen. Büro mit voller Infrastruktur (Computer, Telex, Telefax usw.) vorhanden. Anfragen bitte an Chiffre 44-131 459, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich.

Versandhaus-Profi

Text, Layout, Konzeption, Mode, sucht freie Mitarbeit.

Telefon 0 26 62 / 13 65

BW-Südd.

Vertriebsbüro, Auslieferungslager

Kaufmann, 49, verh., geschickter Verhandlungsp., abschlußsicher, vertritt Ihre Interessen. Büro, Lager, Tel. vorh.

Zuschriften unter D 5338 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hersteller von computergesteuerten **Münz-Personen-Waagen** sucht bundesweit engagierte

Handelsvertreter

für die Zielgruppen Warenhäuser usw.
SIGNA-Informations-Technik GmbH
Angerhofstr. 15, 4030 Ratingen 1,
Telefon 0 21 02 / 2 70 61–62

Telefonische Anzeigenannahme

Essen-Kettwig (0 20 54) 1 01-5 24

STELLENANGEBOTE

IHRE ZIELE? Sie möchten Ihr eigener Chef sein, und ein **überdurchschnittliches Einkommen** ohne eigenen Kapitaleinsatz erzielen?

Dienstleistungsunternehmen sucht für diverse Regionen in der BRD

TOPVERKÄUFER
(oder solche, die es werden wollen)

Mit unserem Konzept und Ihrem Einsatz kann Ihr Wunsch sehr bald Realität werden. Bei Eignung besteht die Chancen, den Posten eines

VERKAUFSLEITERS zu übernehmen.

Interessiert? Dann richten Sie Ihre Zuschrift an Chiffre J 12'885, IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Der Ewald Schwarzer Verlag, spezialisiert im Bereich von Führer-Objekten in Deutschland und der Initiator von „lesbarer Werbung" in Form der exklusiven Zeitschrift **„Feine Adressen"** sucht

einen jungen, dynamischen, verantwortungsbewußten

Verkaufsleiter

Wir erwarten: sicheres Auftreten, ein großes Maß an Selbständigkeit, Führung und Einarbeitung von Mitarbeitern, Fähigkeit zur Schulung derselben, Begeisterung und Engagement.

Wir bieten: überdurchschnittliches Einkommen über Fixum, Provisions-, Subprovisionszahlung, Pkw-Gestellung.

Wenn Sie glauben, dieser anspruchsvollen, ausbaufähigen Tätigkeit gewachsen zu sein, so erwarten wir Ihre schriftliche Bewerbung mit nachweislichen Verkaufserfolgen beim

Ewald Schwarzer Verlag, Wallberstraße 1, 8028 Taufkirchen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,- zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 114,- zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-358

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch: _____ spaltig zum Preis von DM _______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Vorwahl/Telefon: ____________
Unterschrift: ____________
Der Anzeigentext:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

STELLENGESUCHE

Die aktive Gestaltung der Unternehmenspolitik und die Steuerung von Unternehmen auf Erfolgskurs sind die markantesten Merkmale meiner Person

Neben unternehmerischem Geschick und der fachlichen Kompetenz in allen vertrieblichen, technischen, aber auch kaufmännischen Bereichen – da Dipl.-Ing. und Betriebswirt – bin ich als aktiver Gestalter nicht nur in der Lage, Impulse zu geben, sondern besitze auch die langjährige Führungserfahrung, qualifizierte Mitarbeiter durch Vorbild leistungsorientiert zu motivieren.

Vorstands- und Geschäftsführererfahrung in den Branchen Baumaschinen, Fördertechnik, Anlagenbau und Umwelttechnik sind vorhanden.

Ich suche aus ungekündigter Position eine neue Herausforderung als

Geschäftsführer

eines Unternehmens. Ich bin gerade fünfzig Jahre alt, belastbar, aktiv, voller Unternehmergeist und in der Lage, auch Unternehmen, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Phase befinden, erfolgsorientiert zu führen.

Sollten Sie diese wenigen Hinweise interessieren, so bitte ich um Kontaktaufnahme unter D 5316 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter

Raum Düsseldorf, 4 EG-Sprachen, technisches Verständnis, weltweit gereist, macht sich selbständig und übernimmt Länderbetreuung (z.B. Einkauf/Verkauf/Messeorganisation Südeuropa, USA, VR China) auf Honorar- und Provisionsbasis.

Angebote erbeten unter U 5351 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN

38 Jahre, Deutscher, verh., Sprachen: Engl., Franz. und Arabisch (nur gesprochen), seit vielen Jahren als Niederlassungsleiter deutscher Großunternehmen in **Kairo/Ägypten** tägig und ansässig, sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe.

Kann Firmen, die im ägyptischen Markt Fuß fassen oder ihre dortigen Aktivitäten durch ein eigenes Büro ausbauen bzw. besser steuern wollen, neben langjähriger Markterfahrung und Landeskenntnis voll funktionstüchtiges Büro mit gut eingespieltem Mitarbeiterteam bieten.

Angebote werden erbeten unter R 5348 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wo kann engagierter

Industriekaufmann im Vorruhestand

seriöses und fundiertes Unternehmen der Fertigungs- oder Dienstleistungsbranche im **Angestelltenverhältnis** weiterführen?

Vertrauensvolle Zuschriften bitte unter E 5339 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Als 43jähriger Praktiker mit klassischer Verkaufs- und Managementkarriere suche ich die

neue unternehmerische Aufgabe

mit Schwerpunkt Marketing und Vertrieb.

Die Absatzkanäle Groß- und Einzelhandel, Kauf- und Warenhäuser, Fachhandel und Großflächenvertrieb im Bereich Ge- und Verbrauchsgüter – Non-food – kenne ich sehr gut: In der neuen Aufgabe meine Garantie für Erfolg. Daher bin ich bereit, mich auch finanziell zu engagieren.

Sie erreichen mich unter Tel. 0 41 61 / 23 01 oder unter A 5357 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Leiter / GF

44 J., Sprachen: Engl. u. Ital. perfekt, Arbeitskenntnisse in Franz., Span., Thai. Auslandserfahrungen in führender Position: Türkei (1 J.), Italien (5 J.), Südost-Asien und Australien (17 J.)

Anlagen und Investitionsgütergeschäft, Warenhandel

sucht neue Aufgabe auf Geschäftsleitungsebene oder als Auslands-Niederlassungsleiter.

Zuschr. erbeten unter L 5344 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN

38 Jahre, Deutscher, verh., Sprachen: Engl., Franz., Wort + Schrift, Arabisch (nur gesprochen), ist seit vielen Jahren als Niederlassungsleiter deutscher Großunternehmen in Nahost tätig und ansässig.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung erlaubt kein weiteres Verbleiben in diesem Markt.

Suche deshalb neue, verantwortungsvolle Position in der Exportabteilung eines deutschen Unternehmens (ortsungebunden) oder in dessen Niederlassung im Ausland.

Angebote werden erbeten unter S 5349 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt u. Dipl.-Ing.

38 J., verh., vielseitige Erfahrung im Vertriebsmanagement, Vermarktung von Innovationen, Krisenmanagement/Sanierungen, strategischer Unternehmensführung, EDV-Erfahrung (PC), Engl., Franz., Ital., sucht anspruchsv. Aufgabe im Raum Hamburg. Zuschr. erbeten unter R 5326 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Top-Außendienst Direktverkäufer/Verkaufsleiter

25 J. Erfahrung, mit nachweisbar guten Erfolgen, 47 J. alt, sucht sich im Raum HH, Schl.-Ho. zu verändern.

Bitte aussagefähige Angebote mit Einkommensmöglichkeiten ab 180 000,– DM p. a. unter E 5317 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stütze/Fahrer

47 J., verh., kompetent, gereift, zu Ihrer Entlastung. Sie werden Ihre Freude haben.

Zuschriften erbeten unter T 5350 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dachdeckungsbereich

Betriebsleiter – Techniker

in Berliner Dachdeckungsbetr. m. Klempnerei tätig in ungek. Stellung. 45 J. – sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskr. in Berlin. Zuschr. u. T 5174 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. geprüfte Wirtschaftsassistentin

sucht Arbeitsplatz bzw. Lehrstelle in einem Betrieb mit Auslandsbeziehungen i. R. Hamburg od. Bremen z. 1. 8. 87. Zuschr. unt. B 5358 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Prüfen Sie die Zusammenarbeit mit mir als:

GVL/Verkaufsleiter

Bevorzugtes Gebiet: NRW.

Zur Person: Betriebswirt, 38 J., fundierte kfm. Ausbildung, 12 J. Vertriebserfahrung, davon 3 J. im Investitionsgüterbereich. Persönlichkeit: akquisitionsstark, ausdauernd, zäh u. doch kreativ-flexibel.

Zuschr. unter D 5162 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktvertrieb

Beabsichtigen Sie Ihre Produkte im Direktvertrieb zu vermarkten, oder suchen Sie ein neues Konzept?

Vertriebsleiter mit langj. Erfahrungen auf konzeptionellem Gebiet u. im prakt. Organisationsaufbau sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. u. G 5341 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsanwalt

seit 10 J. eigene wirtschaftsrechtliche Praxis in HH (Schwerpunkt: Beratung mittelständischer Unternehmen im Handels-, Bau- u. Arbeitsrecht, Forderungsbeitreibung u. -besicherung), nebenberufl. Dozent f. Wirtschafts- u. Arbeitsrecht, sucht Teilzeitbeschäftigung in Unternehmen / Verband im norddeutsch. Raum u. bietet Ihnen damit die Möglichkeit, Ihre Rechtsberatungskosten in kalkulierbarer Höhe zu halten. Zuschr. erb. u. V 5330 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann/Südostasien

überlegter Unternehmertyp und Praktiker, ungekündigt, Anf. 40, verh., seit über 10 J. als Niederlassungsleiter für Handel und Großindustrie in diesem Raume tätig, versiert in Geschäftsentwicklung, Marketing und Vertrieb von Maschinenbauprodukten und Anlagen für die verarbeitende Industrie, sucht Führungsaufgabe und neuen Wirkungskreis in Südostasien, Wohnsitz z. Z. Indonesien. Termin ca. 1./2. Quartal 1987, oder evtl. nach Vereinbarung. Zuschr. erb. u. Y 4915 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienst – Vertriebsbeauftragter

von namhaften Fahrzeugherstellern

41 J., verh., Wohnsitz Stuttgart, langjährige Verkaufserfahrung u. a. im Behörden-, Kommunalbereich u. bei Großkunden. Abschlußsicher. Ausgeprägtes Verständnis für techn. Zusammenhänge. Selbständige Position in ungekündigter Stellung.

Ziel: Interessante, verantwortungsvolle und ausbaufähige Position in Omnibus-, Lkw-, Pkw- oder Zuliefererbranche. Zuschr. bitte u. X 5332 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versicherungskaufmann der techn. Versicherungen

sowie Maschinenbau-Student im Fernstudium sucht z. 1. 4. 87 neuen Wirkungskreis im techn. Außendienst in Hamburg. Angeb. unter P 5325 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Cheffahrer

Leibwächter oder dgl. würde ich gerne für Sie machen. Ehemals Reisebusfahrer und Fahrlehrer gewesen. 100% Diskretion, Zuverlässigkeit und gutes Erscheinen werden zugesagt. Bin völlig ungebunden, 181 groß. Zuschriften erbeten unter F 5318 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

32 J. in ungek. Stellung mit
- kfm. Ausbildung
- 5jähriger Berufserfahrung im Verkauf/Vertrieb
- Außendiensterfahrung
- sehr guten Engl.-/Französischkenntn.
- Einsatzfreude u. Kreativität

sucht entwicklungsfähige Position *im Bereich Marketing/Vertrieb bei* Markenartikler oder Dienstleistungsbranche im Raum Hamburg. Zuschriften erbeten unter T 5328 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer

Fachkfm. für Materialwirtschaft, 35 J., Spezialgeb. Verpackungsmaterial, sucht neues verantwortungsv. Aufgabengebiet. Bin auch gerne bereit, mich in ein neues Aufgabengebiet einzuarbeiten. Zuschriften erbeten unter U 5329 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sachbearbeiterin

(32 J.), in ungek. Stellg., 13 J. Berufspraxis in Verlag/Wirtschaft, viels. interess., technikbegabt: lieber PC als Schreibm. u. Karteikasten, organisat. begabt, m. gt. Engl.- u. Franz.-Kenntn., su. verantw. Pos. in Hamburg. Ang. u. *Z 5356* an *WELT-Verlag*, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausdame

50 J., gepfl., flexibel, unabh., gute Köchin, mit allen Arbeiten eines Hauses bestens vertraut, einschl. Gäste-Bewirtung, praktische Erfahrung in Krankenpflege, FS, sucht Vertrauensstellung in 1-bis 2-Pers.-Villenhaushalt. Seperate Wohnung erwünscht.

Zuschr. erb. unter K 5343 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefassistentin / Chefsekretärin

45 Jahre, berufserfahren, selbstsicher, gepfl., sucht anspruchsvolle, nicht alltägliche Vertrauensstellung, FS III, im Großraum Hamburg.

Zuschr. erb. unter M 5345 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann

40, Facharbeiter, Betriebswirt, langj. leitende Tätigkeit in Materialwirtschaft, PPs, Disposition, Marketing, Beschaffung, Lagerwesen, EDV, Personalführung usw., sucht leitende Tätigkeit. Zuschr. erb. u. F 5340 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Cash- u. Kreditmanagement Auslandsfinanzierung

Dipl.-Volksw., Anf. 40, Engl., Span., 4 J. Auslandserf. bei internat. Baubetreuungsgesell., su. neue Aufgabe in Industrie, ggf. Bank, in HH/Umland. Angebote unter N 5324 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Personalleiter

47 J., langj. Berufspraxis, fundierte Kenntnisse im Personalwesen mittlerer Industrieunternehmen, sucht neuen Aufgabenbereich im Raum Hamburg.

Zuschr. erb. unt. M 5323 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Werbefachmann

mit 25jähr. Berufspraxis (Ind.-Werbeltr./HBV), abgeschl. werbefachl./fotogr. Ausbildg., Engl. in Wort/Schrift, sucht neue, interess. Tätigkeit im norddtsch. Raum. Angebote unter Y 5333 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Exportkaufmann

44 J., flexibel u. belastbar, langj. Auslandsaufenthalte, versch. Länder, Maschinen u. Anlagen, sucht neuen verantwortungsv. Wirkungskreis in Industrie o. Handel, Reisen möglich.

Zuschr. erb. u. V 5352 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Reedereikfm.

46 J., erfahren in allen Bereichen des Reedereiwesens, langj Tätigkeit in leitender Mitunternehmerposition, sucht neuen verantwortungsv. Aufgabenbereich, auch nicht schiffahrtsverbunden, vorzugsweise norddeutscher Raum, jedoch nicht Bedingung. Verfügbarkeit Oktober 1986 oder später. Zuschriften erbeten unter S 5327 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Verlagsmann

frei für Anzeigen oder Vertrieb.

Zuschriften erbeten unter N 5346 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbau-Techniker

Refa-Scheine A und B, Absolvent der CDI-Schule, Ausb. zum CAE-Fachmann, sucht zur Vertiefung seiner Kenntnisse Anfangs-Praktikantenstelle im EDV-Bereich im Raume 2000.

Th. Wiggert, Fichtenweg 2, 2072 Bargteheide

Selbständiger Kfm.

37 J., Außendiensterfahrung, 20 J., eigener Betrieb, sucht neue Aufgaben in Hamburg. Kleines Büro u. Lager vorh. Zuschr. erbeten unter W 5331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekauffrau

(24 J.) unabhängig, in ungek. Stellung (Vertrieb), vielseitig und motiviert, sucht zum 1. 1. 87 oder später neuen, interessanten Wirkungskreis, gern mit Reisetätigkeit. Zuschr. erb. u. P 5347 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Bauträger sucht:

Groß-Kapitalanleger, Investoren, institutionelle Anleger und Investoren mit §-6b-Re-Investitionsmöglichkeiten.

Wir bieten zum Kauf en bloc zwei Wohnanlagen, Baujahr 1984–1986 mit 112 Wohneinheiten (2–4 Zimmer) und 135 Tiefgaragenstellplätzen, in einer mittleren Stadt Südwestdeutschlands inmitten der wirtschaftlich stärksten Region Deutschlands.

Die Wohnanlage ist mit öffentlichen Baudarlehen gefördert. Der Abgabepreis beträgt

DM 17 000 000,–.

Die Mieteinnahmen betragen p. a. DM 652 000,-, gefördert sind DM 8 300 000,- zu 0,5 % Zins, 1 % Tilgung, zzgl. zinsloser Zinszuschuß von p. a. DM 178 000,- (Annuitätendarlehen 15 Jahre zinslos).

Steuervorteil: Schuldzinsabzug, Abschreibung (5 % degressiv).

Bitte Kontaktaufnahme unter 5464 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Forderungsankauf
(titulert ab 20 Stück) sofort gegen bar oder

Erfolgsinkasso

GFA Gesellschaft für Factoring und Inkasso mbH
Inkassounternehmen,
Adenauerallee 50, 53 Bonn 1, 02 28 / 22 11 90

Gepflegte Wohnanlage

im östl. Ruhrgebiet, bestehend aus 5 Häusern mit je 6 WE, 25 Garagen, gefördert mit Bundesmitteln, Bj. 1978, KP DM 3 380 000,-.

Meyer-Immobilien,
Tel. 0 23 05 / 8 39 90 oder 7 71 44

Bungalow am See bei Bad Segeberg

von/an Privat – Baujahr 1978

Wohn-/Nutzfläche: 228 m² – Wohnzimmer 75 m² (mit Kamin) – Schwimmhalle 100 m² (Becken 4x10 m), Marmorböden im Wohnbereich; alle Räume haben holzgetäfelte Decken, Solarium + Sauna, Öl- und Solarheizung, Fußbodenheizung, Doppelgarage.

Grundstück: 13 600 m² – 65 m Seeufer – Pferdehaltung möglich.

Hanglage – unverbaubar – absolut ruhige Lage – sehr gute Verkehrsanbindung.

Kaufpreis DM 1 250 000,- Tel. 0 45 52 / 10 10

Bauträger sucht:

Groß-Kapitalanleger / Investoren / institutionelle Anleger und Anleger mit § 6bRe-Investitionsmöglichkeiten.

Wir verkaufen en bloc Wohnimmobilien/Neubauten bezugsfertig erstellt und bereits vermietet, im Ballungsraum Rhein-Neckar an besonders auserwählten Standorten: 40 Wohnungen zum Preis von DM 5 820 000,-; Netto-Mieteinnahme p.a. DM 393 600,-.

Steuervorteile: Abschreibung / Schuldzinsabzug.

Bitte Kontaktaufnahme unter R 5458 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bad Lippspringe

– Gut vermietete Eigentumswohnungen –

direkt am Teutoburger Wald gelegen, zu einem attraktiven Preis, z. B. 2-Zi.-Whg., 74 m², für nur **DM 87 100,–.**

INTERGRUND KG
Große Heide 31
4970 Bad Oeynhausen 2
Tel. 0 57 31 / 5 11 03

GENFER SEE / BERGKURORTE

Große Auswahl von

Wohnungen und Chalets

mit Bewilligungen für den Verkauf an Ausländer. Preisgünstig. *Interessante Konditionen.* Besichtigungen auch an Wochenenden nach Vereinbarung.

GLOBE PLAN SA
Avenue Mon-Repos 24
CH-1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (0041 21) 22 35 12
Tx. 25 185 melis ch

AACHEN

Fabrikations- oder Lagerhalle

2200 m² Lager- oder Fabrikationsfläche, 1100 m² Sozial- und Büroräume, 7000 m² Park- und Freifläche, Hallenhöhe 6 m, in bester Verkehrslage 1,2 km bis Autobahnauffahrt (Belgien-Linie, Köln, Antwerpen) zu verkaufen. Preis 3 Mio., bei langfristigem Vertrag auch zu vermieten.

F. J. GÖRRES
5100 Aachen, Annastr. 56
Telefon 02 41 / 2 89 38

Existenz

Leihhaus m. Whg. in bester Citylage von **Berlin** aus Altersgründen zu verkaufen.

Zuschr. unt. S 5459 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Bürgerinitiative für die Opfer von Verbrechen

In zehn Jahren half der „Weiße Ring" 20 000 Menschen

GISELA KRANEFUSS, **Hamburg**

Eine 29jährige Frau wurde bestialisch ermordet. Ihr Mann und zwei kleine Kinder blieben zurück. Für einen Tag war die Ehefrau und Mutter eine Nachricht in den Medien. Und dann? Kinder wollen essen, brauchen frische Wäsche, wollen Schulaufgaben lösen. Der Weiße Ring, der heute sein zehnjähriges Bestehen begeht, linderte die erste wirtschaftliche Not durch die Bereitstellung eines Geldbetrages. Die ebenso wichtige menschliche Betreuung dauert an.

Ein Fall von 100 000 Gewalttaten pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland. Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub, Körperverletzung. In vielen erschütternden Fällen stellt der Weiße Ring immer wieder fest, daß meist nur der Tatverlauf, der Täter, seine Verfolgung und Verurteilung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Wer denkt an das Opfer und seine Situation nach der Tat? Der Weiße Ring fordert, daß ihnen mindestens die gleiche Aufmerksamkeit und Hilfe zuteil werden, wie sie den Straftätern seit Jahrzehnten entgegengebracht wird.



Mitbegründer: Eduard Zimmermann FOTO: TEUTOPRESS

Als der Fernsehjournalist Eduard Zimmermann am 24. September 1976 mit 16 prominenten Persönlichkeiten des deutschen Rechtswesens den Weißen Ring gründete, hatte er eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, die heute 25 000 Mitglieder zählt. Bundesweit arbeiten 1000 Ehrenamtliche in 200 Außenstellen, um schnell und unbürokratisch zu helfen.

Eduard Zimmermann beantwortete der WELT drei Fragen. Welches Gefühl haben Sie nach zehnjähriger erfolgreicher Arbeit? „Die Mühe und auch mancher Ärger haben sich gelohnt: Daß wir vielen tausend schwerbetroffenen Opfern helfen konnten, verschafft Befriedigung. Die ersten Erfolge im mehr grundsätzlichen Bereich, in Politik und Gesetzgebung und in der Öffentlichkeitsarbeit, dürfen *nicht darüber hinwegtäuschen*, daß es von der leicht erreichbaren Einsicht, für die Kriminalitätsopfer sei in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig getan worden, bis zu wirklichen Verbesserungen einer in dieser Hinsicht verfehlten Rechtspolitik, noch ein weiter Weg ist."

Wie sehen Sie das Zusammenwirken mit der Bevölkerung? „Unsere Idee ist von der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit angenommen worden." Welche Wünsche haben Sie an die Zukunft? „Zunächst einmal brauchen wir mehr Mitglieder. Die nächste Zielmarke muß die 100 000 sein. Nur so können wir in der Politik und im öffentlichen Bewußtsein das notwendige Gewicht erlangen. Dann würde ich mir wünschen, daß wir bei weiterem Wachstum unseren ursprünglich von der ehrenamtlichen Arbeit geprägten Charakter erhalten können und uns die innere Verbürokratisierung erspart bleibt, von der manche anderen großen Hilfsorganisationen nahezu zwangsläufig heimgesucht werden."

In den zehn Jahren seines Bestehens hat der Weiße Ring bisher rund 28 Millionen Mark für das Satzungsziel Opferhilfe bereitgestellt. Über 20 000 Menschen konnte bei der Bewältigung der Tatfolgen geholfen werden. Auch der 82jährigen Rentnerin, die Opfer eines Handtaschenraubes wurde, nachdem sie ihre Rente von der Sparkasse abgeholt hatte. Ersparnisse besaß die alte Frau nicht. Auch ihr half der Weiße Ring.

Es gibt viele Möglichkeiten, Hilfe zu leisten. Auch der 27jährigen Frau, die in ihrer Jugend von dem eigenen Vater über Jahre sexuell mißbraucht wurde, konnte geholfen werden. Weil sie noch heute psychisch erheblich *unter der Tat leidet, befindet sie sich* in therapeutischer Behandlung. Die gesamten, bisher nicht erstatteten Kosten wurden übernommen.

In Berlin wurden bei dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle" mehr als 200 Menschen zum Teil schwer verletzt. Nicht nur daß die Zahl der Betroffenen nach dieser Art von Terrorakten meist sehr hoch ist, auch an die logistischen Erfahrungen der mit solchen Straftaten befaßten Außenstellen des Weißen Rings werden hohe Anforderungen gestellt, um gerade in den ersten Stunden und Tagen nach der Tat die Hilfemaßnahmen für Opfer und Angehörige anlaufen lassen zu können.

Gefordert wird auch besondere Fürsorge und Schutz für das Opfer eines Verbrechens vor Gericht, wenn es seiner Zeugenpflicht nachkommen muß. Durch das Inkrafttreten des Opferentschädigungsgesetzes wird erst in jüngster Zeit ein deutliches Bekenntnis staatlicher Verantwortung gegenüber den Leidtragenden stetig zunehmender Kriminalität in unse*rem* Land erkennbar.

Vom richtigen Bier kaum zu unterscheiden. Deshalb weist am Henkel ein Pappschild auf die Besonderheit hin FOTO: R. DIETRICH

‚Kastriertes Bier' setzt sich auf der Wies'n durch

Ein Novum in der 176jährigen Geschichte des Oktoberfestes / Vor allem Frauen greifen zur alkoholfreien Maß

PETER SCHMALZ, **München**

Goldbraun füllt das Bier den gläsernen Maßkrug bis ins obere Drittel, darüber wölbt sich eine wolkig-weiße *Schaumblume, und außen perlen* Wassertropfen herab: eine Wies'n-Maß, wie sie in diesen spätsommerlichen Tagen auf der Münchner Theresienwiese millionenfach gezapft, gezahlt und getrunken wird. Aber mancher Maßkrug sieht in diesem Jahr ungewöhnlich aus: Am Henkel steckt ein rundes weißes Pappschild mit rotem Rand. Auf der einen Seite bedankt sich die Brauerei für den Besuch des durstigen Gastes, auf der Rückseite macht sie ihn auf das besondere Naß in seinem Krug aufmerksam: „Alkoholfreies Schankbier". Und weil nicht alle Amerikaner und Japaner des Deutschen mächtig sind, ist für sie in kleiner, aber roter Schrift „non alcoholic" vermerkt.

Erstmals in der 176jährigen Geschichte des Oktoberfestes fließt alkoholfreies Bier aus einigen Wies'n-Zapfhähnen. Verwundert schüttelt Bayerns Ex-Ministerpräsident Alfons Goppel darüber den Kopf: „Ich verstehe die Leute nicht, die das trinken. Wenn man gefärbtes Wasser ohne Geschmack will, dann muß man doch *kein Bier trinken." Und auch in der* Chefetage des Münchner Löwenbräu war man skeptisch, ob tatsächlich der Versuch zu wagen sei, in zwei Zelten ein Bier anzubieten, das in kundigen *Trinkerkreisen mit so netten Worten* wie „kastriertes Bier" und „Dünnbier" verspottet wird. Wenn's gut geht, waren sich die Brauereibosse einig, dann ist vielleicht unter 200 Maß eine ohne Alkohol.

Festwirt ist „völlig überrascht"

Aber Wiggerl Hagn, Festwirt im Löwenbräu-Zelt, ließ sich nicht beirren. Seine nüchterne Kalkulation: Über den Bierpreis (in diesem Jahr zwischen 6,10 und 6,50 Mark pro Maß) regt sich keiner mehr auf, der Süßmeier-Skandal ums schlechte Einschenken ist zu den Akten der Wies'n-Historie gelegt, und selbst der Plan für eine völlige Neugestaltung des Oktoberfestes schimmelt in einer städtischen Schublade. „Was Neues muß her", sagt sich Hagn und sonnt sich schon am dritten Wies'n-Tag in der Überzeugung, die richtige Nase bewiesen zu haben. „Alkoholfreies *Bier wird zum Wies'n-Renner", po*saunt die „Abendzeitung", was die „Bild"-Zeitung nur noch dadurch überbieten konnte, daß sie das Ohne-Bier zum „Riesenrenner" ernannte.

900 000 Maß wurden am ersten Wochenende ausgeschenkt, immerhin 1,7 Prozent davon waren ohne Alkohol. „Ich bin völlig überrascht", meint Festwirt Willi Kreitmair, der in seinem „Winzerer Fähndl" alkoholfreies Weißbier ausschenkt. Kollege Hagn entdeckte auch schon den typischen „Dünnbier"-Trinker unter seinen Gästen. „Das ist ein Frauenbier", berichtet er. „Vielleicht, weil die Frauen das Auto nach Hause fahren müssen. Oder weil sie einfach einen klaren Kopf behalten wollen."

Äußerlich ist das alkoholfreie Bier ohne rotweiße Plakette nicht vom normalen Wies'n-Bier zu unterscheiden, beim Geschmackstest aber sehr wohl: Das übliche Festbier rinnt würziger und süffiger die Kehle hinunter, das neue Bier zeigt einen kühleren Pils-Charakter. Und kälter ist es in der Tat: Wird die Normal-Maß mit acht Grad Celsius abgezapft, so muß das Alkoholfreie auf nur zwei Grad abgekühlt werden. Hagn: „Bis es beim Gast am Tisch ist, hat es sich im *warmen Krug auf vier bis sechs Grad* erwärmt. Und das ist die beste Trinktemperatur für dieses Bier."

Wie jedes andere deutsche Bier ist auch das alkoholfreie nach dem Reinheitsgebot gebraut, ist aber nicht völlig ohne Alkohol. Doch die verbliebenen 0,5 Prozent sind kaum geeignet, dem Trinker die Sinne zu verwirren. „Da müßte einer schon neun Maß davon trinken, um die Alkoholmenge einer Normalmaß aufzunehmen", hat Hagn errechnet. Aber er ist sicher: „Das schafft keiner."

Wenn einer das Häuserl nicht findet

Sollte aber doch einer solche Mengen in sich hineinschütten, gerät er in eine andere Gefahr: Falls ihn plötzlich ein Drängen überfällt, er nicht mehr rechtzeitig das rettende Häuschen erreicht und in seiner Not schnell hinterm Zelt das Hosentürl öffnet, dem droht ein Bußgeld von 20 Mark. Schon ein halbes Hundert „wilder Biesler" wurden erwischt, die meisten kamen mit einer mündlichen Ermahnung davon, aber zwei mußten zahlen. Übrigens: Auch das ist eine *Neuigkeit der diesjährigen Wies'n* ...

Ufo gesichtet: Vorne rund und hinten kantig

dpa, **Hamburg**

Ein unbekanntes grünschimmerndes Flugobjekt (Ufo) mit Feuerschweif ist gestern im Südwesten der Bundesrepublik, über Frankreich und Belgien gesichtet worden. Autofahrer und Fußgänger meldeten die Beobachtung aufgeregt den Behörden, die jedoch keine Aufklärung geben konnten. In Stuttgart hieß es, es könnte sich um verglühende Satellitenteile oder einen abstürzenden Flugkörper handeln. Eine Sprecherin des ESOC-Organisationszentrums der Europäischen Raumfahrtorganisation Esa in Darmstadt tippte auf einen über der Erde kreisenden Satelliten, der in der aufgehenden Sonne geblinkt habe.

Über Paris beobachteten Passanten „merkwürdige Lichtpunkte". In Belgien wurde das Ufo zwischen 7.31 und 7.35 Uhr gesichtet. Nach Angaben eines Sprechers des Innenministeriums in Stuttgart bewegte sich das Flugobjekt auf der Linie Frankfurt–Heidelberg und soll anschließend Richtung Schwarzwald geflogen sein. Eine Darmstädterin berichtete der Polizei, sie habe ein undefinierbares Objekt von Ost nach West vorbeifliegen sehen. Auch die Form konnte die Frau genau beschreiben: Das „Ding" sei vorne rund und hinten kantig gewesen und habe Funken gesprüht. Ähnliche Angaben machte auch ein Zeuge aus dem Odenwald.

Waldsterben in Hessen

dg. **Wiesbaden**

In Hessen hat das Waldsterben eine „katastrophale Situation" heraufbeschworen. Wie Hessens Landwirtschaftsminister Willi Görlach (SPD) jetzt nach Abschluß der forstlichen Erhebungen für 1986 mitgeteilt hat, verschlechterte sich besonders der Zustand älterer Eichen und Buchen „dramatisch". Insgesamt, so Görlach, sei der Anteil geschädigter Bäume von 46 auf 48 Prozent gestiegen. Von den alten Buchen seien jedoch bereits 75 Prozent, von den alten Eichen 78 Prozent geschädigt. Die Waldschäden beziffern sich in Hessen auf einen jährlichen Verlust von mindestens 600 Millionen Mark.

Chancen für Frühchen

dpa, **Frankfurt**

Zu früh geborene Babys, sogenannte Frühchen, haben heute dank neuer Behandlungsmethoden in der Neugeborenen-Medizin weitaus mehr Überlebenschancen als früher. So kann jedem zweiten Frühgeborenen mit einem Geburtsgewicht von unter tausend Gramm nach intensiver Behandlung in Brutkästen und mit einem großen apparativen Aufwand geholfen werden. Früher überlebten solche „Winzlinge" nur in Einzelfällen, berichtete die „Aktion Sorgenkind" gestern in Frankfurt.

„Klima des Verdachts"

dpa, **Cagliari**

Betroffenheit und ein „Klima des Verdachts" herrscht auf dem NATO-Stützpunkt Decimomannu auf Sardinien, nachdem in Cagliari die 29jährige Frau eines deutschen Offiziers in der Nacht zum Samstag mit durchschnittener Kehle aufgefunden wurde. Die italienische Polizei glaubt, daß ein abgewiesener Annäherungsversuch Motiv für den Mord sein könnte. Gegen einen deutschen Unteroffizier wurde ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet, weil gegen ihn Verdachtsmomente vorliegen.

Dianas Bekenntnisse

dpa, **London**

Prinzessin Diana hat jetzt freimütig ihre mäßigen Schulleistungen eingestanden. Die zukünftige britische Königin gestand in einem Gespräch mit Schülern, daß sie niemals die *Mittlere* Reife (O-Levels) geschafft hat. „Ich war einfach zu beschäftigt. Und mein Gehirn hat die Größe einer Erbse." Die Passage in einem am Sonntag und Montag ausgestrahlten Fernsehfilm über Prinz Charles und Diana wurde von den Verantwortlichen der privaten Fernsehanstalt ITV herausgeschnitten. Die „Times" wollte das Zitat ihren Lesern jedoch nicht vorenthalten.

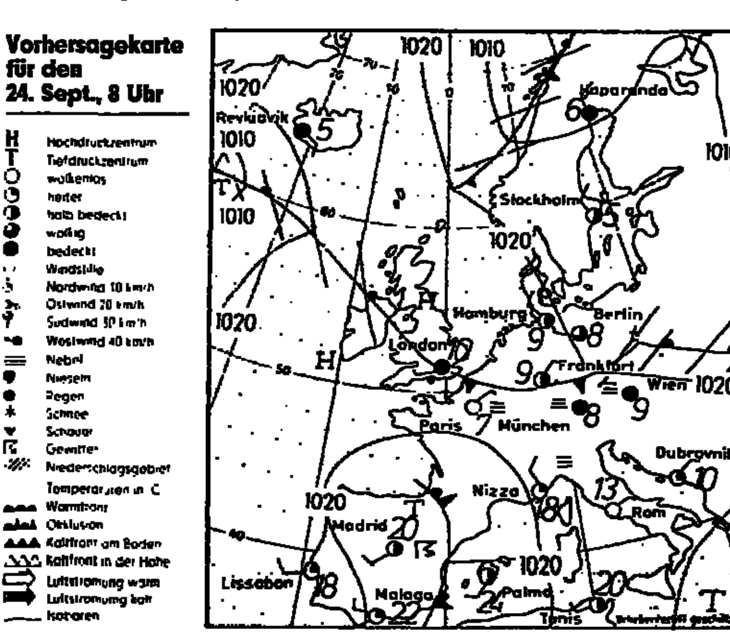
WETTER: Meist heiter

Lage: Der Nordosten Deutschlands wird anfangs noch von einer abziehenden Störung beeinflußt. Die quer über Deutschland verlaufende Kaltfront bringt keine Wetterverschlechterung, da der Hochdruckeinfluß nach wie vor überwiegt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Nordosten anfangs noch starke Bewölkung, sonst nach Auflösung von Frühdunst oder Nebel heiter und niederschlagsfrei. Temperaturen im Norden um 15, sonst um 19 Grad. Nachts 7 bis 2 Grad. Im Norden anfangs noch mäßiger Westwind, sonst schwach windig.

Weitere Aussichten: Andauer des überwiegend freundlichen und trockenen Herbstwetters.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.12 Uhr*, Untergang: 19.15 Uhr; **Mondaufgang:** 22.12 Uhr, Untergang: 15.35 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	14	Sp
Bielefeld	17	bw
Braunlage	13	bw
Bremen	16	bd
Dortmund	18	bw
Dresden	14	bd
Düsseldorf	18	he
Erfurt	15	bd
Essen	18	he
Feldberg/S.	15	he
Flensburg	14	bw
Frankfurt/M.	16	he
Freiburg	14	he
Garmisch	21	he
Greifswald	14	R
Hamburg	15	bd
Hannover	15	bd
Kahler Asten	11	IW
Kassel	15	bw
Kempten	19	he
Kiel	15	bw
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	17	bd
Konstanz	14	he
Leipzig	17	bw
List/Sylt	14	bw
Lübeck	15	Rs
Mannheim	18	wl
München	18	wl
Münster	15	bw
Norderney	15	bw
Nürnberg	17	he
Oberstdorf	18	wl
Passau	17	he
Saarbrücken	17	bw
Stuttgart	16	he
Trier	15	he
Zugspitze	7	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	33	wl
Amsterdam	18	he
Athen	26	bw
Barcelona	26	he
Belgrad	23	wl
Bordeaux	21	bw
Bozen	22	wl
Brüssel	16	wl
Budapest	22	he
Bukarest	23	wl
Casablanca	27	he
Dublin	13	Sp
Dubrovnik	25	wl
Edinburgh	17	he
Faro	28	he
Florenz	25	wl
Genf	17	bw
Helsinki	9	he
Hongkong	30	he
Innsbruck	20	he
Istanbul	23	he
Kairo	38	wl
Klagenfurt	20	wl
Konstanza	24	wl
Kopenhagen	11	Sp
Korfu	28	he
Las Palmas	27	he
Leningrad	8	bd
Lissabon	19	bw
Locarno	22	bw
London	18	he
Los Angeles	16	bw
Luxemburg	15	he
Madrid	26	he
Mailand	23	he
Malaga	26	he
Mallorca	28	wl
Moskau	6	bd
Neapel	28	he
New York	18	bd
Nizza	23	he
Oslo	8	bw
Ostende	13	bw
Palermo	25	he
Paris	15	he
Peking	25	he
Prag	18	bd
Rhodos	24	Gw
Rom	26	he
Salzburg	19	he
Singapur	29	bw
Split	26	he
Stockholm	8	Rs
Straßburg	17	he
Tel Aviv	32	he
Tokio	27	he
Tunis	27	he
Valencia	27	he
Varna	27	wl
Venedig	23	he
Warschau	14	he
Wien	20	he
Zürich	13	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; -- = keine Angabe

Die Sonnenuhren gehen ab Sonntag wieder richtig

THOMAS RIETIG, **Frankfurt**

Vom kommenden Wochenende an, wenn die meisten Europäer sich wieder auf die Winterzeit einstellen müssen, gehen viele umweltfreundliche Uhren seit Monaten erstmals wieder richtig: die Sonnenuhren. Sie sind in der Regel nur auf die „normale" mitteleuropäische Zeit programmiert, die hierzulande seit einigen Jahren nur noch im Winterhalbjahr gilt. Da das Zentralgestirn die künstliche Umstellung nicht mitmacht, gehen die Sonnenuhren ausgerechnet dann, wenn die Sonne am längsten scheint, eine Stunde nach.

Es sei denn, Tüftler verwenden ihre Phantasie darauf, die Anzeige zu korrigieren. Der Möglichkeiten sind mehrere: Jeweils Ende September und Ende März den Zeiger um den Abstand einer Stunde auf der Uhr verbiegen, eine zweite, eine um eine Stunde versetzte Skala anbringen oder die ganze Uhr beweglich gestalten und jeweils an den „Schalttagen" neu ausrichten.

Solche Möglichkeiten werden in der Ära der Quarzzeitmesser nur selten genutzt, dienen Sonnenuhren doch im wesentlichen eher der Zierde als der Zeitanzeige. In Stuttgart hat allerdings nach Auskunft des Gartenbauamtes auch auf dem Gebiet der Sonnenuhr schon die Technik-Theorie Auswirkungen auf die Praxis. Das Amt berichtete von „einer ganzen Menge Sonnenuhren sehr unterschiedlicher Art". Während die alten Modelle im Sommer falsch gingen, seien die neueren Sonnenuhren von vornherein mit zwei Skalen ausgestattet. Außerdem gebe es auch Modelle, bei denen der Zeiger ausgewechselt werden könne.

Berlin erfreut sich der größten Sonnenuhr Europas. Das Kunstwerk mit einem Durchmesser von 99 Metern steht auf dem Gelände der Bundesgartenschau 1985 und wurde vom Berliner Architekten Klaus Zillich und zwei Berufskollegen entworfen. Auch sie haben das Problem erkannt. Zillich sieht aber kein Problem darin, daß sein Kunstwerk im Sommer eine Stunde nachgeht. Eine Schrifttafel neben der Uhr weist auf die Sommerzeit hin und rät, doch einfach eine Stunde zuzurechnen. (AP)

Seine Lieder pfeifen auch heute noch die Spatzen von den Dächern

ROLF PETERS, **Köln**

Das Karussell dreht sich immer rundherum, wenn sich zwei Herzen im Mai finden. Doch das kann einen Seemann nicht erschüttern, der genau weiß, daß einmal ein Wunder geschehen wird, wenn er seiner Angebeteten aus Ägypten einen Kaktus mitbringt. Die nennt ihren Seemann verzückt Waldemar und flüstert: Laß' mich heut' abend nicht allein. Doch o Schreck, Onkel Jonathan erscheint überraschend auf der Bildfläche, knipst das Licht an und fragt den Fremden: Haben Sie schon mal im Dunkeln geküßt? Der Seemann stottert, ihn verwirrten nur die Beine von Dolores, und murmelt zur Entschuldigung so was wie, davon geht die *Welt nicht unter, macht winke, winke* und verschwindet. Vorhang!

Keine Angst – es handelt sich bei der Story um keine neue Episode für eine Folge aus der Reihe „Mäcky war ein Seemann", von Traumschiffproduzent Rademann in Szene gesetzt. In dieser banalen Geschichte steckten vielmehr einige der unzähligen Schlagertitel, die ein Könner geschrieben hat: Maximilian Jarczyk, geboren am 24. September 1906 in Laurahütte/Oberschlesien, das heute auf den Namen Siemianowice Slaskie hört. „Ich würde nicht noch einmal von vorne anfangen, selbst wenn ich die Möglichkeit hätte", meint der heute 80jährige Komponist. „Ich habe so viele große Erfolge gehabt, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, daß ich sehr zufrieden sein kann. Das ist es, was mich bis heute mit Glück erfüllt."

Maximilian, der älteste der vier Jarczyk-Kinder, versucht sein Glück 1918 als Missionszögling des Klosters Heiligkreuz zu Neiße. Doch in dem Kloster herrscht eine „Zucht wie in der amerikanischen Kadettenanstalt Westpoint". Da hilft nur noch die Musik, dachte der Zögling, und komponierte mit 15 ein Marienlied. Leider Gottes widmete er es einer allzu weltlichen oberschlesischen Maria, worauf sich die Klosterpforte ächzend hinter dem begnadeten Sprößling schloß.

Aus der Abgeschiedenheit des Klosters ging es nach Beuthen, ans dortige Gymnasium und Konservatorium. In jeder freien Stunde vertauschte er die Schulbank mit dem Klavierschemel, um sich sein Schulgeld in Cafés und in Stummfilmkinos zu verdienen. Was lockt, ist indes die weite Welt – die für den jungen Oberschlesier damals, 1929, Berlin bedeutete. Er schaffte die Aufnahmeprüfung der Kompositionsmeisterklasse an der staatlichen Musikhochschule Berlin. Auch hier mußte er sich den Lebensunterhalt verbotenerweise als Barpianist nebenher verdienen.

Das Schicksal schenkte ihm nichts: Am 8. Februar 1933, als Jarczyk sein Konzert für zwei Klaviere, Trompete und Posaune als Abschlußarbeit an der staatlichen Musikhochschule vorstellte, inszenierte wenige Tage nach der Machtergreifung der „Kampfbund für deutsche Kultur" einen Eklat. Der Kampfbund-Präsident protestierte „gegen das intellektuelle bolschewistische Musikgestammel eines polnischen Juden". So strauchelte der Meisterschüler an der Ideologie der Machthaber des Dritten Reiches. Er wurde zwar später rehabilitiert, aber seine Jobs war er los.



Wird heute 80: Michael Jary mit seiner Frau Christiane FOTO: DPA

In der Not sucht man Freunde. In Gestalt eines Berliner Agenten fand er ihn: „Vergiß dein Konzert für zwei Scharniere, Trompete und Gaskocher und schreib' den Singing Babies (eine Berliner Damentruppe) was Nettes auf den Bauch", riet er. In den folgenden Jahren versuchte er sich mit Pseudonymen wie Max Janzen und Jackie Leed über Wasser zu halten. Doch der Erfolg stellte sich erst ein, nachdem er aus seinem Nachnamen alles Nichtarische entfernt hatte und sich Michael Jary nannte.

Der erste Verkaufshit war nach diversen Filmschlagern der Onkel Jonathan, das Lied, mit dem die chilenische Nachtigall Rosita Serano 1938 ihren Ruhm begründete. Ein Jahr später gelingt dem Autorenteam Jary/Balz der endgültige Durchbruch. Für den Rühmann/Sieber/Brausewetter-Streifen „Paradies der Junggesellen" schreiben sie „Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern". Jary erinnert sich: „Das Junggesellenlied wurde zu Beginn des Zweiten Weltkrieges durch eine Begebenheit berühmt. Am 14. Oktober *versenkte ‚U-47' im englischen Hafen* Scapa Flow das Schlachtschiff ‚Royal Oak'. An Bord hatte die Mannschaft nur die eine Platte, und das Wunschkonzert der Wehrmacht hatte fortan einen Dauerbrenner."

Zarah Leander, Evelyn Künneke, Caterina Valente, Bruce Low, Heidi Brühl, Gerhard Wendland, Vico Torriani und Peter Alexander (um nur einige von vielen zu nennen) haben Michael Jary ihre ersten Erfolge zu verdanken. Er hat Musikgeschichte geschrieben, die in dunklen Kriegs- und Nachkriegsjahren sich dadurch auszeichnete, daß sie die Zuhörer positiv einstimmte, auch wenn die Textworte und -zeiten traurig waren.

Heute, mit 80 Jahren, sitzt Mäcky, wie ihn seine Freunde nennen, trotz angeschlagener Gesundheit immer noch am Klavier. Dem Musical gehört seine ganze Liebe, von denen er bisher zwei veröffentlichte: „Pension Schöller" wurde in Hamburg und „Nicole" in Nürnberg uraufgeführt. Weitere Werke ruhen in der Tessiner Schreibtischschublade, wo der Künstler heute mit seiner Frau Christiane lebt, und warten auf ihre Uraufführung. „Es ist doch heute so, daß der Autor im eigenen Land nichts bedeutet. Alles, was aus dem Ausland kommt, ist doch nach Meinung der Theaterdirektoren viel besser, dem ich wiederum nicht zustimmen kann!" Resignante Worte eines großen Meisters der leichten Muse, der hoffentlich nicht wieder zu einem Pseudonym greifen muß, damit seine Spätwerke aufgeführt werden.

ZU GUTER LETZT

„Auch ausländische Attachés und Politiker gehören zu den Manöverschäden", schrieb die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung" in ihrer Berichterstattung über das NATO-Manöver „Bold Guard '86".

Reklame per Pop-Musik

dan – Den Pop-Videoclips ist seit ihrem ersten Auftreten ihre Werbe-Ästhetik vorgeworfen worden. Für kaum einen Clip galt das mehr als für Sam Cookes „Wonderful World", der tatsächlich ein Werbefilm für eine Jeans-Marke war, weshalb er nicht in den Popsendungen des Fernsehens gezeigt werden durfte. Die Platte wurde trotzdem – 25 Jahre nach der Erstveröffentlichung – ein Hit, ebenso wie das in der Werbeserie folgende „I Heard it Through the Grapevine" von Marvin Gaye.

Die Auswahl der Titel ließ den englischen „New Musical Express" spotten, daß die Werbebotschaft *leicht mißverstanden werden könnte* als „wear jeans, die fast" – denn sowohl Sam Cooke als auch Marvin Gaye starben durch Schüsse – und ob der nächste Oldie der Serie nicht „Pledging My Love" von Johnny Ace wäre – der hatte nämlich vor einem Auftritt russisches Roulette gespielt.

Dies ist nicht das einzige Beispiel für die engen Bindungen zwischen der Werbung und der Popmusik. So werden Tourneen häufig gesponsert, zum Ärger der Platten-Industrie mitunter sogar von Herstellern von Leer-Kassetten. Auch die Schallplatte selbst wird mitunter zum Werbeträger. Die deutsche Gruppe „Trio" teilte das Cover einer LP in Rechtecke ein und vermietete die Abschnitte als Anzeigen-Platz. „Sigue Sigue Sputnik" gingen noch weiter und stellten den Platz zwischen den Songs ihres Debüt-Albums für Werbebotschaften zur Verfügung.

Wenn jedoch Werbung zwischen den Liedern nicht den gewünschten Erfolg bringt, dann müssen die Songs selbst eben zur Werbung werden. So singen „Run DMC" stolz über „My Adidas", was die Platte in die britischen Charts und den Kleinkrieg in Herzogenaurach zwischen Adidas und Puma in die englische Musik-Presse brachte. Die Versorgung der Band mit Schuhen und Trainingsanzügen ist von der Firma erst mal gesichert worden; und die Konkurrenz ist auch bereits da: „Schooly D" verkündet „Put Your Filas On".

Chansons von Lizzy Descloux und Catherine Ribeiro

Ringe unter den Augen

Wenn Französinnen singen, muß das nicht immer mit einem Chanson enden. Auf zwei Platten zeigen derzeit Lizzy Mercier Descloux aus Paris und Catherine Ribeiro aus Lyon, was sie unter angejazztem Rock verstehen – mit dieser Tatsache hören die Gemeinsamkeiten der beiden dann allerdings auch schon auf.

Lizzy Mercier Descloux, immerhin auf die 30 zugehend, gibt sich als herrlich verzogenes Kindweib, dessen liebster Tagesablauf sich irgendwo an der Copacabana zwischen Strand und Kellerbar abspielen muß. Einfach so haucht sie ihre Melodien hin, verbreitet frische Erotik und hat schlicht Spaß dran. Die selbstgemachten Texte singt sie englisch mit französischem Kiekser – da ist selbst der „Fog horn Blues", in dem sie „Ringe unter meinen Augen" sieht, wenige Minuten später schon wieder dem lässigen In-den-Tag-hinein-Leben gewichen. Chet Baker als prominentester Musiker in Lizzys Truppe unterstützt mit unaufdringlichem Trompeten-Background diese Atmosphäre: Es ist *happy leisure time.*

„One for the soul" (Polydor 827910-1) ist Lizzy Mercier Descloux' viertes Album. Alle Platten hat sie bisher außerhalb ihres Heimatlandes aufgenommen. Zuerst zog es sie nach New York, dann nach Nassau auf den Bahamas und schließlich nach Südafrika, wo sie mit einheimischen Musikern ins Studio ging. Jetzt also war Rio de Janeiro dran. Bei so vielen Inspirations-Reisen gerät die Geographie dann schon mal durcheinander; ein 32sekündiges Stimmengewirr mit Namen „Sound of Leblon Beach" auf der aktuellen Platte könnte auch einen orientalischen Kamelmarkt darstellen einschließlich der Gebetsrufe des Muezzins.

Aber selbst das hat wieder Charme. Lizzy will schließlich keine authentische Folklore-Serie einspielen, sondern sich überall das beste herauspicken. Ein paar Sprengsel Latinrhythmen sind das diesmal, eine Prise Samba, ein bißchen Akkordeon, ein gelegentlicher „Arriba, arriba"-Ansporn aus dem Chor.

Von Zeit zu Zeit scheint die gesamte Instrumentation einschließlich des technisch eher dünnen Stimmchens Lizzys aus der Tonart zu rutschen. Beim ersten Hören mag das zum Beispiel in „God-spell me wrong" eine Schrecksekunde verursachen, und das Gesicht des Hörers verzieht sich wie nach dem Biß in eine Zitronenscheibe. Später aber zergeht auch diese genau getimte Unvollkommenheit auf der Zunge und schmeckt besonders lässig, ob bei den intimeren Stücken oder den Tanzliedern.

So wie Lizzy uns musikalisch als verwöhntes Luxustöchterchen kommt, so überzeugend stellt sich Catherine Ribeiro als reife Grande Dame vor. Einst von Godard für seinen Film „Les Carabiniers" engagiert, merkte die heute 45jährige irgendwann, daß ihre Stimme drei Oktaven abdeckt und nur zum Sprechen eigentlich zu schade ist. Mit kräftigem Timbre trägt sie auf „Soleil dans l'ombre" das Spektrum vom Liebeslied bis zur politischen Tagesfrage vor – Leidenschaft ist hier wie dort dabei (Jaro 4126).

Nicht weniger als 32 Mal ruft sie in „Insoumission mondiale" den „rhythme" aus. Abgesehen davon, daß es sich dabei wohl um eine Art Marschlied für Friedenszeiten handelt, steckt darin schon das Programm der Catherine Ribeiro: Rhythmus total, selbst in den Balladen, wenn schon mal Trommelwirbel anschwellen und ein flauschiger Geigenteppich ausgelegt wird, erinnern Bläsersätze wieder daran.

Wenn Catherine Ribeiros Texte sich mit Liebe und Liebesleid beschäftigen, klingt das zum Beipiel in der deutschen Übersetzung so: „Beim Warten hört der Tod auf". Oder sie stellt ganz profane Überlegungen an, zum Beispiel über das „Folle Amérique", dergestalt, „ob der Dollar durchdreht und die Börsen davon verrückt werden". Die Ribeiro singt von Rimbaud und von Reagan in einem Atemzug. Ihr Rhythmus verbindet's. SABINE KOBES

Die Stimme der Rächerin – „Elektra" in Bonn

Glitzer der Unschuld

Die Wiedererkennensszene zwischen Elektra und Orest liebt das Publikum nicht ohne Grund. Sie ist eine der schönsten, psychologisch und dramaturgisch klügsten des Teams Strauss/Hofmannsthal und war es auch in Bonn mit Ute Vinzing und Bodo Brinkmann. Bei ihm muß Entsetzen mitschwingen beim Anblick des blutgierigen, rachsüchtigen Monstrums, das seine Schwester ist. Und sie, bis dahin in einem Furor ohnegleichen ihre Rachepläne verfolgend, darf plötzlich anschmiegsam und weiblich sein, weil ja jetzt der Bruder die Rächerrolle übernimmt.

Strauss' Musik gibt dieses Moment des *Einhaltens fast schwärmerisch* vor, und Ute Vinzing schmiegte ihre Stimme da förmlich hinein. Sie war das Kapital der Bonner Neuinszenierung. Ihre Elektra ist keine rasende Furie, aber von großer, zwei Stunden durchgehaltener stimmlicher und darstellerischer Präsenz – das ist ja das Problem jeder Elektra, dieses Nicht-von-der-Bühne-Dürfen. Sie nahm die eigenen aufgestauten Gefühle und die wie in einem Brennspiegel reflektierten Geschehnisse vor der Zeit und hinter der Bühne in die eigene Körperhaftigkeit hinein. Eine darstellerische Glanzleistung, der man nachsah, daß sich die Stimme in der tiefen Lage schon mal mit etwas flachem Timbre aus der Affäre zog, zumal sie sich in den hohen Kraftakten prächtig auf den Orchesterklang draufschwang.

Das war der zweite Pluspunkt der Aufführung, der junge Stefan Soltesz am Pult: Er hat einmal aufgeräumt mit dem Mißverständnis, daß mit einem Strauss-Orchester was nicht stimmen kann, wenn man die Stimmen versteht, und hat dennoch der Musik den Stachel bewahrt. Er hielt den Klang flexibel und durchsichtig und ersparte den großen Tutti-Entladungen das bloß Massive in ganz organisch wachsenden rhythmischen Entfaltungen.

Zum Hort der Regie-Oper ist Bonn erwartungsgemäß mit des Hausherrn Jean-Claude Riber Inszenierung nicht mutiert, aber straffe Führung und Plausibilität waren ihr gewiß nicht abzusprechen. Josef Svoboda kantete dafür einen gewaltigen Schloßquader mit dem archaischen Hinterhofgerümpel von geborstenen Säulen und heruntergekommenen Nebengelassen auf die Bühne. Der Hauch von Haute Couture, den die Kölner Modeschöpferin Caren Pfleger mit ihren ersten Opernkostümen der Inszenierung eintrug – irgendwas zwischen Exotik, Art Déco und Futuristischem für das buhlerische Königspaar samt Gefolge –, wird sich dagegen nicht jeder befreunden. Mit Ribers Gegenlicht-Regie harmonierte das jedoch oft dekorativ.

Der Chrysothemis von Helena Doese, in unschuldigem Silberglitzer zwischen dem Goldglamour der Buhlen und Sack und Asche der Gerechten ausstaffiert, mutete Riber *ein paar* sinnlose Gänge zu (wie auch den über den Hof hetzenden Mägden im Punklook), aber das tat der Prachtstimme und ihren schwelgerischen Schwelltönen keinen Abbruch. Barbro Ericson und Hermann Winkler exaltierten sich als Klytämnestra und Aegisth.

Der Riesenapplaus feierte Ute Vinzing, Helena Doese und Stefan Soltesz. DIETER SCHÜREN

Die Emilia entdeckt ihre Maler-Tradition: „Das Zeitalter Correggios und der Caracci" in Bologna

Haare wie Metall, Fleisch wie Marmor

Vor einem schwefligen Gewitterhimmel bäumt sich ein Pferd auf. Dieser dramatische Ausschnitt aus Ludovico Carraccis „Bekehrung des heiligen Paulus" auf dem Plakat für die Ausstellung „Im Zeitalter Correggios und der Carracci" zeigt ein ungewöhnliches Ereignis an. Bologna hebt nämlich nachdrücklich hervor, welche große Bedeutung die Maler dieser Stadt und der Emilia im 16. und 17. Jahrhundert nicht nur für die italienische Kunst hatten. Im Archäologischen Museum und in der Pinakothek der Stadt – und anschließend in der National Gallery, Washington, und dem Metropolitan Museum, New York, – wird das Panorama einer *Kunstlandschaft eigener, eigenwilliger* Prägung entwickelt. Dazu haben sich zum ersten Mal die beiden wichtigsten Museen Amerikas gemeinsam mit einem europäischen Museum zusammengetan.



Ein neuer Blick auf die alten Mythen: „Salomon betet die Götzen an" von Marcantonio Franceschini, aus der Ausstellung in Bologna FOTO: KATALOG

Die eine Hälfte der rund zweihundert Bilder stammt aus Italien, die andere kommt aus den wichtigsten Galerien und Privatkollektionen Amerikas und Europas. Die Initiative zu diesem Unternehmen ging von Amerika aus. Sydney J. Freedberg, seit seiner Emeritierung von Harvard Direktor der National Gallery in Washington, plante eine Ausstellung seines Spezialgebietes: des 17. Jahrhunderts emilianischer Malerei. Als er erfuhr, daß der Kurator des Metropolitan Museums, John Pope Henessy, just an eine Schau des 16. Jahrhunderts dachte, setzten sie sich beide mit dem Kollegen Andrea Emiliani, Direktor der Pinakothek von Bologna, in Verbindung. Und so kam es zu der internationalen Zusammenarbeit, die jetzt nach Jahren wissenschaftlicher Vorbereitung und der Restaurierung eines Großteils der Bilder in Bologna gekrönt wurde.

An den beiden Ausstellungsorten im Herzen des alten Bologna, das sich zur 900-Jahr-Feier der ersten Universität Europas rüstet, erfährt nun der Besucher, warum sich Höfe und Mäzene im 16. und 17. Jahrhundert um die Maler der Emilia rissen, warum ihre Kunst wegweisend für ihr Zeitalter wurde. Wie so oft in der Kunstgeschichte war auch diese Epoche seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, vor allem seit ihrer Ablehnung durch John Ruskin, unterschätzt und fast vergessen worden. Erst vor ein paar Jahrzehnten haben sie italienische Kunsthistoriker vom Rang Roberto Longhis und Cesare Gnudis und eine Reihe hauptsächlich angelsächsischer Experten und Sammler in all *ihrer Bedeutung wiederentdeckt.*

Im archäologischen Museum und der angeschlossenen Kunstakademie bewundert man in den lichtdurchfluteten Sälen neben den Großmeistern der Spätrenaissance, Correggio und Parmigianino, die zum Vorbild der Manieristen wurden, einen Kranz hochinteressanter Maler, deren Namen dem Museumsbesucher normalerweise nicht so vetraut klingen. Da sind Werke von Primaticcio und Niccolò dell'Abate, von den Hofmalern Franz I. in Fontainebleau, wie Dosso Dossi und Lelio Orsi, der wie ein Vorläufer El Grecos malt, und Passerotti, dessen grandioses „Martyrium des heiligen Venanzio" aus Houston heimkehrte, zu sehen.

Man erkennt hier deutlich, daß Correggio vor allen anderen als Vorläufer des Barocks, des Rokokos und des Stils Louis XVI. gelten muß und daß die frühen Carraccis am Anfang des 17. Jahrhunderts ihre Zeitgenossen und Nachfolger entscheidender beeinflußt haben als Caravaggio. Ihre Schüler und Erben, von Guido Reni und Domenichino bis zu Guercino, Albani und Lanfranco, um nur die bekanntesten Meister in der Pinakothek zu nennen, waren Fixsterne der Kunst, deren Glanz bis weit ins 19. Jahrhundert strahlte.

Die Gedankenwelt des Humanismus, gespiegelt in den antiken Mythen, Szenen aus dem Hofleben sowie religiöse Bildentwürfe aus dem Geist der Gegenreformation stellen die Hauptthemen dieser beiden Jahrhunderte. Das Ideal klassischer Schönheit verbindet sich im emilianischen Barock mit theatralischer Frömmigkeit zur Ekstase.

Die Vormachtstellung der „Maniera nuova" (Vasari) der emilianischen Künstler beginnt nach der Plünderung und Verwüstung Roms durch kaiserliche Söldnertruppen, dem „Sacco di Roma" 1527. Zwar blieb Rom, galten Raffaels Stanzen und Michelangelos Sixtina weiterhin als Zentrum und Ideal der Kunst, aber zugleich beginnen der zarte Naturalismus und das Schönheitsideal Correggios und Parmigianinos, ihr lyrisches Verhältnis zu Geschichte und Natur, sich immer mehr durchzusetzen. Vor Correggios Engeln in der „Camera della Badessa" in Parma notierte 1774 Anton Raphael Mengs: „Sie sind dem Schönen der Griechen näher als irgendein anderes Werk der Modernen" und „ich bin immer mehr überzeugt, daß Correggio die Griechen studiert und Rom gesehen hat".

Des früh und ohne direkte Schüler verstorbenen Correggios süße Melancholie, des Parmigianinos Naturmetaphern wurden von den Manieristen aufgenommen und ins Extrem geführt. Mit Farben, die Himmel und Wasser die Konsistenz von *Edelsteinen* gaben, Haare wie Metall und Fleisch wie Marmor wirken lassen, entwerfen sie eine Bilderwelt, in der die Natur zur Künstlichkeit gefriert. Erst die drei Carracci – Annibale, Ludovico und Agostino – korrigieren zunächst und beenden dann die Exzesse des Manierismus. Aus ihren naturalistischen Bildern steigt der Weihrauch dunkler Sakristeien, aber auch der kräftige Duft des bäuerlichen Landes. Mit ihren Szenen aus dem Alltag werden sie zur Avantgarde des Realismus.

„Die Kunst dieser beiden Jahrhunderte wird in Amerika mit ihrer Schönheit, Sinnlichkeit und Dramatik Furore machen. Die Heimkehr der ‚Emigranten' wird Italien zeigen, wie sehr seine Kunst bei uns geachtet wird", sagte Sydney Freedberg bei der Eröffnung. Er vergaß, weil er das seinen Besuchern in Washington nicht vorführen kann, hinzuzufügen, daß in Bologna, in der Pinakothek, in Kirchen und Palästen noch viele andere leuchtende Spuren dieser Kunst zu finden sind. Wer die Zeit hat, sich auch in Correggios Parma umzuschauen, wird spätestens vor der ganz von ihm ausgemalten Domkuppel verstehen, warum seine und seiner Nachfolger Malerei zum Vorbild für ganz Europa wurden.

MONIKA von ZITZEWITZ

Bis 10. Nov.; Washington: 18. Dez. bis 18. Febr.; New York: 14. März bis 24. Mai; Katalog, Nuova Alfa Editoriale, 40 000 Lire.

Eröffnung des „steirischen herbstes": Sexuelle Turnübungen unter dem Motto „Sprache der Liebe"

Eine Venus von Willendorf gegen die Verlegenheit

Ich möchte nicht behaupten, daß ich zu allem, was der steirische Herbst präsentiert, einen persönlichen Zugang habe." Mit diesen Worten übte Österreichs Bundespräsident Kurt *Waldheim* – in einer im übrigen von Toleranz und Verständnis getragenen Rede – bei der Eröffnungsveranstaltung behutsame Kritik an manchem, was dieses österreichische Avantgarde-Festival diesmal an Seltsamkeiten und Geschmacksverirrungen zu bieten hat. Die vorsichtig geäußerten Befürchtungen des Staatsoberhaupts bestätigten sich auch schnell, als anschließend Wolfgang Bauer im Grazer Schauspielhaus einen Text vortrug, in dem – wie könnte es anders sein – die bekannten „Four-letter-words" dem Publikum regelrecht um die Ohren geschlagen wurden. Ausdrücke wie „Dreckschwein" und „After" vertraten da noch die milden, beinahe stubenreinen Versionen.

Nun, ein Wolfgang Bauer gehört längst zu den Etablierten; Graz aber ist traditionell den Jungen geöffnet, der „nachwachsenden Generation", von der Waldheim gesprochen und die er daran erinnert hatte, daß sie stets „auf den Schultern ihrer Vorgänger" stehe. An sich hört man dergleichen in Graz ungern, aber diesmal scheint man den bloßen Fortschrittswahn doch ein wenig außer Kurs gesetzt zu haben, versucht nur, durch neue Formelemente den Anspruch der Avantgarde zu wahren. Und auch damit hat man offensichtlich Schwierigkeiten, *wie* schon in der Eröffnungsaufführung, einer Mischung aus (bescheidenem) Kabarett, Happening und, natürlich, „Performances", zutage trat.

Der Abend sollte einen Vorgeschmack auf die kommenden Wochen geben, die mit Theater, Musik, bildender Kunst und Wissenschaften bis zum Platzen gefüllt sind. So lesen einige Dutzend Autoren in der Stadt und auf dem Lande, wobei neben solchen, die weit über ihre Heimat hinaus unbekannt sind, auch Namen wie Ernst Jandl, Alain Robbe-Grillet und Stephan Hermlin aufscheinen. In den Kreis der bildenden Künste ist diesmal die Fotografie einbezogen, bei den Zeichnern findet man sogar Comics. Sichtlich ist diesen Festwochen eine mühevolle umfassende Planung vorausgegangen, indem, effektiver als früher, eine gewisse Internationalität über die alljährliche „Dreiländerecke" in der Malerei hinaus angestrebt wurde.

Das Gesamtthema „Sprache der Liebe – Literatur als Erotik" mag noch angesprochen werden, in der besagten Eröffnungsvorschau war davon nichts zu spüren. Man wird doch kaum darunter subsumieren wollen, daß als „Ritual" ein Paar mit verbundenen Augen auf die Bühne geführt und dort unter orphischen *Klängen völlig entblättert* wird, wobei, wohl um den nackten Mann nicht in Verlegenheit zu bringen, als Partnerin eine Art Venus von Willendorf ausgesucht wurde.

Oder, was hat Liebe mit einer Turnübung von Schülern zu tun, zu der Kirchengesänge den Takt angeben? Manche Bemühung, Theater unkonventionell zu zeigen, mag gewiß originell sein, aber eine dreiviertelstündige „gestische Transkription" von Texten Elfriede Jelineks, die es verstand, mit klaren Worten Unverständliches zu sagen, konnte kaum Appetit auf „Neues Theater" machen. Stummes Armewirbeln und Grimassieren, bei dem an die Wand projizierten Textwort *Butter* die Bewegung von Brotestreichen – so etwas ergibt nur tödliche Langeweile.

Einen immerhin wahrnehmbaren Anfang, wenn auch zunächst in Ersatz der Erotik durch Sexualität, brachte die erste Uraufführung: „Die verdammte Marie" von Bodo Kirchhoff. Hier wird recht undelikat ein Geschlechtsakt auf der Bühne exekutiert, das Wort Liebe kommt nebenher ins Spiel als auslösendes Moment bei einer welkenden Dame des ambulanten Gewerbes, die es zu Geld gebracht hat und einem jungen und einem alten Mann ihren Willen aufdrängt. Dabei tritt, dramatisch nicht ungeschickt in den *Stoff* verwoben, die Verlorenheit der heutigen Menschheit grell zutage. Die leidvolle Rolle der verdammten Marie wurde brillant von der Burgschauspielerin Brigitte Antonius verwirklicht, eine Art Totentanz als Stückende war eindrucksvoll.

Bloße Perversitäten waren das Grundmotiv der zweiten Uraufführung, „Körper brennen", von den Schweizern Jürg Laederach und Andres Müry. Daß für ein fünfundzwanzig Seiten füllendes Drama zwei Autoren nötig sind, ist begreiflich, daß der Regisseur Heinz Kreidl mehr Pausen als Dialoge spielen läßt, natürlich, und daß gleich zu Anfang sich zwei Personen nackt ausziehen müssen, war zu erwarten. Zwei Kriegskameraden an der Front mit fragwürdiger Beziehung zueinander kämpfen da um ein Mädchen masochistischer Prägung, was aber alles zusammen den Stücktitel nicht rechtfertigt, der wohl nur dem Lektor des Suhrkampverlages einleuchtete. Mit dem Motto des „steirischen herbstes" hatte er nichts zu tun.

ERIK G. WICKENBURG

Mit heißem Draht zur Ewigkeit – Brian Gibsons Grusel-Film „Poltergeist II"

Wenn das Spielzeugtelefon klingelt

Ferngespräch mit Toten: Szene aus „Poltergeist II" FOTO: DIE WELT

Vier Jahre lang hatten die leidgeprüften Freelings Ruhe. Doch kaum ist der wackere Clan dem drohenden Wahnsinn per Umzug entflohen, da bitten die Mächte der Finsternis mit „Poltergeist II" zur zweiten Runde. So schrillt für Carol Anne immer wieder das magische Spielzeugtelefon mit dem heißen Draht zur Ewigkeit. Zwar wird das Böse diesmal wahrhaft furchterregend durch *den hohlwangigen* Reverend Kane vertreten (Julian Beck in seiner letzten Rolle), doch erwächst ihm im hünenhaften Indianer Taylor ein gleichwertiger Gegenspieler.

Regisseur Brian Gibson hat denn auch wenig Mühe, ein recht spannendes Tauziehen zwischen Himmel und Hölle zu inszenieren. Trotz seiner technischen Fertigkeiten aber bleibt er deutlich hinter den Leistungen seines Vor-Polterers Tobe Hooper zurück. Gewiß, da steuert der eidgenössische Künstler und „Alien"-Designer H. R. Giger ein scheußlichschlüpfriges Monster bei, während die virtuosen Tricktechniker luftige Gespenster gleich scharenweise durch den Vorgarten schweben lassen.

Mischte Hooper im ersten Teil geschickt Schocks mit Gags, so wirkt *die Ehe zwischen* Horror und Slapstick diesmal weit weniger glücklich. Gerade Hoopers raffinierte Ironie, die den übersinnlichen Reigen in die Nähe einer geistreichen Genreparodie rückte, ist hier recht bemühten Scherzen gewichen.

Leider hält sich zudem der innovative Ehrgeiz der beiden Drehbuchautoren Mark Victor und Michael Grais in bescheidenen Grenzen. Statt die ausgetretenen Pfade der Schauerdramaturgie mutig zu verlassen, begnügen sie sich mit einer routinierten Collage aus wolkigem Sakral-Horror à la „Exorzist", den modrigen Ekligkeiten der Zombie-Welle und halbherzigen Anspielungen auf die Abgründe des modischen Sektenunwesens.

Immerhin spannt der Film sein gruselwilliges Publikum trotz solcher *Schwächen in einen bemerkenswert* festen Klammergriff. Die unheilschwanger durchs Treppenhaus gleitende Kamera, die kunstvoll zusammengebrauten Unglückswolken am Kleinstadthimmel, die monströsen Geschöpfe der Maskenbildner und die nervenzerrende Musik von Jerry Goldsmith dürften all jenen genügen, die im Kino lediglich das Fürchten lernen wollen. HARTMUT WILMES

JOURNAL

Steuergesetze schaden der Denkmalpflege

dpa, Koblenz

Die gegenwärtige Steuergesetzgebung schadet nach Auffassung der Deutschen Burgenvereinigung den Interessen der Denkmalpflege. Alexander Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Sayn, neugewählter Präsident der Vereinigung in Braubach bei Koblenz, äußerte die Befürchtung, wegen dieses Mißstandes seien nicht nur viele Burgen und Schlösser, sondern auch Hunderttausende Fachwerkhäuser, Mühlen, Winzer-Anwesen und Bauernhöfe hoffnungslos dem Verfall preisgegeben. Während die private Denkmalpflege mit steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten im wesentlichen nach dem Einkommensteuergesetz gefördert werde, gingen Einkommensschwache leer aus, selbst wenn sie ihr Denkmal erhielten und dabei sogar Schulden machten.

Islamische Kunst auf Schloß Cappenberg

DW. Unna

„Verborgene Schätze aus dem Museum für Islamische Kunst" der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin sind bis zum 23. November auf Schloß Cappenberg im Kreis Unna zu sehen. Es handelt sich um mehr als 300 Objekte von einfachen Gebrauchsgegenständen bis zu Miniaturen, Teppichen, Keramiken vom 7. bis zum 19. Jahrhundert, die in Berlin wegen Raummangels normalerweise nicht gezeigt werden können. Allerdings wird die Cappenberger Ausstellung anschließend auch in Berlin vom 18. Dez. bis 15. Februar zu sehen sein. Der Katalog kostet 25 Mark.

Filmförderung Frankreich – Schweiz

AFP, Paris

Ein Abkommen über Subventionen für Koproduktionen ist in Paris zwischen schweizerischen und französischen Vertretern des Filmwesens getroffen worden. Es ergänzt das bereits seit 1977 zwischen beiden Ländern bestehende Rahmenabkommen und sieht die Förderung von vier Gemeinschaftsprojekten vor, für die von französischer Seite zwei Millionen Francs (rund 600 000 Mark) und von schweizerischen Stellen 400 000 Franken zur Verfügung gestellt werden. Eine gemischte Kommission wird über die Förderungswürdigkeit der Projekte entscheiden. Ähnliche Vereinbarungen bestehen bereits zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland sowie Kanada.

Dino de Laurentiis plant Studio bei Brisbane

AFP, Sydney

Der italienische Filmproduzent Dino de Laurentiis wird in der Nähe der australischen Stadt Brisbane ein großes Studio errichten. De Laurentiis, der in Australien eine eigene Produktionsgesellschaft mit Studios in Sydney gründen will, hat für sein Projekt ein 80 Hektar großes Gelände im Auge.

Märkischer Kulturpreis für Bernd Jentzsch

dpa, Altena

Die Märkische Kulturkonferenz in Altena (Sauerland) hat dem in der Schweiz lebenden Schriftsteller Bernd Jentzsch das Literaturstipendium für 1987 zuerkannt. Jentzsch stammt aus Plauen (Vogtland) und war zwischen 1965 und 1974 Lektor im Verlag Neues Leben in Ost-Berlin. Er gehörte zu der Gruppe, die 1976 in der „DDR" gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert hatte. Seit 1977 lebt Jentzsch bei Zürich.

Neuer Chefdirigent der Dresdner Philharmonie

IWE, Berlin

Der 33jährige Jörg-Peter Weigle ist als Nachfolger von Herbert Kegel zum Chefdirigenten der Dresdner Philharmonie berufen worden. Wie Weigle in einem Interview sagte, verdankt er seine Berufung vor allem dem Mangel an profilierten Dirigenten. Die Situation in der „DDR" sei einfach so, „daß man jungen Dirigenten einfach *Vertrauen schenken muß*". Weigle leitet außerdem auch den Leipziger Rundfunkchor.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Üç Arcadaş" heißt das Bilderbuch. Oder „Trois Amis", „Friends", „Amici Amici". Es handelt sich dabei um Helme Heines beliebtestes Kinderbuch „Freunde", das jetzt gleichzeitig als Taschenbuch deutsch, türkisch, englisch, französisch und italienisch erschienen ist. Und trotz des kleinen Formats hat die Geschichte von der Maus, dem Schwein und dem Hahn, die Freunde werden, weil jeder – natürlich erst nach einigen Mühen – die Eigenarten des anderen zu respektieren und schätzen lernt, nichts von ihrem Reiz verloren. mar

Helme Heine: „Freunde", Middelhauve, 32 S., je 6 Mark